

11-C-267

Deutschlands Schicksalsjahre

Der Marxismus
und
das deutsche Heer im Weltkriege

Von E. O. Volkmann

DEUTSCHLANDS SCHICKSALSJAHRE

in 7 Bänden

Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege
Von Erich Otto Volkmann



Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

11-C-267

Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege

Unter Benutzung amtlicher Quellen

dargestellt von

Erich Otto Volkmann
Major a. D. und Mitglied des Reichsarchivs

Mit einem Urkundenanhang



Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Koupi	
Darem	rev.
v	
Inv	36. 826
Sign:	

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA PRÁVNICKÉ FAKULTY U STARÝ FOND Č. inv.: 0667
--

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit behandelt das Verhältnis des nach seiner ganzen Herkunft und Erziehung durchaus national gerichteten deutschen Heeres und der Marine und des auf marxistischer, also internationaler Grundlage ruhenden deutschen Sozialismus während des Weltkrieges. Sie geht, wie gleich bemerkt sei, über diesen Rahmen verschiedentlich hinaus und beleuchtet in weiterem Sinne den Kampf des nationalen und des internationalen Gedankens auf deutschem Boden. Es geschieht dies allerdings innerhalb bestimmter Grenzen. Das weite Gebiet des bürgerlichen Pazifismus, der dem Nationalismus als zweiter Feind gegenüberstand, bleibt unberücksichtigt. Er verlangt eine gesonderte Darstellung. Zwischen ihm und der Sozialdemokratie bestanden während des Weltkrieges keine unmittelbaren Beziehungen. Auch äußerlich gingen sie getrennte Wege.

Eine Einengung der Darstellung auf die radikalen Gruppen des linken sozialistischen Flügels als schärfste Verfechter des internationalen Gedankens schien untunlich. Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zwischen dem 4. August 1914 und dem 9. November 1918 bildet ein unteilbares Ganzes. Die durch die Überfülle des Stoffes gebotene Beschränkung konnte daher hier nur durch scharfe Konzentrierung auf die nationale Frage unter möglichster Ausschaltung der mit ihr eng verknüpften sonstigen Probleme des Sozialismus erstrebt werden.

Wenn auf der nationalen Seite in der Hauptsache nur das Heer zu Worte kommt, so dürften trotzdem die wesentlichen Grundzüge des Kampfes ausreichend erkennbar werden. Die Armee stand während des Krieges auch in der Abwehr des internationalen Gedankens an vorderster Stelle. In ihr liefen letzten Endes alle nationalen Energien wie in einem Brennpunkt zusammen. In allererster Linie von ihren Führern strahlte, besonders in der zweiten Kriegshälfte, die Kraft zur Fortsetzung des verzweifelten Ringens gegen eine Welt äußerer und innerer Feinde aus.

Die Arbeit erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf absolute Richtigkeit. Irrtümer werden so lange unvermeidlich sein, als die staatlichen und die Parteiarchive noch nicht restlos geöffnet sind. Für jede sachliche Belehrung bin ich dankbar.

Die Schwierigkeiten einer unparteiischen Schilderung der behandelten Fragen, die die schmerzhafteste Wunde am Volkskörper berühren, sind offenkundig genug, als daß sie einer Unterstreichung bedürften. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Zeit für eine abschließende historische Würdigung noch nicht gekommen ist. Wir stehen alle noch viel zu sehr, denkend und fühlend, unter dem furchtbaren Druck der Geschehnisse. Andererseits scheint es nicht angängig, bewußt einseitigen, parteipolitischen und propagandistischen Zwecken dienenden Schilderungen das Feld zu überlassen, die nur geeignet sind, die klare Erkenntnis zu verdunkeln, die uns not tut. Es ist daher wohl trotz aller Bedenken ein Gebot der Stunde und eine Pflicht am Vaterlande, geschichtliches Material als Beitrag zur Lösung der schweren hier behandelten Fragen zu liefern, um Wege durch das verworrene Dickicht der Meinungen bahnen zu helfen und Grundlagen für sachliches Urteilen zu schaffen.

Zur Form der Darstellung bemerke ich noch: Es nützt nichts, wie es in zahllosen Fällen geschieht, leidenschaftliche Anklagen zu erheben. Allein eine sachliche, auf dem erreichbaren urkundlichen Material ruhende Darstellung gibt die Möglichkeit, sich ein Urteil zu bilden, wo die Schuld an unserem nationalen Unglück liegt und wie sie sich verteilt. Ich bin bemüht gewesen, eine möglichst objektive Schilderung der Geschehnisse zu geben und beide Seiten zu Worte kommen zu lassen. Ich glaube nicht, daß der nationalen Sache auf bessere Weise gedient werden kann. Nach Beifall darf nicht gefragt werden.

Potsdam, Oktober 1924.

Volkman n.

*

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Der preußische und der sozialistische Gedanke im Weltkrieg	11
Der internationale Gedanke im Sozialismus vor dem Kriege	16
Marx und Engels	16
Die Arbeiter-Internationale	20
Die deutsche Sozialdemokratie	25
Die freien Gewerkschaften	35
Der französische Sozialismus	38
Der englische Sozialismus	40
Der russische Sozialismus	42
Das deutsche Heer und die Sozialdemokratie vor dem Kriege	45
Der 4. August 1914	54
Der Sozialismus in der dem Kriegeausbruch vorausgehenden Krise	54
Der Umschwung. Sieg des nationalen Gedankens	56
Die Umstellung der Führer	58
Die Bewilligung der Kriegskredite	60
Der französische Sozialismus	66
Der englische Sozialismus	70
Der russische Sozialismus	72
Die „Neuorientierung“	74
Die deutsche Sozialdemokratie vom 4. August ab bis zur Parteispaltung	80
Die Weiterentwicklung der geistigen Strömungen im deutschen Sozialismus	80
Die Eröffnung des Kampfes durch die Opposition	87
Die parteipolitische Entwicklung	92
Die Haltung der freien Gewerkschaften	98
Die Einwirkungen der inneren sozialistischen Auseinandersetzungen auf das Heer	101

	Seite
Die Spaltungen in der deutschen Sozialdemokratie . . .	103
Die Spaltung der Reichstagsfraktion	104
Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gesamtpartei und die Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen im Winter 1916-17	105
Die Spaltung der Partei	109
Der Gründungsparteitag der U.S.P.D. und der Parteitag der Mehrheitssozialisten im Sommer 1917	110
Die Entwicklung des internationalen Gedankens außerhalb des Deutschen Reiches	114
Die Arbeiter-Internationale	114
Die Stockholmer Konferenz	115
Die Zimmerwalder und die Aientaler Konferenz	117
Die russische Revolution	119
Die Meutereien im französischen Heere im Sommer 1917	123
Der internationale Gedanke in England	125
Die Abwehr des internationalen Gedankens in Deutschland	129
Die Stimmung in Volk und Heer in den ersten Kriegsjahren	129
Die Disharmonie zwischen den leitenden politischen und militärischen Stellen	132
Der Kampf in der Heimat	137
Die Bekämpfung der Streiks	137
Die Bemühungen der O.H.L. um die Erweiterung der Wehr- und Arbeitspflicht	147
Der Kampf im Heere	150
Hemmungen und Schwächen des militärischen Systems	151
Die Handhabung der Heeresjustiz	156
Die Ordensverleihungen	158
Offiziers- und Mannschaftsverpflegung	158
Die Abwehrmaßnahmen der O. H. L.	160
Der Einfluß der russischen Revolution	162
Die nationale Propaganda	166
Der Kampf in der Flotte	173
Die Flottenverschwörung im Sommer 1917	176
Der militärische Umschwung im Jahre 1918	183
Der Entschluß zur Frühjahrsoffensive	183
Der Verlauf der Offensive	188
Nachlassen des kriegerischen Geistes im Heere. Die Ersatzfrage	192
Der Entschluß zur Fortsetzung des Angriffs Ende Juni	198
Die militärische Niederlage	199

	Seite
Der deutsche Sozialismus im Jahre 1918 bis zum Ausbruch der Revolution	205
Die revolutionären Vorbereitungen	205
Die Novemberrevolution	214
Der Marineaufstand	215
Das Übergreifen der Marinemeuterei auf das Innere des Landes	224
Der Revolutionsherd in München	230
Die Berliner Revolution	232
Die Vorgänge im Großen Hauptquartier	247
Die Stellung des Feldheeres zur Revolution	251
Die Stellungnahme der O. H. L.	251
Die Soldatenratsfrage	252
Der Rückmarsch des Westheeres	258
Die Auflösung des Westheeres	260
Das Ostheer	262
Ausklang	267

*

Urkundenanhang

Burgfriede	
Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an das Kriegsministerium in Berlin usw., vom 13. August 1914	275
Schreiben des Ministers des Innern an den Präsidenten des Preuss. Staatsministeriums vom 5. September 1914	275
Streikabwehr	
Schreiben des Kriegsministers an alle Stellvertretenden Generalkommandos vom 28. Juli 1916	277
Leitsätze für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in den Rüstungsbetrieben	277
Sozialdemokratische Propaganda im Heere	
Verfügung des Generalquartiermeisters vom 17. November 1915	278
Schreiben des Kriegsministers an die Minister des Innern und der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 2. März 1916	279

	Seite
Schreiben des Ministers des Innern und der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten an den Kriegsminister vom 5. Mai 1916	282
Verfügung des Generalquartiermeisters vom 14. April 1916	285
Verfügung des Kriegsministeriums vom 10. August 1916	286
Einfluß der russischen Revolution im März 1917 auf die innenpolitischen deutschen Vorgänge	
Schreiben des Kriegsministers an den Reichskanzler vom 26. März 1917	286
Schreiben des Reichskanzlers an den Kriegsminister vom 28. März 1917	287
Flottenmeuterei 1917	
Untersuchungsbericht des Kommandos des I. Geschwaders vom 4. Sept. 1917	288
Schreiben des Ministers des Innern an den Reichskanzler vom 24. Sept. 1917	289
Denkschrift des preußischen Ministers des Innern über die innenpolitische Lage vom 13. Februar 1918	291
Bolschewistische Propaganda der russischen Botschaft in Deutschland im Jahre 1918	
Schreiben der Oberkommandos in den Marken an den Kriegsminister vom 28. Mai 1918	309
Schreiben des Oberkommandos in den Marken an den Kriegsminister vom 1. Juli 1918	311
Schreiben des Kriegsministers an den Reichskanzler vom 25. Juli 1918	312
Verschlechterung der Stimmung im Heere 1918	
Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kriegsminister vom 9. Juli 1918	313
Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kriegsminister vom 16. August 1918	314
Die Revolution	
Telegramm Hindenburgs an alle Heeresgruppen und A. O. Ks vom 10. Nov. 1918	315
Richtlinien des Chefs des Generalstabes des Feldheeres für die Einwirkung auf die Truppe vom 16. November 1918	317

*

Der preußische und der sozialistische Gedanke im Weltkriege.

Um eine doppelte Entscheidung wurde im Weltkriege gerungen. Auf den Schlachtfeldern ging es um die nationalen Interessen und imperialistischen Ziele der einzelnen Völker. Hinter den Fronten führte auf einer anderen Ebene der internationale Sozialismus seinen Kampf um die Weltherrschaft weiter, den Marx einst entfesselt hatte, als er die Fackel des Kommunistischen Manifestes in die Arbeitermassen schleuderte. Alle kriegsführenden Länder wurden von ihm mehr oder minder berührt, am meisten das alte zaristische Rußland, das an ihm zugrunde ging und aus der Reihe der siegreichen Mächte herausgedrängt wurde. Im ganzen endete diese erste große Machtprobe des internationalen Gedankens aber ohne Entscheidung. Weder behielten diejenigen recht, die bei Kriegsbeginn sein Ende prophezeit hatten, noch bewahrheiteten sich die überschäumenden Hoffnungen der andern, die von der Revolution den Sieg des marxistischen Geistes erwartet hatten. Im westlichen Europa behaupteten Nationalismus und Imperialismus das Feld, und das Kriegsende vollzog sich unter dem ehernen Gesetz der Waffen.

Nächst Rußland ist am stärksten das Deutsche Reich von diesem Kampf zweier Weltanschauungen erschüttert worden, dessen gigantische Schatten sich noch im Dunkel der Zukunft verlieren.

Der 4. August 1914 und der 9. November 1918 bezeichnen die Gegenpole der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands im Weltkriege. Am 4. August bekannte sich die Gesamtheit des Volkes in spontaner Bewegung zum nationalen Gedanken. Auch die sozialdemokratische Partei stellte die internationalen Tendenzen ihrer Lehre vorläufig zurück und ordnete sich ohne bestimmte Vorbehalte in die nationale Front ein. Sie überließ die Führung der Dinge den bisher bitter bekämpften Feinden und verflocht ihr eigenes Schicksal mit dem Ausgang des Krieges.

An diesem Tage gingen die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung und der im Beamtentum und Offizierkorps am schärfsten verkörperte preußische Staatsgedanke ein Bündnis ein. Es waren die stärksten Kräfte, die im Laufe des letzten Jahrhunderts auf preußisch-deutschem Boden emporgewachsen waren. Ihr Zusammenklang befähigte den um seinen Bestand ringenden Staat zu den höchsten Leistungen und glich zunächst das Mißverhältnis aus, das zwischen den äußeren Machtmitteln der miteinander ringenden Ländergruppen bestand.

Es war Deutschlands Verhängnis im Weltkriege, daß diese Bindung sich bald lockerte und daß anders gerichtete Strömungen aus der internationalen Gedankenwelt von Karl Marx wieder an Einfluß gewannen. Es zeigte sich, daß die Kluft zwischen der nationalen Staatsauffassung des Preußentums und dem von Marx so stark beeinflussten Sozialismus Bebel'scher Prägung doch zu tief war, als daß sie durch das gemeinsame Erleben des Krieges auf die Dauer hätte geschlossen werden können. Pazifistische und international gerichtete Gedankengänge gewannen wieder an Boden. Die Kraft der nationalen Begeisterung, die auch die sozialistischen Arbeitermassen bei Beginn des Krieges durchglüht hatte, erschöpfte sich in den furchtbaren Geschehnissen, in dem Sterben, dem Hunger, der unsäglichen Mühsal und den Enttäuschungen. Schließlich begann der Geist des Preußentums, der dem Volke immer größere Opfer zumutete, ohne doch die siegreiche Beendigung des Krieges erzwingen zu können, zu unterliegen. Unter dem Einfluß radikaler Elemente lehnten breite Volksschichten die Weiterführung des Krieges in einem Zustande völliger körperlicher und seelischer Erschöpfung, größten Kriegsüberdrußes und tiefer Erbitterung über den verlorenen Krieg ab. Der alte Staat stürzte unter leichtem Anstoß zusammen.

Die Form des Zusammenbruches des preußischen Geistes in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 ist fast beispiellos. Nach außen behauptete er sich bis in die letzten Tage des Krieges gegen eine Welt von Feinden. Im Innern streckte er vor einigen tausend meuternden Matrosen die Waffen.

Der Versuch, die sozialistische Arbeiterbewegung Bebel's in das Gefüge des Bismarck'schen Staates einzugliedern, war gescheitert. Der 4. August hatte keine Verschmelzung angebahnt.

Der Zusammenschluß war äußerlich geblieben. Er löste sich, als der Krieg eine unglückliche Wendung nahm.

Die Spannung hatte sich durch schwere psychologische Irrtümer der regierenden Kreise noch verschärft. Sie hatten die körperlichen und seelischen Kräfte des Volkes überschätzt. Ob von dessen seelischer Verfassung überhaupt jeweils richtige Vorstellungen bestanden haben, muß bezweifelt werden. Waren sie vorhanden, so fehlte die Fähigkeit, die Nutzenwendung zu ziehen. Gegenüber den wachsenden äußeren und inneren Nöten fand die Regierung nur ein höchst unzureichendes System der Aushilfen. Sie verharrte im wesentlichen bei den herkömmlichen Formen und Methoden. Es wurden Reformen versprochen, aber immer wieder hinausgeschoben, bis schließlich bei einem Teil des Volkes Zweifel an der Ehrlichkeit der Absichten entstanden. Auf militärischem Gebiet verlor der unbeugsame Wille zum Siege und der hochgespannte kriegerische Ehrbegriff des unvergleichlichen Offizierkorps das Augenmaß. Es ergab sich, daß die Ziele von ihm zu hoch gesteckt waren. Durch den Glanz blendender kriegerischer Erfolge riß es das deutsche Volk über alle Gefahren hinweg vorwärts und führte es schließlich über die ihm nun einmal von seiner Natur gesteckten Grenzen hinaus. Der Weg führte von Tannenberg und von der Marnekatastrophe über unzählige Schlachtfelder in ganz Europa zu dem großen Fehlschlag im Frühjahr und Sommer 1918 und endete mit der Niederlage im Herbst. Ein paar-mal war der titanische Wille dieser wahrhaften Krieger nahe daran, das übermächtige Schicksal zu zwingen, aber das natürliche Schwergewicht neigte sich dann letzten Endes doch immer wieder auf die Seite der Feinde. Im November 1918 ließen sie sich, getreu den stolzen Traditionen ihrer Vergangenheit, mit der Stirn gegen den äußeren Feind und bis zum letzten Augenblick kämpfend, unter den Trümmern des alten Staates begraben.

Kein staatsmännischer Geist von Rang hat dieser ungeheuren Energie die Bahn gewiesen, hat in kühler Abwägung die erreichbaren Ziele bestimmt, hat die notwendige Rücksicht auf die deutlich sichtbar werdenden Zeichen der Ermattung und des inneren Verfalls erzwungen und die schweren innenpolitischen Probleme gemeistert. Der Feldherr versuchte in den letzten Kriegsjahren die Rolle des Staatsmannes mit zu übernehmen; aber seiner Natur und dem militärischen Wesen überhaupt entsprach allzusehr das

Extrem. Der Bogen wurde überspannt. An der Übermacht der äußeren und dem Gegenspiel der inneren Feinde ist die Kraft eines Ludendorff schließlich zerschellt.

Der Weg der Sozialdemokratie, der Partnerin in dem großen Spiel um Deutschlands Zukunft, zeigte nicht die gleiche gerade, fast starre Linie wie die des Offizierkorps. Von Anfang an litt sie unter dem Zwiespalt zwischen dem ursprünglichen nationalen Empfinden ihrer Anhänger und den strengen internationalen Forderungen der marxistischen Lehre. Sie zerfiel frühzeitig in ein ganzes Strahlenbündel verschieden gerichteter Gruppen, deren Anschauungen sich in mehr oder weniger scharfer Krümmung von der am 4. August eingeschlagenen nationalen Richtung entfernten. Die Mehrheit hielt zwar an der Pflicht der Landesverteidigung bis zum Ende des Weltkrieges fest und ließ sich durch keinerlei Versuchungen zu einer Änderung dieses Standpunktes bewegen. Aber im übrigen erlag auch sie sehr bald wieder den starken Einflüssen der Vergangenheit. Die außenpolitische Seite des Weltkrieges blieb nur kurze Zeit das ausschließliche Problem, dem gegenüber alle innenpolitischen Fragen zurückzutreten hatten. Schon im Jahre 1915 wurde der Kampf um die alten innenpolitischen Ideale, die das Leben der Sozialdemokratie bis zum Kriege ausgefüllt hatten, von neuem aufgenommen. Der eben geschlossene Zwiespalt im Volke öffnete sich wieder. Der Siegedanke erlitt eine zunehmende Abschwächung, die Energie der Kriegsführung wurde gelähmt.

Bei den radikalen Elementen innerhalb der Sozialdemokratie überwucherte von Anfang an der Kampf für die innenpolitischen sozialistischen Ziele vollkommen den nationalen Gedanken. Sie bemühten sich, den internationalen Tendenzen der marxistischen Lehre wieder Geltung zu verschaffen, indem sie die Klasseninteressen des Weltproletariats gegenüber den nationalen Sonderinteressen scharf in den Vordergrund rückten, und sie trafen Vorbereitungen für die Weltrevolution, indem sie die verzweifelte Stimmung der Massen auf den inneren Umsturz hinlenkten.

Der 9. November hat ihre Hoffnungen doch nur zum Teil erfüllt.

An diesem Tage liquidierte auch die gemäßigte Sozialdemokratie unter dem Zwang der Verhältnisse die Politik des 4. August, beteiligte sich am Umsturz und griff nach der Herr-

schaft im Staat. Einen Augenblick schien es, als ob der deutsche Sozialismus sich aus den Trümmern, die das Preußentum bedeckten, als Sieger erheben und seine großen Ziele verwirklichen werde. Aber der Versuch wurde schon durch den furchtbaren Druck des Friedensdiktats von Versailles in den Anfängen erstickt. Überdies gerieten bereits in den ersten Tagen der neuen Zeit die feindlichen sozialistischen Brüder miteinander in unverföhnlichen Kampf um die Übernahme des Erbes. Die Radikalen drängten vorwärts in der Richtung auf den Anschluß an Moskau und auf die Weltrevolution. Die Gemäßigten stemmten sich mit Hilfe des alten Offizierkorps dagegen. Darüber zerbrach endgültig die zweite große Schöpfung auf preußisch-deutschem Boden, Babels Werk. Seitdem steht Deutschland an der Schwelle einer neuen, noch unbekanntem Entwicklung.

Der Weg und das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie im Weltkrieg sind tief begründet in ihrer Geschichte. Starke Fäden führen von Marx und Lassalle zum jüngeren Liebknecht und zu David und Kolb. Die Darstellung dieser Seite des Weltkrieges muß daher, wenigstens in ganz flüchtigen Strichen, bei Marx beginnen, so gewagt auch der Versuch scheinen mag, ein einzelnes Problem aus dem großen Gedankenkreis seiner Weltanschauung herauszulösen und gesondert zu betrachten.

*

Der internationale Gedanke im Sozialismus vor dem Kriege.

Mary und Engels.

Der internationale Sozialismus gipfelt in dem Gedanken der Umwandlung des kapitalistischen Staates in die klassenlose sozialistische Gesellschaft. Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Zieles ist die Gewinnung der politischen Macht durch die arbeitende Bevölkerung. Das Ringen um die Macht bildet daher den eigentlichen Inhalt der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Über das Endziel waren die Anhänger aller Richtungen des Sozialismus einig. Dagegen gingen die Anschauungen über die Mittel, die anzuwenden seien und über das Zeitmaß, in dem der Umwandlungsprozeß sich vollziehen sollte, stark auseinander.

Die Träger des Kampfes waren die sozialistischen Parteien. Sie wollten sich nicht mit Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage begnügen, erstrebten vielmehr die grundsätzliche Änderung der ganzen gesellschaftlichen Ordnung auf politischem Wege.

Daneben lief die Gewerkschaftsbewegung. Sie nahm die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber zum Ausgang. Ihr Weg mündete in dem praktischen täglichen Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, um Lohn und Arbeitszeit. Das wesentlichste Kampfmittel war der feste organisatorische Zusammenschluß der einzelnen Arbeiterkategorien und der Streik. Der politische Kampf stand bei den Gewerkschaften erst in zweiter Linie. Sie überließen ihn, soweit sie auf sozialistischem Boden standen, im wesentlichen den Parteiorganisationen.

Innerhalb der in ihnen verkörperten politischen Richtungen des Sozialismus sind von vornherein zwei verschiedene Einstellungen deutlich erkennbar, die man — nicht ganz zutreffend — häufig als „national-evolutionär“ und „international-revolutionär“ bezeichnet.

Die „national-evolutionäre“ Richtung, die mit dem Namen Lassalles eng verknüpft ist, glaubte an die Möglichkeit, die Macht auf dem Wege der natürlichen Entwicklung und allmählichen Umwandlung zu gewinnen. Der Kampf sollte vorzugsweise mit geistigen Waffen und mit dem Stimmzettel ausgefochten werden. Aus der „Eroberung der Köpfe“ würde sich allmählich die Herrschaft des Parlaments und damit die Demokratie entwickeln.

Über den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung bestand auch bei dieser Richtung kein Zweifel. Aber der nationale Staat sollte in dem Entwicklungsgang des Sozialismus nicht ausgeschaltet werden. Vielmehr war er an der allmählichen Umwandlung in wachsendem Maße zu beteiligen, bis er schließlich selbst die Führung der sozialistischen Bewegung übernahm. Der kapitalistische Nationalstaat wuchs so, gewissermaßen auf natürlichem Wege, in die sozialistische Gesellschaft der Zukunft hinein.

Die Anhänger der „international-revolutionären“ Richtung, deren stärkste Vertreter Mary und Engels sind, waren der Ansicht, daß es zur Gewinnung der Macht der revolutionären Tat bedürfe, und daß der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft eine „Diktatur des Proletariats“ vorangehen müsse, die die durch die Revolution begonnene gewaltsame Neuordnung der Dinge zu vollenden habe. Sie forderten den Kampf auf Leben und Tod mit der „unfähigen, für den Untergang reifen bürgerlichen Gesellschaft“, verschmähten jeden friedlichen Umwandlungsprozeß, jedes Paktieren mit den bestehenden Gewalten. Sie waren davon durchdrungen, daß dieser Kampf nicht im Rahmen der Nationen ausgefochten werden könne, sondern daß er sich auf einer festen internationalen Grundlage aufbauen müsse. Wohl sollten die besonderen Verhältnisse der einzelnen Völker berücksichtigt und die Kampfweise und Taktik in jedem Falle den örtlichen Bedingungen angepaßt werden. Stets aber ging das internationale Interesse der arbeitenden Bevölkerung der nationalen Schicksalsgemeinschaft des Staates voran.

Das von Mary verfaßte kommunistische Manifest ist das Hohelied dieses revolutionären Internationalismus: „Den Kommunisten ist vorgeworfen, sie wollten das Vaterland, die Nationalität, abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. . . Die Proletarier haben nichts . . . zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Um den absolut internationalen Charakter der Marxschen Lehre abzuschwächen, ist im Weltkriege von deutscher mehrheitssozialistischer Seite vielfach versucht worden, einen Gegensatz zwischen Marx und seinem Freunde und Mitarbeiter Engels in der Stellung zur Nation festzustellen. Tatsächlich aber sind beide in der rein geistigen Erfassung des internationalen Problems durchaus zu dem gleichen Ergebnis gekommen. An der Entstehung des Kommunistischen Manifestes gebührt Engels reichlicher Anteil. Auch später werden sich grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung schwer nachweisen lassen.

Die seelische Einstellung der beiden geistig eng verbundenen Freunde war freilich verschieden. Die Liebe zur deutschen Heimat hat Engels bis an sein Lebensende nicht losgelassen. Oft genug hat er warme Worte gerade für die Verteidigung deutscher Interessen gefunden. Marx war von solchen seelischen Hemmungen frei. Sein Herz gehörte ausschließlich dem Weltproletariat. Vaterländische Empfindungen für sein deutsches Geburtsland oder für seine spätere englische Heimat kannte er nicht. Wenn er zeitweilig für das eine oder andere Volk eintrat oder nationale Strömungen unterstützte, so war das immer nur das Ergebnis von Zweckmäßigkeitsgründen. Seine Sympathien standen jeweils auf der Seite der demokratisch fortgeschrittensten Länder, von denen er glaubte, am ehesten eine Weiterentwicklung in der Richtung der internationalen sozialistischen Weltziele erwarten zu dürfen. Er verabscheute das zaristische Rußland als Hort der Reaktion. Auch das Preußentum haßte er. Die demokratischen westeuropäischen Länder standen ihm innerlich näher.

Im übrigen waren Marx und Engels der Überzeugung, daß die Periode des Imperialismus, die für ihre Anschauung den Ausklang und Abschluß des kapitalistischen Zeitalters bildete, erst ausreifen müsse, bevor ihr die Herrschaft des Sozialismus folgen könne. Allerdings schien es ihnen möglich und daher geboten, den unabänderlichen Verlauf der Entwicklung gewaltsam zu beschleunigen. Das Proletariat mußte wachsam sein. Jeden Augenblick konnte es vor die Lage gestellt werden, die Herrschaft zu übernehmen. Irgendein besonderes Ereignis konnte den Zusammenbruch der kapitalistischen Welt einleiten. Deswegen beobachteten Marx und Engels mit brennendem Interesse den Gang der Weltpolitik, immer darauf bedacht, Einfluß zu gewinnen, das

Proletariat als mitbestimmenden Faktor einzuschieben, immer auf dem Sprunge, die Weltrevolution zu entfachen und oft genug enttäuscht, wenn sie erkannten, daß es noch zu früh dafür sei.

Unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachteten sie den Krieg. Er war für sie eine natürliche Erscheinungsform der kapitalistisch-imperialistischen Welt und würde einst zusammen mit ihr verschwinden. Der Sozialismus durfte sich seiner als Kampfmittel für seine eigenen Zwecke bedienen, bis das kommende sozialistische Zeitalter verwirklicht und damit die Voraussetzung für den Völkerfrieden geschaffen war. Aber der Weg dahin — dessen waren sie sich wohl bewußt — war noch weit und führte über Blut und Trümmer.

Eine besondere Rolle spielte der „Weltkrieg“, der beiden Freunden als ein unvermeidliches Glied auf dem Wege zur sozialistischen Zukunft erschien und dessen ferne Umrisse sie mit fast seherischem Blick am Horizont emporsteigen sahen. Insbesondere beschäftigte sich Engels in den letzten Jahren seines Lebens mit ihm.

Europa gleite, so führt er gelegentlich aus, wie auf einer schiefen Ebene mit wachsender Geschwindigkeit dem Abgrund eines Krieges von bisher unerhörter Heftigkeit entgegen. Wenn dieser ohne sozialistischen Eingriff bis zuletzt ausgekämpft werde, so würde eine Erschöpfung eintreten, wie sie Europa seit 200 Jahren nicht mehr durchgemacht habe. Die Entscheidung werde bei England sein, das den Seeweg und damit die Korneinfuhr beherrsche. „Es ist die Aushungerung von Paris in kolossal vergrößertem Maßstabe, und der ausgehungerte Teil muß kapitulieren, so wahr $2 \text{ mal } 2 = 4$ ist.“

Die militärischen Aussichten für Deutschland schienen Engels wenig günstig. Möglicherweise werde die Regierung zu revolutionären Maßnahmen gezwungen sein und die Sozialdemokratie werde dann die führende Rolle übernehmen. Sie werde vielleicht „1793 spielen“ müssen, was „ein sehr großes Pech“ sein werde, weil der Ausgang durchaus zweifelhaft sei. Wie aber auch die Dinge verlaufen würden, sicher sei, daß der Weltkrieg die Bedingungen für den schließlichen Sieg der Arbeiterklasse schaffen werde.

Mit heißer Sehnsucht haben Marx und Engels auf diesen Tag des Sieges gewartet. Sie haben nie der Hoffnung entsagt, selbst

noch die Fahne der Weltrevolution zu entfalten. Mit ganz ungewöhnlichem Eifer hat Engels sich bis an sein Lebensende mit militärpolitischen und rein militärischen Studien beschäftigt und für einen Laien ein seltenes Maß von militärischer Urteilskraft und von Fachkenntnissen erworben. Die Rolle des Revolutionsgenerals wäre bei ihm nicht in schlechten Händen gewesen.

Dem Berufskriegertum und seiner modernen Form, dem stehenden Heer als einer Institution des kapitalistischen Staates, standen Marx und Engels naturgemäß feindlich gegenüber. Sie erblickten in ihm vorzugsweise ein Machtmittel gegen die moderne Arbeiterbewegung. Deswegen sollte es, sobald der fortschreitende Sieg des Proletariats es gestatten würde — aber nicht früher — in eine Miliz umgewandelt werden, als deren wichtigste Merkmale Engels die völlige Durchführung der Dienstpflicht und die allgemeine Volksbewaffnung, die Verkürzung der Dienstzeit und die obligatorische militärische Jugend-erziehung bezeichnete. Das Überwiegen der Sozialdemokraten in dieser Volkswehr werde dem Kapitalismus die Waffe aus der Hand schlagen, die ihm das Heer in seiner gegenwärtigen Form noch biete. Aus einem volksfeindlichen Werkzeug werde es ein zuverlässiges Instrument der Demokratie werden, denn der „Herr des Heeres“ ist „Herr des Staates“.

*

Die Arbeiter-Internationale.

Das etwa waren die ganz flüchtigen Umriffe der Marx-Engelschen Stellung zur Nation, zum Kriege und zum stehenden Heer. Sie hat die sozialistische Gedankenwelt auf das stärkste und nachhaltigste befruchtet. Ihre Spuren sind auch im Weltkrieg überall deutlich erkennbar. Allerdings sind die Marx-Engelschen Lehren in keiner sozialistischen Organisation in ihrer reinen Form zur ausschließlichen Herrschaft gelangt, auch nicht in der deutschen Sozialdemokratie. Stets waren sie untermischt mit anderen, meist bodenständigen Elementen. Marx und Engels haben ja auch in keinem Lande eine politisch unmittelbar führende Rolle gespielt. Es entsprach dem internationalen Charakter ihrer Persönlichkeiten mehr, ihre weltumspannenden Ideen außerhalb des begrenzten Rahmens der Nationen zu verbreiten. Der hohe Flug ihres Ehrgeizes und die weiten Ziele, die sie sich gesteckt hatten, führte über

die Landesgrenzen hinaus. Sie versuchten, in der 1864 von ihnen gegründeten Arbeiter-Internationale ein Machtinstrument für eine selbständige praktische Politik des Weltproletariats und zugleich eine Zentralstelle für Propaganda zu schaffen. Sie nahm einen hoffnungsvollen Aufschwung. Auf ihrer Fahne stand an erster Stelle der Kampf gegen den „Nationalismus“, „Imperialismus“ und „Militarismus“. Auf dem Kongreß in Lausanne verlangte sie 1867 die Auflösung der stehenden Heere, die Abschaffung der Kriege, den freien Bund der Völker. Ein Jahr später, auf dem Brüsseler Kongreß, empfahl sie den Arbeitern, bei einem zukünftigen Kriege in den allgemeinen Streik einzutreten, um den Ausbruch des Kampfes unmöglich zu machen.

Aber schon zu Anfang der 70er Jahre geriet die Internationale in allerlei Schwierigkeiten. 1874 mußte sie sich auflösen. Es zeigte sich, daß die inneren Unterschiede zwischen dem deutschen, romanischen und slawischen Sozialismus eine feste Bindung noch nicht vertrugen. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen waren viel zu verschieden, als daß man gleiche Maßstäbe hätte anwenden und überstaatliche Entscheidungen treffen können. Selbst ein Marx scheiterte an dem Versuche. Es mangelten der Internationale im übrigen alle Voraussetzungen, um als Zentralgewalt, als politischer Machtfaktor aufzutreten und den Kampf des Weltproletariats einheitlich zu leiten. Die einzelnen Landesparteien wahrten sich in weitestem Maße ihre Selbständigkeit. All den stolzen Resolutionen der internationalen Kongresse fehlte die bindende Kraft. Sie hatten die Proletariermassen nicht hinter sich. Zu dem Arbeiter drangen die rauschenden Worte nur wie ein fernes Geräusch, dessen Klang er kaum erfaßte. Seine Gedanken waren bei den täglichen praktischen Kämpfen der Gewerkschaften. Je weiter sich die Wellenkreise von diesem Zentrum entfernten, um so schwächer wurde das Interesse. Jenseits der nationalen Grenze verlor es sich.

Im Jahre 1889, nach dem Tode von Marx, aber noch zu Lebzeiten und unter dem Einfluß von Engels, wurde die zweite Internationale begründet. Sie folgte den Traditionen der ersten und teilte ihre Schwächen. Sie war noch lockerer zusammengefügt als diese, und es fehlte ihr nach Engels' Tode der überragende Führer. Während Marx seine erste Internationale als Instrument für eine große aktive Politik geplant hatte, die auf keines der Gewaltmittel

der kapitalistischen Welt bis zur Erreichung ihrer sozialistischen Ziele verzichten wollte, überwog hier die negative, rein pazifistische Einstellung.

Im Jahre 1900 protestierten auf dem Pariser Kongress englische Arbeiterführer gegen den Burenkrieg. Unter tosendem Beifall standen 1904 in Amsterdam russische und japanische Sozialisten Hand in Hand auf der Rednertribüne und setzten durch diese symbolische Handlung der Feindschaft ihrer in blutigem Kampfe ringenden Völker die internationale Interessengemeinschaft des Proletariats entgegen. Während in der Mandtschurei noch um den Sieg gekämpft wurde, entfaltete die russische Arbeiterschaft in der Heimat die Fahne der Revolution, lähmte die Kraft der Regierung und zwang sie zu einem ungünstigen Frieden. Bei den politischen Wirren zwischen 1904 und 1914 und während der Balkankriege traten die Führer der internationalen Arbeiterschaft nach außen hin im allgemeinen geschlossen und einig auf. Im November 1912, zu einer Zeit starker politischer Spannung, versammelten sie sich in Basel. Unter dem Geläut der Glocken, feierlich begrüßt durch den schweizerischen Bundesrat, zogen sie zum Münster und erhoben im Namen von Millionen und aber Millionen von Arbeitern aller Länder ihre Stimme gegen das Gespenst des europäischen Krieges. Der internationale Gedanke schien auf dem Wege zum Siege, die neue Zeit schien angebrochen.

Aber diese anscheinend so glänzende äußere Entwicklung konnte über die inneren Schwächen der zweiten Internationale doch nicht hinwegtäuschen. Tausend Gewichte hatten sich an den Marxschen internationalen Gedanken gehängt. Der mächtige Schlachtruf „Der Proletarier hat kein Vaterland“ hallte zwar noch weiter, aber mit sehr verwandeltem, abgeschwächtem Klang. Überall schloß man Kompromisse. Das „unveräußerliche Recht jedes Volkes, seine Unabhängigkeit nach außen zu schützen“ und „technische Einrichtungen zu seiner Verteidigung zu treffen“ wurde stärker betont, als es dem ursprünglichen Geist der Marxschen Lehre wohl entsprach.

Ein Teil der Mitglieder wehrte sich gegen diese Abschwächungen. Es kam zu ersten Meinungsverschiedenheiten, bei denen bezeichnenderweise Volk gegen Volk stand. Den Anlaß bot die Frage des „Militärstreiks“, die seit Anfang der 90er Jahre immer festere Formen angenommen hatte. Ihren Höhepunkt erreichte diese Bewegung 1907 auf dem internationalen Kongress in Stuttgart

auf dem sich die französischen Sozialisten, von dem gemäßigten Jaurès an bis zu dem wütenden Antimilitaristen und Antipatrioten Hervé, und im Bunde mit ihnen die Engländer, mit voller Energie in ihren Dienst stellten. Die Deutschen und Österreicher erhoben entschiedenen Einspruch. Mit schneidender Kälte wies der alte Bebel die Himmeisstürmer zurück, die den Ausbruch zukünftiger Kriege durch einen allgemeinen Arbeiterstreik in den bedrohten Ländern und nötigenfalls durch Anwendung von Gewalt unmöglich machen wollten. Er ließ sich durch all die revolutionären Phrasen nicht darüber täuschen, daß der nationale Gedanke in den meisten Ländern eher zunahm, als sich abschwächte. Er sah, daß englische Sozialisten das Budget bewilligten, daß in Frankreich Mitglieder der sozialistischen Partei Ministerposten in bürgerlichen Regierungen annahmen und als „Sozialisten auf Urlaub“ an der gegen Deutschland gerichteten Militär- und Bündnispolitik tatkräftigen Anteil nahmen. Vor allem aber scheute er die Gefahren ungesetzlicher Methoden: „Wir bekämpfen also in Deutschland den bestehenden Militarismus zu Lande und zu Wasser in jeder möglichen Form und mit allen unseren Kräften. Darüber hinaus können wir uns aber zu Kampfmethoden nicht drängen lassen, die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten.“ Er ließ achselzuckend die Anwürfe Hervés über sich ergehen, desselben Hervé, der 1914 mit fliegenden Fahnen zum schärfsten Nationalismus überging: „Nicht nur meine eigenen Parteifreunde, nein, die ganze sozialistische Welt sieht mit Erstaunen und Trauer die gegenwärtige Haltung der deutschen Sozialdemokraten zum Militarismus... Jetzt habe ich sie hier auf den Straßen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarier. Meine naiven Illusionen sind zerstört, es sind alles gute, zufriedene und satte Spießbürger. Der französische Generalstab ist durch uns entwaffnet, er weiß, daß der Krieg den Aufstand des Proletariats bedeutet. Für Deutschland aber nehme ich an, daß bei dem Kadavergehorsam, den die Sozialdemokraten hier dem ‚Kaiser‘ Bebel entgegenbringen, sie dem ‚Kaiser‘ widerstandslos auch in einen Krieg folgen und ihre Bajonette auf die Brust der französischen Proletarier setzen würden, die die Barrikaden mit der roten Fahne der Revolution verteidigen.“

Der Streit endigte vorläufig mit der Annahme einer lahmen Resolution deutscher Fassung, aus der jeder herauslesen konnte, was

ihm beliebte: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Dieser Ausgang hinterließ starke Verstimmungen. Unter der Oberfläche glimmte der Funke weiter. Das Feldgeschrei für und wider den Militärstreik spaltete die Internationale immer mehr in zwei nach Ländern getrennte Lager. In dem einen blieben die Deutschen und Österreicher fast allein. Aber ihr Widerstand war unüberwindlich.

Sogar der „Torwächter am Tempel der Marxschen Lehre“, Kautsky, lehnte in dem von ihm verlangten Gutachten aus dem Jahre 1912 über Marxschen Internationalismus und sozialdemokratischen Patriotismus den Militärstreik ab: Allerdings sehe er keine Gründe, die vom Standpunkt des proletarischen Patriotismus von vornherein dagegen sprächen. Entscheidend sei aber, daß der Militärstreik, selbst wenn von beiden Seiten loyal der Versuch gemacht würde, ihn durchzuführen, keinerlei praktischen Erfolg haben werde. Es würden sich nur wenig Leute zum Streik bereit finden. „Ein Streik, dessen Teilnehmer mit dem Tode bestraft werden können! Und das ist nicht der Tod, dem man sich, umgeben von der Masse der Kameraden, in der Leidenschaft des Kampfes aussetzt, sondern für den man sich kalten Blutes zu entscheiden hat im Schoße der Familie! Wäre es nicht unerhörter Optimismus, anzunehmen, daß in irgendeinem Staate 10 000 Mann dieses Heroismus fähig wären? Was sind aber 10 000 Mann für ein modernes Massenheer! Man würde ihre Abwesenheit kaum merken. Ein jeder Versuch einer massenhaften Fahnenflucht würde sofort im Blute der tapfersten Kämpfer des Proletariats erstickt. Aber es könnte nicht einmal zum bloßen Versuch kommen ohne eine vorhergegangene jahrelange und eindringliche Propaganda der Fahnenflucht. Weiß man aber, was das in den meisten Staaten heißt? Würde die deutsche Sozialdemokratie den Militärstreik auf einem ihrer Kongresse als taktische Waffe anerkennen und dann diesem Beschluß entsprechend propagieren, so wäre dies das beste

Mittel, die deutschen Gefängnisse zu überfüllen und die Redaktionen und Organisationen der deutschen Sozialdemokratie hinwegzufegen. . . Die Idee des Militärstreiks ist also sicher gutgemeint, höchst edelmütig und heroisch, aber eine heroische Torheit. Sie ist heroischer, aber nicht weniger Torheit, als die Versuche der bürgerlichen Friedensschwärmer, durch Schiedsgerichte die Kriege aus der Welt zu schaffen. . . Solange wir nicht die Kraft haben, die Politik zu hindern, die zum Kriege führt, solange haben wir auch nicht die Kraft, den Krieg zu hindern.“

Das Beispiel der Militärstreikfrage zeigt mit genügender Deutlichkeit die Brüchigkeit der zweiten Internationale und läßt erkennen, wie sehr das Schwergewicht der tatsächlichen Macht bei den Landesparteien ruhte. Diese fühlten sich trotz aller feierlichen Kundgebungen und Beschlüsse der Internationale bei den großen Entscheidungen doch letzten Endes alleinverantwortlich. In ihrer Haltung hing in Wirklichkeit das Schicksal des internationalen Gedankens.

*

Die deutsche Sozialdemokratie.

In der deutschen Sozialdemokratie standen die „national-evolutionäre“ und die „international-revolutionäre“ Richtung fast von der Geburtsstunde der Partei an in hartem Kampfe miteinander. Erstere hatte zunächst einen Vorsprung. Ihr Hauptvertreter Lassalle war zugleich Führer des 1863 begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Als Verkünder des „Staatssozialismus“ wies er die eigentlich führende Rolle in der Arbeiterbewegung dem nationalen Staat zu. Er scheute sich nicht, Verbindungen mit der preussischen Regierung anzuknüpfen, die er für seine Gedanken gewinnen zu können glaubte. Die Beziehungen zu Bismarck und die Hoffnungen, die er auf das preussische Königtum setzte, sind für seine Auffassung kennzeichnend. Nach seinem Tode im Jahre 1864 ging die Führung der Partei an v. Schweitzer über. Auch dieser glaubte, daß die Arbeiterbewegung dem Staat nötigenfalls die Kampfsmittel sowohl gegen innere wie äußere Feinde zur Verfügung stellen müsse. Diese Haltung ließ den Weg zur Verständigung und zum Zusammengehen mit der preussischen Regierung trotz aller Gegensätze offen. Sie trug Schweitzer die Gegnerschaft

der mehr revolutionär eingestellten Elemente, insbesondere Wilhelm Liebknecht und Bebel, ein, auf die inzwischen die Marx'sche Gedankenwelt ihren Einfluß ausgeübt hatte.

In Liebknecht und Bebel entstand, gefördert durch partikularistisch-süddeutsche Neigungen, der Gedanke, eine antipreußische und antibismarckische sozialistische Partei in Deutschland zu begründen, die Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation werden und nach den Grundsätzen von Marx und Engels gelenkt werden sollte. Sie bildeten innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine oppositionelle Gruppe, die 1869 zu einer Konferenz nach Eisenach einlud. Hier erfolgte die Scheidung in „Lassalleaner“ und „Eisenacher“. Letztere gründeten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, deren Führer Bebel wurde.

Für das weitere Schicksal des nationalen Problems in der deutschen Sozialdemokratie wurde der Krieg 1870/71 von besonderer Bedeutung. Zunächst schien sich die Schweizerische Richtung durchzusetzen. Schweizer hatte seinen Standpunkt dahin festgelegt, daß er im Falle eines Krieges den König von Preußen, in dem jetzt die nationale Machtstellung Deutschlands gipfete, und seine Regierung mit aller Kraft in und außerhalb des Parlaments unterstützen werde. Dementsprechend stimmten die drei Lassalleaner bei Kriegsausbruch für die Kriegskredite. Ein Eisenacher, Fritzsche, schloß sich ihnen an. Seine Haltung wurde durch den Parteiausschuß der Eisenacher gebilligt, der in einem Manifest vom 24. Juli 1870 die Pflicht, „als Deutscher für Deutschland einzustehen“ ausdrücklich anerkannte. Die beiden anderen Eisenacher aber, Liebknecht und Bebel, gingen eigene Wege. Sie enthielten sich bei der Abstimmung der Kriegskredite der Stimme, um hierdurch die „Neutralität“ in dem „dynastischen“ Kriege zwischen den Häusern Hohenzollern und Bonaparte zu kennzeichnen.

Marx stand damals auf der Seite Deutschlands. Er tadelte Liebknecht und Bebel als „Prinzipienreiter“. In einem unter Marx' Einfluß verfaßten Manifest erklärte auch der Generalrat der Internationale, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe. Im übrigen war die Haltung von Marx und Engels im Verlauf des Krieges 1870 für ihre geistige Einstellung überaus charakteristisch. Sie läßt besonders deutlich erkennen, wie sehr sie die internationalen Interessen des Proletariats den nationalen der Völker voranstellten. Den Napoleonismus haßte Marx. Neben dem

Zarentum schien er ihm der schlimmste Feind des Proletariats. Von einem Sieg Deutschland erhoffte er den deutschen Einheitsstaat, der ihm die Vorbedingung für eine gedeihliche Weiterentwicklung der deutschen Sozialdemokratie schien. In der zweiten Adresse des Generalrats der Internationale heißt es, die deutsche Arbeiterklasse habe den Krieg, den sie nicht habe hindern können, energisch unterstützt als einen Krieg der Befreiung Deutschlands und Europas von dem „erdrückenden Alp des zweiten französischen Kaiserreichs“. „Die Franzosen brauchen Prügel“, schreibt Marx am 20. Juli 1870 an Engels. „Siegen die Preußen, so wird die Zentralisation der Staatsgewalt nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse.“ Engels führt das weiter dahin aus, daß von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung im Falle der Niederlage Deutschlands keine Rede mehr sein werde. Der Kampf um die nationale Existenz werde alles absorbieren.

Aber bald stiegen in Marx Bedenken gegen einen vollen deutschen Sieg auf. Er erkannte die Gefahren, die in einer dauernden Verfeindung der beiden führenden Länder des Sozialismus, Deutschland und Frankreich, lagen, und begann zu fürchten, daß das tief gehaftete zaristische Rußland aus diesem Zwiespalt Vorteil ziehen und seinen reaktionären Einfluß in Zukunft noch stärker geltend machen werde. „Erlaubt die deutsche Arbeiterklasse dem gegenwärtigen Kriege, den streng defensiven Charakter aufzugeben und in einen Krieg gegen das französische Volk auszuarten, so wird Sieg oder Niederlage gleich verhängnisvoll.“

Nach der Schlacht von Sedan und dem Sturze Napoleons traten Marx und Engels und mit ihnen die ganze Internationale auf die Seite der jungen Französischen Republik. Sie widersetzten sich den Bismarck'schen Annektionsplänen, weil sie Deutschland und Frankreich dauernd verfeinden und letzteres in die Arme des reaktionären Rußland treiben würden.

Als ihre Befürchtung sich dann später, in den 80er Jahren verwirklichte, stellten sie sich wieder auf die Seite Deutschlands, dessen mächtige sozialdemokratische Entwicklung ihnen als stärkste Bürgschaft für den Sieg des internationalen Proletariats erschien. 1891 schreibt Engels, er sei mit Bebel darüber einig, daß, „wenn die Russen Krieg mit uns anfangen, die deutschen Sozialdemokraten à outrance auf die Russen und ihre Bundesgenossen, wer sie auch seien, loshauen. Wird Deutschland erdrückt, dann auch wir

[Sozialdemokraten]“. Und an anderer Stelle: „Sollte die französische Republik sich in den Dienst S. M. des Zaren aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialdemokraten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie.“

Auch in der nationalen Haltung der Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Führer trat nach der Schlacht bei Sedan, die den Untergang des „Napoleonismus“ zur Folge hatte und die französische Republik wiederherstellte, ein Umschwung ein. Bismarcks Absicht, Elsaß-Lothringen zu annektieren und den Krieg gegen die junge französische Republik so lange fortzusetzen, bis dieses Ziel erreicht sei, veranlaßte unter dem mächtigen Einfluß von Marx die beiden deutschen Parteirichtungen zu heftigem Protest. Die Kredite für die Fortsetzung des Krieges wurden im November von sämtlichen Abgeordneten verweigert.

Dieser Sieg der Bebel-Liebknechtschen Richtung und zugleich des international-revolutionären Gedankens wurde für die Folge von erheblicher Bedeutung. Die Lassalleaner hatten ihre, wenn auch ganz bedingte, nationale Anlehnung aufgegeben und damit die Grundlagen ihrer Wesensart verschoben. Es eröffnete sich die Möglichkeit eines Wiederzusammenschlusses der beiden Gruppen. Tatsächlich kam es 1875 auf dem Parteitage in Gotha zur Verschmelzung, bei der zwar der Geist Lassalles tief in die nunmehrige Einheitspartei eindrang, die äußere Führung aber doch an die „Eisenacher“ überging.

Die folgenden Jahre, die unter dem Zeichen des Sozialistengesetzes standen, waren der Weiterentwicklung in radikalem Sinne günstig. In der erbitterten Kampfstimmung jener Zeit befestigte sich der internationale und revolutionäre Gedanke in der Partei. Das im Jahre 1891 angenommene Erfurter Programm ist hierfür ein deutliches Zeichen.

Aber zu einem vollen Siege gelangte der Marxismus doch nicht. Der Geist Lassalles bewies eine zähe Lebenskraft. Die Anhänger dieser Richtung fanden eine starke Stütze in der mächtigen Organisation der auf wirtschaftlichem Boden kämpfenden freien Gewerkschaften. Sie wahrten sich einen starken Einfluß, der seit der Jahrhundertwende noch deutlich zunahm. Darüber konnten weder die tönenden Worte und die radikalen Ausdrucksformen der Resolutionen hinwegtäuschen, noch die schwere Niederlage, welche die „Revisonisten“ 1903 auf dem Dresdener Parteitage erlitten.

Wahrscheinlich war es nur der überragenden Autorität und politischen Geschicklichkeit Bebels zu danken, daß sein Lebenswerk, die Einheitspartei, bis zum Weltkriege erhalten blieb.

Außerlich nahm die Partei in diesen Jahrzehnten den gewaltigsten Aufschwung. Aber sie bezahlte dafür mit ihrer inneren Geschlossenheit und Einheit. Als Millionenpartei, die in dem riesigen Sammelbecken ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen alles vereinigte, was sich überhaupt im weiten Sinne zum Sozialismus rechnete, hatte sie einen Teil ihrer Aktivität eingebüßt. Es wurde auch eine gewisse „Zwiespältigkeit“ ihrer Politik unvermeidlich. Auf der einen Seite verharrte sie bei ihrer schonungslosen, den radikalen Strömungen Rechnung tragenden Propagierung des Klassenkampfes und bei dem bedenklichen Grundsatz ihrer derzeitigen politischen Unverantwortlichkeit. Auf der andern Seite trieb sie unter dem Zwang der Verhältnisse auf vielen Gebieten des staatlichen Lebens Zweckmäßigkeitspolitik und fand sich mit Kompromissen ab.

Auf dieser unsicheren und schwankenden allgemeinen Grundlage konnte das Bild der deutschen Sozialdemokratie keine klaren und festen Umrisse gewinnen. Bald überwogen revolutionäre internationale Einflüsse, bald reformistische. Immer stand das Bedürfnis der Propaganda für die sozialistische Zukunftswelt den Forderungen der praktischen Gegenwart im Wege. Man verherrlichte die Kreditverweigerung Bebels und Liebknechts im Jahre 1870 als heroisches Beispiel. Aber derselbe Bebel versicherte wiederholt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland im Kriege nicht im Stiche lassen würden. Man gab von der Tribüne des Reichstages aus zu, daß Deutschland angesichts der bedrohlichen internationalen Lage wehrhaft und militärisch gesichert sein müsse und verweigerte gleichzeitig die Heereskredite. Man wies mit Entrüstung den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie Kasernenagitation treibe und den Geist der Disziplin im Heere untergraben wolle. Aber man schuf die sozialistische Jugendbewegung, zu deren wichtigsten Aufgaben die „Aufklärung“ der zukünftigen Rekruten gehörte, und man brachte jedes Jahr die angeblichen Mißstände im Heere in denkbar scharfer und herabziehender Form, die keinen Zweifel an der propagandistischen Absicht aufkommen ließ, vor die breiteste Öffentlichkeit. Man konnte nicht bestreiten, daß der Milizgedanke für die Gegenwart untauglich sei und verlangte doch unaufhörlich seine

Durchführung. Man wollte von dem internationalen Militärstreik nichts wissen und knüpfte doch die Bereitwilligkeit des Proletariats zur Verteidigung des Vaterlandes an bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen*).

Diese inneren Widersprüche lassen sich indessen aus ihrem Charakter als Kompromißlösungen zwischen zwei feindlichen Richtungen allein nicht erklären. Hinzu kam, daß die deutsche Sozialdemokratie nach dem Tode von Engels fast ohne jede Berührung mit den großen Fragen der auswärtigen Politik stand. Dieses weite Feld war dem engeren Gesichtskreis Bebels und Liebknechts verschlossen. Die Partei ging ganz in den Problemen der inneren Politik auf. Kennzeichnend ist das bekannte Wort des älteren Liebknecht, die beste äußere Politik für die Sozialdemokratie sei gar keine. Soweit man sich doch mit ihr beschäftigen mußte, wurde sie vom innenpolitischen Parteigesichtswinkel aus betrachtet**).

Vielfach findet sich die Ansicht, die Nöte der auswärtigen Lage Deutschlands rührten „von dem Mißtrauen und der Befremdung fast aller Kulturnationen gegen dessen innere Zustände“ her***). Oder es wird der Verdacht geäußert, die deutsche Regierung übertreibe und vergrößere die politischen Schwierigkeiten und male die Gefahr eines Krieges an die Wand, um der sozialistischen Bewegung

*) Der sozialdemokratische Schriftsteller Ernst Drahn, der das Thema „Sozialdemokratie und Heer“ wiederholt behandelt hat, schreibt im 17. Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ 1916: „Wer die Resolutionen der Internationale über Krieg, Frieden und Wehrmacht vom Lausanner Kongreß 1867 bis auf heute und die der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie einer Durchsicht unterzieht, wird die heillosen Widersprüche klar genug erkennen, die sie in allem, was militärische Fragen anlangt, enthalten. . . Es ist klar, daß es sich bei all diesen Beschlüssen um Kompromisse zwischen den verschiedensten Strömungen in der Internationale sowohl wie in der deutschen Sozialdemokratie handelte. . . Ein wirkliches Verständnis militärischer Notwendigkeiten ohne utopistischen Beigeschmack vermißt man in allen solchen Beschlüssen.“

***) Sehr scharf urteilt hierüber der ehemalige radikale Sozialist Paul Lensch in seinem Werk „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“: Hier zeigte sich verhängnisvoll, daß die deutsche Sozialdemokratie trotz ihres revolutionären Gebarens niemals aktiv an großen nationalen Umwälzungsprozessen hatte teilnehmen können. Für die auswärtige Politik hatte sie selten mehr übrig gehabt als einen Fluch und Steinwurf und Protest. Ein eingehendes Studium versagte sie sich. Es genügte, wenn, der Agitation halber, auch hier die deutsche Regierung als an allem schuldig hingestellt wurde.“

***) S. v. Vollmars Referat über die auswärtige Politik auf dem Essener Parteitage 1907.

durch Schürung der nationalen Leidenschaften besser begegnen zu können. Der internationale Kapitalismus habe keinen Vorteil vom Kriege, also werde er ihn zu verhindern wissen. Auch würden die Regierungen es kaum wagen, angesichts der Bekundung des proletarischen Friedenswillens ihrer Kriegslust die Zügel schießen zu lassen*).

Man hatte aber doch das Gefühl, daß derartige Gedankengänge mit Rücksicht auf das unzweifelhaft noch immer tiefwurzelnde nationale Empfinden der breiten Masse nicht überspannt werden durften, das übrigens auch von einem großen Teil der sozialistischen Führer geteilt wurde. Es wurde daher keine passende Gelegenheit versäumt, als Gegengewicht den „proletarischen Patriotismus“, den man streng unterschied von dem bürgerlichen, lebhaft zu unterstreichen. Immer wieder betonte man, daß die Sozialdemokratie das Vaterland, wenn es von außen angegriffen würde, mit der Waffe in der Hand verteidigen werde. Der alte Bebel prägte ein für das Volksempfinden glückliches Wort, wenn er versicherte, daß er selbst noch die Flinte auf den Rücken nehmen werde. Allerdings zog er diesem patriotischen Bekenntnis sogleich wieder eine scharfe Grenze durch die Erklärung, einem von Deutschland ausgehenden Angriffskriege müsse die Sozialdemokratie sich versagen.

Kautsky bestritt ihm unter Hinweis auf den Krieg von 1870 die Möglichkeit, rechtzeitig festzustellen, wer der Angreifer, wer der Verteidiger sei. Eine geschickte Politik werde sich immer als den angegriffenen Teil hinzustellen wissen. Nicht die Frage, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg dürfe daher entscheidend sein, sondern allein das Interesse des internationalen Proletariats. Auch da, wo die Sozialdemokratie gezwungen militärische Gefolgschaft leiste, müsse sie sich wenigstens politisch der Regierung gegenüber volle Freiheit bewahren und gegebenenfalls oppositionell auftreten.

Bebel entgegnete, die Sozialdemokratie sei intelligent und aufgeklärt genug, um die rechte Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu finden. Er verteidigte diesen stark angefochtenen Standpunkt auch auf internationalen Kongressen, und man beruhigte sich schließlich bei der bequemen Lösung.

*) Referat des Parteivorsitzenden Haase auf dem Chemnitzer Parteitage 1912.

Was sollte aber geschehen, wenn die Sozialdemokratie wirklich einmal in die Lage kam, gegen einen Krieg zu protestieren und ihrem Protest Geltung zu verschaffen? Bebel schob die unbequemen Erörterungen beiseite, indem er erklärte, das werde sich im rechten Moment schon finden. Wieder blieb eine Frage von großer praktischer Bedeutung offen.

Am deutlichsten tritt die Überwertung der innenpolitischen über die außenpolitischen Gesichtspunkte in der Stellung der Sozialdemokratie zum Heere hervor. Hier gab es keine Konzessionen und Kompromisse gegenüber der reformistischen Richtung. In einer Resolution des Mainzer Parteitages von 1900 heißt es: „Der Militarismus ist eine vorzugsweise im Dienste der besitzenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, während die Lasten, welche er dem Volke auferlegt, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft das gegenwärtige Militärsystem, weil es kulturwidrig ist. . . Wir stehen einem System feindlich gegenüber, unter dessen Herrschaft die Söhne des Volkes in Uniform auf die Söhne des Volkes im Arbeiterkittel schießen müssen, wenn die kapitalistischen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft es verlangen*.“

Das stehende Heer müsse daher in seiner gegenwärtigen volksfeindlichen Gestalt beseitigt und in die demokratische Form der Miliz übergeführt werden. Bis dahin werde man „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ bewilligen. Man könne der Sozialdemokratie doch nicht zumuten, eine Einrichtung zu unterstützen, die ihre Spitze gegen sie kehre. Das stehende Heer bilde im übrigen eine fortgesetzte Bedrohung des Friedens. „Wenn man eine solche Waffe in der Hand hat, die man jeden Moment anwenden kann, dann ist die Gefahr, daß man mit anderen Völkern in Krieg gerät, eine weit größere, als wenn diese Waffe nicht besteht**.“ Die Sozialdemokratie aber sei eine ausgesprochene Friedenspartei. Sie hätte keinerlei Interesse am Kriege: „Wie sollte die Arbeiterschaft der Länder dazu kommen, sich gegenseitig mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten? Die arbeitende Klasse der Welt hat nur einen Feind, und das ist das internationale Ausbeutertum.“

*) Besonders empört war man über die gelegentliche Verwendung von Militär bei Streiks. Vgl. Reichstagsitzungen vom März bis Mai 1912.

***) Stücklen, sozialdemokratischer Parteiredner für Militärangelegenheiten, in der Reichstagsitzung vom 17. 3. 09.

In seiner Schrift „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ vom Jahre 1898 legt Bebel den deutschen Parteistandpunkt zur Heeresfrage programmatisch fest. Im allgemeinen wiederholt er die Engelschen Gedanken über die Durchführung der Wehrpflicht, die militärische Jugendausbildung, Verkürzung der Dienstzeit, Demokratisierung des Offizierkorps, internationale Abrüstung, Miliz. Aber es fehlt seinen Ausführungen der weite außenpolitische Horizont Engels', das Verständnis für die Verhältnisse der Gegenwart. Was dort durchaus abhängig von bestimmten praktischen Voraussetzungen blieb, wurde hier zur absoluten theoretischen Forderung. Die besonderen Verhältnisse Deutschlands, die Engels klar herausgehoben und anerkannt hatte, treten bei ihm zurück. Voller Ingrimm verbeißt er sich auf die Gesamterscheinung des „Militarismus“, der das natürliche Maß längst überschritten habe und zum Fluche der Menschheit geworden sei.

Auch später, als die außenpolitischen Gefahren, die Engels schon anfangs der 90er Jahre Sorgen bereitet hatten, immer ernster wurden, konnte sich Bebel nicht dazu verstehen, seine Stellung zum stehenden Heere zu ändern. Bis an sein Lebensende ist er nicht müde geworden, es herabzusetzen und zu schädigen. Zu einer Zeit, als schon für alle sichtbar die Umrisse des Weltkrieges auftauchten, lehnte die Sozialdemokratie noch immer unentwegt den „Militarismus“ ab „aus prinzipiellen Gründen heraus“, weil man in ihm „eine kulturfeindliche Einrichtung“ sah und weil man „die ganz enormen Mittel, die dafür ausgegeben wurden, für bessere Zwecke dienstbar machen möchte*“.

Wie sich selbst Anhänger des rechten Parteiflügels mit der Frage der sozialdemokratischen Verantwortlichkeit absanden, dafür ist kennzeichnend eine Äußerung des bekannten Revisionisten Heine aus dem Jahre 1898 (Flugschrift: „Die Sozialdemokratie und die Studierten“): „Die Frage, ob wir berechtigt, ja verpflichtet seien, der Regierung auch solche Militärforderungen abzuschlagen, die an sich begründet und für die Verteidigung der Nation notwendig sind, wie meiner Ansicht nach die neuen Kanonen, ließe sich ernstlich stellen, wenn wir im Parlament den Ausschlag gäben, wenn unsere Ablehnung wirklich die Ausführung der Regierungsforderung verhinderte und wenn wir deshalb die politische und moralische

*) Stücklen, in der Reichstagsitzung vom 25. 2. 11.
Vollmann. Der Marxismus und das deutsche Heer.

Verantwortung für die Folgen zu tragen hätten. Und da stehe ich nicht an, zu erklären, daß in solchen Lagen die Politik der Verweigerung gerade des Notwendigsten prinzipiell nicht nur berechtigt, sondern geradezu geboten ist. . . Unterwerfen kann man den Gegner nur, wenn man die Macht und das Herz hat, ihm das Notwendige abzuschneiden. Man verweigert ja damit das Notwendige nicht der Nation. Man ist bereit, es zu gewähren, sobald die Regierungen sich unterwerfen.“

Hin und wieder waren rechts gerichtete Parteimitglieder bemüht, eine Auffassung zur Geltung zu bringen, die dem Heere und seinem eigentlichen Zweck mehr gerecht wurde. Aber sie setzten sich nicht im geringsten durch.

Auch von dem äußersten linken Flügel aus wurden Anstrengungen gemacht, auf die Partei in der Heeresfrage Einfluß zu gewinnen und sie zu einer noch schärferen Stellungnahme zu drängen. Der jüngere Liebknecht, der Führer der antimilitaristischen Gruppe in der Partei, verlangte, daß eine tatkräftige antimilitaristische Propaganda ins Werk gesetzt werde. Die Rekruten müßten noch mehr als bisher aufgeklärt, die Jugend mit Haß und Abscheu gegen das Heer erfüllt werden. Auf der internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendbewegung in Stuttgart 1907, deren Leiter er war, erklärte er, „die Zermürbung und Zerfetzung des militaristischen Geistes zur Beschleunigung der organischen Zerfetzung des Nationalismus“ sei das wesentlichste Ziel der antimilitaristischen Propaganda. Die leider vielfach betriebene Agitation für Nichtgestellung der einberufenen Mannschaften sei der denkbar größte Fehler. Dadurch würden gerade die für den Militarismus unzuverlässigsten Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee ferngehalten. Die Partei gab dieser Strömung bis zu einem gewissen Grade nach. Sie förderte die sozialistische Jugendbewegung, deren antimilitaristische Tendenz außer Zweifel stand. Weiter ging sie allerdings nicht. Die Liebknechtsche Kasernenagitation lehnte sie wiederholt und sehr entschieden ab. Sie wollte keine Handhabe bieten, die Paragraphen des Strafgesetzbuches wegen Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung zur Anwendung zu bringen, betonte vielmehr, daß sie ihren Kampf gegen den Militarismus nur mit gesetzlichen Mitteln führe.

*

Die freien Gewerkschaften*).

Im Gegensatz zu England, wo die Entwicklung der Trade unions der sozialistischen Parteibewegung vorauseilte und ihren Vorrang auch später behauptete, folgte in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung der politischen nach und mußte jahrzehntelang um ihre Gleichberechtigung kämpfen.

Kassalle, der Gründer der deutschen politischen Arbeiterbewegung, erkannte — im Gegensatz zu Marx — die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und des Streiks als Kampfmittel nicht. Erst nach seinem Tode berief v. Schweitzer, der Nachfolger Kassalles als Präsident des Arbeiterverbandes, im Jahre 1868, trotz starken Widerspruchs im eigenen Lager, einen Arbeiterkongreß nach Berlin, auf dem sich eine ganze Reihe von Gewerkschaften organisierte. Auch die Bebel'sche Richtung schritt nach ihrer Absonderung zur Bildung von Gewerkschaften. Es bestanden daher zunächst Gewerkschaften Kassallescher und Eisenacher Richtung nebeneinander, die unter sich nur lockere Verbindung hielten. Erst 1875 kam es, im Anschluß an den politischen Zusammenschluß der Kassalleaner und Eisenacher, auf einem gemeinsamen Gewerkschaftskongreß zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die beiden Gruppen und schließlich zu einer Verschmelzung.

Die junge gewerkschaftliche Bewegung blieb mit der politischen Parteibewegung eng verbunden. Es bestand überwiegend die Auffassung, daß der wirtschaftliche, auf die nächstliegenden Ziele gerichtete Kampf der freien Gewerkschaften den großen politischen Zielen der Partei keineswegs abträglich sei, sondern ihnen den Boden bereite. Die Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung ihr untergeordnet sei und in Abhängigkeit von ihr bleiben müsse, daß sie eine Art Vorschule der Sozialdemokratie sei. Die Gewerkschaften wehrten sich zwar von vornherein gegen diese Auffassung, waren aber zunächst zu schwach und hatten zu sehr um ihre Existenz zu kämpfen, als daß sie die Parteieinflüsse hätten ausschalten können.

In diesem Verhältnis trat erst Anfang der 90er Jahre, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, eine Änderung ein. Damals begann der rasche, glänzende Aufstieg der Gewerkschaften. Sie

*) S. Adolf Braun: Die Gewerkschaften und der Krieg; Hermann Liebmann: Die Politik der Generalkommission; Herkner: Die Arbeiterfrage.

schufen sich 1890 eine straff zentralisierte Organisation mit Legien als Führer. Die oberste Leitung aller wirtschaftlichen Kämpfe wurde in die Hände der Generalkommission der Gewerkschaften gelegt. In die ganze Bewegung kam ein starker, selbstbewußter Zug. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur Deutschlands in der zweiten Hälfte der 90er Jahre war der Entwicklung günstig. In hartem Kampf mit dem noch mangelhaft organisierten Unternehmertum gelang es, durch eine lange Reihe glücklich durchgeführter Lohnbewegungen sehr erhebliche Vorteile für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erringen.

Dieses Ergebnis stärkte die Stellung der führenden gewerkschaftlichen Kreise auch gegenüber der Partei. Sie betonten, daß ihre praktische Arbeit viel mehr zur Lösung der sozialen Frage beitrage als die politische Kampfmethode der Partei. Die „Katastrophenpolitik“, die alles Heil von der politischen Revolution erwartete, lehnten sie ab. Sie näherten sich in diesen Anschauungen dem revisionistischen Flügel der Partei und gingen mit ihm ein enges geistiges Bündnis ein, das für die spätere Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von höchster Bedeutung geworden ist. Der Revisionismus fand an der immer selbständiger auftretenden Macht der Gewerkschaften eine so kräftige Stütze, daß er alle Verfolgungen Bebels und selbst die schwere Niederlage auf dem Dresdener Parteitage im Jahre 1903 zu überdauern vermochte.

Unter diesen Umständen war der in den führenden Parteikreisen entstehende Argwohn nicht unbegründet, daß die Generalkommission bestrebt sei, maßgebenden Einfluß auf die Parteipolitik zu gewinnen. Man warf ihr auf dem Kölner Parteitage 1893 Größenwahnsinn vor, weigerte sich, mit ihr, wie „von Macht zu Macht“ zu verhandeln und suchte sie in der bisherigen inneren Abhängigkeit zu erhalten. Die schweren Auseinandersetzungen zogen sich länger als ein Jahrzehnt hin. Die Gewerkschaften vermochten jedoch ihre mühsam errungene Freiheit zu behaupten.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts trat in der glänzenden Entwicklung der freien Gewerkschaften ein Rückschlag ein. Die Unternehmer hatten sich den Kampfmethoden der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angepaßt, indem sie sich zu Kartellen, Ringen, Syndikaten zusammenschlossen mit dem Ziel, den schrankenlosen Konkurrenzkampf untereinander auszuschalten und statt dessen einen gemeinsamen Kampf gegen die Lohnbewegung

der Arbeiter zu führen. Die Gewerkschaften bekamen die Folgen dieser veränderten Taktik bald zu spüren. Ein großer Teil der Lohnkämpfe endete mit Niederlagen. In den „gelben“ Gewerkschaften schufen die Unternehmer sich ein willenloses Werkzeug. Auch die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gingen völlig eigene, oft denen der Freien Gewerkschaften entgegengesetzte Wege.

In der Sorge um die weitere Gestaltung der Dinge wurden nun auch in den Kreisen der Gewerkschaften Zweifel laut, ob die bisherige Taktik noch am Platze sei, ob nicht eine Änderung im radikalen Sinne erforderlich werde. Diese Stimmung fand Nahrung an der schärferen Tonart, die die Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gegenüber anschlug. Auf dem Münchener Gewerkschaftskongress im Frühjahr 1914 herrschte ein ausgesprochenes Kampfeswille. Selbst so gemäßigte Führer wie Robert Schmidt und August Winnig drohten, daß auch den Gewerkschaften eines Tages der Geduldsfaden reißen könne und daß sie den Weg der Reform und des parlamentarischen Kampfes verlassen würden, wenn die herrschenden Klassen den Massen „alle Wege nach aufwärts und vorwärts verrammeln“ und den Boden des gleichen Rechts verlassen würden. Auch in der Frage des gerade in diesem Frühjahr lebhaft besprochenen Massenstreiks, der auf dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 entschieden abgelehnt war, wurde ein Wandel der Ansichten deutlich sichtbar. Wenn auch die Mehrheit der Führer von ihm nach wie vor noch nichts wissen wollte, so war doch bereits eine so starke Gegenströmung vorhanden, daß man auf eine ähnliche Kundgebung wie 1905 verzichtete.

So standen die Dinge im Sommer 1914. Eine Wendung in der Taktik der Gewerkschaften in radikalerem Sinne schien sich vorzubereiten. Da verlangte der Krieg plötzlich eine schnelle Entscheidung.

Der Weg der Mitte war es, den die deutsche Sozialdemokratie unter Bebels Führung versucht hatte einzuschlagen. Man gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß das schwere Werk der Vereinigung der von Marx propagierten internationalen und der nun einmal noch innerhalb des Rahmens der Nation liegenden Interessen der Arbeiterschaft gegliückt sei. Bebel glaubte die Formel gefunden zu haben, die dem Bedürfnis der Partei genüge, die Einheit sicherte

und die Gegensätze zwischen dem Antimilitaristen und Kommunisten Liebknecht und dem reformfreundlichen „Nationalsozialisten“ Kolb zur Not überbrückte. Er setzte sich nicht geradezu in Widerspruch zu dem tief in den Massen schlummernden nationalen Bewußtsein und vertrat doch sehr energisch, in einer auch für die Zwecke der Propaganda ausreichenden Weise den internationalen Friedenswillen und die Klassensolidarität der Arbeiter.

Solange noch die Augen des großen Parteiführers auf dem Werk ruhten, das er im wesentlichen geschaffen hatte, hielt die künstliche Konstruktion zusammen. Mit straffem Zügel bändigte er die widerstrebenden Rasse vor dem Parteiwagen. Das Schicksal hat es ihm erspart, zu den Problemen des Weltkrieges, die auch über seinen geistigen Horizont wohl hinausgingen, Stellung nehmen zu müssen. Seine Nachfolger waren nicht durch die große historische Schule gegangen wie er. Sie hatten als Parteifunktionäre unter der Bürde der Tagesarbeit meist nur bestimmte Abschnitte in dem gewaltigen Gewebe des Sozialismus gründlich kennengelernt. Um so schwerer waren für sie die Entscheidungen, die der Weltkrieg auf ihre Schultern legte.

*

Der französische Sozialismus.

Der französische Sozialismus ist auf einem anderen Boden emporgewachsen als der deutsche. Er blickte auf eine reiche revolutionäre Vergangenheit zurück und pflegte gesellig diese Traditionen. In der Frage des Militärstreiks wird die Hinneigung zu gewaltsamen Lösungen wieder deutlich sichtbar.

In seiner Stellung zur nationalen Frage und zum Kriege finden sich ähnliche Widersprüche wie bei der deutschen Sozialdemokratie. Auch wenn man den Antimilitaristen und Antipatrioten Hervé, der mit seinem anarchosyndikalistischen Anhang den äußersten linken Flügel bildete, ausschließt, so ergab sich doch noch eine weite Spanne zwischen rechts und links. Ihre Überbrückung wurde dadurch erschwert, daß der französische Sozialismus sich lange Zeit hindurch in zahlreiche einander mehr oder weniger befehdende Gruppen zersplitterte. Erst am Anfang des neuen Jahrhunderts gelang es, die Mehrzahl in der Partei der „Geeinigten

Sozialisten“ zusammenzufassen. Es blieben aber auch dann noch starke Reste, und zwar die reformfreundlichen, als „Unabhängige Sozialisten“ unter Millerands und Briands Leitung, außerhalb des Ringes.

An Zahl der Parteimitglieder folgten die Franzosen den Deutschen erst in weitem Abstände. Die furchtbare Lehre, welche die Sozialisten im Kommune-Aufstand 1871 erhalten hatten, wirkte noch lange Zeit abschreckend nach. Erst wenige Jahre vor dem Weltkriege nahm die Parteientwicklung einen ähnlichen äußeren Aufschwung, wie anderthalb Jahrzehnte früher in Deutschland.

Die außerhalb der Einheitspartei stehenden Unabhängigen Sozialisten hatten den marxistischen internationalen Standpunkt bewußt aufgegeben. Sie hatten sich ganz und gar dem Nationalismus zur Verfügung gestellt und vertraten mit in vorderster Reihe die Revancheidee.

Die Partei der Geeinigten Sozialisten stand in ihrer Grundrichtung der deutschen Sozialdemokratie Babelscher Prägung ziemlich nahe. In der äußeren Politik vertraten sie unter der Führung von Jaurès einen ausgesprochen pazifistischen Standpunkt und setzten sich für eine Verständigung mit Deutschland ein unter Verzicht auf die Revancheidee und auf die Rückgabe von Elsaß-Lothringen. Sie kämpften gegen die dreijährige Dienstzeit, die 1913 in Frankreich wiedereingeführt wurde, und erhoben noch am 17. Juli 1914 auf dem außerordentlichen Parteikongreß in Paris den alten Gedanken des Arbeitergeneralstreiks im Falle eines Krieges zum französischen Parteibeschluß.

Aber trotz alles revolutionären und internationalen Gebarens blieben diese französischen Sozialisten ihrer seelischen Einstellung nach immer leidenschaftliche Franzosen, die auf ihr Vaterland stolz waren und es liebten. Jaurès hat unvergleichliche Worte eines glühenden Patriotismus gesprochen. Man berauschte sich wohl an dem Gedanken der Weltverbrüderung, man spielte mit der Absicht des Militärstreiks und redete von Versöhnung mit Deutschland. Aber man leistete der offenkundigen Einkreisungspolitik der französischen Regierung keinen Widerstand. Man wünschte die Abschaffung des stehenden Heeres und forderte dafür ein Volksheer, durch das Frankreich noch viel wehrhafter werden sollte.

Auf diesem Boden gedieh der marxistische internationale Gedanke nicht. Was sich dafür ausgab, war ein künstliches

Gedankenprodukt, das genährt wurde durch eine üppige Phraseologie, an der der leichtempfindliche romanische Geist Gefallen fand.

Mancher kluge Kopf in der deutschen Sozialdemokratie ließ sich täuschen und verstand nicht, daß die Partei in der Frage des Militärstreiks einen so schroff ablehnenden Standpunkt den Franzosen gegenüber einnahm. Bebel sah die Dinge klarer und nüchterner. Bei der gewissenhafteren deutschen Art hätte ein Eingehen auf die französischen Wünsche im Ernstfall zum mindesten zu einer erheblichen Verwirrung und Unsicherheit geführt und die Deutschen sicherlich in Nachteil gebracht.

*

Der englische Sozialismus.

In England ruhte das Schwergewicht der Arbeiterbewegung bis kurz vor dem Weltkriege nicht bei den sozialistischen Parteien, sondern bei den Gewerkschaften (Trade unions), die erst Anfang des 20. Jahrhunderts in engere Beziehungen zum Sozialismus traten. Dieser entwickelte sich auffallend spät und unter starken Hemmungen, obgleich gerade in Großbritannien, wo der Kapitalismus seine früheste Blüte erlebte, die äußeren Voraussetzungen für ein rasches Anwachsen gegeben schienen. Er hatte einen Vorläufer in der „Chartisten“-Bewegung, die vom Ende der 30er bis zum Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts das Inselreich in Atem hielt. Sie äußerte sich in schweren Arbeiterrevolten, die jedoch blutig niedergeschlagen wurden. Die Forderungen der Chartisten lagen vorzugsweise auf politischem Gebiet, die Bestrebungen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft traten demgegenüber zurück. Die großen, auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse gerichteten Ziele des Sozialismus zeichneten sich erst in schwachen Umrissen ab.

Nachdem die Bewegung hauptsächlich infolge der politischen Ungeschultheit der Führer zusammengebrochen war, bemächtigte sich der Arbeitermasse eine starke Resignation und ein Abfinden mit den gegebenen Zuständen. Sie entsagten allen sozialistischen und revolutionären Gedanken und ordneten sich der traditionellen politischen Führung der beiden großen Parteien der Whigs und

Tories unter, ohne den Versuch zu machen, eigene Vertreter zur Wahrnehmung ihrer Interessen in das Parlament zu entsenden.

In der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter wurden indessen auf anderem Wege in den folgenden Jahrzehnten außerordentliche Verbesserungen erzielt. Seit den 50er Jahren entwickelte sich die englische Gewerkschaftsbewegung zu hoher Blüte. Ihre Bestrebungen waren auf den Ausgleich der Interessen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums gerichtet, sei es auf dem Wege vertraglicher Vereinbarungen, sei es durch gewaltsame Mittel, vor allem durch den Streik. Von dem politischen Parteikampf hielten sie sich grundsätzlich fern. Trotz ihres „wirtschaftsfriedlichen“, durchaus nicht revolutionären Charakters, hatten sie bis Ende der 70er Jahre um ihre volle gesetzliche Anerkennung zu kämpfen.

Wenn auch die Masse der Arbeiter den Gewerkschaften treue Gefolgschaft hielt, so rief doch schließlich deren völlige Abkehr von den politischen Dingen eine Reaktion unter den politisch interessierten Elementen hervor. Die mächtigen Wellen der festländischen sozialistischen Bewegung schlugen auch auf das Inselreich hinüber. Von großem Einfluß auf die Entwicklung des sozialistischen Gedankens wurde die 1884 begründete „Fabier-Gesellschaft“ (Fabian society), eine Vereinigung von Intellektuellen, die sich die Verbreitung der sozialistischen Ideen in England zum Ziel setzten. Die Maryschen Theorien, insbesondere die Klassenkampftheorie und die Propagierung der Weltrevolution, lehnten sie ab. Die Fabian society wurde die hohe Schule für die seit der Mitte der 80er Jahre langsam emporwachsende sozialistische Arbeiterbewegung, die ihre erste parteipolitische Form in der 1895 von Keir Hardie gegründeten „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (Independent labour party) fand. Auch sie verhielt sich zu den radikalen Forderungen des Marxismus, insbesondere zur Klassenkampftheorie und zur Weltrevolution, ziemlich ablehnend. Sie erkannte auch die Führerrolle, die die Arbeiterinternationale für das gesamte Weltproletariat in Anspruch nahm, nur in ganz bedingtem Maße an. Sie verlangte, daß der Sozialismus sich im wesentlichen im Rahmen der Nation auswirke und daß die Länderparteien die Taktik selbst zu bestimmen hätten.

Die junge Partei hatte unter der Abneigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen jede eigene politische Betätigung der Arbeiterschaft zunächst sehr zu leiden. Es gelang

ihr anfangs nicht, Vertreter in das Parlament zu entsenden. Erst als der junge Ramsay MacDonald seit der Jahrhundertwende in behutsamer und geschickter Weise Fäden zu den Trade unions spannte, gewann die politische Arbeiterbewegung allmählich unter den Massen Anhang. MacDonald gründete das „Arbeitervertretungskomitee“ (Labour representation committee), dem auch zahlreiche gewerkschaftliche Organisationen angehörten und dessen Hauptziel die Wahl von Arbeitervertretern für das Parlament und in die Kommunalverwaltungen war.

Aus diesen Anfängen entwickelte sich dann bis zum Jahre 1906 ein Zusammenschluß der Trade unions mit der Unabhängigen Arbeiterpartei und die Umgestaltung des Arbeitervertretungskomitees in die „Arbeiterpartei“ (Labour party). Von den 1906 gewählten 54 Arbeitervertretern gehörten bereits 29 der Labour party an. In der Folge konnte die Labour party eine erhebliche Rolle im Parlamentsleben spielen, da sie das Jünglein an der Wage bildete zwischen den in ewigem Kampfe um die Regierung stehenden Konservativen und Liberalen. Eine mächtige sozialistische Entwicklung schien sich nun auch in England anzubahnen. In diesem noch sehr unfertigen Zustande wurde der englische Sozialismus vor die großen Fragen gestellt, die der Weltkrieg aufwarf.

*

Der russische Sozialismus.

Der moderne russische Sozialismus ist durch Marx und durch das Vorbild der deutschen Partei auf das stärkste beeinflusst worden. Entsprechend der späteren kapitalistischen Entwicklung Rußlands ist auch die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung jüngeren Datums als in den westlichen Ländern. Die charakteristischen Formen der radikalen und gemäßigten Richtung bildeten sich erst im Jahre 1903, kurz vor der ersten russischen Revolution, zu festen Umrissen heraus. Damals entstanden auf dem Londoner Kongreß der russischen Sozialdemokratie die Parteigruppen der Bolschewiki und der Menschewiki. Erstere, unter der Führung Lenins, vertraten das internationale und revolutionäre, letztere das auf eine friedliche Entwicklung hinzielende, im Rahmen der Nation bleibende Programm.

Neben der sozialdemokratischen Partei, die sich aus der industriellen Arbeiterschaft rekrutierte, standen die Sozialrevolutionäre, die ihren Anhang in der proletarisierten russischen Bauernschaft fanden. Sie glaubten, daß der Schwerpunkt der proletarischen Entwicklung in Rußland nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande zu suchen sei. Dementsprechend führe der Weg nicht über den Kapitalismus zum Sozialismus. Vielmehr könne man unter Benützung der in der Mirverfassung bereits vorhandenen kommunistischen Ansätze unmittelbar zur Sozialisierung und Kommunisierung des Bodens übergehen, wodurch dann die Grundlagen für den sozialistischen Zukunftsstaat gegeben sein würden. Auch in dieser Partei gab es ein radikaleres und ein gemäßigteres Programm, deren Anhänger sich als Maximalisten und Minimalisten bezeichneten.

Die Revolution 1905 brachte den ersten gewaltigen Vorstoß aller gegen das Zarentum gerichteten Elemente, die bis tief in das Bürgertum hineinreichten. Der Kampf verlief unentschieden: zwar wurde das Zarentum nicht beseitigt, aber das russische Volk erhielt eine parlamentarische Verfassung.

Das Übergewicht der oppositionellen Parteien, insbesondere der sozialdemokratischen, das 1905 sehr groß gewesen war, war bei den Wahlen 1912 völlig auf die Rechtsparteien übergegangen. Hierbei spielten ebenso sehr die Änderungen des Wahlrechts zugunsten der besitzenden Klassen und harte Maßnahmen gegen die Führer der Opposition eine Rolle, wie die großartigen Reformmaßnahmen des Ministerpräsidenten Stolypin und das überraschende Anwachsen der nationalistischen Bewegung. Von ihr wurde auch ein Teil der Sozialisten erfaßt. In dem Gefühl der Enttäuschung über den Ausgang der Revolution wendeten sich die Menschewisten von der bisherigen revolutionären Kampfstellung vorläufig ab und ließen sich von der nationalistischen Welle mit fortreißen, die ihre Richtung gegen Deutschland, Osterreich-Ungarn und gegen Konstantinopel nahm.

Die Sozialrevolutionäre und Bolschewisten dagegen hielten nach wie vor an dem innenpolitischen Befreiungskampf gegen den Zarismus als Hauptaufgabe fest. In diesen Richtungen des russischen Sozialismus erhielt sich ein opferfroher Glaube an die Weltmission des Proletariats, insbesondere des russischen. In ihren Führern lebte ein fanatischer Wille, wie er in westeuropäischen

Ländern nur noch ausnahmsweise zu finden war. Sie hielten sich zum großen Teil in der Verbannung auf, in engster Fühlung mit den radikalsten Elementen des internationalen Proletariats, und warteten auf ihre Stunde.

Die Erfolge der Reaktion und das Anwachsen der nationalen Strömung verleiteten die Regierung immer mehr dazu, den Bogen zu überspannen. Alle oppositionellen Regungen wurden mit rücksichtsloser Schärfe unterdrückt, die mit schweren Opfern errungene politische Freiheit an allen Ecken und Enden beschränkt und eingeengt.

Wieder ging eine dumpfe, furchtbare Erregung durch das Land. Die Anzeichen einer zunehmenden revolutionären Stimmung wuchsen. Unmittelbar vor dem Weltkriege brachen in Moskau und Petersburg gewaltige Streiks aus. Allgemein war die Ansicht verbreitet, daß man am Vorabend einer neuen Revolution stehe. Da änderte der Ausbruch des Weltkrieges das ganze Bild.

*

Das deutsche Heer und die Sozialdemokratie vor dem Kriege.

Von der deutschen Sozialdemokratie durch eine tiefe Kluft geschieden, stand das Heer als Repräsentant der auf nationaler und monarchischer Grundlage beruhenden altpreussischen Tradition, im Gewordenen tief wurzelnd, Hüterin des Schatzes der großen kriegerischen Erinnerungen, die jeder Nation unentbehrlich sind. An der Spitze das Offizierkorps, voll eiserner Selbstzucht, in gewollter kastenmäßiger Abschließung, im Beruf aufgehend. Um die unlösbar miteinander verknüpften Begriffe des Königtums und Vaterlandes kreisten unaufhörlich die Kraftwellen des kleinen, aber mächtigen Staates im Staate. Beides zu schützen und zu heben, das war seine Mission, sein Glaube und Wille.

Vieles in der Lebensform des Offizierkorps war auf die Spitze getrieben, manches übertrieben. Es fehlten nicht die natürlichen Schatten, die allem Starken anhaften. Es fehlten auch nicht moralische Schwächen. Aber ohne Zweifel war das Offizierkorps kraftsprühend und voller Leben. Es litt nicht unter inneren Hemmungen, Widersprüchen und Zweifeln, wie die Sozialdemokratie. Alles war an ihm klar und durchsichtig. In der grandiosen Einfachheit und Einheitlichkeit der Weltanschauung, die in der Weltgeschichte nicht viele Parallelen findet, lag seine Stärke. Die fast beispiellose Konzentrierung militärischer Führereigenschaften, deren Einfluß das ganze Volk schon in den Zeiten des Friedens tief durchdrang, sicherte diesen 20 000 Männern eine einzigartige Stellung im Staate, wie sie sich schwerlich in einem Lande wiederfand.

Dem aktiven Offizierkorps zur Seite standen die Reserve- und Landwehroffiziere, durch eigene Wahl sich ergänzend, den gleichen Gesellschaftsschichten entstammend, durch die gleichen Ehrbegriffe und das gleiche Standesbewußtsein den aktiven Kameraden eng verbunden. Sie bildeten für das aktive Offizierkorps eine breite und feste Stütze innerhalb der gebildeten Volkskreise. Sie hielten

die Freude am Waffenhandwerk unter den Nichtberufssoldaten wach, sie waren Träger der Auffassung, daß es für jeden gesunden Mann eine Ehre sei, des Königs Roß zu tragen. Mochte in zahlreichen Fällen allzuviel Rücksicht auf die materielle Lage und die gesellschaftliche Stellung des Bewerbers genommen werden, mochten es nicht immer die Tüchtigsten und Intelligentesten sein, auf welche die Wahl fiel, das waren Schwächen, die dem Gesamtcharakter der Einrichtung nicht verderblich geworden sind. Die Vorteile, die aus der gleichartigen Zusammensetzung des Reserve- und Landwehroffizierskorps und aus ihrer Wesensverwandtschaft mit dem aktiven Offizierskorps für ein festgeschlossenes militärisches Führertum entsprangen, haben die Nachteile überwogen.

In der breiten Schicht der Reserveunteroffiziere bot sich weiterhin für den Ernstfall ein brauchbares Material für die Besetzung der unteren Führergrade.

Die Brücke zwischen Offizier und Mann bildete der aktive Unteroffizier. Mehr als zehn Jahre seines Lebens gab er restlos an einen harten Dienst hin. Seine Zwischenstellung verlangte unendlich viel Entsamung und ein hohes Maß von Takt. Aber trotz seiner schweren Stellung ist er stets ein treues und vollkommen zuverlässiges Werkzeug in der Hand des Offiziers gewesen. Er hat das eiserne Heer, das 1914 ins Feld zog, schmieden helfen, auf ihn fällt ein gutes Teil des Ruhmes der alten Armee. Nach Abschluß der aktiven Dienstzeit fand die Mehrzahl der Unteroffiziere im Staats- und Kommunaldienst Verwendung. Auch dort haben sie noch unendlich viel Gutes im nationalen Sinne gewirkt.

Aus diesen Quellen schöpfte die Armee im Frieden die erstaunliche Widerstandsfähigkeit in ihrem Kampfe gegen die riesenhaft anschwellende Masse der Sozialdemokratie. Wie eine Zwingburg lagerte sie über dem durch innere Kämpfe gespaltenen Lande. Umsonst führte Bebel seine Sturmtruppen gegen dieses Bollwerk an. Hier schienen die Grenzen erreicht. Hier trat der Weltmacht des internationalen Sozialismus eine Macht von stärkerer innerer Geschlossenheit entgegen. Zwischen beiden wurde der Kampf ausgerungen.

Es war neben der Stellung zur Monarchie in erster Linie der internationale Gedanke von Marx, der diese beiden stärksten Kräfte des Staates, zum Verhängnis für Deutschland, in eine unverföh-

liche Feindschaft hineintrieb. In diesem Punkte stieß die Sozialdemokratie auf die äußerste Entschlossenheit des Offizierskorps, die nötigenfalls auch vor offenem Kampfe nicht zurückscheute, so widerwärtig und abscheulich es jedem ehrlichen Soldaten auch sein mußte, die Waffe gegen die eigenen Volksgenossen zu erheben. Eine Entscheidung zwischen den beiden Weltanschauungen mußte über kurz oder lang fallen. Siegte der internationale Gedanke, so war für das nationale Offizierskorps der preussischen Könige kein Platz mehr. Unterlag er, und stellte sich die Sozialdemokratie auf den Boden des nationalen Staates, so konnte aus dem taktischen Zusammenschluß der beiden gewaltigen Organisationen eine Kraftkonzentration entstehen, wie sie die Welt sonst nirgends aufzuweisen hatte.

Der Kampf zwischen Heer und Sozialdemokratie entwickelte sich schon frühzeitig. Im Jahre 1870 drängten die militärischen Stellen auf scharfe Maßnahmen gegen diejenigen Führer der sozialdemokratischen Bewegung, die sich von der nationalen Sache getrennt hatten. Es wurden auf Veranlassung der Stellvertretenden Generalkommandos zeitweilig acht Führer der radikalen Richtung, unter ihnen Bebel und Liebknecht, gefangengesetzt. Soweit sie Reichstagsabgeordnete waren, wurden sie beim Zusammentritt des Reichstages im November 1870 wieder entlassen. Zur Zeit der sozialistischen Ausnahmegeetze, 1878 bis 1890, kam der allgemeine Kampf der staatlichen Gewalten gegen die Sozialdemokratie auch dem Heere zustatten. Später nahm die Heeresverwaltung die Verteidigung ihrer Interessen selbständiger in die Hand. Je schärfer die sozialdemokratischen Angriffe sich im besonderen gegen das Heer richteten, um so stärker trat im Reichstage der Kriegsminister als Vertreter der Armee in den Vordergrund. Meist bewegten sich die parlamentarischen Kämpfe in den Niederungen der Kritik über Paradedrill, Schreckensurteile der Militärgerichte, Soldatenmißhandlungen, Überheblichkeit des Offizierskorps und ähnlichem, wobei der sachliche Nutzen trotz gelegentlichen wohlwärtigen Einflusses*) doch selten im rechten Verhältnis zu dem Aufwand an moralischer Entrüstung stand. Viel wichtiger als das sachliche war ja auch das propagandistische Interesse an diesen Dingen.

*) Das Verschwinden der Soldatenmißhandlungen bis auf einen unvermeidlichen Rest muß zum Teil als Verdienst der scharfen Kritik der Sozialdemokratie angesehen werden.

Die sozialdemokratischen Angriffe fanden gutverteidigte Grenzen. Mochte sich der alte Bebel noch so wuchtig mit seiner suggestiven Leidenschaft ins Kampfgewühl stürzen und noch so gewandt seine Klinge führen, überall starrte ihm ein Degen entgegen, der sich nicht beiseitebringen ließ, und niemals gelang ein Stoß ins Mark des Heeres.

Oft gingen die Vertreter der Heeresleitung aus der Verteidigung zum offenen Angriff über. Immer wieder warf der Kriegsminister die schwerwiegenden Fragen der planmäßigen propagandistischen Aushöhlung des stehenden Heeres, seiner Durchtränkung mit sozialistischem Geiste, des Militärstreiks und des Internationalismus auf, um die Sozialdemokraten zu einer eindeutigen klaren Stellungnahme zu zwingen. Die Beantwortung war für die Sozialdemokratie bisweilen peinlich. Es war ihr oft nicht leicht, das doppelte Gesicht zu wahren. Schlug sie nationale Töne an, so zeterte die Internationale über „furchtbare Tatenlosigkeit“ oder gar verkappten Imperialismus. Segelte sie allzu kühn in das internationale Fahrwasser hinüber, so bestand immer die Gefahr, daß die innere Fühlung mit den Wählermassen verlorenging, denen nun einmal die Reise für den Internationalismus noch fehlte.

Der Heeresverwaltung blieb diese Schwäche des Gegners naturgemäß nicht verborgen. Sie sah der weiteren Entwicklung der Dinge deshalb mit Ruhe und ohne Pessimismus entgegen. Das Eindringen großer Scharen sozialdemokratischer Wähler in das Heer ließ sich freilich nicht verhindern. Man bemühte sich, wenigstens den Überblick zu behalten und, wo es notwendig schien, die Verteilung der sozialdemokratischen Rekruten auf die Truppe zu regeln. Es wurden durch die Polizei- und Verwaltungsstellen geheime Kontrolllisten für die Militärpflichtigen angefertigt, in denen die Anhänger der sozialdemokratischen Partei in ihrer Eigenschaft als Führer der Bewegung, als zielbewußte Anhänger oder als Mitläufer kenntlich gemacht wurden. Auf Grund dieser „schwarzen Listen“ konnten die sozialdemokratischen Rekruten in der Truppe beobachtet und von der Beförderung in Vorgesetztenstellen ausgeschlossen werden.

Gegen dieses Verfahren bäumte sich die sozialdemokratische Führerschaft auf*). Aber die Heeresverwaltung blieb fest, ver-

*) Reichstagsitzung vom 9. 3. 95.

schärfste ihren Standpunkt sogar noch dahin, daß den Heeresangehörigen verboten wurde, Mitglieder sozialdemokratischer Vereine zu sein. Nicht einmal die Teilnahme von Heeresangehörigen des aktiven und Beurlaubtenstandes an sozialdemokratischen Veranstaltungen der freiwilligen Samariterpflege wurde geduldet. In einem kriegsministeriellen Erlaß vom 17. August 1912 heißt es: „Selbst wenn sich die Unterrichtskurse sozialdemokratischer Arbeiter-Samariterkolonnen lediglich auf dem Boden werktätiger Nächstenliebe bewegen und in allgemeinen humanitären Interessen Ausdruck finden, so vertritt das Kriegsministerium doch den Standpunkt, daß die Teilnahme von Heeresangehörigen des aktiven und Beurlaubtenstandes an Veranstaltungen von Vereinen mit ausgesprochen sozialdemokratischer Richtung grundsätzlich unterbleiben muß.“ Man ging so weit, den Sozialdemokraten die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst abzuspochen, weil es ihnen an den erforderlichen moralischen Qualitäten mangle*).

Auch die im Reserve- und Landwehrverhältnis stehenden Leute sollten dem gefährlichen Einfluß der Sozialdemokratie möglichst entzogen bleiben. Die Kriegervereine versagten ihnen den Zutritt. In dem ganzen Abwehrsystem blieb nur eine Lücke. Für die Jugend geschah nichts von Belang. Und hier verdoppelte die Sozialdemokratie, die den Vorteil sogleich erspähte, ihre Anstrengungen.

Am schärfsten ging die Heeresverwaltung allen sozialistischen Spuren innerhalb des Offizierkorps nach und tilgte sie rücksichtslos aus. Durch kriegsministerielle Verfügung vom 8. Juli 1911 wurde allen Reserve- und Landwehroffizieren bekanntgegeben, daß ein Offizier des Beurlaubtenstandes, der öffentlich zur Wahl eines Sozialdemokraten aufgefordert hatte, verabschiedet sei. Man machte dem Reichstage gegenüber aus diesem Standpunkt kein Hehl. Der Kriegsminister v. Einem erklärte öffentlich**): „Meine Herren, nichts ist mir unangenehmer, als die Verfolgung eines dem Heere als Landwehr- oder Reserveoffizier angehörenden Mannes wegen politischer Betätigung. Der Reserveoffizier, der Landwehroffizier hat das aktive und passive Wahlrecht. Er kann es nicht anders aus-

*) Durch kriegsministerielle Entscheidung vom 18. 2. 14 wurde einem Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen der einjährig-freiwillige Dienst versagt.

***) Reichstagsitzung am 18. 3. 1909.

üben, als wenn er sich tatsächlich politisch betätigt. Er muß also Freiheit im politischen Handeln haben, und ich weise jede Verfolgung eines solchen Offiziers für politische Tätigkeit innerhalb der staaterhaltenden Parteien weit von mir. . . Aber eine Grenze gibt es, meine Herren: eine Betätigung zugunsten der Sozialdemokratie durch einen Offizier, sei es der Linie, der Reserve oder der Landwehr, kann und darf nicht stattfinden. . . Ich kann als Führer nicht jemand anerkennen, der damit umgeht, die Armee zu stürzen und auf seine Fahne geschrieben hat, bei den Soldaten Abscheu zu erwecken vor dem Dienst.“

Mit dieser vorbeugenden Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen von der Tribüne des Reichstags herab und durch geheime Verfügungen begnügte sich die Heeresverwaltung jedoch nicht. Sie richtete sich auch auf den Fall ein, daß der Kampf einmal die parlamentarischen Grenzen überschreiten und es zur Anwendung offener Waffengewalt kommen könne. Allerdings schien die Gefahr innerer Unruhen in Friedenszeiten nicht dringlich. Man fühlte sich des Heeres sicher und wußte, daß jeder Versuch einer Erhebung aussichtslos war. Die Abneigung der Armee gegen das unerfreuliche und von ihrem eigentlichen Beruf abliegende Gebiet der inneren Kämpfe war auch viel zu groß, als daß man sich zu bestimmten praktischen Vorbereitungen ohne zwingenden Grund entschlossen hätte. Nur in Ausnahmefällen, vor allem in den Industriezentren und in den Residenzen, traf man hier und dort einige Vorsichtsmaßnahmen. Für Berlin und die Provinz Brandenburg wurde eine besondere Befehlsstelle, das Oberkommando in den Marken, eingerichtet, dem bei inneren Unruhen die Garde und das III. Armeekorps unterstanden.

Für alle Fälle aber glaubte man in den gesetzlichen Bestimmungen, die unter der Sammelbezeichnung des Belagerungszustandes seit 1851 festgelegt waren, und die auch in die Reichsverfassung übernommen wurden, eine ausreichende Handhabe für den Ernstfall zu haben. Der Belagerungszustand verlieh den Militärbehörden auf manchen Gebieten geradezu diktatorische Rechte und wurde zu einer Waffe, von deren Anwendung unter Umständen Friede und Unfriede im Lande abhing. Er konnte sowohl im Falle innerer Unruhen im Frieden, als auch bei drohender Gefahr oder bei Ausbruch eines Krieges ausgesprochen werden. Mit seiner Erklärung ging die vollziehende Gewalt von den Zivilbehörden

auf die Militärbefehlshaber über, die dem König für ihre Anordnungen persönlich und allein verantwortlich waren. Das Wesen des Belagerungszustandes bestand in einer außerordentlichen Verschärfung der Strafen für alle Vergehen, die auf eine gewaltsame Auflehnung gegen die Staatsautorität hinausliefen.

Neben dem „einfachen“ Belagerungszustand unterschied man den „verschärften“, der die Einsetzung von Kriegsgerichten für bestimmte Verbrechen vorsah, und bei dem eine Anzahl von Artikeln der Verfassungsurkunde, die sich auf die persönliche Freiheit, auf die Pressefreiheit, auf das Versammlungs- und Vereinsrecht bezogen, außer Kraft gesetzt wurde.

Im Kriege 1870/71 war der Belagerungszustand nur vorübergehend für einzelne Distrikte ausgesprochen und in überaus milder Weise gehandhabt worden. Bismarck hatte seinen Willen auch auf diesem, seinem unmittelbaren Einfluß eigentlich entzogenen Gebiet durch wiederholten Vortrag beim König durchzusetzen gewußt, und zwar in mäßigendem Sinne und im Kampfe mit der schärferen Tonart der nach dem Gesetz verantwortlichen Militärstellen.

In den folgenden Jahrzehnten ließ man trotz der Verschärfung der inneren Lage, trotz der unaufhörlichen sozialdemokratischen Debatten über Generalstreik und Militärstreik und trotz des ständigen Spiels mit der revolutionären Phrase den ganzen Komplex der schweren und weitschichtigen Fragen, die mit der Erklärung des Belagerungszustandes verknüpft waren, unberührt. Erst der wachsende Druck der Kriegsgefahr zwang die leitenden Stellen schließlich im Jahre 1911, sich mit diesem wenig beliebten Kapitel eingehender zu befassen. Man gewann die Ansicht, daß die gesetzlichen Bestimmungen für den Kriegsfall angesichts der veränderten inneren Verhältnisse ergänzungs- und auslegungsbedürftig seien. In gemeinsamen Sitzungen der zuständigen Behörden wurde beschlossen, den Kriegszustand schon bei drohender Kriegsgefahr von vornherein auf alle Korpsbezirke auszudehnen, und zwar in der Weise, daß der Kaiser allgemein den einfachen Kriegszustand aussprechen würde, und daß die Militärbefehlshaber von sich aus, je nach den besonderen Umständen, über die gesetzmäßig vorgesehenen Verschärfungen verfügen sollten.

Wenige Wochen vor Kriegsausbruch erwachte bei dem Reichskanzler die Sorge, ob durch die vorliegende Regelung der Befehls-

verhältnisse die Machtbefugnisse der Stellvertretenden Generalkommandos nicht allzu einseitig zuungunsten der Zivilbehörden gestärkt würden und ob diese gerade auf den wichtigsten Gebieten der inneren Politik nicht zur Einflußlosigkeit und zu Handlangerdiensten verurteilt sein würden. Er versuchte eine Änderung der bestehenden Bestimmungen dahin herbeizuführen, daß ihm und seinen nachgeordneten Stellen der maßgebende Einfluß auf die Art der Ausübung des Belagerungszustandes zugesprochen werde. Er bestritt auch, unter Berufung auf das Vorgehen Bismarcks im Jahre 1870, die Notwendigkeit, den Belagerungszustand von vornherein allgemein auszusprechen. Der „auf militärischem Gebiet vielleicht liegende Nutzen werde nicht den Schaden ausgleichen, den er auf politischem und ideellem Gebiete zeitigen würde“. Aber das Kriegsministerium wehrte sich hiergegen. Es begründete seinen Standpunkt insbesondere damit, daß es technisch unmöglich sei, jetzt so schwerwiegende Änderungen vorzunehmen, auf denen sich zahlreiche Mobilmachungsmaßnahmen aufbauten. Schließlich, nach fieberhaften Beratungen in den letzten Tagen vor dem Kriege, gab der Kanzler nach. Es blieb bei dem 1911—13 festgelegten Verfahren. Eine Einschränkung erfolgte lediglich durch die Ausgabe von Richtlinien, in denen den Stellvertretenden Kommandierenden Generalen eine milde Handhabung des verschärften Belagerungszustandes empfohlen wurde. Insbesondere sollte die Sozialdemokratie nicht durch die Knebelung ihrer Presse und durch die Verhaftung ihrer Führer von vornherein in Gegensatz zur Regierung gebracht werden*).

Aber bei den Dingen, um die es hier ging, waren nicht diese Abwehrmaßnahmen das Entscheidende. Damit war in dem Kampfe zweier Weltanschauungen nicht viel gewonnen. Damit konnte man diesen ganz großen Versuch des Sozialismus, den Geist und die Seele des Volkes umzuformen, sein Denken und Fühlen in neue, unbetretene Bahnen zu lenken, nicht abtun. Mit den Waffen des Geistes mußte zuletzt doch der Kampf ausgekämpft werden. Es

*) Im Jahre 1910 hatte der „Bissing'sche Erlass“ viel Staub aufgewirbelt. Es war bekanntgeworden, daß der Kommandierende General des VII. A.-K. v. Bissing für den Mobilmachungsfall die Festnahme sämtlicher sozialdemokratischer Führer für seinen Korpsbereich angeordnet hatte. Bebel richtete wegen dieser Maßnahme überaus scharfe Angriffe gegen die Regierung, die nicht ohne Eindruck blieben.

handelte sich um eine der großen Schicksalsfragen, wie sie nur in Jahrhunderten oder Jahrtausenden wiederkehren. Der Genius des Volkes mußte frei entscheiden.

Das Offizierkorps fühlte das. Daher rührte seine Geringschätzung und Abneigung gegen die kleinen Abwehrmittel, wie sie im Kampfe gegen den „inneren Feind“ zur Anwendung kamen. Deswegen wandte es alle Kräfte der positiven und aktiven Aufgabe zu, die nationalen und kriegerischen Instinkte des Volkes in der hohen Schule der Armee wach zu halten, den Geist der Disziplin und der Autorität zu schärfen. Das waren seine Hauptwaffen. Sie hatten ihre Stütze in der Vergangenheit, in der in Jahrhunderten emporgewachsenen Ordnung. Sie waren grundverschieden von denen der Sozialdemokratie, die ihre Kräfte aus der Zukunft holte, aus der Propaganda für ihre Menschheitsideale, die den in der Tiefe stehenden Massen im Lichte eines leicht erreichbaren Ziels hingestellt wurden. Welche Waffen stärker waren, darauf gab der Ausbruch des Weltkrieges die erste Antwort.

*

Der 4. August 1914.

Der Sozialismus in der dem Kriegsausbruch vorausgehenden Krise.

Als in der letzten Juliwoche des Jahres 1914 die Kriegsgefahr brennender denn je wurde, erschien der internationale Sozialismus sogleich wieder auf dem Plan, um den „Willen des Proletariats“ in die Waagschale des gefährdeten Friedens zu werfen.

Am 29. Juli trat das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel zusammen. Es forderte die Proletarier der vom Kriege bedrohten Länder auf, mit allen Mitteln auf eine schiedsgerichtliche Beilegung des österreichisch-serbischen Streitfalls hinzuwirken. Deutschland sollte auf Österreich, Frankreich auf Rußland einen maßigenden Einfluß ausüben. In machtvollen Kundgebungen sollte der einheitliche Wille des Proletariats zum Ausdruck gebracht werden. Ein internationaler Sozialistenkongreß sollte sofort nach Paris zusammenberufen werden.

Dieses Aufrufs des Internationalen Büros bedurfte es indessen gar nicht mehr. Die einzelnen Länderparteien hatten bereits selbständig mit einer starken Propaganda gegen den Krieg begonnen.

Besonders drohend war die Haltung des russischen Proletariats. Zur Zeit, als die große politische Krise in ihrem Zenit stand, befand sich Rußland schon im Zeichen heftiger innerer Kämpfe. In Petersburg und in anderen Industriestädten war der Generalstreik ausgerufen. Der Haß, der seit der Revolution von 1905 unter der Asche weiterglühte, flackerte hier und dort hell empor. Zwar hielt der harte Griff der Polizeif Faust die Leidenschaften noch fest am Boden. Aber es gab doch nicht wenige, die an eine neue Revolution dachten, und denen der Ausbruch des Krieges ein willkommenes Anlaß erschien.

Auch in Deutschland war die innenpolitische Lage gespannt. Die alte Streitfrage des preußischen Wahlrechts versetzte die Gemüter heftiger als je zuvor in Erregung. Dieses Mal wollte die Sozialdemokratie die Lösung unter allen Umständen erzwingen. Auch sonst gab es mancherlei Reibungen mit der Regierung. Es entstand auch unter den sonst ziemlich gemäßigten Gewerkschaften

eine erbitterte Kampf Stimmung. Die radikalen Strömungen in der Partei gewannen sichtlich an Boden.

Das österreichische Ultimatum an Serbien erschien den deutschen Parteiführern als eine neue, unerhörte Herausforderung des Proletariats. Der Parteivorstand veröffentlichte schon am 25. Juli, ohne einen Augenblick zu zögern, einen heftigen Aufruf, in dem „gegen die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung“ Einspruch erhoben wurde. Die österreichischen Forderungen seien so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt worden seien. Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands lege flammenden Protest gegen dieses Treiben der Kriegsheger ein. „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen, geopfert werden. . . Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonensfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: „Wir wollen keinen Krieg. Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerbrüderung!“

Auch die englischen Sozialisten redeten eine leidenschaftliche Sprache. In dem Manifest der britischen Sektion der Internationale hieß es: „Zwingt jene von den herrschenden Klassen und ihre Presse, die euch zur Mitwirkung mit dem russischen Despotismus hineinziehen wollen, still zu bleiben und die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit des Volkes, das von dieser Infamie nichts wissen will, zu respektieren. . . Männer und Frauen Großbritanniens: Ihr habt jetzt eine beispiellose Gelegenheit, der Menschheit und der Welt einen glänzenden Dienst zu erweisen.“

Etwas kühler im Ton waren die Proteste der französischen Sozialisten, denen doch sonst starke, klangvolle Worte so leicht zu Gebote standen. Die französische Sektion der Internationale forderte am 27. Juli zu öffentlichen Protestkundgebungen auf, unter Hinweis darauf, daß sie Schulter an Schulter mit den deutschen Sozialisten für die Erhaltung des Friedens kämpften. Der Gewerkschaftsbund rief seinen Mitgliedern zu, es sei die Pflicht der organisierten Arbeiter, sich auf der Höhe der Ereignisse zu zeigen, indem man durch eine kollektive, bewusste, im ganzen Lande und international in Übereinstimmung gebrachte Aktion verhindere, daß die größte Weltgefahr Wirklichkeit werde. Die so-

zialistische Kammerfraktion fügte hinzu, daß Frankreich, das seit 40 Jahren seinen Anspruch auf Elfaß-Lothringen dem öffentlichen Interesse des Friedens untergeordnet habe, sich nicht in einen Konflikt, wo Serbien der Einsatz wäre, hineinziehen lassen könne. . . Daß es in keinem Falle durch mehr oder minder willkürliche Ausbeutung geheimer Verträge und unbekannter Verpflichtungen in einen furchtbaren Konflikt verwickelt werden dürfe. Sie wies die Regierung auf den festen Friedenswillen hin, der das Land erfülle.

Es waren überall die gleichen Protestkundgebungen, wie man sie, vielleicht in abgeschwächter Form, bei allen ähnlichen Gelegenheiten in den letzten zehn Jahren gehört hatte, zuletzt noch auf dem Basler Friedenskongreß im Jahre 1912. Sie waren alle eindeutig auf den internationalen Ton abgestimmt.

In diesen herkömmlichen Methoden erschöpfte sich aber auch die Tätigkeit der Internationale für die Erhaltung des Friedens, von weiteren „wirksamen Mitteln“, auf welche in der Stuttgarter Resolution von 1907 mit unbestimmten Worten hingewiesen wurde, war nicht die Rede.

*

Der Umschwung. Sieg des nationalen Gedankens.

Wer des Glaubens gewesen war, man dürfe bereits von derartigen Maßnahmen eine Wirkung auf die herrschenden Gewalten erwarten, erlebte eine Enttäuschung. Die Protestrufe gingen unter in dem Brausen, das die Welt erfüllte. Man hörte kaum nach ihnen hin an den Stellen, an denen die Schicksalsfäden gesponnen wurden. Man schätzte dort die Macht der Internationale und den Einfluß der sozialdemokratischen Führer gerade in der nationalen Frage nicht allzu hoch ein, war vielmehr überzeugt, daß das vaterländische Empfinden in der Stunde der Gefahr auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern zum Durchbruch kommen werde. Sollte sich wider Erwarten doch ein ernstlicher Widerstand bemerkbar machen, so würde man ihn durch Unschädlichmachung der Führer schnell aus dem Wege räumen.

Das war die vorherrschende Stimmung in den regierenden Kreisen Deutschlands. In den anderen Ländern war es nicht viel anders. Die Rechnung erwies sich überall als richtig. Noch in den kritischen Tagen zwischen dem 25. und 29. Juli hatten Zehn-

tausende von Proletariern, im Zwang der Gewohnheit dem Rufe der Führer folgend, ihr „Nieder mit dem Kriege!“ durch die Straßen der Hauptstädte ertönen lassen. Dann aber wurde es plötzlich still. Etwas anderes drang aus der Tiefe empor. Millionen, die, seit sie politisch denken konnten, nur mit Haß und Abscheu von diesem Staate gesprochen hatten, die für dieses Vaterland nur Worte der Gleichgültigkeit, der Geringschätzung und Verachtung gehabt hatten, ließen sich jetzt plötzlich von dem Strome vaterländischer Begeisterung aufnehmen. Es zeigte sich, wie wenig tief die Marxschen Lehren vom Internationalismus der proletarischen Bewegung bei den Massen wurzelten. Man hatte für diese Dinge zwar äußerlich Interesse gezeigt, jetzt aber, in der Not des Vaterlandes, versank das alles. Es meldete sich die Stimme der Natur und verdrängte alle diese fernliegenden Probleme. Ohne Besinnen entschied sich die Masse, einem dunklen, unwiderstehlichen Drange folgend, gegen den Internationalismus und für die Nation. Der Streit war zu Ende. Die Fackel, die Marx mit dem Kommunistischen Manifest in die Welt geschleudert hatte, lag verlöschend am Boden, wurde zertreten unter dem schweren Schritt all der unzähligen Proletarier, die in heißem patriotischen Rausch zu den Fahnen eilten. So war es in Deutschland, so war es in Frankreich, so war es letzten Endes sogar in Rußland.

Der Internationale war die Führung des Weltproletariats aus den Händen geglitten. Aber auch den Häuptern der Landesparteien drohte in diesem Augenblick das gleiche Schicksal. Sie waren von dem Gefühlsausbruch der Massen vollkommen überrascht. Ein Teil von ihnen unterlag selbst der mächtigen suggestiven Wirkung der Volksbegeisterung. Damit hatte man nicht gerechnet. Alle theoretischen Voraussetzungen der Friedenszeit waren über den Haufen geworfen. Eine schnelle Neuorientierung war erforderlich.

Vielleicht hätte ein Mann von dem Range eines Marx oder selbst eines Bebel die Initiative an sich gerissen, hätte einen neuen Gedanken, einen großen Entschluß verkündet. Die internationale Sozialdemokratie wäre dann vielleicht doch noch bei dieser Weltwende ernstlich zu Worte gekommen. Aber Marx und Bebel hatten keinen ebenbürtigen Nachfolger gefunden, und der Franzose Jaurès, der Friedensfreund, der noch am meisten inter-

nationales Ansehen genoß, fiel am 1. August der Mörderhand eines französischen Nationalisten zum Opfer*).

Unter diesen Umständen fand der Protestfeldzug der Sozialdemokratie gegen den Krieg, der am 25. Juli mit einer schmetternden Fanfare des deutschen Parteivorstandes hoffnungsvoll eröffnet war, ein rasches und nicht sehr rühmliches Ende. Am 31. Juli erklärte das Internationale Büro in Brüssel in einem Rundschreiben, daß der auf den 9. August festgesetzte Kongreß in Paris auf unbestimmte Zeit vertagt werde. Die deutsche Parteileitung gab ingrimmig in einer neuen Kundgebung den Mißerfolg aller Anstrengungen zu. Sie beteuerte, daß das Proletariat diesseits und jenseits der deutschen Grenzen seine Schuldigkeit getan habe, um den Krieg unmöglich zu machen. Aber jetzt müsse man vor einer zwecklosen Fortsetzung des Kampfes warnen: „Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern unserer Sache.“

Das war, in ziemlich dünnen Worten, die offizielle Aufgabe des Kampfes. Der Ausspruch der drohenden Kriegsgefahr und gleichzeitig des Belagerungszustandes am 31. Juli schnitt ohnehin jede weitere propagandistische Tätigkeit ab. Es wäre jetzt nur noch der offene Widerstand, die Anwendung von Gewalt möglich gewesen. Aber niemand erhob die Hand dafür. Auch die Franzosen, die bisher so heiß für den Militärstreik eingetreten waren, die ihn noch vor wenigen Wochen zum französischen Parteibeschluß erhoben hatten und bei dem bevorstehenden internationalen Wiener Kongreß von neuem in den Mittelpunkt der Debatte stellen wollten, schwiegen jetzt vollkommen still.

*

Die Umstellung der Führer.

Der Krieg war da. Die sozialdemokratische Führerschaft suchte Deckung hinter der Erklärung, daß man sich lediglich der äußeren

*) Scheidemann schreibt in seinem Buche „Der Zusammenbruch“: „In dieser Stunde empfand ich mehr als jemals zuvor das fehlen Bebels, der immer Sinn für die Wirklichkeit hatte. Haase verlagte als Parteiführer nach meinem Gefühl in geradezu katastrophaler Weise.“

Gewalt unterwerfe, nachdem man, getreu den internationalen Prinzipien und gehorsam den Beschlüssen der Kongresse, alles getan habe, um den Ausbruch der Katastrophe zu verhüten. Diese Erklärung war aber doch nur in einem sehr bedingten Maße für die Führer selbst richtig. Für die Massen, die sich an den Protestkundgebungen in sehr mäßigem Grade beteiligt hatten, jetzt aber spontan, ohne jeden äußeren Zwang, in starker Begeisterung für die Teilnahme am Kriege entschieden, traf sie sicherlich nicht zu. Aber auch für die Führer schuf sie nur einen ganz kurzen Aufschub. Auch sie entgingen nicht der Notwendigkeit, innerlich Partei zu ergreifen für die Nation oder die Internationale, für oder gegen den Krieg. Auch für sie kam die unvermeidliche Stunde, Bekenntnis abzulegen. Das Doppelspiel mit der nationalen und der internationalen Kugel, das im Frieden möglich, für den äußeren Aufschwung des Sozialismus vielleicht sogar nützlich gewesen war, mußte aufhören. Der Weltkrieg hinderte die Fortsetzung.

Sicherlich war der Entschluß für die Führer schwerer als für die Massen. Sie trugen höhere Verantwortung und konnten sich von dem Gefühlsmäßigen nicht so fortreißen lassen wie diese. Es handelte sich um die Schicksalsfrage der internationalen proletarischen Bewegung. Von der Entschließung der Führer hing aller Voraussicht nach die Zukunft des Sozialismus ab.

Für diese große Entscheidung war die Führerschaft, wie sich jetzt deutlich erwies, nicht ausreichend vorbereitet. Man hatte auf den Kongressen und in den wissenschaftlichen Zeitschriften unendlich viel davon geredet, wie man den Krieg verhindern wolle. Aber an die Frage, wie sich die internationale Sozialdemokratie verhalten solle, wenn er doch ausbräche, hatte man sich nur selten herangewagt. Sie war offen geblieben oder mit allgemeinen Redensarten abgetan.

Bebel hatte gemeint, daß man in der großen Stunde, die über kurz oder lang kommen mußte, schon wissen werde, was man zu tun habe. Man würde sich auf die Seite der besseren Moral stellen, werde sich gegen jeden imperialistischen Angriff und für das freventlich mit Krieg überzogene Land erklären. Die Sozialdemokratie sei intelligent genug, um diese Unterscheidung jeweils richtig zu treffen. Wo aber war jetzt der Führer, der kühn genug gewesen wäre, in diesen Tagen furchtbarster seelischer Erregung, unter den wechselnden Eindrücken unzähliger einander widersprechender Nachrichten und einseitiger Regierungserklärungen, sich

ein sicheres Urteil anzumachen über Recht und Unrecht? War die Katastrophe, die hereinbrach, überhaupt an diesen Begriffen zu messen?

Kautsky, „der erste Theoretiker der Partei“, hatte diese Schwierigkeit vorausgesehen und wollte daher die Frage nicht vom Standpunkt der Moral, sondern der Nützlichkeit für das Proletariat beantworten. Wo aber war hier das proletarische Gesamtinteresse zu suchen? Bisher waren sich die Sozialisten aller Länder darüber einig gewesen, daß Rußland der gemeinsame Feind sei. Nun aber stand dieses selbe Rußland in engster Waffenbrüderschaft neben Frankreich, und Deutschland und Frankreich, die beiden Stützen der proletarischen Weltbewegung, waren einander feind.

Die Internationale verlangte, daß wenigstens über der Landesverteidigung die proletarische Interessengemeinschaft nicht ganz zugrunde gehen dürfe, daß die Sozialisten sofort nach Ausbruch eines Krieges alle Anstrengungen darauf richten müßten, ein schleuniges Ende des Völkermordens herbeizuführen. „Mit allen tauglichen Mitteln“ hieß es. Wie aber sollte das jetzt geschehen? Bebel hatte diese Frage mit einer Handbewegung von sich geschoben, „das werde sich finden“. Die Internationale war ihm darin gefolgt. Das rächte sich jetzt.

*

Die Bewilligung der Kriegskredite.

Diese Theorien, das Produkt der unnatürlichen Paarung internationaler Tendenzen und nationaler Konzessionen in der sozialistischen Einheitspartei, versagten also. Und doch mußte man sich schnell zu einem Entschluß durchringen. Der 4. August stellte die Führer vor die Entscheidung.

Nach außen hin konzentrierte sich das ganze Problem auf die Frage der Bewilligung der Kriegskredite. Eine praktische Bedeutung kam ihr angesichts der starken Mehrheit der bürgerlichen Stimmen in den Parlamenten aller Länder allerdings nicht zu. Um so größer aber mußte der moralische Eindruck der Abstimmung werden. Selbst ein Mann von der internationalen Bedeutung Kautskys, dieser Magnet, an dessen kalter, geistesklarer Logik sich viele in der Partei bei schwierigen Fragen festzuklammern pflegten, schwankte unruhig hin und her. Er meinte, es hingen „unwägbar

Wirkungen“ von der Abstimmung ab. Es schien ihm nach den Erfahrungen der letzten Tage ebensogut möglich, daß die Kreditbewilligung von den Massen als ein Bruch mit den bisherigen Grundsätzen aufgefaßt werden würde, wie daß man aus der Ablehnung die Gleichgültigkeit der Führer gegen Niederlage und feindliche Invasion herauslesen werde. Er empfahl zunächst, in Erinnerung an das Verhalten Bebels und Liebknechts im Jahre 1870, Stimmenthaltung zu üben. Man erwiderte ihm, die heutige Partei von 110 Abgeordneten könne nicht ebenso handeln, wie die kleine Partei von 1870. Sie trage eine ganz andere Verantwortung. Am nächsten Tage, dem 3. August, hatte Kautsky seine Ansicht geändert. Er erklärte, noch gestern habe er geglaubt, für die Ablehnung der Kredite eintreten zu müssen, heute könne er für ihre Annahme plädieren, wenn die Regierung gewisse Bedingungen erfülle. Sie müsse die Zusicherung abgeben, daß sie keine Eroberungen wolle; versage sie diese Zusicherung, so müsse man die Kredite ablehnen*).

Die Tage zwischen dem 31. Juli, an dem der praktische Widerstand gegen den Ausbruch des Krieges aufgegeben wurde, und der Reichstagsitzung am 4. August, in der über die Kriegskredite abgestimmt wurde, sind ausgefüllt mit einem bitteren Ringen um Befreiung aus dem inneren Zwiespalt.

Konrad Haenisch, der vor dem Kriege dem radikalen Flügel angehörte und während des Krieges auf dem äußersten rechten Flügel stand, schreibt in seinem Werk „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“: „Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem 1. und 4. August 1914 zu durchleben hatte. Aus der denkbar schroffsten innenpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen alle übrigen Parteien mußte sie sich im Sturmgebraus wildester Ereignisse innerhalb weniger Stunden hineinfinden in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes. Und auf der andern Seite: Noch waren Papier und Federn nicht trocken von den flammenden Aufrufen für den Frieden, noch war die Luft durchzittert von den leiden-

*) S. hierüber: Eugen Prager, „Die Geschichte der U. S. P. D.“ und P. Lensch, „Am Ausgange der deutschen Sozialdemokratie“.

schaftlichsten Protestreden der Arbeiterführer gegen den Krieg, als das furchtbare Gebot des Augenblicks dieselben federn, dieselben Redner zwang, das deutsche Volk in nicht weniger feurigen Worten aufzurufen zum Kampf gegen die von Osten wild heranflutenden Horden des Zarismus. Kaum jemals in der Geschichte hat die zermalmende Wucht einer welthistorischen Tatsache in so kurzer Zeit das ganze Denken und Fühlen von Millionen von Menschen so von Grund aus revolutioniert wie in diesem Falle.“

In der Partei schieden sich zwei Richtungen. Die eine, deren Hauptwortführer David war, stellte sich auf den nationalen Standpunkt. Sie wies darauf hin, daß es sich in diesem Kriege gegen eine Welt von Feinden für Deutschland um die Behauptung seiner nationalen Existenz, um die Verteidigung seines territorialen Bestandes, um die Sicherung seiner ganzen politischen Gegenwart und Zukunft handle. Nicht um der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen, sondern um das Land vor dem Verderben zu schützen, müsse man die Kredite bewilligen*). Die Zustimmung dürfe nicht an Bedingungen irgendwelcher Art geknüpft werden. Die Stunde der nationalen Not sei nicht die Zeit, Zusicherungen im Sinne der sozialdemokratischen Partei zu erzwingen.

Die andere Richtung, deren Führung der Parteivorstehende Hugo Haase und der Abgeordnete Ledebour übernahmen, lehnte zwar die militärische Landesverteidigung weder grundsätzlich noch in der Praxis ab. Aber sie wollte von einem Zusammengehen mit der Regierung und den nationalen Parteien auch in dieser Stunde gemeinsamer Not nichts wissen. An dem Klassenkampf und an der internationalen Klassensolidarität des Proletariats dürfe durch den Krieg nicht gerüttelt werden. Man könne nicht die Mitverantwortung an der Kriegspolitik und an den Kriegszielen einer Regierung übernehmen, der die Partei bisher jedes Vertrauen verweigert habe und weiter verweigern müsse. In Fortsetzung der

*) Nach Karl Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, erklärte David in der entscheidenden Fraktionsitzung am 3. August: Der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszusagen und umzulernen. Die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Er beantrage im Namen der Mehrheit des Fraktionsvorstandes die Bewilligung der Kredite. Sie möge mit einer Erklärung motiviert werden — aber mit einer Erklärung, die alle Polemik vermeide, die sich ohne Vorbehalt schließlich mit der Regierung und allen bürgerlichen Parteien solidarisch erkläre — was dem Gros der Bewilligungsfreunde immerhin zu weit ging. — S. auch Eugen Prager: „Geschichte der U. S. P. D.“, Seite 25 ff.

Friedenstaktik sollte daher der Sozialist als Soldat seine Pflicht tun, sich soweit nötig dem äußeren Zwange fügen. Als Politiker sollte er aber unentwegt für die alten sozialistischen Ziele weiterkämpfen. Die Kriegskredite seien abzulehnen „als Konsequenz der prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den imperialistischen Krieg zuzuschreiben sei“. Ihre Bewilligung würde einen Bruch mit den bisherigen Grundsätzen bedeuten*).

Von vornherein neigte sich das zahlenmäßige Übergewicht auf die Seite der Kreditbewilliger. Die Entschließung wurde ihnen erleichtert durch eine Reihe äußerer Umstände.

Einmal war bei den Abgeordneten ziemlich allgemein die Überzeugung verbreitet, daß die deutsche Regierung keine Schuld am Ausbruch des Krieges treffe, daß sie vielmehr alles getan habe, um ihn zu verhindern. Es schien hiernach also der Fall der Verteidigung berechtigter vaterländischer Interessen durchaus gegeben zu sein.

Von noch größerem Gewicht war der Umstand, daß der Krieg sich in erster Linie gegen Rußland, den alten Feind des Sozialismus, richtete, daß dieses Rußland allem Anschein nach den letzten Anstoß zum Kriege gegeben hatte und daß die Kosakenhorden bereits Ostpreußen bedrohten.

Weiterhin war auch die versöhnliche Haltung der deutschen Regierung nicht ohne Einfluß. Man hatte durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, daß bei Ausbruch des Krieges scharfe Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zur Anwendung kommen würden und bemerkte jetzt mit Erstaunen, daß hiervon keine Rede war. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 3. August gestalteten sich durchaus erfreulich. Die sozialdemokratischen Parteiführer versicherten, daß sie keine Störung in die große vaterländische Kundgebung im Reichstage am folgenden Tage hineinbringen würden. Sie erklärten sich sogar zum ersten Male in der Geschichte der Partei bereit, in das Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland“ einzustimmen.

Den Ausschlag gab aber schließlich der Bericht des am 31. Juli im Auftrage des Parteivorstandes nach Paris entsandten Partei-

*) Hugo Haase, „Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik“. Im Vorwort heißt es: „Verwirrt und enttäuscht schauten die Wurzelfesten auf die Führer, diese schwammen mit dem Ströme.“

auschußmitgliedes Hermann Müller, der sich mit den französischen Genossen über die politische Situation aussprechen und den Boden für eine gleichartige Behandlung der Kreditfrage im Reichstage und in der französischen Deputiertenkammer vorbereiten sollte. Der Meinungsaustausch war vollkommen ergebnislos verlaufen*). Die Franzosen hatten sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß Frankreich als das vom deutschen Militarismus und Imperialismus angegriffene Land den Kampf um seine Existenz und seine freiheitlichen Traditionen zu führen habe, und daß die französische sozialistische Partei ihrem Vaterlande daher die Mittel zu seiner Verteidigung bewilligen dürfe. Das äußerste Zugeständnis von ihrer Seite sei die Stimmenthaltung. Die Kreditablehnung komme für sie nicht in Frage. Die deutsche Partei dagegen sei in einer anderen Lage und könne die Kredite ablehnen. Aus der ganzen Debatte gewann Müller den Eindruck, daß die französische Fraktion für die Kredite stimmen werde. Der eigentliche Zweck der Reise, eine gleichartige Haltung der beiden Fraktionen im Sinne der Ablehnung oder wenigstens der Stimmenthaltung zu erreichen, war hiermit gescheitert. Es entfiel daher nach Ansicht der Führermehrheit für die deutsche Sozialdemokratie jeder Anlaß, auf die französische Abstimmung noch irgendwelche Rücksicht zu nehmen.

Es war schließlich nur ein Bruchteil des radikalen Flügels, insgesamt 14 von 92 Abgeordneten, die in der entscheidenden Fraktionsitzung vom 3. August die Ablehnung der Kredite forderten, unter ihnen Haase, Ledebour, Karl Liebknecht, Lensch, Kühle. Dagegen hatten sich Kautsky, Hoch, Stadthagen und mancher andere, der sonst mit der Linken marschierte, zur Mehrheit geschlagen.

Die Minderheit fügte sich nach alter, feststehender Gewohnheit dem Beschluß der Mehrheit. Der Parteivorstand Hugo Haase, das Haupt der Opposition, gab selbst die Parteierklärung vor dem Reichstage ab. Die Parteidisziplin trug über alle inneren Gegensätze noch einmal den Sieg davon.

Man machte den Versuch, den Wünschen der Opposition in der Fraktionserklärung, soweit möglich, Rechnung zu tragen. Dem

*) Scheidemann druckt in seinem Buche „Der Zusammenbruch“ den schriftlichen Bericht Hermann Müllers ab. Die französische Auffassung wird wiedergegeben in einem in den Spartakusbriefen S. 43 abgedruckten Schreiben des belgischen Sozialisten Henri de Man, der Müller als Dolmetscher begleitete.

ursprünglichen, von David entworfenen Text wurden einige Zusätze hinzugefügt, durch welche die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Politik, die zum Kriege geführt hatte, ausdrücklich abgelehnt und zugleich die Erwartung ausgesprochen wurde, daß dem Kriege ein Ende gemacht werde, sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei und die Gegner zum Frieden geneigt wären.

Es hieß weiterhin: „Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei... Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

„Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen...“

„Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.“

Die sozialdemokratische Parteipresse machte „die große Frontveränderung“ der Fraktion Schritt für Schritt mit. An die Stelle der schärfsten Aufrufe gegen den Völkerkrieg traten über Nacht patriotische Kundgebungen für den Krieg, die sich mit denen der nationalen Presse messen konnten*). Nur der „Vorwärts“ und einige wenige Provinzorgane verharrten bei ihrem ablehnenden Standpunkt.

*) Interessante Beispiele bringt u. a. Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Juniusbrochure) S. 14 u. folg., ferner Konrad Haenisch, „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“.

*

Der französische Sozialismus.

In der französischen Sozialdemokratie standen einander kurz vor Beginn des Weltkrieges in der nationalen Frage drei Richtungen gegenüber. Der syndikalistische Flügel mit Hervé hatte sich bedingungslos für die Internationale entschieden. Er lehnte den Begriff des Vaterlandes rundweg ab und verlangte, daß jeder Krieg, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, mit den Mitteln der Gewalt zu verhindern sei*). Die marxistische Richtung unter Guesde, die dem linken deutschen Flügel nahestand, hielt eine derartige gewaltsame Lösung praktisch nicht für ausführbar, war vielmehr bereit, das Vaterland gegen feindliche Angriffe zu verteidigen. Jedoch sollte auch im Kriege die Opposition gegen die Regierung und der Klassenkampf fortgesetzt werden. Aus diesem Kampfe sollte, als Frucht des Krieges, der Sieg des Proletariats hervorgehen.

Dieser Taktik widersprach die dritte, in vielfacher Hinsicht reformistischen Gedankengängen zuneigende Richtung, die sich um die hervorragende Gestalt Jean Jaurès' sammelte. Wenn einmal der Krieg dem französischen Volke von außen her aufgezwungen würde und es keine Rettung mehr gegen ihn gäbe, so sollte die Sozialdemokratie sich wenigstens einen großen, wenn möglich entscheidenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse sichern. Zusammen mit den breiten Schichten der bürgerlichen Demokratie müsse man sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellen, sich an der Regierung und an der Verantwortung beteiligen, die Ziele des Krieges bestimmen und auf diese Weise den militaristischen und imperialistischen Strömungen im Lande die Waffe aus der Hand schlagen.

Dieser Auffassung versuchte Jaurès bereits in den kritischen Tagen vor Kriegsausbruch die Wege zu ebnen. Mit glänzendem politischem Geschick begann er Verhandlungen mit der Regierung. Auf seine Initiative hin erfolgte die französische Aufforderung an England, der russischen Regierung eine schiedsgerichtliche Lösung der Krise vorzuschlagen. Sollte Rußland dem nicht nachkommen, hieß es drohend in der Erklärung der sozialistischen Kammerfraktion vom 29. Juli, so sei es die Pflicht der französischen Sozialdemo-

*) „Neue Zeit“, 27. 10. 1916, Martoff: Gustav Hervé. Ferner „Neue Zeit“, 30. 7. 15, J. S., Die Haltung der französischen Sozialdemokratie zum Weltkriege, und „Neue Zeit“, 27. 4. 1917: Die Stellung der Sozialdemokratie Frankreichs zur Kriegsfrage vor dem Kriege.

kratie zu erklären: Wir kennen nur einen Vertrag, den Vertrag, der uns an das Menschengeschlecht bindet.

Weiterhin ließ sich die französische Regierung die Zusicherung abringen, daß die Kriegserklärung nicht von Frankreich ausgehen werde und daß sie Maßnahmen treffen würde, um die Gefahr von Grenzverletzungen von französischer Seite auszuschließen.

Triumphierend rief Jaurès auf der Sitzung des Internationalen Büros in Brüssel am 29. Juli aus:

„Uns Franzosen ist eine leichte Aufgabe gestellt. Wir brauchen unserer Regierung nicht erst die Friedenspolitik vorzuschreiben. Sie befolgt sie in der Praxis. . . Die französische Regierung ist die beste Friedensverbündete dieser bewunderungswürdigen englischen Regierung, welche die Initiative zur Vermittlung ergriffen hat.“

Die hinreichende Persönlichkeit des außergewöhnlichen Mannes zwang in diesen Tagen alle sozialistischen Gruppen in Frankreich in ihren starken Bann. Die politische Lage war dieser Entwicklung günstig und wurde von den führenden Persönlichkeiten geschickt ausgenutzt. Frankreich, so sagte man, sei an dem ganzen Konflikt unbeteiligt. Es werde gegen seinen Willen in den Krieg hineingezogen und sei bedroht von einer feindlichen Invasion. Auch die strengsten Marxisten bestritten für diesen Fall nicht das Recht und die Pflicht der Landesverteidigung. Deutschland dagegen wurde als Störenfried hingestellt. Seine Militaristen und Imperialisten hätten den Krieg heraufbeschworen. Die deutsche Sozialdemokratie treffe die Schuld, daß sie sich gegen diese Entwicklung nicht mit genügender Anstrengung gewehrt habe. Die Dinge schienen also sehr einfach zu liegen. Die schweren Gewissenszweifel der Deutschen blieben den Franzosen erspart und es herrschte über die einzuschlagende Taktik unter den drei Gruppen völlige Einigkeit.

Mitten in dieser erfolgreichen außenpolitischen und parteipolitischen Tätigkeit wurde Jaurès vom Tode ereilt. Mit ihm verlor die internationale Sozialdemokratie ihren befähigsten Führer, und es erlosch auch in Frankreich die treibende Kraft, die allein vielleicht imstande gewesen wäre, eine selbständige sozialistische Kriegspolitik in die Wege zu leiten.

Von diesem Augenblick an glitt die französische Sozialdemokratie schnell in das nationale Fahrwasser hinüber. Schon bei den Verhandlungen am 2. August mit dem Abgesandten der deutschen

Parteileitung, Hermann Müller, machte sich das Fehlen der starken, veröhnlichen Persönlichkeit Jaurès' sehr fühlbar. Die Verletzung der belgischen Neutralität und die deutsche Kriegserklärung am 3. August gab dann den Ausschlag. Am schnellsten und radikalsten streckte Hervé die Waffen. In seiner „Guerre nationale“ rief er seinen Anhängern zu: „Zu allererst nationale Verteidigung. Jaurès, unser großer Jaurès, ist tot. Seine Stimme spricht: Sie haben mich ermordet. Wollt ihr mich rächen, so mordet nicht das Vaterland. . . Sozialistische Freunde, syndikalistische Freunde, anarchistische Freunde, ihr seid nicht nur die hehren Vorkämpfer der Menschheit, ihr seid ebensofehr der Nerv und vertrauensvolle Stützpunkt der französischen Armee. Das Vaterland ist in Gefahr. Das Vaterland der Revolution ist in Gefahr.“

„Was ist die Pflicht des Sozialisten? Wie ein Mann geht zur Grenze marschieren, indem wir unseren Nationalisten das gewaltigste Beispiel der Tapferkeit und Disziplin geben.“

Auch Guesde, „der alte Kampfgefährte von Marx und Engels, der Begründer und Organisator der marxistischen Richtung in Frankreich, der schärfste und rücksichtsloseste Verfechter des Klassenkampfes . . ., an dessen Gesinnung internationaler Solidarität und Freundschaft für die deutsche Arbeiterklasse ein Zweifel nicht erlaubt war*)“, stellte sich ohne jede Bedingung auf den nationalen Boden.

Am 4. August, ungefähr zur gleichen Stunde wie im deutschen Parlament, wurden in der französischen Deputiertenkammer die Kriegskredite einstimmig bewilligt.

Das bedeutete aber noch nicht den Höhepunkt der nationalen Entwicklung in der französischen Sozialdemokratie. Am 28. August, unter dem Eindruck des heftigen Schreckens, den die deutsche Invasion in Belgien und der stürmische Vormarsch auf Paris hervorriefen, traten Guesde und Sembat, den der „Vorwärts“ als die stärkste Stütze von Jaurès in dem Kampf für die Verständigung mit Deutschland bezeichnete, in das neugegründete Ministerium ein, dessen einzige Aufgabe die Verteidigung des Landes sein sollte. Die sozialistische Partei begleitete diesen Entschluß mit einem von glühendstem Patriotismus erfüllten Aufruf: Der Präsident der Französischen Republik wisse, daß zu allen Zeiten und in schwerer

*) „Vorwärts“ vom 28. 8. 1914.

Stunde, 1793 und 1870, gerade jene Menschen, gerade jene Sozialisten, gerade jene Revolutionäre es waren, in die die Nation ihr volles Vertrauen setzte. Ohne erst eine Kundgebung des Volkswillens abzuwarten, habe sich der Chef der Regierung an die sozialistische Partei gewendet und diese habe geantwortet: „Wir sind bereit. . . Die Anwesenheit unserer Freunde im Schoße der Regierung ist für alle eine Gewähr, daß die republikanische Demokratie bereit ist, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.“

Im Oktober 1914 nahm Guesde mit den italienischen Sozialisten Fühlung und bemühte sich, sie für eine Kriegspolitik an der Seite der Entente zu gewinnen. Den italienischen Einwurf, daß der Kampf an der Seite Rußlands mit den einstigen sozialistischen Grundsätzen doch schwer in Einklang zu bringen sei, suchte er durch die Behauptung zu entkräften, daß man Rußland nicht schlechthin als reaktionäres Element ansehen könne. Die russische Politik werde durch den Krieg ganz von selbst modernen Einflüssen zugänglich gemacht werden. Man dürfe im übrigen den Radikalismus nicht als Versteinerung auffassen. Heute, wo es sich um die Landesverteidigung handele, habe er sich in vollster Überzeugung zur Verfügung gestellt.

Es war derselbe Guesde, der vor dem Kriege es für die selbstverständliche Pflicht der internationalen Sozialdemokratie gehalten hatte, mit allen Mitteln auf die Beschränkung des Kriegsbrandes und auf die schleunige Beendigung der kriegerischen Aktion hinzuwirken.

Am 22. Dezember gab der französische Ministerpräsident vor den Deputierten die Erklärung ab: „In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas. . .“ Die sozialistische Fraktion nahm hierzu folgende Stellung: „Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion im Parlament auch nicht mit einem Wort die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. . . Sie hat bei dem allgemeinen Zusammenschluß die Lösung angenommen, welche die verantwortliche Regierung aufgestellt hat.“ Dem Verhalten der französischen Sozialdemokratie sollten nicht nur die sozialdemokratischen Parteien des neutralen Auslandes, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie Verständnis, vielfach Beifall und Anerkennung. Die deutsche

Opposition ging sogar bei ihrer bald einsetzenden Kritik dazu über, die Franzosen als Muster hinzustellen*).

Diese setzten den eifervollen Lobpreisungen der deutschen sozialistischen Minderheit ein hohes Maß fühler Reserve entgegen. Die achtungsvolle Anerkennung der Mehrheit aber und ihre immer wiederholte Bitte um gleiches Verständnis für die eigene Lage beantworteten sie mit Haß und schärfsten Vorwürfen. Die deutsche Sozialdemokratie könne ihre Fehler nur gutmachen, wenn sie sich mitten im Kriege zu revolutionären Maßnahmen entschließe und die deutsche Staatsform von Grund aus ändere, wenn sie das Urteil der siegreichen Länder anerkenne, das neben anderem den vor 44 Jahre gegen ihren Willen annektierten Provinzen gestatte, freien Willens zu dem Vaterlande ihrer Wahl zurückzukehren.

Zur gleichen Zeit ermahnten sie die russischen Sozialisten, den Kampf mit dem Zarismus einzustellen, sich mit ihm zu verbünden, um Deutschland niederzuschlagen.

*

Der englische Sozialismus.

Die englischen Sozialisten leisteten gegen das Übersfluten des nationalen Gedankens bei Beginn des Krieges etwas stärkeren Widerstand als die Franzosen. Sie hatten es allerdings auch leichter, den Ereignissen gegenüber kühl zu bleiben. England wurde von der Invasion nicht bedroht. Möchte es noch so sehr seine eigenen Interessen in diesem Kriege verfechten, eine Lebensgefahr, wie für die Festlandsmächte, bestand nicht. Aber es war doch auch hier nur eine kleine Minderheit, die von der ungleich größeren inneren Freiheit, die die geschützte Lage Englands gewährte, Gebrauch machte. Der als Arbeitervertreter dem Kabinett angehörende Minister John Burns erklärte, nachdem das Kabinett sich für den Krieg entschieden hatte, zusammen mit zwei liberalen Mitgliedern den Austritt aus der Regierung. Die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent labour party), die den sozialistischen Kern der englischen Arbeiterpartei (Labour party) bildete und der

*) J. B. „Neue Zeit“, 30. 7. 15: Bernstein, Jean Jaurès, der Internationalist und Patriot.

festländischen Sozialdemokratie am nächsten stand*), veröffentlichte ein Manifest, in der sie die Politik der englischen Regierung scharf geißelte: „Es ist nicht die serbische Frage oder die belgische Frage, die unser Land in den fürchterlichen Kampf hineingezogen haben. Großbritannien führt nicht den Krieg wegen unterdrückter Nationen oder wegen der belgischen Neutralität. Auch wenn Deutschland die belgische Neutralität nicht unrechtmäßig gebrochen hätte, wären wir doch hineingezogen worden. Wer glaubt, daß, wenn Frankreich in Verletzung von vertragsmäßigen Rechten nach Belgien eingedrungen wäre, um nach Deutschland zu gelangen, wir gegen Frankreich die Feindseligkeiten begonnen hätten? . . . England hat sich hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrupteste und brutalste Macht in Europa. . . Für uns Sozialisten sind die Arbeiter Deutschlands und Österreichs ebenso wie die Arbeiter Frankreichs und Rußlands Genossen und Brüder. . . Durch das Gebrüll der Kanonen senden wir unsere Sympathien den Sozialisten Deutschlands. Sie sind nicht unsere Feinde, sondern treue Freunde.“

In der historischen Unterhausitzung vom 4. August 1914 erklärte der Parteiführer der Arbeiterfraktion MacDonald: „Ich denke, daß Grey im Unrecht ist. Ich denke, daß die Regierung, für die er eintritt, im Unrecht ist. Ich denke, daß einstmals das Urteil der Geschichte ihnen Unrecht geben wird.“ Er schloß seine Ausführungen mit der Forderung, daß Großbritannien neutral bleiben müsse.

Am folgenden Tage schlug der Vorstand der Labour party vor, eine Erklärung abzugeben, in der es als vornehmste Pflicht der Arbeiterpartei bezeichnet wurde, den Frieden so bald als möglich wiederherzustellen, „und zwar unter solchen Bedingungen, die die Möglichkeit einer friedlichen Einigkeit des Gesamtproletariats Europas bieten“. Es war für den beginnenden Stimmungsumschwung bezeichnend, daß die Fraktion die Verlesung dieser Erklärung im Unterhause ablehnte. MacDonald legte daraufhin den Vorsitz in der Partei nieder, an seine Stelle trat Henderson.

In der nächsten Zeit unterlag die anfänglich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Oppositionsstimmung immer mehr der suggestiven Wirkung der patriotischen Begeisterung und des sogleich

*) Auch sie war noch eine ausgesprochene Reformpartei, welche die Marxsche Klassenkampftheorie ablehnte. S. S. 41. Vgl. Herkner, Arbeiterfrage II S. 501 und Bernstein, Sozialistische Monatshefte 1904, S. 888—895.

einsetzenden Verleumdungsfeldzuges gegen alles Deutsche. Selbst Ramsay MacDonald, neben Keir Hardie der bedeutendste Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, kam schließlich doch zu dem für jeden Engländer selbstverständlichen Ergebnis: „Aber was auch immer unsere Ansicht über den Ursprung des Krieges sein mag, jetzt müssen wir ihn durchkämpfen.“ Und am 15. Oktober gab der größte Teil der Führer der englischen Arbeiterbewegung die Erklärung ab, daß die Schuld am Kriege einseitig Deutschland treffe und daß die Arbeiterpartei daher an der Abwehr des deutschen Angriffs teilnehme. Man werde auch die Rekrutierungskampagne in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften tätig unterstützen. Deutschland müsse niedergeschlagen werden.

Gegenüber dieser Kapitulation fiel es nicht sonderlich ins Gewicht, daß einzelne Führer und ein Teil der Unabhängigen Arbeiterpartei auch weiterhin Kritik an der Regierungspolitik übten und auf eine Verständigung mit den Zentralmächten hinarbeiteten. Im ganzen genommen hatte der internationale Gedanke in England ebenso versagt wie in Frankreich. Diese Entwicklung der Dinge hatte nicht zuletzt ihre Ursache in dem geschickten Vorgehen der englischen Regierung. Sie ließ auf der einen Seite keinen Zweifel darüber, daß sie vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückschrecken werde. Diesem Willen gab sie schon im Oktober 1914 Ausdruck, indem sie die von der Arbeiterpartei geplanten 250 Versammlungen, in denen für die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen Propaganda gemacht werden sollte, kurzerhand verbot. Auf der andern Seite verstand sie es, die namhaftesten Führer der Gewerkschaften und einen Teil der sozialistischen Parteiführer für sich zu gewinnen und die vielfachen Gegensätze innerhalb der Arbeiterpartei für ihre Zwecke auszunutzen. Diese Politik hat auch im späteren Verlauf des Krieges noch reiche Früchte getragen.

*

Der russische Sozialismus.

Die russischen Sozialisten allein erklärten sich in ihrer Mehrzahl gegen den Krieg. Es war dies um so bedeutsamer, als der Krieg auch hier bei den Massen in höchstem Maße populär war. Die Befreiung von dem wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß des Deutschtums war eines der wenigen Ziele, für das sich die reaf-

tionären, fortschrittlichen und revolutionären Parteien in gleicher Weise erwärmten.

Trotzdem blieb der größte Teil der sozialistischen Führer bei Kriegsausbruch standhaft. Es gab unter ihnen Führernaturen, die, im Feuer der Revolution und unaufhörlicher innerer Kämpfe gehärtet, kein Schwanken, kein Kapitulieren mehr kannten. Stärker als die Abneigung gegen alles Deutsche brannte in ihren Herzen der Haß gegen den Zarismus. Ihm den Untergang zu bereiten und ein neues Rußland aufzubauen, war das Ziel ihres Lebens. Jedes Mittel war ihnen recht. Selbst die Niederlage ihres eigenen Vaterlandes schien ihnen nicht zu teuer.

Dagegen vermochten alle Zwangsmaßnahmen der russischen Regierung nichts. Zwar hatte der Generalfreik, der Mitte Juli in Petersburg, dem Herzen der russischen Arbeiterbewegung, ausgedroht, der Polizei Gelegenheit gegeben, mit äußerster Strenge gegen die sozialistischen Führer und die sozialistische Presse vorzugehen. Der russische Sozialismus war daher in den Tagen der politischen Krise so gut wie gelähmt und völlig außerstande, in irgendeiner Weise gegen den drohenden Krieg zu protestieren*). Aber das erhöhte nur seinen Haß und Kampfwillen. Sobald der Zusammentritt am 8. August den sozialistischen Parteiorganisationen die Möglichkeit bot, ihren Standpunkt öffentlich zu vertreten, erhoben sie als einzige sozialistische Partei in den großen kriegführenden Ländern Protest und verließen vor Abstimmung über die Kredite den Sitzungssaal**).

Die Regierung beantwortete diese Herausforderung damit, daß sie im Dumabericht die Vorgänge der Abstimmung unrichtig wiedergab, daß sie die Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit rücksichtslos unterdrückte und einen großen Teil der sozialistischen Dumamitglieder im Laufe der nächsten Monate verhaften ließ. Aber den gefährlichsten unter ihnen, Lenin und Trotzki, die im Auslande lebten, vermochten sie nichts anzuhaben.

Die anfängliche Einigkeit der sozialistischen Dumafraktion, in der sich bei Kriegsausbruch die Menschewisten und Bolschewisten wieder zusammengeschlossen hatten, war nicht von Dauer. Es bildete sich auch hier unter der Führung des alten Revolutionärs

*) Vgl. Bericht des Organisationskomitees der Arbeiterpartei Rußlands, abgedruckt im Auszug bei David, „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“.

***) Ähnlich verhielt sich der einzige sozialistische Abgeordnete in Serbien.

Plechanow bald eine nationale Richtung, die das Ziel im Zusammengehen mit der Regierung erblickte. Ihr gehörten ein großer Teil der Menschewisten und einige Sozialrevolutionäre und Bolschewisten an. Ihre Anhänger hielten die Deutschen für die Hauptschuldigen am Kriege und verlangten, daß man den inneren Streit vorläufig vertage und die Kriegspolitik der Regierung unterstütze. Deutschland sei der Hauptfeind der Demokratie. Seine Niederlage werde auch in Rußland den Weg für eine freiheitliche innere Entwicklung frei machen.

Diese Richtung blieb jedoch, im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie, durchaus in der Minderheit. Die Mehrheit der Sozialrevolutionäre und Bolschewisten und die sozialistischen Parteien der russischen Randstaaten Polen, Litauen, Kaukasus und der Jüdische Arbeiterbund vertraten demgegenüber die Auffassung, daß „der einen oder der anderen Koalition Sieg oder Niederlage unmöglich einen Fortschritt für die demokratische und sozialistische Bewegung bringen könne, daß ein Sieg Rußlands über Deutschland nur die russische Reaktion stärken und eine ständige Gefahr für die demokratische Bewegung in Europa sein würde. Man könne hinzufügen, daß eine Minderheit bestehe, die von diesem Standpunkt aus und im Interesse des Fortschritts den Sieg Deutschlands über Rußland herbeiwünsche*“.

Die Unterdrückungsmethode der russischen Regierung und der für Rußland wenig glückliche Verlauf des Krieges stärkten die inneren Kräfte dieser radikalen Elemente, die allein in allen kriegsführenden Ländern vom ersten Tage des Krieges an bewußt und mit klarem Willen an dem Sturz des bestehenden Staates weiterarbeiteten.

*) Bericht des Organisationskomitees der Arbeiterpartei Rußlands. — Sehr klar wird der Standpunkt der russischen Sozialdemokratie auch auseinandergesetzt in einem vom Parteivorstand an den Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Büros Vandervelde gerichteten Antwortschreiben. Vandervelde, seit Kriegsausbruch belgischer Kriegsminister, hatte die russischen Sozialisten in beweglichen Worten aufgefordert, sich mit den französischen, englischen und belgischen Genossen zusammenzuschließen zur Verteidigung der durch den deutschen Militarismus bedrohten Demokratie Europas.

*

Die „Neuorientierung“.

Der Sieg des nationalen Gedankens innerhalb der deutschen Sozialdemokratie bildete für das Bürgertum und die Regierung eine starke Überraschung. Man hatte es wohl nirgends für möglich gehalten, daß die mühsame Gedankenarbeit eines halben Jahrhunderts im Aufbrausen eines Massengefühls anscheinend fast spurlos verweht werden könne.

Aus welcher Tiefe die Quellen dieser patriotischen Bewegung herrührten, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die einen glaubten an einen vorübergehenden „Kriegsrausch“, die anderen an eine „nationale Wiedergeburt“.

Die Regierung stand vor einer neuen Lage. Die bisherige Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie ließ sich nicht mehr aufrechterhalten. Mit einer starken Geste hatte ihr die sozialdemokratische Arbeiterschaft in entscheidender Stunde die Hand entgegen gestreckt. Dieser vielleicht weltgeschichtliche Vorgang konnte für die innere Weiterentwicklung Deutschlands kaum ohne tiefgehende Folgen bleiben. Er schien nach Ansicht der führenden Männer geeignet, das Verhältnis zwischen Staat und Sozialdemokratie von Grund aus zu verändern.

Schon vor dem Kriege hatte die „Versöhnung“ der Sozialdemokratie, ihre Nationalisierung und Eingliederung in den bestehenden Staat durchaus zum Gedankenkreis Bethmannscher Staatskunst gehört. Durch die am 4. August erfolgte Klärung schien tatsächlich die Möglichkeit gegeben, die aus den internationalen Gefilden heimkehrenden Söhne des Volkes im nationalen Staat wieder fest anzusiedeln. Dieser Gedanke fand seinen spontanen Ausdruck in dem wie eine Ankündigung klingenden und als Verheißung aufgefaßten Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien und keine Konfessionen mehr. Ich kenne nur noch Deutsche.“ Die Aufgabe war freilich auch jetzt noch schwer. Ohne verständnisvolles Eingehen und Nachgeben auf beiden Seiten war die Lösung

überhaupt nicht zu denken. Heftige innenpolitische Kämpfe und starke Enttäuschungen waren ganz unvermeidlich. Innerhalb der maßgebenden Regierungsstellen selbst war das Mißtrauen und der Argwohn noch groß, und es gab viele, die zur Vorsicht mahnten und davor warnten, die Umstellung allein auf den Erfahrungen des 4. August aufzubauen. Sie wiesen darauf hin, daß die sozialdemokratischen Führer in ihren Entschlüssen damals nicht frei gewesen seien, sondern sich der nationalen Bewegung der Massen hätten anschließen müssen. Sie wären vom Tage des sichtbaren Ausbruchs der Weltkrise an ohnmächtig gewesen, wie sehr sie sich auch den Anschein geben mochten, als seien die Parteiorganisationen noch Herren des Volkswillens. Sie hätten wohl gewußt, daß sie bei verneinender Haltung alles, bei zustimmender gar nichts wagten. Der Aufruf zum Widerstand würde im schlimmsten Falle zu einigen mehr oder minder stürmischen Demonstrationen einer Anzahl organisierter Fanatiker geführt haben. Dafür wäre aber die fernere Existenz der Partei aufs Spiel gestellt worden, die sich nach dem Kriege wahrscheinlich als die kleine radikale Organisation wiedergefunden haben würde, die sie ausgangs der 70er Jahre gewesen sei. Die Erkenntnis, daß in der Stunde einer großen nationalen Schicksalswende der sozialdemokratische Parteigedanke nie und nimmer den Kampf aufnehmen könne mit dem Nationalgefühl, hätte die klugen und vorsichtigen Führer, welche die Seele und Geistesrichtung der deutschen Arbeiterschaft genau kannten, schon im Frieden zur wiederholten lauten Betonung patriotischer Gesinnung veranlaßt, trotz ihrer grundsätzlich unpatriotischen Politik. An diesen Tatsachen werde auch nichts geändert durch die jetzigen geschickten und scharfsinnigen Versuche rechtsstehender sozialdemokratischer Politiker, den Kriegspatriotismus der Parteileitung zu begründen mit alten Parteigrundsätzen und Parteitagsbeschlüssen oder mit weiterschauenden innenpolitischen Plänen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie in dieser Zeit einzigartigen nationalen Aufschwungs nicht Trägerin des nationalen Ideals gewesen sei, sondern es dabei habe bewenden lassen, die Geschobene zu sein.

Der Reichskanzler verschloß sich dieser nüchternen Beurteilung nicht. Aber sie änderte nach seiner Meinung doch nichts an der Tatsache, daß die sozialdemokratische Haltung für Deutschland nach

außen und innen große politische Vorteile gebracht habe und für die zukünftige innere Politik neue Voraussetzungen schaffe. Der Versuch einer dauernden Versöhnung mit der Sozialdemokratie auf der Grundlage des 4. August müsse jedenfalls unternommen werden. Das Reformwerk sollte aber der Ausfluß des freien Regierungswillens bleiben. Keinesfalls dürfe man sich treiben lassen, keinesfalls sich auf einen Kompromißhandel mit den Parteien einzulassen. Es könne sich nur um eine alleinstehende einzelne große Aktion handeln, die außerhalb des Rahmens parteipolitischer Streitfragen zu stellen sei. Freilich schienen dem Reichskanzler die Möglichkeiten und Mittel der Reform beschränkt. Im wesentlichen kam es darauf an, einen Teil der gesetzlichen Bestimmungen, die die Einengung der Sozialdemokratie mittelbar oder unmittelbar zum Zweck hatten, fallen zu lassen. Eine Reihe sozialpolitischer und gesetzgeberischer Neuerungen sollte ihren Wünschen Rechnung tragen. Die Vertreter sozialdemokratischer Anschauungen waren in Zukunft dienstlich und persönlich gleichberechtigt zu behandeln. Es sollte ihnen das Gefühl genommen werden, unter einer polizeilichen Sonderkontrolle zu stehen. Hierzu war eine Änderung der Praxis nach dem Kriege erforderlich, die man vielleicht schon jetzt ankündigen konnte. Vorerst wollte man jedenfalls der Sozialdemokratie mit vertrauensvollem Optimismus begegnen. Von dem Entgegenkommen der anderen Parteien und dem Verständnis der Sozialdemokratie für das Erreichbare hing es in erster Linie ab, ob der Friede für die Dauer geschlossen werden konnte.

Mit derartigen allgemeinen Zusagen glaubte sich die Regierung, die mit einer nur kurzen Kriegsdauer rechnete, vorerst begnügen zu können. Die großen praktischen Probleme der inneren Politik schob sie noch zurück. Die geplante „Neuorientierung“ gedieh daher auch noch nicht zu der festumrissenen Form eines Programms. Ein solches wurde in den ersten Kriegsmonaten von der Sozialdemokratie auch kaum erwartet. Alle Gedanken waren auf die mit höchster dramatischer Wucht und rasender Schnelligkeit abrollenden militärischen Vorgänge gerichtet. Man freute sich gemeinsam der Erfolge und hoffte auf ein rasches, glückliches Kriegsende. Dann würde es an der Zeit sein, an die Neuordnung der inneren Verhältnisse heranzugehen. Vorläufig schien es ausreichend, wenn der Reichskanzler alle äußeren Reibungen fernhielt. In

einem Schreiben an den Kriegsminister hob er die große Bedeutung der Erhaltung des neuen Geistes gegenseitigen Vertrauens hervor und verlangte, daß nichts geschehen dürfe, was den Frieden stören könnte. Der Chef des Generalstabes unterstrich diese Forderung auch vom militärischen Standpunkt aus*).

Der Belagerungszustand, der sich am ersten Mobilmachungstage über das ganze Land gesenkt hatte, wurde daher in sehr veröhnlichem Sinne gehandhabt und infolgedessen auch nicht als sonderlich drückend empfunden. Auf die Festnahme sozialdemokratischer Führer, die Unterdrückung der sozialistischen Presse und alle etwa sonst geplanten Ausnahmemaßnahmen wurde verzichtet. Wo an einzelnen untergeordneten Stellen doch schärfer vorgegangen wurde, griffen die Zentralbehörden schnell ein. Die Immunität der Abgeordneten, auch während der Dauer der Vertagung der Parlamente, wurde durch besondere Verfügung ausdrücklich festgelegt. Auf Anregung des sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen wurde durch einen Erlaß des Kriegsministeriums vom 31. August 1914 das Verbot der sozialdemokratischen Zeitschriften im Heere aufgehoben, allerdings mit der Einschränkung jederzeitigen Widerrufs, falls die Presse sich des Vertrauens nicht würdig zeigte.

Diese Verfügung wurde übrigens vom preußischen Ministerium des Innern heftig angegriffen*). Unter Hinweis auf die im „Vorwärts“ fühlbar werdende Tendenz, die Mitteilungen über Greuelthaten der feindlichen Soldaten und Zivilisten in den besetzten Gebieten abzuschwächen, die Strafmaßnahmen der eigenen Militärstellen dagegen scharf zu kritisieren („Barbareien, die unterbleiben müßten“) und Stimmung gegen Gebietserweiterungen bei siegreichem Kriegsausgang zu machen, warnte sie davor, der Sozialdemokratie allzuviel Vertrauen entgegenzubringen. Ihre gegenwärtige Zurückhaltung sei wesentlich durch den Zwang des Belagerungszustandes veranlaßt, und man müsse mit einer baldigen Rückkehr zu der früheren Haltung rechnen. Der Reichskanzler ließ sich jedoch nicht beeinflussen. Es blieb bei den getroffenen Anordnungen.

Aus dem Geiste der ersten warmen Freude an der neugeborenen Einigkeit entstand der stolze Gedanke des „Burg-

*) S. Urkundenanhang S. 275 u. folg.

friedens“. Jeder innenpolitische Kampf sollte während des Krieges ruhen. Alle Kräfte des Volkes hatten allein der Abwehr des äußeren Feindes zu dienen, nichts sollte sie ablenken. Die Parteien verpflichteten sich, ihren gegenseitigen Besitzstand zu achten und keine Anstrengungen zu machen, ihn zu erweitern. Alle wirtschaftlichen Kämpfe wurden vertagt. Streiks waren verpönt. Die Gewerkschaften sperrten alle Streikunterstützungen und verwendeten die dadurch verfügbar werdenden Geldmittel im Dienste der Kriegsfürsorge. Auf der anderen Seite stellte der Reichsverein gegen die Sozialdemokratie seine Tätigkeit ein.

*

Die deutsche Sozialdemokratie vom 4. August bis zur Parteispaltung.

Die Weiterentwicklung der geistigen Strömungen im deutschen Sozialismus.

Die Entscheidung des 4. August bedeutete keine Unterbrechung des großen geistigen Ringens um die Weiterentwicklung des deutschen Sozialismus. Gerade die Jahre 1914/16 brachten einen Höhepunkt der Spannungen, die seit Marx und Lassalle nach einer Lösung drängten. Es waren die alten Fragen über die Stellung zum Staat und zur Nation, über Revolution und Evolution, über Parlamentarismus und Diktatur des Proletariats, an denen der Sozialismus seit langem krankte, die sich jetzt unter dem furchtbaren Druck des Weltkrieges allmählich aus der Gebundenheit des reinen Ideenkampfes lösten und schließlich die Parteiform zerbrachen.

Die letztvorhergehende Krise, der Kampf Bebels gegen den Revisionismus, hatte mit dem äußeren Siege des Bebel-Kautsky'schen Parteizentrums seinen Abschluß gefunden. Damals hatte es sich in erster Linie um die Frage gehandelt, ob man besser und schneller auf revolutionärem oder evolutionärem Wege zum sozialistischen Endziel gelangen werde. Dieses Mal ging es hauptsächlich um das nationale Problem. Es war zu entscheiden, ob und wie der internationale Klassenkampf während des Krieges weitergeführt werden könne und wie weit die Sozialdemokratie sich durch die nationale Schicksalsgemeinschaft aller Gesellschaftsklassen innerhalb des Staates binden lassen dürfe.

Auch das war letzten Endes nur eine taktische Frage. Aber so belanglos die Verschiebung für den Kern des inneren Gegensatzes in der Sozialdemokratie sein mochte, so genügte sie doch, um eine Neugruppierung zu bewirken.

Drei Gruppen gewannen allmählich, auch parteipolitisch, feste Gestalt. Der rechte Flügel, der zusammen mit der Nation ging, der radikale linke Flügel, der von einer nationalen Bindung auch während des Krieges nichts wissen wollte, und die Mitte, die ein

Kompromiß zwischen rechts und links suchte. Auf dem rechten, jetzt „nationalen“, Flügel, der mit einem Schlage zur Herrschaft gelangt war, standen die verfeimten Männer des Revisionismus als Helden des Tages und Wortführer der Partei, vor allem Heine, David, Kolb. Nur Bernstein fehlte, den die pazifistische und internationale Richtung seiner sozialistischen Weltanschauung nach links geführt hatte. Aber an seiner Stelle hatten sich andere eingefunden, die bisher ragende Säulen des Radikalismus gewesen waren, in vorderster Reihe Haenisch, Lensch, Cunow, hinter ihnen ein großes Gefolge von Geistern minderen Ranges. Der Riesenblock der Freien Gewerkschaften unter der Führung von Legien stand, wie zu erwarten, geschlossen während des ganzen Krieges hinter dem rechten Parteiflügel und sicherte ihm seine überragende Stellung.

Die Gegenseite, die radikale Richtung, war an Zahl anfangs schwach, aber dafür fehlte es ihr nicht an hervorragenden Köpfen von fanatischer Entschlossenheit. An der vordersten Stelle standen der jüngere Liebknecht, dann Rosa Luxemburg und Kadek, beide aus Polen gebürtig.

Auf dem Platz des bisherigen Zentrums war Kautsky stehen geblieben, der nach kurzem Schwanken seinen alten Standpunkt wiedergefunden hatte. Einst, unter Bebels mächtigem Schutz, hatte die Blüte der sozialdemokratischen Führerschaft zu seinen Füßen gesessen. Jetzt war die Schar der Getreuen klein geworden. Von den Parteigrößen bekannten sich zunächst nur Bernstein, Ledebour und der Partei- und Fraktionsvorsitzende Haase zu ihm. Eine starke moralische Stütze erhielt Kautsky aber durch die Bundesgenossenschaft der Österreicher Adler, Renner, Hilferding, Männern von internationalem Ruf mit beherrschendem Einfluß in der österreichischen Partei.

Die ersten Kriegsjahre, bis gegen Ende 1917, sind erfüllt von dem Ringen dieser drei Richtungen in sich selbst und gegeneinander um die Stellung zur nationalen Frage. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt in den zwischen dem September 1916 und dem Oktober 1917 liegenden Parteikonferenzen und endeten mit dem Zerfall der alten Partei.

Nur zum Teil hat der heiße Gedankenkampf zu einer festen programmatischen Formulierung des Standpunktes geführt. Die klarste und schärfste Fassung erreichte ohne Zweifel die radikale Richtung.

Die Grundzüge ihres Programms sind bereits in der im Frühjahr 1915 im Gefängnis von Rosa Luxemburg verfaßten „Juniusbroschüre“ niedergelegt. In ihr wurde, übrigens in einer glänzenden literarischen Form, festgestellt, daß der Weltkrieg die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht habe. Die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors sei zerstört, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern an das Schiff des Imperialismus gekettet. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten hätten die sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Englands dem Imperialismus den Rücken gestärkt und damit die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mit übernommen. Durch diesen Verrat seien die anderen Länder, Rußland, Serbien, Italien und Belgien, in denen die Parteiführer ihren Pflichten treu geblieben seien, zur Ohnmacht verurteilt.

Der Weltkrieg sei die Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten um die Weltherrschaft. Er bedeute in jedem Falle eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie.

Der Gedanke, ihn durch internationale Schiedsgerichte, diplomatische Abmachungen über „Abrüstungen“, „Freiheit der Meere“, „europäische Staatenbünde“ und dergleichen abzdämmen, sei utopisch. Das einzige Mittel, den Weltfrieden heraufzuführen, sei der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats. Es wäre daher von entscheidender Bedeutung, ihn zu stärken und eine klare, einheitliche Auffassung über Ziele und Taktik zu schaffen. Dies müsse die Aufgabe einer neu zu gründenden Internationale sein. Ihre Machtbefugnisse seien nach Möglichkeit auszugestalten. Man müsse ihr im Frieden die Entscheidung über die Taktik der sozialistischen Landessektionen in der Frage des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik einräumen. Im Kriege aber solle die gesamte Taktik durch sie bestimmt werden. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale stehe über allen anderen Rücksichten.

Die Stellung zur Landesverteidigung machte die radikale Richtung ausschließlich abhängig vom Standpunkt des proletarischen Vorteils. Der Krieg gegen das zaristische Rußland, den alten Todfeind des Sozialismus, fand bis zu einem

gewissen Grade auch ihren Beifall. Nach dem Zusammenbruch Rußlands im Frühjahr und dem Sieg des Bolschewismus im Herbst 1917 erlosch indessen das letzte Interesse an einem Sieg der Mittelmächte, soweit ein solches überhaupt bestanden hatte. Von jetzt ab galten ihnen die Kämpfe auf der nationalen und wirtschaftlichen Grundlage, wie sie im Weltkriege ausgefochten wurden, vollends als Machenschaften der kapitalistischen Bedrücker und daher als ein glatter Betrug am arbeitenden Volke. Für den Proletarier gab es keine Gegensätze auf nationalem oder wirtschaftlichem Gebiet, die nur durch Kriege gelöst werden konnten. Nicht der deutsche Arbeiter und der deutsche Junker gehörten zusammen, sondern der deutsche und der französische Proletarier. Die „Schützengrabengemeinschaft“ sei das unnatürliche Bündnis zwischen Todfeinden und bestehe nur im Kopfe unverbesserlicher Illusionisten. Die Phrase von der Pflicht zur Landesverteidigung habe für das Proletariat keinen Sinn. Das einzige Interesse, das man an dem Kriege nehmen könne, sei, ihn zum Ausgangspunkt für die Weltrevolution zu machen.

Diesen Gedankengängen entsprach eine scharfe Kampfstellung gegen das Heer. Es zu schädigen und auf seine Beseitigung hinzuwirken, ohne Rücksicht auf die im Gange befindliche kriegerische Auseinandersetzung, wurde als eine der vornehmsten Pflichten der einzelnen sozialistischen Landesparteien bezeichnet. Erst die Vernichtung der nationalen Armeen mache den Weg für die internationalen Ziele frei.

Die Mittelgruppe, unter der geistigen Führung des „strenggläubigen“ Kautsky, verzichtete bewußt auf die Aufstellung eines neuen Programms. Kautsky vertrat den Standpunkt, daß das einzig mögliche Programm für die Sozialdemokratie das der Vorkriegszeit sei, daß man sich an die überlieferten Lehren von Marx und Engels und an die Beschlüsse der Internationale und der Parteitage zu halten habe, daß man zur alten Taktik zurückkehren müsse. Mit der ganzen Schärfe und Logik seines Geistes und seiner in langen Friedensjahren erworbenen Autorität wehrte er sich gegen die Zeichen der neuen Zeit und gegen einen Frontwechsel nach rechts oder links. Er trug keine Bedenken, von dem Verhalten des Meisters bei bestimmten historischen Gelegenheiten unmittelbare Folgerungen für die Gegenwart abzuleiten, ein Weg, auf dem ihm übrigens viele Parteigenossen folgten, die dabei freilich oft zu

genau entgegengesetzten Ergebnissen kamen. In zahllosen Artikeln und Broschüren mühte er sich, die neuen Erscheinungen des Krieges in die alte Form hineinzupressen oder, wo dies nicht anging, erträgliche Kompromisse zu schaffen. Nur seiner starken geistigen Überlegenheit war es zu danken, daß die Schwächen notdürftig verdeckt wurden, die allen diesen Kompromißlösungen nun einmal anhafteten.

In der Frage der Landesverteidigung kämpfte er innerlich mit sich selbst einen schweren Kampf, ohne doch zu einer ganz klaren, eindeutigen Stellung zu gelangen. Er tritt dem Weltkrieg jeden Sinn ab. Man könne von ihm nicht den geringsten Fortschritt in der Richtung auf den sozialistischen Zukunftsstaat erwarten, vielmehr bedrohe er die gesamte europäische Kultur und damit auch die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und stärke den außereuropäischen Imperialismus. Er sei nicht einmal vom Standpunkt des Kapitalismus aus eine Notwendigkeit.

Das von der Mehrheit betonte Argument, Deutschland befinde sich in einem Verteidigungskrieg und müsse seine Grenzen gegen die Greuel der Invasion schützen, hielt er für sehr fadenscheinig. Anfangs versteckt und vorsichtig, später immer offener, wies er darauf hin, daß die deutsche Regierung am Ausbruch des Weltkrieges zum mindesten nicht schuldlos sei als die andern Mächte. Im übrigen gab er aber zu, daß für die Stellung der Sozialdemokratie nicht die Schuldfrage ausschlaggebend sein könne. Auch der Gesichtspunkt des „proletarischen Interesses“ könne nicht als entscheidender Faktor herangezogen werden. Denn es sei unmöglich, jetzt, mitten im Kriege, festzustellen, in welcher Richtung dieses eigentlich liege*). Es gebe nach dem Zusammenbruch der Internationale und dem Abschwenken der sozialdemokratischen Landesparteien in das nationale Lager keine unparteiischen Richter mehr. So bleibe als einziger Ausweg aus diesem Gewirr widerstrebender Interessen nur das internationale Schiedsgericht. Da es aber den Regierungen, insbesondere der deutschen, an dem guten Willen hierzu mangle, sei es Pflicht und Aufgabe des internationalen Proletariats, einen Zwang auszuüben. Allerdings könne sich die Arbeiterschaft in den kriegführenden Ländern aus praktischen Gründen der Waffenpflicht nicht entziehen. Um so entschiedener müsse sie aber das Recht in

*) Er korrigierte hiermit seine früheren Anschauungen. Siehe S. 31.

Anspruch nehmen, die Politik der Regierungen zu überwachen und den stärksten Druck in der Richtung des Friedens auszuüben. Jede Landespartei habe sich zunächst im eigenen Lande in diesem Sinne zu betätigen. Darüber hinaus aber müßte so rasch als möglich die alte Internationale als Führerin des proletarischen Kampfes für den Frieden wiederhergestellt werden.

Auch die Mehrheitssozialisten stellten ein eigentlich neues Programm nicht auf, erklärten vielmehr, daß sie an den bisherigen Parteigrundsätzen nach wie vor im wesentlichen festhielten. Selbst in der nationalen Frage behaupteten sie, noch auf dem Boden der alten Partei zu stehen. Unermüdet waren David und seine Freunde bemüht, den Nachweis hierfür zu führen und den Widerspruch zwischen dem Einst und Jetzt zu verwischen. Sie vertraten insbesondere die Auffassung, daß Deutschland zur Zeit an der Spitze des Sozialismus marschiere und daß den proletarischen Interessen am besten gedient werde, wenn es sich in dem Kampfe behauptete.

Diese Versuche, die alten Traditionen der Partei weiterzuführen, waren der eigentliche Grund dafür, daß das nationale Problem innerhalb der deutschen Sozialdemokratie im Weltkriege nicht zur endgültigen Klärung gelangte. Die Mehrheit hatte sich zwar für den vorliegenden Fall im nationalen Sinne festgelegt, wollte sich aber dadurch keineswegs auch für die Zukunft binden, oder gar den grundsätzlich internationalen Charakter der Sozialdemokratie abstreifen. Sie fühlte sich sogar verpflichtet, noch während des Krieges die zerrissenen Fäden der Internationale wieder zu knüpfen, nicht gerade mit übertriebenem Eifer, aber doch in einer Form, die nach außen hin genügend erschien.

Es fehlte allerdings nicht an Führern, die die Mehrheitspartei ganz in die neue nationale Richtung hineinzuziehen suchten. Sie lehnten die „orthodoxe Formelgläubigkeit“ Kautskys auf das entschiedenste ab und erklärten, daß die Maryschen Lehren nichts ein für allemal Feststehendes und über die Zeit Erhabenes sein könnten, daß vielmehr eine organische Weiterbildung durchaus im Sinne des Meisters selbst liege. Sie hielten es für ausgeschlossen, daß die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges und nachher in den alten, ausgetretenen Partiewegen weiterlaufen könne. Der Weltkrieg zwingt sie in neue Bahnen und stelle sie vor bestimmte Entscheidungen.

Diejenigen seien Illusionisten, welche trotz des Zusammenbruchs der Internationale am 4. August noch auf den Sieg der internationalen Bestrebungen in absehbarer Zeit zu hoffen wagten. Wenn sich die sozialdemokratische Partei gegen den nationalen Gedanken auflehne, so werde sie von ihm zermalmt werden und zum Range einer Sekte herabsinken. Man müsse daher aus der Not eine Tugend machen und dafür sorgen, daß die Fortentwicklung der Sozialdemokratie wenigstens im Rahmen der Nation gesichert bleibe. Man dürfe sich also jetzt nicht ausschließen, sondern müsse das Schicksal des Volkes teilen. Unterliege Deutschland, dann werde auch die Sozialdemokratie mit in die Tiefe hinabgerissen. Erringe es den Sieg, so würden die Sozialdemokraten die Früchte ihrer Haltung auch auf sozialem und demokratischem Gebiet ernten. Sie kämpften daher im Weltkriege an der Seite der Nation um ihre eigene Zukunft.

Am weitesten in dieser Richtung ging Kolb, der den offenen Bruch mit der Vergangenheit und das Bekenntnis zu etwas grundsätzlich Neuem verlangte. Die Negation des heutigen Staates beruhe auf der längst überholten Theorie des Zusammenbruchs der jetzigen Gesellschaftsform. Der bisherige Widerspruch zwischen Theorie und Praxis müsse aufhören. Man müsse endlich wagen, auch zu scheitern, was man sei: eine sozialistische Reformpartei.

Das innere Problem der deutschen Politik dränge dahin, daß die Parteien der sozialdemokratischen und demokratischen Linken, die weitaus über die Mehrzahl der Wähler verfügten und demnach den Anspruch auf die tatsächliche Machtausübung erheben dürften, sich endlich vereinigten und gemeinsam eine praktische Kompromißpolitik trieben. Das Ziel dieses Blocks der Linksparteien müsse sein, den kapitalistischen Klassenstaat durch eine Politik der politischen und sozialen Reformen in den parlamentarisch regierten Volksstaat umzugestalten. Die Frage, ob Republik oder Monarchie sei von geringerer Bedeutung. Man werde auch mit der Monarchie zu einer Verständigung gelangen können.

Auch mit der bisherigen sozialistischen Militärpolitik müsse man brechen. Der 4. August habe gezeigt, wie falsch sie gewesen sei. Wie der kapitalistische Klassenstaat mit innerer Notwendigkeit zur sozialistischen Gesellschaft führen werde, so werde sich das stehende Heer in die Volkswehr verwandeln. Keine Macht der Welt sei imstande dies zu hindern.

Mit den Elementen, welche diese neue Reformpolitik als einen Verrat der politischen Grundsätze der Sozialdemokratie bezeichneten, dürfe man nicht länger mehr zusammenarbeiten. Die Kluft sei zu groß. Das innere Problem der Sozialdemokratie müsse endlich gelöst werden. Nichts sei verhängnisvoller, als noch weiterhin ein unhaltbares Kompromiß zu schließen.

Die Versuche Kolbs und seiner Gesinnungsgenossen, den Sieg des nationalen und reformistischen Gedankens innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie für die Zukunft sicherzustellen, mißglückten. Was die stärkere Kraft der Rosa Luxemburg, Kadeks, Liebknechts bei der radikalen Minderheit durchsetzte, das vermochten ein Kolb, David, Heine bei der Mehrheit nicht zu erreichen. Sie waren für ein solches Unterfangen zu schwach. Allzu mächtig lastete der gewaltige Schatten von Marx auf der deutschen Sozialdemokratie. Die maßgebenden parteipolitischen Führer der Mehrheit hielten es für zweckmäßig, sich während des Krieges programmatisch in bestimmter Richtung nicht festzulegen. Die Zukunft der Sozialdemokratie schien ihnen dunkel und ungewiß, sie wagten es nicht, dem Schicksal seinen Weg vorzuzeichnen. Trotzdem war es nicht ohne Bedeutung, daß das nationale Problem überhaupt einmal ganz unverhüllt zur Debatte gestellt wurde, daß die extremen Anhänger des nationalen Gedankens sich innerhalb der zur Zeit herrschenden Parteirichtung befanden.

*

Die Eröffnung des Kampfes durch die Opposition.

Wenige Wochen, nachdem an der Marne der deutsche Siegeslauf jäh angehalten und dann in eine rückläufige Bewegung verwandelt war, die nur mit äußerster Anstrengung wieder zum Stehen gebracht werden konnte, liefen die ersten grauen Schatten beginnender Ernüchterung über das glänzende Bild patriotischer Begeisterung und Geschlossenheit. Zwar wußte die militärische Berichterstattung den schweren Ernst der Lage, der sich aus dem gleichzeitigen Scheitern des Feldzuges im Westen und dem Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Heeres im Osten ergab, zu verschleiern. Auch sorgten die Hindenburg-Siege in Ostpreußen dafür, daß die zuversichtliche, auf Sieg gerichtete Stimmung des Volkes über die gefährliche Zeit der militärischen Krise hinwegglitt.

Aber der erste stolze Siegesrausch zerflatterte in diesen Wochen und Monaten doch. Man erkannte, daß man noch einen schweren, vielleicht langen Kampf um den Sieg werde führen müssen.

In jene tragischen Septemberwochen reichen die tiefsten Wurzeln nicht nur des militärischen, sondern auch des seelischen Umschwunges zurück. Solange die Sonnenstrahlen des Sieges dem deutschen Volke leuchteten, waren die Geister der nationalen Vereinerung im dunkelsten Schatten geblieben. Kein lautes Wort des Protestes, kein antinationales Bekenntnis war zu hören gewesen. Das Volk ertrug damals derartige Äußerungen noch nicht. Jetzt, als der Himmel grau wurde, wagten sich die unentwegten Anhänger des internationalen Gedankens wieder ans Tageslicht. Hier und dort tauchten sie im Lande auf, noch vorsichtig und behutsam und ohne rechte Verbindung miteinander, aber doch mit scharfer Witterung für die Zukunft. In Bremen, Stuttgart, Leipzig und Berlin, schon früher Hochburgen des Radikalismus, bildeten sich die ersten oppositionellen Parteigruppen*).

Auch in der Parteipresse wurden wieder die grollenden, unverföhnlichen Stimmen der Tiefe vernehmbar. Am 27. September unternahm der „Vorwärts“ den ersten Vorstoß. Er bezeichnete Deutschland als das Land des Sozialistengesetzes, das die Gleichberechtigung der Bürger nur auf dem Papier der preußischen Verfassungsurkunde kenne, das ein schikanöses Polizeiregiment führe. So erkläre es sich, daß man Deutschland im Auslande für eine Macht des Imperialismus, Militarismus und der politischen Unterdrückung halte. Aber das Ausland dürfe überzeugt sein, daß die deutschen Arbeiter ihr Vaterland zwar verteidigten, daß sie jedoch nie vergessen würden, daß ihre Interessen die gleichen seien, wie die der Proletarier der anderen Länder, die ebenso wie sie selbst gegen ihren Willen in den Krieg gezwungen seien**).

*) Besonders radikal waren Berlin-Niederbarnim, der Wahlkreis Liebknechts, und Neufölln.

***) Auf Grund dieses und ähnlicher Artikel wurde der „Vorwärts“ Ende September und Anfang Oktober zweimal kurz hintereinander von der Zensurbehörde verboten. Das zweite Verbot wurde nur gegen das Versprechen aufgehoben, daß das Blatt sich künftig jeder Anreizung zum Klassenhaß enthalten würde.

Der „Vorwärts“ behielt seine oppositionelle Haltung in den nächsten Jahren bei. Bekannt ist die Äußerung des Redakteurs Abgeordneten Ströbel vom 25. 2. 15: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“

In ähnlichem Sinne äußerten sich die „Leipziger Volkszeitung“, die „Bremer Bürgerzeitung“ und die „Schwäbische Volkswacht“. Die kriegsfeindliche Haltung der „Schwäbischen Volkswacht“ führte zum ersten offenen Zusammenstoß innerhalb der Sozialdemokratie. Die württembergische Landesfraktion entfernte am 4. November die radikalen Redakteure, unter ihnen Crispian, und setzte an ihre Stelle Männer, die dem rechten Parteiflügel angehörten. In dem hierüber entstehenden Streit bildete sich eine geschlossene oppositionelle Parteigruppe unter der Leitung von Westmeyer, Crispian und Clara Zetkin, die in den Ortsvereinen eine nicht unerhebliche Anhängerschaft fanden.

Zur gleichen Zeit setzte der Propagandafeldzug des extremen linken Parteiflügels unter der Führung von Liebknecht, Mehring, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin ein. Schon Ende August hatte Liebknecht, der von allen oppositionellen Führern der mutigste war, sich bemüht, Demonstrationen unter der Parole „Gegen Annexionen und für den Frieden“ herbeizuführen. Er war aber bei den Parteiführern auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Bis zu den Massen war sein Aufruf gar nicht gedrungen. Weitere Versuche in dieser Richtung schienen daher vorderhand aussichtslos. Der Belagerungszustand machte ohnehin eine offene staats- und kriegsfeindliche Meinungsäußerung in Versammlungen und in der Presse unmöglich. Man entschloß sich daher zur Anwendung ungewöhnlicher, teilweise illegaler Mittel. Zwei Möglichkeiten standen zunächst zu Gebote, der Weg über die neutrale und die feindliche Presse und die „unterirdische Literatur“ im eigenen Lande*).

Bereits am 10. September veröffentlichten Liebknecht, Mehring, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin in der neutralen Presse eine allerdings noch vorsichtig gehaltene Kundgebung gegen die offizielle Politik der Partei: „Die Genossen Dr. Südekum und Richard Fischer haben in der Parteipresse des neutralen Auslandes (Schweden, Italien, Schweiz) den Versuch unternommen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Kriege im

*) Auch Anhänger der Kautskyschen Richtung verschmähten diesen Weg nicht. Im November erschienen in dem dänischen Sozialistenblatt „Socialdemokraten“ einige anonyme Korrespondenzen, in denen die Stimmung der deutschen Arbeiterchaft als sehr kriegsmüde bezeichnet wurde. Sie wurden von der deutschfeindlichen Presse mit begreiflichem Interesse übernommen. Die Artikel wurden Rudolf Breitscheid zugeschrieben.

Siehe hierüber „Internationale Korrespondenz“, 1914.

Lichte ihrer Auffassung darzustellen. Wir sehen uns daher gezwungen, an der gleichen Stelle zu erklären, daß wir, und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten, den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Lage von einem Standpunkt betrachten, der demjenigen der Genossen Fischer und Südekum durchaus nicht entspricht. Der Belagerungszustand macht es uns vorläufig unmöglich, unsere Auffassung öffentlich zu vertreten.“

Weit schärfer gehalten waren die unter vollem Namen in der Neujahrsnummer des „Labour Leader“, des Blattes der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei veröffentlichten Zuschriften Liebknechts, Mehrings, der Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. In ihnen wurde in kaum noch zu überbietender Schroffheit die Politik der sozialdemokratischen Mehrheit geißelt. Mehring schrieb, die deutschen Führer seien kopflos geworden. Aber die Massen würden sich bald wieder sammeln unter dem Losungswort: „Mit den Führern, wenn diese wollen; ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben; trotz der Führer, wenn sie Widerstand leisten...“ Rosa Luxemburg klagte in ihrer zornigen, leidenschaftlichen Sprache, die Internationale sei schmachlich zusammengebrochen, am schmachlichsten die deutsche Partei. „Die fürchterlichen Millionenschlächtereien unter den Arbeiterklassen, von denen wir Zeugen sind, diese imperialistischen Mörderorgien, die unter den betrügerischen Bezeichnungen ‚Vaterlandsverteidigung‘, ‚Kulturfrage‘, ‚Freiheitskrieg‘ geführt werden, bringen in Wirklichkeit Verzweiflung über Stadt und Land, Kulturvernichtung und Freiheitszerstörung aller Länder...“

Liebknecht schrieb: „Jede sozialistische Partei hat ihren Feind, den gemeinsamen Feind der Internationale, im eigenen Lande. Dort ist zu kämpfen, und die Befreiung jeder Nation muß ihr eigenes Werk sein...“

Soweit mit diesen Auslandsartikeln der Zweck verfolgt wurde, die zerrissenen internationalen Fäden wieder anzuknüpfen, waren wirkliche Erfolge vorläufig kaum festzustellen. Das einzige, was erreicht wurde, war das Frohlocken der feindlichen nationalen Presse über „die beginnende Einsicht“ der deutschen Arbeiterschaft, über die ersten Anzeichen der Zersetzung im deutschen Volke.

Auch für die Stärkung der Opposition und die Revolutionierung des eigenen Landes blieb diese Kampfmethod ohne Belang.

Infolge der Zensurmaßnahmen kam nur ein schwacher Widerhall aus dem Auslande zurück. Weit wirksamer erwies sich der „unterirdische“ Propagandafeldzug durch anonyme Flugblätter, Broschüren und Handzettel. Aus kleinen Anfängen blühte diese Art von „Literatur“ zu gewaltigem Umfange empor. Sie gibt ein getreues Spiegelbild all der Kräfte, die am Werke waren, den Kriegswillen zu brechen. Ihre Spannung reichte vom bürgerlichen Pazifismus bis hinüber zum äußersten linken Flügel des Marxismus und zum Syndikalismus*).

Eine Ergänzung fand die „unterirdische Literatur“ in der „Mundpropaganda“, die in Erwin Barth, Richard Müller und dem Russen Jogisches ihre Hauptvertreter und Organisatoren hatte**). Sie predigten insbesondere den Kampf gegen den Burgfrieden und suchten den revolutionären Klassenkampf und Wirtschaftskrieg wieder anzufachen. Ihre unermüdliche Wühl- und Heharbeit fiel vor allem in Berlin unter den Metallarbeitern auf fruchtbaren Boden.

Mit dieser trüben Flut aus heimischer Quelle mischte sich die Propaganda, die von den im neutralen Auslande eingerichteten feindlichen Propagandastellen und von den noch arbeitenden Büros der einstigen Internationale ihren Ausgang nahm. Der Herd für diese ausländische Propagandaliteratur lag in der Schweiz, in der nicht nur die feindlichen Propagandastellen, sondern auch alle die heimatlosen revolutionären Elemente eine Zuflucht fanden, welche noch an die kommende Weltrevolution glaubten und für sie arbeiteten. Hier lebten vor allem auch die vertriebenen Russen, unter ihnen Lenin und Trotzki. Die Broschüre Trotzki's „Der Krieg und die Internationale“ wurde schon im Dezember 1914 über die Grenzen nach Deutschland eingeführt und gewann programmatische Bedeutung für die linksradikale Gruppe. In ihr gab Trotzki die furchtbare Niederlage der Internationale und des Sozialismus offen zu. „Aber“, tröstete er seine Anhänger, „das Proletariat, das durch die Schule des Krieges gegangen ist, wird beim ersten ernststen Hindernis innerhalb des eigenen Landes das Bedürfnis empfinden, die Sprache der Gewalt zu gebrauchen... Wir bewahren in der

*) Ein kurzer Überblick findet sich in der Broschüre „Die unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland“ von Ernst Drahn und Susanne Leonhardt.

***) Siehe Erwin Barth „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“.

höllischen Musik des Todes unsere klaren Gedanken, unseren ungetrübten Blick und fühlen uns als die einzige schöpferische Kraft der Zukunft. Es sind unserer jetzt schon viele, mehr als es scheinen mag. Morgen werden wir weit mehr sein. Übermorgen werden sich unter unserem Banner Millionen erheben, die auch jetzt, 67 Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, nichts als ihre Ketten zu verlieren haben.“

*

Die parteipolitische Entwicklung.

Während sich dieser Bandenkrieg irregulärer Kräfte im Rücken der deutschen nationalen Einheitsfront ausdehnte, eröffneten auch in der Arena des Parlaments die Berufsfechter des Sozialismus den Kampf.

Bis zum Sommer 1915 ging der Streit vor allem um die Frage der Bewilligung der Kriegskredite weiter, die zugleich die Stellung zur Vaterlandsverteidigung und letzten Endes zum Staate in sich barg.

Im Preussischen Abgeordnetenhaus stimmten die Sozialdemokraten den Kriegsforderungen am 22. Oktober 1914 zwar zu, knüpften aber unter dem Druck des linken Fraktionsflügels daran die Erwartung, daß die Regierung sich in kürzester Zeit zur Durchführung innerer Reformen, vor allem zur Einführung des gleichen Wahlrechts, entschließen werde.

Ähnlich war der Verlauf der Verhandlungen im Reichstage anlässlich der zweiten Kriegskreditvorlage. Die Bewilligung der Kredite wurde auch hier am 29. November 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion nach stürmischen Auseinandersetzungen gegen 17 oppositionelle Stimmen beschlossen. In der Reichstags-sitzung gab die Partei am 2. Dezember eine Erklärung ab, die darin gipfelte, daß sie an dem Standpunkt des 4. August festhalte, da sich an den äußeren Verhältnissen des Reiches seither nichts Wesentliches geändert habe. Aber unter dem Einfluß der Opposition wurde ein Passus angefügt, in dem der Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen, insbesondere mit dem Belagerungszustand, in scharfer Form Ausdruck gegeben wurde. „Die Ausdehnung, in der die Verfügung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrecht-

erhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt und geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu erwecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen. Wir fordern schleunigste Abhilfe, gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reiches.“

Diesem dumpfen unterirdischen Grollen ließ der jüngere Liebknecht in der gleichen Sitzung einen hellen Fanfarenstoß folgen. Er hatte das Verlangen gestellt, daß die Opposition ihrer abweichenden Meinung im Reichstage öffentlichen Ausdruck geben dürfe. Obgleich diese Forderung mit übergroßer Mehrheit abgelehnt wurde, stimmte Liebknecht dann doch unter offenem Bruch der Parteidisziplin als einziger Abgeordneter gegen die Kredite. Er gab dazu eine schriftliche Erklärung ab, die zwar nicht in das Sitzungsstenogramm aufgenommen wurde, aber von der Schweiz aus durch Vermittlung der in deutschfeindlichem Sinne wirkenden „Berner Tagwacht“ in zahlreichen Exemplaren über die Grenze gebracht und verbreitet wurde*).

Die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich am 2. Februar 1915 mit dem Verhalten Liebknechts. Legien, der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, stellte den Antrag, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Fraktion begnügte sich mit einer scharfen Rüge.

Wenige Tage später wurde Liebknecht als Armierungssoldat eingezogen. Die Ausübung seines Amtes als Reichstags- und Landtagsabgeordneter blieb ihm aber unbenommen. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde Rosa Luxemburg verhaftet, um eine schon im Februar 1914 wegen eines politischen Vergehens verhängte Gefängnisstrafe zu verbüßen. Sie benutzte die unfreiwillige Muße zur Abfassung der berühmt gewordenen Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Juniusbroschüre), wohl unstrittig des bedeutendsten literarischen Produktes der Opposition während des ganzen Krieges. Sie wurde richtunggebend für die Liebknechtsche „Internationale“ (Spartakusgruppe). Es gelang der eisernen Energie der Verfasserin, das Manuskript unbemerkt zu vollenden und auf heimlichem Wege aus dem Gefängnis herauszubringen**).

*) Sie wird häufig als erster Spartakusbrief bezeichnet und ist auch an erster Stelle in der von der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegebenen Sammlung der Spartakusbriefe aufgeführt.

**) S. 82.

Hatten schon die Vorgänge im Reichstage anlässlich der zweiten Kreditvorlage das stärkste Aufsehen bei den Parteien hervorgerufen, so steigerte die Erregung sich noch, als im März 1915 die dritte Kriegskreditvorlage zur Abstimmung gelangte. Sie war von der Regierung dieses Mal in den Gesamtetat hineingearbeitet, ein Verfahren, das nicht geeignet war, der Sozialdemokratie die Zustimmung zu erleichtern. Denn die Ablehnung des Etats gehörte seit der Begründung der sozialdemokratischen Partei zu den durch zahlreiche Parteitagebeschlüsse geheiligten Grundsätzen. Aber die neue Einstellung der sozialdemokratischen Mehrheit trug schließlich doch den Sieg über die Parteigrundsätze davon. Die Bewilligung der Kriegskredite wurde innerhalb der Fraktion mit 77 gegen 25 Stimmen, die Bewilligung des Gesamtbudgets mit 69 gegen 35 Stimmen beschlossen.

Immerhin, das Anwachsen der oppositionellen Stimmen konnte nicht leicht genommen werden. Noch bedenklicher aber war die Form, in der dann die Beratung und Abstimmung im Plenum des Reichstages vom 10. bis 20. März vor sich gingen.

Dieses Mal standen nicht die Männer des radikalen Flügels im Vordergrund der Handlung, wie im November 1914, sondern die Anhänger der Kautskyschen Richtung. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase hatte es durchgesetzt, daß er im Auftrage der Fraktion die Rede zum Etat halten durfte. Ihr Text war zwar stark „redigiert“ worden, er enthielt aber noch genug Schärfe und trug einen feindseligen, kriegerischen Ton in das bisher friedfertige Verhältnis der Partei zur Regierung. Zum ersten Male seit Kriegsausbruch ließ die Fraktion von der Tribüne des Reichstages herab herbe Kritik an den Maßnahmen der Regierung ausüben. Haase forderte mit großer Entschiedenheit, daß das arbeitende Volk in ganz anderer Weise als bisher, nicht nur zu den Opfern, sondern auch zu den Entscheidungen über Krieg und Frieden hinzugezogen würde. Mit einer deutlichen Wendung gegen den Annexionsgedanken fügte er hinzu, die Sozialdemokratie als Vertreterin des internationalen Sozialismus verlange, daß ein dauerhafter Friede geschaffen werde, der nicht den Keim zu neuen Kämpfen in sich trage. Die Mahnung der Regierung und der Rechtsparteien, den Burgfrieden nicht zu stören, tat er mit dem Bemerkten ab, daß der Hinweis auf den Burgfrieden zu einem Unfug ausarte.

Dem rechten Parteiflügel stiegen nachträglich doch Bedenken über diesen scharfen Vorstoß auf. Scheidemann, der am 18. März zur innenpolitischen Lage zu sprechen hatte, bemühte sich, die Wirkung der Haaseschen Rede abzuschwächen. Zwar bemängelte auch er, daß die Regierung die am 4. August verheißene Neuorientierung der inneren Politik anscheinend bis zum Kriegsende hinauschieben wolle, aber er gab zugleich die beruhigende Versicherung ab, daß seine Partei es hierüber nicht zum Konflikt kommen lassen werde, vielmehr entschlossen sei, gemeinsam mit den anderen Parteien „durchzuhalten“.

Diesen Schachzug der Mehrheit beantwortete die Opposition in der Sitzung vom 20. März, in der die Abstimmung über die Kredite erfolgte, mit einem unerwarteten Gegenzug. Unter stürmischen Kundgebungen des Unwillens fast des ganzen Hauses übte Ledebour, ohne von der Fraktion dazu beauftragt zu sein, an der inneren Politik der Regierung eine maßlos scharfe Kritik. Er scheute sich nicht, die Behauptung aufzustellen, die französisch sprechenden Elsaß-Lothringer sehnten sich infolge der schlechten deutschen Behandlung geradezu nach der französischen Herrschaft zurück. Auch bei den innerhalb des Reiches wohnenden Dänen und Polen habe man sich verhaßt gemacht. Die Androhung Hindenburgs, daß man für jedes auf deutschem Boden von den Russen niedergebrannte Dorf als Vergeltung drei russische Dörfer verbrennen werde, bezeichnete er als barbarisch.

In dem Bestreben, den Konflikt innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht auf die Spitze zu treiben, begnügte sich die Mehrheit dieser offenen Herausforderung gegenüber mit der Erklärung, daß sie die Verantwortung für die Ausführungen Ledebours ablehne.

Vor der Abstimmung verließen 30 Mitglieder der Opposition den Saal. Liebknecht und Kühle stimmten gegen den Etat.

Damit war zunächst der Höhepunkt in dem Streit über die Bewilligung der Kredite erreicht. Die Abstimmung über die vierte Vorlage am 20. August zeigte keine wesentlich neuen Züge. Bei der fünften, am 29. Dezember 1915, trat noch eine Verschärfung insofern ein, als sich von den nunmehr 43 oppositionellen Parteimitgliedern 20 entschlossen, dem Beispiel Liebknechts zu folgen und offen gegen die Kredite zu stimmen. In der nächstfolgenden Be-

ratung über den Notetat, am 24. März 1916, erfolgte dann der öffentliche Bruch innerhalb der Fraktion.

Seit dem Frühjahr 1915 war an Stelle der Kreditbewilligung allmählich die Annexions- und Kriegszielfrage in den Vordergrund des inneren Kampfes gerückt. Ursprünglich hatte sie innerhalb der Bannmeile des Burgfriedens gestanden, da leicht vorauszusehen war, wie sehr sich die vorhandenen Gegensätze an ihr verschärfen würden. Aber der politisch so schlechtdisziplinierte deutsche Geist ertrug den burgfriedlichen Zustand gerade auf diesem Gebiet nicht lange, auf dem sich so glänzende Möglichkeiten für eine parteipolitische Betätigung boten.

Indessen hätte die Kriegszielfrage allein trotz aller grundsätzlichen Bedeutung ihre große propagandistische Wirkung auf die Massen nicht gewinnen können, wenn sie nicht auf das engste mit der Friedenspropaganda verknüpft worden wäre. Solange der patriotische Schwung der ersten Kriegszeit und der feste Glaube an den Sieg noch anhielt, solange lehnte die weit überwiegende Masse des Volkes, einschließlich großer Teile der Arbeiterschaft, Gebietserwerbungen und die Erstattung der Kriegskosten als Entschädigung für alle Opfer, die man gebracht hatte, keineswegs ab. Später, als der Ausgang des Krieges zweifelhaft wurde, als die Not, der Hunger und die Entbehrungen wuchsen und die Sehnsucht nach Frieden jeden anderen Gedanken zu überwuchern begann, verlor sich im gleichen Schrittmaß in weiten Schichten das Interesse für Erwerbungen und Entschädigungen. Hier setzte die Tätigkeit zunächst der radikalen sozialistischen Führer ein. Schon um die Jahreswende 1914/15 erkannten sie in der Propaganda für den Frieden das vorzüglichste Kampfmittel gegen den nationalen Gedanken. Es gewann noch an Kraft durch die Behauptung, eine förmliche Verzichtserklärung der deutschen Regierung würde genügen, um den Krieg zu beenden. Für eine solche Verzichtserklärung war der Reichskanzler aber nicht zu haben. Sie schien ihm nicht angebracht, solange der Feind offenkundig und unverhüllt seine Annexionspläne auf Elfaß-Lothringen verkündete. Auch fürchtete er, daß die Festlegung in einer bestimmten Richtung die mühsam behauptete innere Einigkeit und den Burgfrieden gründlich zerstören werde. Er mißbilligte ebenso sehr die „Übertreibungen gewisser Phantasten und theoretischer Konquistadoren“ auf der nationalen Seite, wie die scharf ablehnende Haltung der Sozial-

demokratie, die sich bei ihrer Propaganda gegen deutsche Gebiets-erwerbungen und gegen die Eingliederung anderer Volks- und Staatsbestandteile in erster Linie von dem Gedanken der Wiederbelebung der zerstörten Internationale leiten lasse. Von rechts und links bedrängt, versuchte er, einen Kurs der Mitte einzuhalten. Er erklärte am 28. Mai anlässlich der ersten großen Friedensdebatte im Reichstage, daß „alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten geschaffen werden müßten, damit keiner der Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffen-gang wagen werde“. Gleichzeitig versicherte er in vertraulicher Besprechung Scheidemann und Haase, daß er die Ziele, die die Alldeutschen verfolgten, für Unsinn halte. Er denke nicht daran, sie zu verwirklichen, wolle sich vielmehr mit Abmachungen wirtschaftlicher und militärischer Art Belgien gegenüber und mit Grenzregulierungen in Elfaß-Lothringen begnügen*).

Diese Haltung erwarb ihm weder bei den Rechtsparteien noch bei den Sozialdemokraten Vertrauen. Beide Seiten ließen seit dem Sommer 1915 die Rücksicht auf den Burgfrieden fallen und sagten sich von der Führung der Regierung in der Friedens- und Annexionsfrage los.

Die Mehrheitssozialisten versuchten, mit der Minderheit zu einer Einigung über die der Regierung gegenüber einzuschlagende Taktik zu gelangen. Es zeigte sich aber, daß die Gegensätze auch hier nicht mehr zu überbrücken waren. Es bestand bei der Mehrheit keineswegs eine ausgesprochene Kampf Stimmung gegen den Reichskanzler. Man hielt ihn letzten Endes nicht für einen Annexionspolitiker im Sinne der Rechtsparteien, glaubte vielmehr, er werde sich im geeigneten Augenblick zu einem Frieden nach der Scheidemannschen Formel bereit finden lassen. Für die Minderheit war aber nicht dies das Entscheidende. Ihr Hauptziel war die Schwächung der Regierung. Von diesem Gesichtspunkte aus beurteilte sie in erster Linie die Propaganda für den Frieden und gegen Annexionen. Sie scheute sich daher nicht, der deutschen Regierung in der schroffsten Form Mangel an gutem Willen zur Last zu legen und die Behauptung aufzustellen, daß die Anknüpfung von Friedensverhandlungen hauptsächlich an ihren annexionistischen Absichten scheitere. Den Mitgliedern der Mehrheit aber warf

*) Siehe Scheidemann „Der Zusammenbruch“.

Volkmann. Der Marxismus und das deutsche Heer.

sie vor, daß sie nur einen Scheinkampf gegen die Regierung führten, in Wahrheit aber sie unterstützten und selbst „heimliche Anhänger“ des Annexionismus seien.

Es gelang aber doch noch einmal, wenigstens äußerlich eine Einheitsfront der gesamten Partei in der Friedens- und Kriegszielfrage herzustellen. Am 16. August 1915 wurde ihre Stellung programmatisch dahin festgelegt, daß die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches, Elsaß-Lothringen eingeschlossen, und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands die Grundlagen des Friedens bilden müßten. Ferner wurde die Erhaltung des staatlichen Bestandes Österreich-Ungarns und der Türkei gefordert. Auf der andern Seite wurden die auf Annexionen fremder Volksgebiete gerichteten Pläne „kurzsichtiger Eroberungspolitiker“ zurückgewiesen, die Wiederherstellung Belgiens und die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtshofes verlangt.

Dieser Scheinfriede nahm indessen ein schnelles Ende. Schon um die Jahreswende 1915/16 lagen Mehrheit und Minderheit wieder in heftiger Fehde miteinander. Seit dem Frühjahr 1916 gewöhnte sich die Minderheit daran, die Mitglieder der Mehrheit kurzerhand mit den Annexionisten zusammenzuwerfen. In dieses unerträgliche Verhältnis brachte endlich der Zerfall der Partei die notwendige Klärung.

*

Die Haltung der freien Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften wurden von diesen Zerfetzungserscheinungen nur wenig berührt*). Wohl hatten auch sie schwer um ihre äußere Existenz zu ringen. Die Zahl ihrer Mitglieder sank von 2½ Millionen im Juli 1914 auf kaum 1 Million im Dezember 1916. Die Einnahmen verringerten sich dementsprechend, und die Organisation mußte erheblich verkleinert werden. Je länger der Krieg dauerte und je größer die Unzufriedenheit der Massen wurde, um so schwerer wurde es, den am 2. August eingenommenen Standpunkt festzuhalten und unter Verzicht auf das

*) Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Nürnberg 1919.

eigentliche Lebenselement der Gewerkschaften, den wirtschaftlichen Kampf, sich lediglich mit der sozialen Kriegsfürsorge zu beschäftigen.

Auf diesem Gebiet entfalteten sie eine angespannte und auch erfolgreiche Tätigkeit. Ihre erste Sorge galt der Unterstützung der Arbeitslosen, deren Zahl im August 1914 bis auf 22,7 Proz. der männlichen Bevölkerung stieg. Sie bemühten sich, den Staat zur Übernahme der Arbeitslosenunterstützung zu drängen, konnten aber nur erreichen, daß die Bürde der Arbeitslosenunterstützung im wesentlichen den Gemeinden auferlegt wurde. Nach wenigen Monaten war die Krise übrigens überwunden, da durch die ungeheuren Anforderungen, die der Ausbau der Kriegswirtschaft stellte, bald die letzten verfügbaren Arbeitskräfte aufgefressen wurden.

Dafür nahmen andere Sorgen die Gewerkschaften bald um so stärker in Anspruch, insbesondere die Kriegerfamilienunterstützung, die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Lebensmittelnöte. Auch um die Besserung der Lohnverhältnisse blieben sie dauernd bemüht. Teils halfen sie aus eigenen Mitteln, teils dienten sie als Vermittler der Regierung. Es war ihnen hierbei mancher Erfolg beschieden, vor allem bei den Tarifabschlüssen in den Betrieben der Heeresversorgung und bei der Festsetzung von Mindestlöhnen für die Heimarbeit.

Neben ihrer aufbauenden Tätigkeit unterließen die Gewerkschaften aber nicht, Kritik an den Maßnahmen der Regierung zu üben. Als Sammelbecken mannigfacher Klagen wiesen sie die zuständigen Stellen unermüdet auf tatsächliche oder angebliche Schäden auf den Gebieten der Facharbeiterreklamationen, der Rekrutenausbildung, der Urlaubsverweigerung aus politischen Gründen, der alldeutschen Agitation, der Begünstigung der Vaterlandspartei hin. Ein unerschöpfliches Kapitel bildete weiterhin die Heeresbeschäftigung. Klagen über Unterschiede in der Mannschafts- und Offiziersverpflegung, über Mißstände im Kantinenwesen und über Bevorzugung der Offiziere beim Aufkauf von Lebensmitteln und vieles andere dieser Art gaben immer wieder Anlaß zu Vorstellungen. In der Frage der Jugendfürsorge wurde der Geist der parteipolitischen Vorkriegstaktik wieder lebendig. Die Bestrebungen der preussischen Regierung, eine systematische körperliche Erziehung der Jugend zur Wehrhaftmachung durch Bildung von nationalen Jugendwehren in die Wege zu leiten, lehnten sie ab, da hierdurch die patriotische Erziehung

und die Pflege kriegerischer Gesinnung zu sehr in den Vordergrund gestellt werde.

Wichtiger als alles dies wurde ihre Vermittlerrolle zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Hatten sie schon in den ersten Kriegsjahren auf diesem Gebiete eifrige Arbeit geleistet, so steigerte sich die Bedeutung dieser Tätigkeit seit Ende 1916 noch durch das vaterländische Hilfsdienstgesetz ganz außerordentlich. Es kam den Gewerkschaften und der Partei bei der Beratung des Gesetzes, das für die Hilfsdienstpflichtigen gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der Wahl des Berufs und der Arbeitsstelle vorsah, vor allem darauf an, einen Rechtsschutz sicherzustellen. Dies glückte ihnen auch in vollstem Maße durch ein System von obligatorischen Arbeiterausschüssen und von paritätisch mit Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzten Schlichtungsausschüssen*), denen auch die Heeres- und Staatsbetriebe, die Reklamierten und die Landwirtschaft unterstellt wurden.

Diese ganze gesetzlich festgelegte Organisation bedeutete unter den gegebenen Zeitumständen einen vollen Sieg des gewerkschaftlichen Gedankens und wurde als solcher auch erkannt und gefeiert. Die Gewerkschaften hatten endlich wieder ein weites Gebiet für ihre vermittelnde Tätigkeit gefunden. Ihre Stellung war sogar durch den gesetzlichen Rahmen, in dem sie arbeiteten, gegen früher gestärkt. Da das Gesetz kein Streikverbot für die Rüstungsbetriebe enthielt, die Anwendung des schärfsten Kampfmittels also nicht unterband, hatten sie volle Ellbogenfreiheit. Es muß anerkannt werden, daß sie von dieser Macht im großen Ganzen einen gemäßigten Gebrauch gemacht haben.

Auf politische Betätigung haben die Gewerkschaften auf die Dauer nicht ganz verzichtet. Sie blieb aber in bescheidenem Rahmen. Auf innenpolitischem Gebiet kämpften sie eifrig für das durch den Belagerungszustand stark beschnittene Vereins- und Versammlungsrecht und für das Koalitionsrecht, außenpolitisch unterstützten sie die Friedensbestrebungen. Im ganzen aber über-

*) Konnte ein Streitfall nicht durch gütliche Verständigung im Arbeiterausschuß beigelegt werden, so entschied die Schlichtungsstelle. Unterwarf sich der Arbeitgeber dem Schiedsspruch nicht, so erhielt der Arbeiter den Entlassungsschein, der ihn zum Betriebswechsel berechtigte. Unterwarf sich der Arbeitnehmer nicht, so erhielt er keinen Entlassungsschein und durfte bei Austritt aus der Arbeit vor Ablauf von zwei Wochen in keinen andern Betrieb aufgenommen werden.

ließen sie die Politik doch der Partei und begnügten sich damit, ihr starkes moralisches Gewicht einzusetzen, wenn es galt, die Auffassung des 4. August zu stützen.

Es war unausbleiblich, daß auch in den Gewerkschaften radikale Strömungen an Boden gewannen. Sie fanden an Richard Müller, Erwin Barth und Paul Eckart tatkräftige Führer, die ihrer politischen Richtung nach vorwiegend dem linken Flügel der Unabhängigen zuneigten. Für die Entwicklung zur Revolution haben diese Elemente eine große Bedeutung gewonnen.

*

Die Einwirkungen der inneren sozialistischen Auseinandersetzungen auf das Heer.

Im Heere hat die große geistige Auseinandersetzung der Sozialdemokratie in den ersten Kriegsjahren keinen erkennbaren Niederschlag gefunden. Überhaupt hat der Marxismus einen unmittelbaren praktischen Einfluß auf den Zustand des Heeres in dieser Zeit noch nicht ausgeübt. Wohl strömten der Armee Hunderttausende von Sozialdemokraten aller Parteirichtungen zu. Aber sie gerieten in ihrer übergroßen Mehrzahl sofort in den starken Bann des Frontgeistes, der die internationalen und revolutionären Bestandteile der marxistischen Lehre fast völlig aus dem Bewußtsein verdrängte. Ein Rest von überzeugten Anhängern des internationalen Gedankens blieb freilich übrig. Bereits in den Jahren 1914 und 1915 sind von den Mitgliedern der radikalsozialistischen Parteigruppen Versuche gemacht worden, internationale, pazifistische und revolutionäre Propaganda zu treiben. Haase und sein Anhang hielten sich damals übrigens noch zurück. Die Propaganda erfolgte von Mund zu Mund, in geringerem Umfange wurden auch Handzettel und sozialistische Literaturprodukte aufreizenden Inhalts heimlich in den Schützengräben und in den rückwärtigen Quartieren verteilt. Eine nennenswerte Wirkung auf die Masse der Soldaten ist aber nicht feststellbar. Die Spuren verlieren sich in dem riesigen Gewebe des Heeres. Sie sind größtenteils gar nicht zur Kenntnis der leitenden militärischen Stellen gekommen. Zum ersten Male im Frühjahr und Sommer 1916, am Ende der Amtszeit Falkenhayns als Generalstabschef, wurden der Obersten Heeresleitung Vorgänge bekannt, die zu Bedenken Anlaß boten.

Für das Offizierkorps, auch für die leitenden Stellen, schien unter diesen Umständen in den ersten Kriegsjahren ein zwingender Grund, sich mit den fernliegenden Fragen des Marxismus eingehender zu befassen, nicht vorzuliegen. Man war aufmerksam und auf der Hut und beobachtete die Stimmung der Truppe. Damit glaubte man sich aber auch begnügen zu können. Der Gedanke einer aktiven Gegenwirkung gegen die zerstörenden Einflüsse des Marxismus ist erst im Jahre 1917 entstanden. Man vertraute, daß der gesunde Sinn des Volkes in einem Kampfe, in dem es auf Leben und Tod ging, nur an das Nächstliegende, an die Verteidigung des bedrängten Vaterlandes, denken werde. Die furchtbare Tatsache, daß zuerst Hunderte, dann Tausende, schließlich Zehntausende von deutschen Männern hinter der Front und in den Reihen der kämpfenden Truppe rastlos bei Tag und Nacht darüber nachsannen, wie sie die Kraft und den kriegerischen Geist des Heeres brechen, die Disziplin untergraben könnten, ist der großen Masse des Offizierkorps erst in dem Augenblick zum Bewußtsein gekommen, als die Revolution bereits blutrot am Himmel stand. Wohl hörten sie gelegentlich etwas von dem Hader und dem Parteigezänk in der Heimat, von Streiks und sozialistischen Konferenzen, aber das konnte den Soldaten nicht sonderlich kümmern. Es war Sache der Regierung und der militärischen Heimatbehörden, dafür zu sorgen, daß kein ernstlicher Schade aus diesen Dingen entstand. Der Offizier im Felde hatte sich lediglich um die Truppe zu kümmern. Sie war in Ordnung. Das Heer schien gegen den Marxismus gefeit.

Es blieb also, im ganzen betrachtet, vorläufig den in der deutschen Armee ruhenden natürlichen Kräften überlassen, den zu einem sehr großen Teil aus sozialistischen Arbeitern bestehenden Heereskörper immun zu halten gegen das tödlich wirkende Gift des marxistischen Internationalismus, das ihm in zunehmendem Maße zugeführt wurde. Auf künstliche Mittel wurde vorderhand verzichtet.

Ohne Zweifel war dies das gesündeste und am meisten naturgemäße Heilverfahren. Ob es allein auf die Dauer ausreichen würde, mußte die Zukunft lehren.

*

Die Spaltungen in der deutschen Sozialdemokratie.

Ogleich die inneren Voraussetzungen für die Bildung von drei neuen Parteien nach Lage der Dinge durchaus gegeben waren, kam es nur zur Spaltung in Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige. Die radikale Gruppe hat während des Krieges die Kraft zu eigener Parteibildung nicht mehr gefunden. Sie blieb äußerlich an die Unabhängigen angeschlossen. Neben anderen Gründen hat hierbei wohl auch das Fehlen eines organisatorisch und parteipolitisch ausreichend begabten Führers mitgesprochen. Liebknecht war glänzend auf dem Gebiet der Propaganda und der Schürung der Volksleidenschaften, aber er war kein großer Organisator und Parteipolitiker. Auch Rosa Luxemburg eignete sich nicht zum Parteihaupt. Sie war allerdings ein Geist von sehr hohem Range, und ihr ist es wesentlich zu danken, daß der radikale Flügel das klarste und am schärfsten entwickelte Programm aufwies. Aber auf dem Gebiet der Praxis hat sie eine wirklich führende Rolle doch nie erreicht.

Träger der Parteibildung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, oder wie sie vor der offiziellen Parteispaltung hieß, der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, waren Kautsky und Haase. Zwischen beiden waren die Rollen klar verteilt. Kautsky war der geistig Führende, der große Theoretiker. Haase betätigte sich, von Ledebour unterstützt, als praktischer Parteipolitiker und Organisator.

Die Meinungsverschiedenheiten, die die Kautsky-Gruppe von der Rechten trennte, waren im Grunde genommen kaum größer als die Unterschiede zur Linken. Wenn es trotzdem zu einem Zusammengehen der beiden linken Richtungen gegen die rechte kam, so waren dafür fast ausschließlich taktische Gründe maßgebend.

Es wurde übrigens auch von vornherein betont, daß es sich eben nur um eine vorübergehende Bundesgenossenschaft für bestimmte Zeit, längstens für die Dauer des Krieges, handele, daß von einer Vermengung der beiden Gruppen nie und nimmer die

Rede sein könne, und daß es auch zwischen ihnen eines Tages zur endgültigen Abrechnung und Entscheidung kommen müsse. Vorherhand aber lägen die beiderseitigen Hauptinteressen, der Kampf gegen die „verräterische Taktik der nationalsozialen Mehrheit“ so sehr in der gleichen Richtung, daß man über alles sonst Trennende hinwegsehen dürfe. Die nächste und wichtigste Aufgabe sei die Befestigung des gemeinsamen Hauptfeindes zur Rechten.

*

Die Spaltung der Reichstagsfraktion.

Der Zerfall der Partei wurde eingeleitet durch die Spaltung der Reichstagsfraktion. Den Anlaß hierzu gab die Abstimmung über den Notetat am 24. Mai 1916*). Der Führer der Minderheit, Haase, ergriff, ohne die Mehrheit in der vorhergehenden Fraktionsführung von seiner Absicht verständigt zu haben, im Reichstag das Wort, um die schärfsten Angriffe gegen die Regierung zu schleudern. Die Mehrheit bezeichnete ein derartiges Verfahren nicht nur als Disziplin-, sondern zugleich als Treubruch und entzog der Minderheit die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte. Diese schloß sich daraufhin unter der Bezeichnung „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft“ zu einer neuen Fraktion zusammen.

Mit diesen Vorgängen beschäftigten sich die Parteinstanzen, in denen die Anhänger der Mehrheit den herrschenden Einfluß ausübten. Der Parteiauschuß sprach der Fraktionsminderheit seine scharfe Mißbilligung aus und beauftragte den Parteivorstand, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dem weiteren Umsichgreifen der Parteizerrüttung zu steuern. Daraufhin legte der Parteivorstand Haase sein Amt nieder. Auf den Vorsitz in der Reichstagsfraktion hatte er schon im Dezember 1915 verzichtet.

Der Sommer 1916 verging unter diesen Umständen in dumpfer Spannung. Wiederholt kam es zu heftigen Zusammenstößen. Der Parteivorstand bemühte sich, die wachsende Propaganda der Minderheit einzudämmen. Unter anderem sicherte er sich den maßgebenden redaktionellen Einfluß auf den „Vorwärts“, der seit Kriegsbeginn im oppositionellen Fahrwasser segelte. Auch der oppositionellen Provinzpresse suchte man, wo es eben ging, Zügel anzulegen.

*) S. 95/96.

Trotz dieser Hemmungen lagen bei der Minderheit gewichtige Gründe vor, um das Ausscheiden aus der Partei noch möglichst lange hinauszuzögern. Sie glaubte auf die wirtschaftlichen und organisatorischen Vorteile nicht verzichten zu können, die mit der Angehörigkeit zur Partei verbunden waren. Es war selbstverständlich, daß die Mehrheit den Gesamtrahmen der Parteiorganisation im Falle einer Trennung für sich beschlagnahmen würde.

Demgegenüber wuchsen bei der Mehrheit die Fürsprecher einer Scheidung trotz aller Nachteile und Gefahren, die daraus entstehen mußten.

*

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gesamtpartei und die Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen im Winter 1916/17.

Die Parteinstanzen waren lange Zeit unschlüssig, was zu tun sei. Sie versielen schließlich auf den Ausweg, zwar nicht einen Parteitag, wohl aber eine Reichskonferenz der Parteiorganisationen einzuberufen, „um der fortschreitenden Zerrüttung vorzubeugen“ und die alte Parteiorganisation, die im Laufe der Jahrzehnte so viele Stürme überdauert hatte, unverfehrt durch den Orkan des Krieges hindurchzulenkten. Sie war die erste der vier großen Konferenzen um die Mitte der Kriegszeit, auf denen die geistige Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zum Abschluß gebracht wurde und auf denen zugleich die Wege deutlich erkennbar wurden, welche die drei Parteirichtungen bis zum Ende des Krieges zu gehen gedachten. Die Konferenz fand vom 21. bis 23. September 1916 in Berlin statt.

Scheidemann verteidigte die Taktik der Mehrheit während des Krieges. Das Bekenntnis der Mehrheit zur Landesverteidigung begründete er damit, daß keinerlei Kongreß- oder Parteitagsschlüsse existierten, durch die man verpflichtet sei, Kriegskredite unter allen Umständen abzulehnen. Beständen sie, so müsse man sich in der vorliegenden Situation in der Tat fragen, ob man sie halten könne.

In der Verurteilung jeder Annexion sei man mit den anderen Parteirichtungen einig. Wenn die Mehrheit sich trotz alles berechtigten Mißtrauens hinter die Bethmann Hollweg'sche Regierung gestellt habe, so sei das einzig und allein geschehen, weil sie diese Regierung unter den gegebenen Verhältnissen für das relativ geringste Übel halte.

Anschließend wies Ebert darauf hin, daß die Deutsche Sozialdemokratische Partei alles getan habe, um die zerstörte Organisation der Internationale wiederherzustellen. Der Versuch sei lediglich an der ablehnenden Haltung der sozialistischen Parteien des Auslandes gescheitert.

Der Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft wurde von Haase begründet. Er erhob gegen die Mehrheit den Vorwurf, daß sie die proletarischen Interessen gründlich vernachlässigt habe und verlangte, daß man mit der bisherigen Praxis völlig breche. Da es jetzt keinem Zweifel mehr unterliege, daß die Hauptschuld am Kriege bei der deutschen Regierung liege, müsse man ihr durch die Verweigerung der Kredite zeigen, daß man ihre Politik ablehne.

In der Frage des Kriegsziels und Kriegsendes stünde die Arbeitsgemeinschaft auf dem Standpunkt, daß sie weder die Niederlage Deutschlands, noch die Niederwerfung eines anderen Landes wünsche. Sie verlange, daß der Weg der Verständigung beschritten werde. „Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, trotzdem bei den Arbeitern oft genug zu hören ist, man müsse den Krieg zu Ende bringen, ganz gleich, wie der Friede aussehe. Das aber wollen wir: Um keinen Preis die Fortsetzung dieses Krieges.“

Kautsky und Bernstein unterstrichen noch die Schuld, mindestens Mitschuld, Deutschlands am Kriege. Auch für die Verschleppung der Friedensfrage trage die deutsche Regierung in erster Linie die Verantwortung, da sie nicht in klarer Form den Verzicht auf Annexionen und die Bereitwilligkeit zu Schiedsgerichten und Rüstungsbeschränkungen ausspreche.

Ströbel erklärte, es sei für die Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gut, daß die Illusionen der Mehrheit hinsichtlich des deutschen Sieges nicht in Erfüllung gingen.

Zur Gefährdung der Parteieinheit führte Haase aus: „Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht einer Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden... Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgeschwächt wird. Wir wollen die Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms. Wir wollen sie als internationale Sozialisten.“

Käthe Dunker, die Sprecherin der „Gruppe Internationale“ (Spartakus) legte den Standpunkt des radikalen Flügels genau im Sinne der Juniusbroschüre fest. „Wir stellen die Ideologie des

Internationalismus der Ideologie des Nationalismus gegenüber, vor der die Partei am 4. August kapituliert hat. Man lehne die Kriegskredite ab, mache sie nicht abhängig von der jeweiligen Kriegslage... Das Fundament unserer Grundsätze ist der internationale Gedanke und der Gedanke des Klassenkampfes.“

Schließlich wurde im Sinne und mit den Stimmen der Mehrheit eine Resolution angenommen, in der auf der einen Seite das Bekenntnis der Landesverteidigung ausgesprochen wurde, auf der anderen Seite gegen die Ausnutzung des Belagerungszustandes Verwahrung eingelegt und die fortschreitende Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung, insbesondere aber die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen, gefordert wurde.

Daß derartige Debatten und Resolutionen nicht geeignet waren, den inneren Frieden herbeizuführen, vielmehr die Unversöhnlichkeit der Standpunkte nur noch offener darlegten, lag auf der Hand. Die Konferenz mußte daher als völlig mißglückt angesehen werden.

Unter diesen Umständen kam es den oppositionellen Richtungen nunmehr darauf an, festzustellen, ob eine Waffengemeinschaft gegen die Mehrheit angängig sei und wie weit man sich aufeinander verlassen könne. Am 7. Januar 1917 vereinigten sich Vertreter aller oppositionellen Gruppen in Berlin, um über die Möglichkeit einer gemeinsamen Taktik zu beraten. Von den 157 Teilnehmern gehörten 35 dem radikalen Flügel an.

Die Aussichten dieser bedeutsamen Konferenz, die das Vorspiel bildete zu dem wenige Monate später erfolgenden Zusammenschluß der Opposition in der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, schienen zunächst nicht gerade günstig. Die Spartakusanhänger waren voller Sorge, daß sie infolge ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit eine untergeordnete Rolle bei dem Bündnis spielen würden und betonten von vornherein mit großer Schärfe ihre Entschlossenheit, sich jedem Versuch einer Vergewaltigung zu widersetzen. Ihr Sprecher, Ernst Meyer, hob den tiefgehenden Unterschied der Auffassungen vor allem in der Frage der Landesverteidigung hervor: „Wir können unsere Stellung von der Kriegslage nicht abhängig machen, sondern wir verneinen die Pflicht der Landesverteidigung im Zeitalter der imperialistischen Kriege ohne weiteres, weil alle diese Kriege mit Eroberungsabsichten unternommen werden. Ob diese Absichten nun durchgeführt werden können, kann für uns nicht entscheidend sein

dafür, ob wir zustimmen oder nicht. Eine klare Stellung dazu hat die Arbeitsgemeinschaft ja nie eingenommen. Sie hat sich darum immer herumgedrückt.“

Minster, ebenfalls der radikalen Gruppe angehörig, verlangte genaue Aufklärung über die Absichten der Arbeitsgemeinschaft. Welches Programm verfolge sie? Niemand wisse, was sie wolle. Denn sie wolle nichts. Sie sei ein Breizustand und führe nur Scheinangriffe gegen die Mehrheit. Sie werde zufrieden sein, wenn sie an die Stelle von Scheidemann und Ebert Ledebour und Dittmann gesetzt habe.

Haase wehrte sich. Die Arbeitsgemeinschaft habe ein durchaus klares Programm. Es sei das Programm der alten deutschen Sozialdemokratie und der Internationale. Woher nehme überhaupt die Spartakusgruppe das Recht für ihre Vorwürfe? Wo sei denn ihre „Tat“, durch die sie glaube, den Krieg beenden zu können? Er habe noch keinen Anhänger der Spartakusgruppe gefunden, der im Felde diese Tat gewagt habe. Er habe nur ein paar Tolstoianer gefunden, die den militärischen Dienst verweigert hätten, aber keine Spartakisten.

Eisner, der Führer der Unabhängigen in Bayern, spannte die verfängliche Frage noch weiter aus. Die Spartakusanhänger sollten klar sagen, was sie wollten. Beabsichtige man einen Militärstreik, oder wolle man wie bisher den Unterschied bestehen lassen zwischen der Zwangspflicht, die den einzelnen zu den Waffen treibe, und der Politik, die die Partei verfolge?

In der Abstimmung gelangte mit den Stimmen der Arbeitsgemeinschaft das von dieser selbst vorgeschlagene Programm zur Annahme, das im wesentlichen die Rückkehr zur alten grundsätzlichen Politik der sozialdemokratischen Partei forderte, im übrigen den Kampf gegen die Parteimehrheit in den Vordergrund stellte.

Auch das gegen die Stimmen der Spartakusanhänger abgelehnte radikale Programm hatte die Absicht ausgesprochen, in der Partei zu bleiben, „um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen . . . und um die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen antimilitaristischen Klassenkampf zu benutzen“. Weiterhin war verlangt, daß man neben der Regierung auch das Parlament als verantwortlich und mitschuldig an den bestehenden Zuständen bezeichnen solle. Man müsse die Massen nicht nur gegen die Regierung,

sondern auch gegen den Reichstag aufrufen. Auf die bisherige parlamentarische Friedensaktion, die sich darauf beschränke, der Regierung gütlich zuzureden und die bürgerliche Diplomatie anzurufen, sei zu verzichten. Statt dessen müsse der Schwerpunkt der ganzen politischen Tätigkeit in die Selbstbetätigung und die Aktion der Massen gelegt werden.

Trotz des großen Unterschiedes der beiderseitigen Programme und der Unmöglichkeit einer Einigung entschloß man sich, in enger Fühlung miteinander zu bleiben, und, wo irgend möglich, gemeinsam zu handeln. Man einigte sich auch auf ein von Kautsky verfaßtes Manifest, in dem es unter anderem hieß: „. . . Wir halten dafür, daß in allen kriegsführenden Ländern für die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen ist, von ihren Regierungen eindringlich die genaue Mitteilung der Ziele zu fordern, für die sie den Krieg führen; zu fordern, daß diese Ziele derart sind, daß sie für keines der betreffenden Völker eine Demütigung oder eine Schädigung ihrer Existenzbedingungen bedeuten, daß die Sozialisten überall den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die den Krieg über diese Ziele hinaus fortsetzen wollen. . . Wir lehnen jede Gebietsveränderung ab, die nicht die Zustimmung der betreffenden Bevölkerung hat. . .“

*

Die Spaltung der Partei.

Der Plan der Opposition, „in der Partei zu bleiben, um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen“, glückte nicht. Die Mehrheit führte sogleich einen Gegenschlag aus. Am 16. Januar 1917 erklärte der Parteiauschuß, daß die Reichskonferenz der Opposition als Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei anzusehen sei und daß hierdurch eine Trennung bedingt werde. Es sei nunmehr Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehelichen Doppelspiel ein Ende zu machen. In Verfolg dieser Aufforderung wurden die Mitglieder der Opposition allenthalben als „außerhalb der Partei stehend“ erklärt. Wo die Opposition in der Überzahl war, wurden von der Mehrheit neue Organisationen aufgestellt.

*

Der Gründungsparteitag der U. S. P. D. und der Parteitag der Mehrheitssozialisten im Sommer 1917.

Die Opposition mußte schleunigst Gegenmaßnahmen ergreifen, wollte sie nicht in eine unhaltbare Lage geraten. Mit aller Energie förderte sie die Entwicklung oppositioneller Neuorganisationen. Das wichtigste schien aber die Gründung eines neuen Parteikörpers. Seine Grundlagen wurden durch eine für den 6. April 1917 nach Gotha einberufene Konferenz geschaffen.

Auf diesem Gründungstage der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ setzten sich die schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartakisten zunächst fort. Letztere gaben ihrem Mißtrauen gegen die in der Mehrheit befindlichen Unabhängigen erneut unverhohlenen Ausdruck. Sie erklärten, daß sie unter keinen Umständen auf ihr Programm und auf dessen Propagierung verzichten würden.

Haase erwiderte, daß ein endgültiges Programm für die neue Partei erst nach den Erfahrungen des Krieges und nach der Rückkehr der Parteigenossen aus dem Felde aufgestellt werden könne. Vorderhand komme es nur darauf an, sich für den vorliegenden praktischen Fall zu einigen. Sei dies geschehen, so könnten selbständige Aktionen irgendeiner Gruppe allerdings nicht mehr geduldet werden.

Hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik legte Ledebour den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft dahin fest, daß der Kampf zu führen sei sowohl durch Massenaktionen wie auf parlamentarischem Wege. Allerdings müsse man mit den Massenaktionen vorsichtig sein. Sie könnten nicht künstlich erzeugt werden. Sie erwüchsen aus der Not der Zeit, gingen unter Umständen über die Führer hinweg. In den vorbereitenden Zeiten, in denen man gegenwärtig in Deutschland noch lebe, sei die parlamentarische Betätigung eins der wesentlichsten, ja das Hauptmittel des politischen Kampfes. Der Parlamentarismus sei eine Notwendigkeit, obgleich er zur Zeit durch die Schuld der Parlamentarier selbst stark in Mißkredit gekommen sei.

In der Frage der Landesverteidigung und Kreditverweigerung wies Ledebour darauf hin, daß der von der „Gruppe Internationale“ vertretene „Verteidigungs nihilismus“ gar nicht sozialdemokratisch sei. Er entstamme dem Urchristentum und sei neuerdings von Tolstoi gepredigt. Auch für eine revolutionäre Sozialdemokratie

fönne es Momente geben, in denen Kriegskredite bewilligt werden müßten, wenn es sich nämlich um einen wirklichen Verteidigungskrieg handele und die Regierung sich in voller Übereinstimmung mit dem Volke befinde.

Der Spartakusanhänger Hefert entgegnete: Das alte Programm und die Beschlüsse der alten Partei vor dem 4. August 1914 könnten nicht mehr die Grundlage der ferneren Tätigkeit bilden. Das Erfurter Programm sei vor der sozialistischen Zeitepoche entstanden. Inzwischen sei aber vieles geklärt und überholt. Man sei nicht mehr in der historischen Zeit des Werdens, sondern müsse eine Partei des Handelns werden. Man dürfe nicht mehr nur kritisieren, sondern müsse, wie Engels gesagt habe, die Weltgeschichte verändern.

Es gehe nicht an, sich mit Kautsky dabei zu beruhigen, daß man dasselbe Ziel habe, aber die Dinge von zwei verschiedenen Seiten anschau und sehr wohl ein Stück Weges miteinander gehen könne. In den großen Problemen des Imperialismus, der Landesverteidigung, des Parlamentarismus und der Massenaktionen bestünden so verschiedene Auffassungen zwischen Unabhängigen und Spartakusanhängern, daß eine Einigung sehr schwer sein werde. Kautsky sei das typische Beispiel irreführender Interpretationen. Er trage genau soviel Schuld wie Scheidemann. Seine Theorien in der Frage der Landesverteidigung hätten völlig versagt. Seine Auslegung der Marx-Engels'schen Lehre sei falsch.

Zur Frage des Parlamentarismus führte Hefert aus: „Wir wollen nicht, daß die Arbeiterbewegung wie eine Kleinkinderstube angesehen wird, in der unsere Parlamentarier eine Gouvernantenrolle spielen. Wir verlangen vielmehr, daß die Bewegung der Massen drinnen im Parlament weitergetrieben wird. Es muß damit aufgehört werden, daß, wie bisher, revolutionäre Strömungen in Deutschland desorganisiert werden.“

Wiederum waren die unüberbrückbaren grundsätzlichen Gegensätze zwischen den beiden oppositionellen Gruppen klar zum Ausdruck gekommen. Trotzdem überwog schließlich das praktische Interesse an dem gemeinsamen Kampfe gegen die Mehrheit alle Bedenken. Die Anhänger der Spartakusgruppe hofften, es würde ihnen mit der Zeit gelingen, die Unabhängigen zu radikalisieren. Letztere dagegen hielten es für zweckmäßig, den gefährlichen Nachbar in irgendeiner noch so lockeren Bindung zu halten und seine selbständige Entwick-

lung nach Möglichkeit zu hindern. Ein von Kautsky entworfenes Manifest fand die Zustimmung auch der radikalen Minderheit. Neben inneren Reformen wurde vor allem die alte Forderung der Kautsky-Haase-Gruppe nach einem Verständigungsfrieden, nach internationaler Rüstungsbeschränkung und obligatorischem Schiedsgericht erhoben. Hiermit begnügte man sich. Eine stärkere Belastung ertrug das Bündnis zwischen den beiden ungleichen Brüdern nicht. Alles weitere sollte der Behandlung von Fall zu Fall vorbehalten bleiben.

Bei den Radikalen hatte sich inzwischen eine Flügelgruppenbildung vollzogen. Auf dem rechten Flügel stand die „Gruppe Internationale“, die gleichbedeutend mit dem Spartakusbunde war und Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring, Jogisches als Führer hatte. Dem linken Flügel gehörten die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und die „Bremer Linksradikalen“ an mit Radek und Julian Borchardt. Die Spartakusgruppe wollte die ausübende Macht des Proletariats in die Hände einer aus Wahlen hervorgegangenen proletarischen Volksvertretung legen. Die Bremer Linksradikalen glaubten auch darauf verzichten zu können. Der proletarische Wille sollte sich ganz unmittelbar und ohne jeden Umweg aus den Massen heraus durch Massenaktionen Geltung verschaffen.

Versuche, im März und April 1917, aus sämtlichen linksradikalen Gruppen eine politische Partei zu gründen, um sich besser gegen das Übergewicht der Unabhängigen behaupten zu können, schlugen fehl. Die Bremer Richtung weigerte sich, an dem Bündnis mit der U. S. P. D. sich zu beteiligen und blieb selbständig.

Nachdem der längst erwartete und unvermeidlich gewordene Zusammenbruch der alten Parteiorganisation zur Tatsache geworden war, entstand innerhalb der Mehrheitspartei das Bedürfnis nach einer öffentlichen Verteidigung der von ihr im Kriege befolgten Taktik und zugleich nach einer Lösung der trotz aller äußeren Einigkeit auch in ihren Reihen noch vorhandenen Spannungen. Zu diesem Zwecke wurde zum 14.—20. Oktober 1917 nach Würzburg ein mehrheitssozialistischer Parteitag einberufen.

Den Kernpunkt der Verhandlung bildete ein Antrag des Abgeordneten Hoch, der dem linken Flügel der Mehrheitspartei angehörte. Hoch stellte die Forderung auf, daß die Reichstagsfraktion der jetzigen Reichsregierung oder einer anderen zukünftigen Reichs-

leitung keine Forderungen bewilligen solle, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig zu den mehrheitssozialistischen Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekenne, oder deren Handlungen ihren Zusicherungen nicht entsprächen. Man habe am 4. August nach gründlicher Prüfung die Notwendigkeit der Bewilligung der Kredite anerkannt, aber man habe sich keineswegs für die ganze Kriegszeit verpflichtet. Man müsse sich jetzt fragen, ob das Ziel der Sicherung nicht schon erreicht und der Friede möglich sei. Kein Staat habe noch Aussicht, Eroberungen zu machen. Der Krieg sei ganz aufs tote Gleis geraten. Es komme jetzt darauf an, ihn als zwecklos zu Ende zu bringen.

Die Anhänger des rechten Flügels der Mehrheitspartei traten Hoch entgegen. Sie erklärten, es gäbe nur eine klare Stellungnahme für oder gegen das Vaterland. Man dürfe keine Schaukelpolitik treiben unter Berücksichtigung der wechselnden Stimmungen unter den Massen. Es sei jetzt nicht der Augenblick, die Kredite zu verweigern. Das Vaterland sei nach wie vor in höchster Gefahr. Lensch wies nachdrücklich den Gedanken zurück, daß man die alte Friedenstaktik fortsetzen könne. Tatsächlich bestehe zwischen ihr und der jetzigen Kriegspolitik ein unlösbarer Widerspruch. Man habe tatsächlich nicht wahr gemacht, was man früher im Frieden gesagt habe. Man müsse nun auch bewußt die begonnene Neuorientierung zu Ende führen. Scheidemann fügte hinzu, daß man sich den Luxus, in der Opposition zu bleiben, auch nach dem Kriege nicht mehr werde leisten können.

Auf die praktische Politik der maßgebenden Parteiführer blieb dieser Austrag der Meinungen ohne besonderen Einfluß. Der Parteitag billigte die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion während des Krieges vertretene Politik. Er verpflichtete die Fraktion, wie bisher, so auch weiterhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung der Kredite davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten seien. Eine grundsätzliche Bindung für die Zukunft lag hierin nicht. Die Partei hatte nach wie vor Freiheit des Handelns je nach den Umständen.

*

Die Entwicklung des internationalen Gedankens außerhalb des Deutschen Reiches.

Die Arbeiter-Internationale.

Das am 4. August wack gewordene Schiff der Internationale trieb hilflos unbekanntem Gestaden entgegen. An Bord herrschte Zank und Streit. An Stelle der einen blutroten Fahne am Hauptmast des Schiffes flatterten zahlreiche neue Wimpel.

Es entwickelten sich auch hier zwei Hauptströmungen. Die eine entschied sich für das Zusammengehen mit der Nation, die andere hielt an der reinen internationalen Lehre des Marxismus fest.

Für die „Sozialpatrioten“ in den beiden Kriegslagern war die „Arbeiter-Internationale“ eigentlich gegenstandslos geworden. Trotzdem suchten sie den Schein ihrer Weiterexistenz aufrechtzuerhalten.

Das Sozialistische Büro in Brüssel, das bald nach Kriegsausbruch nach Amsterdam verlegt wurde, erklärte, daß es die Geschäfte der alten Internationale weiterführen werde. Vandervelde, der wenige Wochen nach Kriegsausbruch belgischer Kriegsminister wurde, blieb an seiner Spitze. In welchem Geiste er sein internationales Amt verwaltete, dafür legten die feindseligen Kundgebungen gegen Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie und die ganz einseitige, von streng nationalen Gesichtspunkten diktierte Stellungnahme für die Ententeländer bald ein sehr klares Zeugnis ab. Auf einer im Februar 1915 nach London berufenen Konferenz wurde Deutschland von den Ententesozialisten unter Assistentz des Internationalen Büros als die Hauptgefahr für die Freiheit Europas bezeichnet und die Befreiung der von Deutschland und Österreich-Ungarn annektierten Völker als ein Ziel des Krieges hingestellt. Damit war auch von dieser Seite die elsass-lothringische Frage aufgerollt. Den deutschen Minderheitssozialisten, die einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorschlugen und für Elsass-Lothringen wenigstens das Recht der Abstimmung über die Staatszugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich forderten, hielt man

entgegen, daß der französische Anspruch auf Elsass-Lothringen keine Annexion, sondern lediglich eine Wiederherstellung bedeute. Es war klar, daß durch eine so parteiische Stellungnahme jede Aussicht auf Überbrückung der am 4. August entstandenen Kluft versperrt wurde.

Demgegenüber schlossen sich auch die auf nationalem Boden stehenden deutschen und österreichischen Sozialistenführer fest zusammen. Ihre Haltung war sehr viel maßvoller, fand jedoch bei den durch den deutschen Einbruch in leidenschaftliche Erregung versetzten Franzosen und Belgiern keinerlei Verständnis.

*

Die Stockholmer Konferenz.

In der richtigen Erkenntnis, daß ein unmittelbarer Verkehr zwischen den beiden feindlichen Gruppen keinerlei Aussicht auf Verständigung bot, versuchten der Schwede Branting und der Holländer Troelstra von neutraler Seite aus eine Brücke zu schlagen. Branting stand von Anfang an einseitig auf der Seite der Entente, was seiner Vermittlerrolle sehr abträglich wurde. Zunächst scheiterten die Bemühungen überhaupt an der hartnäckigen Weigerung der Ententesozialisten, sich mit den Deutschen an einen Tisch zusammenzusetzen, bevor sich diese von der Regierung ihres Landes getrennt und reumütig bereit erklärt hätten, die Sühne für die deutsche Schuld auf sich zu nehmen. Erst im Frühjahr 1917, unter dem Einfluß der durch die russische Revolution in allen Ländern neu angefachten sozialistischen Bewegung, besserten sich die Aussichten für eine gemeinsame Konferenz, zu der Branting durch Vermittlung des Internationalen Büros Einladungen nach Kopenhagen ergehen ließ. Mit Spannung, vielfach mit großen Hoffnungen erwartet, trat sie in den Sommermonaten zusammen. Sie blieb aber ein Corso, da die Vertreter der Ententeländer nicht erschienen waren. Ihre Regierungen hatten ihnen die Pässe verweigert. Eine unmittelbare Aussprache zwischen den beiden feindlichen Lagern war also nicht möglich.

Man suchte einen Ausweg, indem man einen Fragebogen aufstellte, den man auch den Ententesozialisten mit der Bitte um eine schriftliche Äußerung zusandte. Auf diesem Wege hoffte man doch noch ein Gesamtbild über die Auffassungen der Sozialisten aller

Länder zu gewinnen. Die Fragen beschäftigten sich mit den Bedingungen für einen Frieden des Ausgleichs, mit der Tätigkeit der Internationale und der sozialistischen Parteien bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen und mit den Grundzügen für internationale Vereinbarungen, durch die eine Wiederholung ähnlicher Katastrophen, wie sie der Weltkrieg darstellte, ausgeschlossen werden könne.

Schon bei dem ersten Punkt erwies sich die Unmöglichkeit, den Abgrund zwischen den beiden Parteien zu überbrücken. Die deutsch-österreichische Formel eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen fand bei den Ententesozialisten zwar nicht in der Theorie, wohl aber in der Praxis scharfen Widerspruch. Sie erhoben die Forderung, daß Deutschland als dem alleinschuldigen Teil am Kriege die volle Sühne auferlegt werden solle. Indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Vordergrund schoben, gelangten sie bis zu der Forderung der Auflösung Österreich-Ungarns in seine einzelnen Völkerbestandteile und der Loslösung weiter Grenzgebiete vom Deutschen Reiche. Natürlich war keine Rede davon, den gleichen Maßstab auch auf die Ententeländer anzuwenden.

Zu der Stockholmer Konferenz waren auch die nicht auf nationalem Boden stehenden sozialistischen Minderheiten geladen worden. Ihre Teilnahme trug nur dazu bei, die allgemeine Verwirrung der Anschauungen noch zu vergrößern. Die deutsche Opposition zog in ihrer Antwort auf die gestellten Fragen das ganze Register der bekannten Forderungen aus der Kautskyschen Ideenwelt. Den annexionistischen Ansprüchen der Ententesozialisten, die den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie in schwerstem Maße bedrohten und auch die nationalen Interessen Deutschlands unerträglich belasteten, kamen sie in weitem Maße entgegen. Es hieß in ihrem Manifest: „... Wir verstehen das tiefe Sehnen des polnischen Volkes nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in Russisch-Polen zuzubilligen, dagegen für Preussisch- und Österreichisch-Polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht. Wir lehnen die Fortsetzung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung dieses Rechts ab. In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur Lösung der elsass-lothringischen

Frage... Über wie Engels 1892, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Frankfurter Frieden, so können wir uns heute erst recht nicht der Erkenntnis verschließen, daß die elsass-lothringische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektiert wurde, so lange nicht zur Ruhe kommen wird, bis ihr die Gelegenheit gegeben ist, sich in direkter, unbeeinflusster Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu äußern... Ein schwerer Alp wäre von ganz Europa, nicht zum mindesten von Deutschland selbst gewälzt; das deutsche Volk würde ökonomisch, politisch und moralisch dabei weit mehr gewinnen, als es verlieren könnte, selbst wenn die Entscheidung anders ausfiele, als sie es voraussetzt.“

*

Die Zimmerwalder und die Kientaler Konferenz.

Für die den internationalen marxistischen Lehren treu gebliebenen Minderheitsgruppen war aber nicht die Stockholmer Konferenz das eigentliche Podium, von dem aus sie den Wiederaus zusammenschluß des Weltproletariats zu propagieren suchten. Sie hatten längst andere Wege beschritten. Schon wenige Monate nach Kriegsausbruch suchten sie Fühlung untereinander. Nach einer im Frühjahr 1915 aufgestellten Direktive sollte die Sammlung alle Elemente umfassen, die bereit waren, „gegen die Burgfriedenpolitik aufzutreten und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine gegen den Krieg gerichtete gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzutreten“.

Vom 5. bis 8. September 1915 fand in dem schweizerischen Dorf Zimmerwald die erste Konferenz statt. Sämtliche kriegsführenden Länder waren in ihr vertreten, mit Ausnahme der Engländer, denen die Pässe verweigert waren. Es überwog eine gemäßigte Richtung. Die Radikalen unter der Führung Lenins hielten sich noch im Hintergrunde. Zunächst waren Schwierigkeiten zu überwinden, um die Deutschen und Franzosen an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen. Selbst zwischen diese Männer, die zusammengekommen waren, um gegen die nationalen Kämpfe zu protestieren und der Internationale zum Siege zu verhelfen, stellte sich der maßlos gesteigerte Haß der kriegsführenden Völker. Erst als die deutschen Vertreter, Adolf Hoffmann und Georg Ledebour, sich zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Er-

klärung bequemen, in der die Verletzung der belgischen Neutralität verurteilt und die Wiederherstellung Belgiens verlangt wurde, setzten sich die Franzosen mit ihnen zusammen.

Die Forderungen, die in Zimmerwald aufgestellt wurden, entsprachen im wesentlichen dem Programm der deutschen Haase-Kautsky-Gruppe. Man verlangte neben anderem die Ablehnung der Kriegskredite, schroffe Bekämpfung der „Sozialpatrioten“, Propaganda für die Internationale in den Schützengräben, Förderung der Streikbewegung, Burgkrieg, nicht Burgfrieden, schließlich den Austritt der sozialistischen Minister aus den Ministerien in Frankreich, Belgien und England.

Alle Brücken wollte man aber zu den Sozialpatrioten doch nicht abbrechen. Man betonte mit Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats aller Richtungen und wies jeden Gedanken zurück, als wolle die Konferenz eine Spaltung herbeiführen und eine neue Internationale gründen, wie sie von Rosa Luxemburg in der Juniusbroschüre schon gefordert wurde.

Auf einer zweiten Konferenz in dem Berner Dörfchen Kiental, Ende April 1916, neigte sich aber das Übergewicht den Radikalen zu. Die Russen Lenin, Trotzki, Radek, Sinowjew traten in den Vordergrund. Der revolutionäre Gedanke wurde schärfer betont als bisher. Die völlige Trennung von den Sozialpatrioten und die Gründung einer neuen Internationale als sichtbares Zeichen des Bruches mit der Vergangenheit wurde als unabweisbar bezeichnet. Die in Zimmerwald erhobene Forderung einer gleichzeitigen internationalen Aktion in den kriegsführenden Ländern wurde ersetzt durch das Siebnechtsche Programm des Kampfes, in erster Linie im eigenen Lande und gegen die eigene Regierung.

Dies war die letzte internationale Konferenz der Minderheiten während des Krieges. Von Kiental führt die Linie unmittelbar nach Moskau. Ein Jahr später stieg der Stern der russischen Revolution am internationalen Himmel empor. Lenin und Trotzki übernahmen die Führung der radikalen Elemente des Weltproletariats. Mit gewaltiger Kraft und unerhörtem Wagemut ergriffen sie das Steuer der Internationale und lenkten ihr Schiff in die stürmische See. Der internationale Gedanke errang seinen ersten glänzenden Sieg. Am Mast flatterte das neue Wahrzeichen, der Sowjetstern.

*

Die russische Revolution.

Die russische Revolution in ihrer unabsehbaren weltgeschichtlichen Bedeutung hat schon zur Kriegszeit der Weiterentwicklung des internationalen Gedankens in Westeuropa einen starken Antrieb gegeben. In Moskau ruhten die Kraftquellen, aus denen in den beiden letzten Kriegsjahren — moralisch und materiell — die revolutionären Umsturzbestrebungen in den westlichen Ländern gespeist wurden. Die revolutionären Häupter gerieten in eine immer größere innere Abhängigkeit von der überragenden Persönlichkeit Lenins. Sie haben auch in den äußeren Formen das Vorbild der russischen Revolution ziemlich getreu kopiert. Insofern erleichtert die Kenntnis der russischen Vorgänge das Verständnis auch für die späteren Ereignisse bei den Mittelmächten.

In Rußland hatten die innenpolitischen Verhältnisse schon bald nach Kriegsausbruch eine gefährliche Wendung genommen. Schneller als in den anderen kriegsführenden Ländern trat ein Zustand der Kriegsmüdigkeit und des Nachlassens der Spannkraft des Volkes ein. Die unbefriedigenden militärischen Erfolge, die wachsenden Schwierigkeiten in der Erzeugung des Kriegsmaterials und in der Verteilung der Lebensmittel schufen eine zunehmende moralische Krise. Bei den sozialistischen Parteien schwand bald der letzte Rest von Kriegsbegeisterung. Die Menschewisten und diejenigen Sozialrevolutionäre, die anfangs die Regierung im nationalen Sinne unterstützt hatten, schwenkten im Verlauf der Jahre 1915 und 1916 zu den Kriegsgegnern ab.

Auch bei den demokratischen Mittelparteien trat ein Stimmungsumschwung ein. Zwar erlitt ihr Kriegswille keine Einbuße, aber sie gerieten in die schärfste Opposition gegen die Regierung, die sie verantwortlich machten für alles militärische Unglück und für die wachsende Unordnung im Lande. Es bildete sich der „fortschrittliche Block“, der alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, umfaßte. Er verlangte durchgreifende innere Reformen und sehr ausgedehnte parlamentarische Rechte und sprach die Überzeugung aus, daß nur durch eine gründliche Neuordnung der Dinge der äußere und der innere Zusammenbruch des Reiches vermieden werden könne.

Die Rechtsparteien gebärdeten sich zwar ebenfalls nach außen hin noch als Vertreter des Kriegswillens. Aber unter dem drückenden Zweifel, ob der Krieg sich noch gewinnen lasse, und in der

immer klarer aufdämmernden Erkenntnis der herausziehenden Revolution begannen sie im Jahre 1916 insgeheim auf einen Sonderfrieden mit Deutschland hinzuarbeiten.

Diese drei Kräfte rangen sich gegeneinander ab. Vergeblich versuchte die Regierung, sich zwischen ihnen in ihrer alten autoritären Stellung zu behaupten.

Im Winter 1916/17 spitzten sich die Verhältnisse zu. Bei Beginn des Jahres 1917 glaubten die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen, das Zarentum zu stürzen. Sie forderten den fortschrittlichen Block auf, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Die Arbeiter der Petersburger Fabriken, insbesondere der Putilow-Werke, schickten ihre Abgeordneten zu dem Vorsitzenden der Duma und versprachen ihm ihre bewaffnete Unterstützung bei einem etwaigen Konflikt mit der Regierung.

Noch einmal versuchte Zar Nikolai in letzter Stunde, durch straffe Zügelführung das herannahende Unglück zu beschwören. Der leitende Kopf in der neuen Regierung, Innenminister Protopopow, traf Vorbereitungen, um die erwartete Revolution mit Gewalt niederzuschlagen. Der Gedanke des Friedensschlusses mit Deutschland wurde fieberhaft gefördert. Aber bevor noch all dies recht wirksam werden konnte, entstand aus Verpflegungskrawallen in Petersburg am 8. März 1917 ein Aufstand, der sich im Verlauf weniger Tage zu einer allgemeinen Revolution auswuchs. Die Entscheidung fiel, als am 12. März die Petersburger Ersatzregimenten zu den Revolutionären übergingen.

Die neue „Provisorische Regierung“ wandte sich telegraphisch an die Armeeführer an der Front und verlangte von ihnen Gehorsam. Niemand wagte Widerstand zu leisten. Der Zar begab sich aus seinem Hauptquartier in Mohilew zum Heeresführer der Nordfront, General Ruffki. Dieser lieferte ihn als Gefangenen an die neuen Gewalthaber aus*). Wenige Tage später unterzeichnete Nikolai II. seine Abdankungsurkunde.

Die in Jahrhunderten gefestigte Zwingherrschaft der Zaren war wie ein Schatten versunken. In stumpfer Gleichgültigkeit sah die Masse des Volkes dem kühnen Spiel einer Handvoll Revolutionäre zu. Auch bei der Armee blieb alles still. Brussilow betonte mit der gleichen Beflissenheit wie Ruffki seine Ergebenheit

*) Trotzdem wurde Ruffki 1918 von den Bolschewisten hingerichtet.

für die neue Regierung. Eine Anzahl unsicherer Generale wurde abgesetzt oder verhaftet. Zahlreiche Seeoffiziere wurden ermordet. Überall entstanden Soldatenräte, die vor allem dafür sorgten, daß die Kommandobefugnisse der Offiziere eingeschränkt wurden und daß die militärische Disziplin in der Truppe untergraben wurde. Eine furchtbare Lähmung lag in diesen ersten Wochen über dem Heere. Zum Glück für das neue Rußland wurde die Gunst der Stunde in Deutschland nicht erkannt.

Die russische Märzrevolution war ebenso sehr das Werk der fortschrittlichen Mittelparteien wie der Sozialisten gewesen. Beide teilten sich zunächst auch in die Macht. Die gesetzgeberische Gewalt lag bei dem Dumausschuß, der sich aus Mitgliedern des fortschrittlichen Blocks und aus Sozialisten zusammensetzte. Neben, ja über ihm stand der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats, in dem zum weit überwiegenden Teile die Parteianhänger der Sozialrevolutionäre und Menschewisten vertreten waren. Er nahm das Recht der obersten Kontrolle über alle Regierungsmaßnahmen des Dumausschusses in Anspruch.

Diese Teilung der Regierungsgewalt zwischen Duma und Arbeiter- und Soldatenrat war auf die Dauer nicht haltbar. Es kam bald zu heftigen Konflikten, insbesondere über die Frage, ob man sich den Kriegszielen der Bundesgenossen weiterhin anschließen, oder ob man grundsätzlich Eroberungen und Entschädigungen für Rußland ablehnen und auf dieser Grundlage einen Frieden mit Deutschland suchen solle. Schon im Verlauf des Mai gerieten die Dinge in ein kritisches Stadium.

Inzwischen hatte die Zersetzung der Armee schnelle Fortschritte gemacht. Sehr viele Front- und Etappen Soldaten waren nach Hause geeilt. Die flehentlichen Aufrufe der Regierung, die zur Rückkehr aufforderten, blieben ohne Erfolg. In den Schützengräben nahmen die Verbrüderungen mit den Deutschen überhand.

Das ganze Gefüge des gewaltigen Reiches begann sich zu lockern. Unter den zahllosen Fremdvölkern machten sich allenthalben Loslösungsbestrebungen bemerkbar. Überall erscholl der Ruf nach nationaler Selbstbestimmung. Stämme, deren nationale Sonderart kaum mehr erkennbar war, erklärten, daß sie mit Groß-Rußland nichts mehr zu tun haben wollten.

Die Bolschewisten waren bei dem bisherigen Verlauf der Revolution im Hintergrunde geblieben. Am 16. April waren Lenin und seine Freunde Lunatscharski, Uffelbaum (Sinowjew), Cederbaum (Martow), Sobelsohn (Radek), Finkelstein (Litwinow), Silberstein und andere in Rußland eingetroffen. Die deutsche Regierung hatte sie in plombierten Wagen von der Schweiz durch Deutschland nach der russischen Grenze befördert. Mit ungeheurer Energie begann Lenin, die Kräfte der bolschewistischen Partei zu mobilisieren. Sehr bald gewannen sie in einer großen Anzahl örtlicher Sowjets, unter anderem in Kronstadt, Schlüsselburg, Jarizyn und Samara, die Oberhand.

In der Frage der Weiterführung des Krieges trat bei den an der Regierung befindlichen Sozialrevolutionären und Menschewisten eine Sinnesänderung ein. Hatten sie bisher den Frieden gefordert, so bekannten sie sich nunmehr, an der Spitze der Führer der Sozialrevolutionäre und jetzige Ministerpräsident Kerenski, für die Niederwerfung Deutschlands. Noch einmal setzte sich die schon halb zerstörte Kriegsmaschine in Bewegung. Im Süden überrannte der Angriff die österreichische Front. Aber die Gegenoffensive rasch herangeworfener deutscher Reserven schleuderte ihn zurück.

Die deutsche Regierung und die Oberste Heeresleitung hatten bisher ihre Hoffnungen auf den natürlichen Zerfall der russischen Armee gesetzt. Jetzt endlich wurden sie ungeduldig und beschlossen, den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen. Mit hartem Griff packte das Ostheer bei Riga und Osel an.

Diese Vorgänge brachten das russische Heer um den Rest von Haltung. Das aufgelaufene Strohfeuer der revolutionären kriegerischen Begeisterung erlosch.

Inzwischen hatten Lenin und seine Leute zu einer neuen Revolution geschürt. Er allein hatte die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes in ihrer vollen Bedeutung erkannt. Seiner Parole eines Friedens um jeden Preis strömten die Massen zu. Schon am 17. Juli machte er den ersten Versuch, die Macht an sich zu reißen. Nach kurzem Schwanken vermochte sich die bisherige Koalition der bürgerlichen und rechtssozialistischen Parteien noch einmal zu behaupten. Lenin und seine Freunde mußten nach Finnland fliehen, seine Partei schien zersprengt. Aber die unermessliche Energie dieses Mannes arbeitete rastlos weiter. Ein Zufall kam ihm im Septem-

ber zu Hilfe. Durch die Rätewirtschaft in der Truppe zur Verzweiflung gebracht, versuchten einige Generale eine gegenrevolutionäre Bewegung in Gang zu bringen, indem sie überraschend auf Petersburg marschierten. In ihrer Bedrängnis riefen die Sozialrevolutionäre und Menschewisten die Bolschewisten zu Hilfe. Hauptsächlich deren agitatorischem Eingreifen war es zu danken, daß der gegenrevolutionäre Anschlag mißglückte. Nun aber ließen die Bolschewisten sich nicht mehr abschütteln. Mit rücksichtsloser Offenheit gingen sie auf das Ziel los, die bürgerlich-sozialistische Koalition zu stürzen und die Diktatur des Proletariats an ihre Stelle zu setzen. Sie verfügten bereits über die Gefolgschaft zahlloser örtlicher Sowjets. Petersburg terrorisierten sie durch ihre Arbeiterbataillone. So gerüstet, wiederholte Lenin am 6. November den im Juli mißglückten Versuch. Nach 24 Stunden war Petersburg in seiner Hand. Wenige Tage später flatterte der Sowjetstern auf der alten Zarenburg, dem Kreml in Moskau.

*

Die Meutereien im französischen Heere im Sommer 1917.

Der mächtige suggestive Einfluß und die revolutionäre Kraft, die von Moskau ausströmten, erweckten zuerst in Frankreich einen starken Widerhall. Eine kurze Zeitspanne hatte es den Anschein, als ob der revolutionäre Funke von Moskau nach Paris überspringen werde. Im Mai und Juni kam es bei zahlreichen französischen Truppenverbänden zu schweren Meutereien, die das Land nahe an den Rand des Abgrundes brachten.

Schon seit Beginn des Jahres 1917 beobachtete man in den leitenden Stellen der französischen Armee mit ernster Besorgnis eine rasch zunehmende Verschlechterung in der Stimmung der Truppe. Man schob die Schuld auf die pazifistischen und die radikalen sozialistischen und syndikalistischen Kreise, die eine rührige Propaganda an der Front entfalteten. Mit besonderem Erfolg wurden die Urlauber auf den Bahnhöfen und in den Zügen bearbeitet. Durch die Kontrolle der Briefpost und sonstige Überwachungsmaßnahmen war die französische Heeresleitung über dieses Treiben ziemlich genau unterrichtet und unterließ es nicht, die Regierung wiederholt auf die Gefahr hinzuweisen. Am

28. Februar 1917 erstattete der französische Oberbefehlshaber Nivelle einen eingehenden Bericht und verlangte sofortige Abhilfe. Von seiten der Regierung geschah aber nichts von Belang.

Diese Unterlassung rächte sich. Ende Mai, nach dem Zusammenbruch der großen französischen Offensive an der Aisne, kam es plötzlich zu schweren Unruhen in der Armee. Das russische Beispiel gab hierzu offensichtlich den Anstoß. Mehrere in Ruhe hinter die Front zurückgezogene Armeekorps weigerten sich, wieder in die Schützengräben zurückzugehen. Sie hielten Züge und Kraftwagenkolonnen an und äußerten die Absicht, nach Paris zu marschieren und die Revolution auszurufen. Bei zahlreichen Truppenteilen bildeten sich nach russischem Muster Soldatenräte. Man verlangte, daß der Krieg sofort beendet werde. Es hätte keinen Sinn mehr, sich von unfähigen Generalen abschlagen zu lassen, während die Arbeiter in der Heimat 15 bis 20 Franken täglich verdienten.

Die Meuterei dehnte sich auf dem Wege über die Rekrutendepots rasch auf die Kampffront aus. Es kam zu üblen Vorgängen: Die Meuterer verschanzten sich in ihren Unterkunftsorten, pflanzten rote Fahnen auf und richteten revolutionäre Forderungen an die Offiziere. Sie setzten eine Art revolutionärer Verwaltung ein, beschlagnahmten, was ihnen gutdünkte, oder gaben Gutscheine aus.

Nicht weniger als 16 Armeekorps wurden von der Bewegung ergriffen. Der damalige französische Kriegsminister Painlevé hat später versichert*), es habe einen Tag gegeben, wo zwischen Soissons und Paris nur zwei Divisionen waren, auf die man sich völlig verlassen konnte. „Hätten die Deutschen in diesem Augenblick einen großen Angriff gemacht, so hätte die Lage kritisch werden können.“

Der neue Oberbefehlshaber der französischen Armee Pétain, der Nivelle am 15. Mai abgelöst hatte, warf sich der Meuterei mit ebensoviel Geschick wie Tatkraft entgegen. Er genoß in besonderem Maße das Vertrauen der Truppe. Sein persönliches Auftreten wirkte überall beruhigend. Er fuhr zu den meuternden Divisionen, versprach Abhilfe gegen tatsächliche Mißstände und veranlaßte die Offiziere, sich mehr als bisher um das Wohl der Truppe

*) Painlevé, Comment j'ai nommé Foch et Pétain. Paris 1924. Siehe auch Kuhl: „Der Weltkrieg im Urteil unserer Feinde“.

zu kümmern. Er ging aber auch mit großer Schärfe und Rücksichtslosigkeit gegen die Rädelsführer des Aufruhrs vor*). Ende Juni ebte die Bewegung allmählich ab.

Der moralische Zustand der Armee hatte schwer gelitten. Nur langsam erholte sie sich. Vergeblich drängte England auf die Fortsetzung der im April begonnenen Offensive. Am 7. Juli mußte der französische Kriegsminister in der Kammer zugeben, daß die Armee vorläufig noch unfähig zu größeren militärischen Unternehmungen sei. Erst im Herbst begann sie sich wieder aktiv zu betätigen. Die glücklichen Angriffe bei Laffaug und bei Verdun gaben ihr das Selbstvertrauen zurück. Ende des Jahres 1917 hatte sie annähernd ihre alte Schlagkraft wiedergewonnen.

Vielleicht wäre dieses „traurige Jahr“ für Frankreich verhängnisvoll geworden, wenn es nicht an England einen festen Halt gefunden hätte. Das englische Volk zeigte hier seine starken Eigenschaften. Mit der ganzen Beharrlichkeit seines Charakters verfolgte es seine nationalen Ziele. Eindringlich von seinen Führern auf den Ernst der Lage und auf die Staatsnotwendigkeiten hingewiesen, nahm es fast die ganze Last des Krieges in diesen kritischen Sommermonaten auf seine Schultern. Ohne die Ströme britischen Blutes, die in der Flandernschlacht vergossen wurden, hätte die französische Armee schwerlich ihr moralisches Gleichgewicht zur rechten Zeit wiedergewonnen. Ohne die mannhafte Sprache Lloyd Georges in Paris hätte der Krieg vielleicht eine andere Wendung genommen.

*

Der internationale Gedanke in England**).

Die Leistung Großbritanniens im Jahre 1917 verdient um so mehr Anerkennung, als dieses Land selbst gegen pazifistische Regungen innerhalb seiner Arbeiterschaft und gegen eine starke Streikbewegung anzukämpfen hatte.

*) Nach Painlevé wurden in etwa 150 Fällen Todesstrafen verhängt. Davon wurden 23 vollstreckt, die übrigen Verurteilten wurden zur Verschickung nach Afrika oder Indochina begradigt.

***) Archiv für Politik und Geschichte, 2. Jahrgang, Diekmann: Arbeiterbewegung und Sozialismus in England.

Der geschickten Politik der Regierung war es zu Anfang des Krieges zu danken gewesen, daß die kriegsfeindliche Stellung der sozialistischen Arbeiterkreise bald einer loyalen und patriotischen Haltung Platz gemacht hatte. Vor allem hatte die Regierung es verstanden, die Führer der Gewerkschaften und die Mehrzahl der sozialistischen Parteiführer für ihre Kriegspolitik zu gewinnen. Mehrere Ministerposten wurden durch Arbeiterführer besetzt.

Die scharfe Anspannung, die die erhöhten Anforderungen des Krieges auch von der Arbeiterschaft verlangten, riefen indessen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die an bequeme Arbeitsbedingungen vom Frieden her gewöhnt waren, bald lebhafteste Unruhe hervor. Schon im Frühjahr 1915 wurde eine starke Streikneigung gerade in den Rüstungsbetrieben bemerkbar. Sie wuchs immer mehr an, je straffer die Regierung die kriegsindustrielle Produktion organisierte und je tiefer sie hierbei in die Rechte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingriff. Durch den Munition of war act war am 2. Juli 1915 die Stellung eines Munitionsministers geschaffen und mit sehr ausgedehnten Vollmachten ausgestattet worden. Alle Betriebe, die der Herstellung von Heeresbedürfnissen dienten, wurden der staatlichen Aufsicht unterstellt. Die Durchführung der zur Erzielung von Höchstleistungen für notwendig erachteten Maßnahmen war durch weitgehende Befugnisse gegenüber den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern und durch scharfe Strafbestimmungen sichergestellt*). Diese Bestimmungen, durch die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre in jahrzehntelangen Kämpfen vor dem Kriege erworbenen Rechte gefährdet glaubten, riefen lebhaften Widerspruch hervor. Die Versuche der Regierung, die wachsende Ausdehnung der Streiks durch Streikverbote einzudämmen, erwiesen sich als völlig unwirksam. Die Ausstandsbewegung nahm im Jahre 1917 einen außerordentlichen Umfang an. Insgesamt beteiligten sich allein in diesem Jahre etwa eine Million Arbeiter an den Streiks

*) Unter anderem war der Munitionsminister berechtigt, jede erforderlich scheinende Änderung der Betriebsanlagen und der Arbeitsmethoden zu verlangen. Er konnte Zwangsmaßnahmen zur Stilllegung oder Weiterführung von Betrieben treffen, die Preise regulieren, die Arbeiter von einer Stelle nach der anderen verpflanzen, das Streiken verbieten.

und es gingen der kriegsindustriellen Produktion sechs Millionen Arbeitstage verloren.

Die Gefahren, die hierdurch heraufbeschworen wurden, waren um so ernster, als zu gleicher Zeit die Lage der Entente durch die russische Revolution, durch das Mißlingen der englisch-französischen Frühjahrsoffensive und die anschließende französische Militärmeuterei sowie durch den U-Boot-Krieg ohnehin auf das äußerste gespannt war.

Parallel zu der Streikbewegung lief eine pazifistische Bewegung, die von der Unabhängigen Arbeiterpartei ihren Ausgang nahm*). Im Juni 1917 trat in Leeds ein „Arbeiter- und Soldatenrat“ nach russischem Vorbild zusammen, der alle radikalen Elemente des englischen Proletariats — sowohl die in den Gewerkschaften, als auch die in den politischen Parteien organisierten — umfaßte. Auch MacDonald, der während des ganzen Krieges seinen pazifistischen Standpunkt vertrat, ohne doch der Kriegspolitik der Regierung aktiven Widerstand entgegenzusetzen, gehörte ihm an. Die Ziele dieses Arbeiter- und Soldatenrates waren im übrigen keineswegs revolutionärer Art, hielten sich vielmehr in sehr gemäßigten Grenzen. Er propagierte vor allem einen sofortigen Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“ und verlangte daneben die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Freiheiten der Arbeiter und die politische und bürgerliche Freiheit der Soldaten.

Die Regierung erkannte bald, daß gegen die Streik- und Friedensbewegung mit Gewalt nichts auszurichten war und lenkte daher ein. Ein Teil der Bestimmungen der Munitionskriegsgesetze wurde gemildert. Man bequeme sich zu offiziellen Verhandlungen mit den Streikorganisationen, richtete eine Art von Betriebsräten in den Betrieben ein, die dem Ausgleich der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dienen sollten, und stellte die alten gewerkschaftlichen Rechte größtenteils wieder her.

Durch dieses gerade noch rechtzeitige Vorgehen gelang es zwar nicht, die Streikbewegung ganz zu beseitigen, aber sie wurde doch wenigstens auf ein erträgliches Maß herabgedrückt. Vor allem aber wurde jeder Ansatze zu einer revolutionären Bewegung im

*) Seite 40 und 72.

Keine unterbunden. Es war schließlich nur ein bedeutungsloser Bruchteil der Unabhängigen Arbeiterpartei, die streng marxistische British socialist party, in der sich revolutionäre Tendenzen erhielten. Im ganzen betrachtet, hat der marxistische internationale Gedanke aber während des Krieges keinen Einfluß auf die englische Arbeiterschaft gewonnen. Möchte auch der Kampf des englischen Arbeiters für seine wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Regierung manche schwere Stunde bereiten, es blieb dies doch stets eine innerenglische Angelegenheit, die mit den internationalen Zielen des Marxismus nichts oder doch nur wenig zu tun hatte.

*

Die Abwehr des internationalen Gedankens in Deutschland.

Die Stimmung in Volk und Heer in den ersten Kriegsjahren.

Wollte man die Stimmung in Volk und Heer in den ersten Jahren des Krieges allein beurteilen nach dem Stande des politischen Parteistreits oder auch nach den innerhalb der Regierungskreise vorherrschenden Auffassungen, so würde man leicht zu irrigen Ergebnissen kommen.

Das Interesse für die politischen Probleme, um die sich die Berufspolitiker stritten, war gering. Die praktische Seite des Krieges nahm alle Sinne in Anspruch. Es überwog das Gefühl, daß es sich in diesem Kriege im Grunde genommen um eine einfache Sache handele, daß man von einer Übermacht angegriffen werde und sein Recht verteidige, und daß man gar keine andere Wahl habe, als zu kämpfen und sich seiner Haut zu wehren.

Die Fühlung zwischen Volk und Regierung hatte sich gelockert. Im August 1914 hatte man ihr zugejubelt. Damals war sie in Wahrheit die Repräsentantin des Volkswillens und der allgemeinen Begeisterung gewesen. Seitdem hatte sich eine graue Schicht zunehmender Ernüchterung über das ganze Land gesenkt. Man verkannte nicht die Bemühungen der Verwaltungsstellen, der wachsenden Verlegenheiten im Innern des Landes Herr zu werden. Aber die Flut der Verfügungen, der ungeheure Apparat der Nahrungs- und Rohmaterialienbewirtschaftung, die milde Handhabung der Strafjustiz genügten doch nicht, um das innerliche Verhältnis zwischen Regierung und Volk, das bei Kriegsausbruch bestanden hatte, zu erhalten. Alle diese Dinge rührten ebensowenig an die Seele des Volkes, wie die alltäglichen wohlwollenden Ermahnungen, mit denen die Presse bis zum Überdruß gefüttert wurde. Die internationalen Sinne wertvollen Teile der Bevölkerung bedurften ihrer gar nicht. Sie waren sich ihrer Pflicht ohnehin bewußt und verlangten von der Regierung nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder, aber auch jeder, zur Pflichterfüllung herangezogen werde. Sie

würden es wahrscheinlich besser verstanden haben, wenn weniger durch Papierverfügungen regiert worden wäre und wenn dafür schärfer und rücksichtsloser gegen die Pest des Kriegswuchers, gegen die Drückebergerei und die Nahrungsmittelhinterziehung vorgegangen worden wäre. Aber für große, außergewöhnliche Maßnahmen fehlte dieser Regierung der Sinn. Sie ließ die Dinge in den alten Gleisen weiterlaufen. In der überlieferten Technik der Organisation, in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nach bewährtem System leistete sie viel, zum Teil Großartiges. Die letzten geistigen und seelischen Kräfte aus dem Volke herauszuholen, daran scheiterte sie.

Indessen war der Wille zum Durchhalten bei der Mehrheit des Volkes vorläufig so stark, daß die Beschwerden und Widerwärtigkeiten, denen die Maßnahmen der Regierung nicht zu steuern vermochten, als unvermeidliche Begleiterscheinungen des Krieges gutwillig in Kauf genommen wurden. Freilich konnte es nicht ausbleiben, daß im Laufe der Zeit der Widerstand an vielen Stellen nachzulassen begann. Die Erziehung und Weltanschauung und die äußere materielle Lage waren allzu verschieden. Es entstanden auch bei diesem kriegsbejahenden Teile des Volkes weite Spannungen zwischen denen, die an dem Willen zu einem restlosen Siege und an den weitsehendsten Hoffnungen auf die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche bei allen Wechselfällen des Krieges unbeugsam festhielten, und anderen, die, von sorgenvollen Stimmungen beherrscht, sich mit dem geringsten Maß nationaler Sicherheit begnügen wollten und in einem baldigen Friedensschluß den einzigen Weg zur Rettung erblickten. Für erstere war das Gedeihen und die siegreiche Behauptung der Nation zugleich Inhalt und Zweck des eigenen Lebens. Für letztere gab es daneben noch andere Ideale von dem gleichen oder noch höherem Werte, oder sie ließen sich von materiellen und egoistischen Gesichtspunkten leiten.

Es kam hinzu, daß die ungenügende Ernährung und die Entbehrungen aller Art ihre verhängnisvollen Wirkungen auf den körperlichen und seelischen Zustand auszuüben begannen. Die Menschen wurden reizbar und empfindlich, ihre Nerven befanden sich in ständiger Erregung. Noch schwerer als durch die blutigen Verluste wurde die Stimmung belastet durch den zermürbenden Kampf um die kleinen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Der ewige Ärger über das Herumlaufen und Herumstehen, über all die zahl-

losen Verwaltungs- und Polizeiverfügungen, deren Notwendigkeit man oft nicht begriff, der Unwille über die bessere Lage der schnell reich werdenden Schichten und über die Rücksichtslosigkeit, mit der sie den oft mühelos erworbenen Wohlstand äußerlich zur Schau trugen, die gesteigerte Arbeitslast bei verminderter Nahrung, alles das hielt die abgehetzten Männer und Frauen in ununterbrochener Spannung und machte sie schließlich auch zugänglich für die Einflüsterungen der Leute, die gewohnheits- und berufsmäßig an den Maßnahmen der Regierung und an der Haltung ihrer Mitmenschen Kritik ausübten.

Beim Feldheere blieb die Stimmung fester und einheitlicher als in der Heimat. Dorthin drang der hitzige Lärm des Parteistreits und der Kampf um die „Kriegsprobleme“ nur wie aus weiter Ferne. Die Masse der Soldaten hatte gar keine Zeit, sich damit zu beschäftigen. Ihre Kräfte waren aufs äußerste beansprucht. Sie marschierten, sie standen in Schützengraben, sie bluteten und starben in stummer Pflichterfüllung auf zahllosen Schlachtfeldern. Längst waren sie des Krieges müde. In brennender Sehnsucht blickten sie nach der Heimat. Aber wenn das Bild des Friedens vor ihrer Seele auftauchte, dann war es niemals ein solcher Friede, bei dem der Feind das Gesetz diktierte. Deutschland sollte in Ehren aus diesem Kriege hervorgehen. Dafür duldeten alle diese Männer, mochten sie einst einem Konservativen oder einem Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben haben. Ob Belgien oder Kurland mit ihrer wesenfremden Bevölkerung einmal zum Deutschen Reiche gehören werde, das war ihnen nicht das Entscheidende. Aber daß Elsaß-Lothringen nicht preisgegeben werde, dafür waren sie bereit zu sterben. Nicht die Probleme der innenpolitischen Reformen bewegten ihre Seele. Aber Drückebergereien und unrechtmäßige Reklamationen, Ungerechtigkeiten in den Fragen des Heimatsurlaubs, der Ordensauszeichnungen und der Beförderungen, unrichtige Nahrungsmittelverteilung, Wucher und übertriebene Heimatslöhne setzten sie in Erregung. Hier lagen die Schäden, von denen sie Heilung wünschten. Das übrige hatte zur Not Zeit bis nach dem Kriege.

Indessen, das Heer war ein Teil der Nation selbst. Es konzentrierten sich in ihm nicht nur die männlichen und kriegerischen Tugenden des Volkes. Es gab auch Schwächlinge und Gegner des Krieges aus Überzeugung. Sie wurden jedoch von der Masse dieser jungen, entschlossenen und siegesbewußten Männer in den ersten

Kriegsjahren mit fortgerissen. Die kriegsfeindliche Propaganda fand noch keinen Boden. Es bildeten sich nirgends, wie in der Heimat, radikalsozialistische Nester, die sich ausdehnten und straffe Organisationen schufen. Das enge Zusammenleben mit den Offizieren, die strenge Aufsicht der Kommandobehörden, Zensur- und Briefkontrolle und der ewige Wechsel innerhalb der Truppenteile, das Wandern von einem Kriegsschauplatz zum andern erschwerte die Entstehung revolutionärer Geheimbünde. Freilich wird dadurch die lange Widerstandskraft des Heeres gegen die revolutionäre Propaganda nicht restlos geklärt. Es war vielmehr die Pflege kriegerischen Geistes, die dem ganzen Volke in Fleisch und Blut eingegangen war, die Gewohnheit, im Heere nicht einen Tummelplatz für die innere Politik, sondern ein reines Kriegsinstrument zu sehen, die fast bis zum Ende des Krieges noch Früchte trug. Die jüngere Schöpfung der Hohenzollern, die Kriegsmarine, besaß diese jahrhundertalte Erziehung nicht. Ihre Widerstandskraft erlahmte früher.

*

Die Disharmonie zwischen den leitenden politischen und militärischen Stellen.

Die Abschwächung, die der nationale Gedanke in den späteren Kriegsjahren erfuhr, beruhte nicht allein auf der körperlichen und seelischen Überanstrengung und auf dem Ansturm des internationalen Gedankens. Sie wurde vielmehr ungemein gefördert durch Unzulänglichkeiten der nationalen Führung. Einen besonders ungünstigen Einfluß übten die Disharmonien aus, die sich seit Kriegsbeginn in zunehmendem Maße zwischen den politischen und militärischen Stellen entwickelten.

Die letzten Entscheidungen über alle Angelegenheiten der Kriegsführung lagen beim Kaiser. Er trug die oberste Verantwortung. Neben ihm standen als Hauptberater für die politische Seite der Reichskanzler, für die militärische der Chef des Generalstabes. Völlige geistige Übereinstimmung und die richtige Verteilung der Verantwortung zwischen diesen drei Männern waren von ausschlaggebender Bedeutung. General Graf v. Schlieffen hatte das Problem „Feldherr“, wie es sich historisch in Preußen-Deutschland entwickelt hatte, schon vor dem Weltkriege in seiner ganzen Schärfe

erkannt. Er schrieb: „Keiner der drei Männer erfüllt alle an einen Feldherrn zu stellenden Bedingungen. Ein jeder besitzt ein größeres oder geringeres Maß von Eigenschaften, die einen solchen ausmachen und kann die der anderen ergänzen... Daß der Feldherr durch ein Triumvirat dargestellt wird, ist 1866 und 1870 geglückt, braucht aber nicht immer zu glücken. Eins wenigstens der Mitglieder des Komitees, das gegenwärtig den Feldherrn zu ersetzen hat, muß etwas von dem Salböl Samuels abbekommen haben*.“

Das Triumvirat hat auch im Weltkrieg bestanden. Aber die Zusammensetzung war diesmal nicht glücklich.

Der Reichskanzler hatte die außenpolitischen Ziele festzulegen und die Verhandlungen mit den Gegnern zu führen. Auch für die innere Politik trug er die Verantwortung, soweit sie ihm nicht durch die ausübende Befehlsgewalt der militärischen Heimatbehörden — Kriegsminister und Stellvertretende Generalkommandos — abgenommen wurde. Die Verantwortung für die Kriegsführung im engeren Sinne verteilte sich formell auf die Chefs des Generalstabes und des Admiralstabes, den Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichsmarineamts, die alle in einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zum Kaiser standen. Der Generalstabschef war zuständig für die Operationen im Felde, der Kriegsminister für die gesamte Kriegsrüstung des Heeres und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern**). Der Admiralstabschef und der Staatssekretär des Reichsmarineamts vertraten ähnliche Aufgaben für die Marine. In der Praxis lag das Schwergewicht in ausgesprochenem Maße beim Generalstabschef. In allen wichtigen militärischen Fragen der Gesamtkriegshandlung hat sein Wort fast immer den Ausschlag gegeben***).

Eine scharfe Abgrenzung der Verantwortlichkeit des Staatmannes und des militärischen Führers bestand im übrigen nicht. Kriegsführung und Politik gingen unmittelbar ineinander über.

*) Graf v. Schlieffen in einem Aufsatz „Feldherr“ im Handbuch für Heer und Flotte, herausgegeben von General v. Alten, 3. Band.

**) Seit März 1916 war er Militäroberbefehlshaber der Heimat. Bis dahin waren die Stellvertretenden Kommandierenden Generale dem Kaiser unmittelbar für ihre innerpolitische Tätigkeit verantwortlich gewesen.

***) Der ganze Fragenkomplex der politisch-militärischen Verantwortlichkeiten wird sehr eingehend behandelt in dem Gutachten des Obersten a. D. Schwertfeger. Vergl. „Ursachen des Zusammenbruchs“. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1923.

Eine praktische Mitwirkung auf den benachbarten Gebieten und die zum mindesten moralische Mitverantwortung ließen sich bei dem bestehenden System gar nicht umgehen. Es war ebensowenig möglich, den Chef des Generalstabes in den Fragen der äußeren und inneren Politik und der Wirtschaft auszuschalten, wie den Einfluß des Reichskanzlers auf die eigentliche militärische Kriegsführung auszuschließen. Die reibungslose Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen hing also von der Bereitwilligkeit und Fähigkeit zu gegenseitiger Anpassung und von der Autorität und Tatkraft der gemeinsamen Spitze, des Kaisers, ab.

Getragen von der gleichen heißen Vaterlandsliebe, haben die Männer, die im Verlaufe des Weltkrieges vom Kaiser zur Leitung der Geschicke des Volkes berufen wurden, die notwendige innere Verbindung miteinander gesucht. Aber es wurde nie der volle Einfluß erzielt, wie er unter dem alten Kaiser Wilhelm in den Jahren 1866 und 1870 bestanden hatte. Solange Falkenhayn Chef des Generalstabes war, traten die vorhandenen Spannungen, wenigstens nach außen hin, nicht hervor. Falkenhayn legte sich in allem, was außerhalb des eigentlichen militärischen Rahmens lag, bewußt größte Zurückhaltung auf. Insbesondere hat er selbst den Anschein einer Einmischung in die innenpolitischen Befugnisse des Reichskanzlers und der militärischen Heimatbehörden peinlich vermieden.

Bei Übernahme der Obersten Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff änderte sich dies. Hindenburg zwar hat sich nur widerstrebend in außen- und innenpolitische Dinge eingemischt; Ludendorff dagegen suchte aus einem tiefen Gefühl der persönlichen Verantwortung heraus und aus der Überzeugung von dem unlöslichen Zusammenhange der politischen und militärischen Fragen, vor allem aber, weil er von dem völligen Versagen der politischen Stellen tief durchdrungen war, mit der ganzen Kraft und Leidenschaftlichkeit seiner starken Natur seinen politischen Anschauungen Geltung zu verschaffen. Seine Auffassung über das Verhältnis der Kriegsführung und Politik findet in dem unter dem gleichen Titel von ihm verfaßten Buche folgenden Niederschlag: „Der Reichskanzler hatte die Aufgabe und die Pflicht, die geeinte Kraft des deutschen Volkes der Kriegsführung zum Siege auf dem Schlachtfelde immer wieder zuzuführen. Die Kriegsführung mußte der Politik, d. h. dem Reichskanzler, mitteilen, was sie zur Erringung des Sieges brauchte. Die Politik wurde Gehilfin der Kriegsführung nicht nur,

wie bisher, im Bereitstellen von Truppen im Frieden, sondern man kann sagen, auf sachtechnischem Gebiet. Arbeit und Handeln der Regierung gewannen eine ebensolche kriegsentscheidende Bedeutung wie das Arbeiten und Handeln der O. H. L. Die Kraft der Kriegsführung ruhte in der Heimat. Nur die Kraftäußerung lag an der feindlichen Front. So war es allerdings für jeden Klarschauenden schon im Frieden gewesen. Jetzt hatten es die Tatsachen in einer so gewaltigen Sprache verkündet, daß auch Taube es hätten hören müssen.“

An der Richtigkeit der von der Reichsleitung befolgten Politik bestanden bei Ludendorff die stärksten Zweifel. Oft hat er sich in leidenschaftlicher Weise gegen sie gewendet. Er glaubte sich dazu berechtigt, weil in der Lage, in der sich das Reich befand, nicht zwei grundverschiedene Anschauungen an den verantwortlichen Stellen nebeneinander bestehen bleiben durften. Die Regierungsbehörden betrieben eine Politik der mittleren Linie und suchten sowohl in den außenpolitischen wie den innenpolitischen Fragen einen Weg des Ausgleichs. Für Ludendorff aber gab es nur die beiden Möglichkeiten des Sieges oder des Unterganges. Er hatte einen festen Glauben an die unüberwindlichen sittlichen und nationalen Kräfte des deutschen Volkes. Er erwärmte sich an den Leistungen des Heeres und vergaß Gleiches von der Heimat. Der Sieg schien ihm sicher, wenn die heimischen Behörden ihre Anstrengungen darauf richteten, die im Volke ruhenden Energien zu wecken, alle Kräfte restlos zu erfassen, jeden Widerstand zu brechen. Es erschien ihm daher Pflicht, den politischen Führern die mangelnde Tatkraft einzuhämmern. Die Forderungen, die er im einzelnen an die Reichsregierung stellte, waren stets auf das Äußerste gerichtet, die Lösungen, die er vorschlug, bisweilen gewaltsam. Als er beim Reichskanzler Bethmann Hollweg auf Widerstand stieß, eröffnete er gegen ihn den Kampf und beseitigte ihn schließlich. Auch zum Grafen Hertling waren die Beziehungen gespannt.

Aber auch diese starke Natur hatte ihre Grenzen. Sie blieb immer gebunden an den Anschauungskreis des preussischen Offizierskorps. Nie hat Ludendorff versucht, sich aus ihm zu lösen. Die Autorität des Königs war für ihn unantastbar, auch in den zweifelhaftesten Tagen. In dem Kampf, den er gegen die innere und äußere Politik der Regierung führte, blieb für ihn, den preussischen General, das letzte, äußerste Mittel, dem Könige seine Entlassung

anzubieten. Andere Möglichkeiten hat er zur Zeit des Krieges praktisch nie ins Auge gefaßt.

Es gibt nicht allzu viele Fragen der äußeren und inneren Politik und der Wirtschaft, zu denen er nicht Stellung genommen hat. Vieles hat sein mächtiger Wille durchgesetzt, an anderem ist er gescheitert. Im Ganzen genommen ist es ihm doch nicht in dem von ihm erhofften Maße gelungen, dem Deutschen Reiche während des Krieges den Stempel seiner von kriegerischem Feuer erfüllten Seele aufzudrücken.

Die Gegensätze blieben nicht auf den Reichskanzler und den Generalstabschef beschränkt. Eine andere Reibungsfläche ergab sich aus dem Verhältnis des Reichskanzlers und der ihm nachgeordneten Stellen zu den militärischen Heimatbehörden. Durch die Verhängung des Belagerungszustandes war am ersten Mobilmachungstage die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande an die Stellvertretenden Kommandierenden Generale übergegangen. Sie schuldeten für diesen Teil ihrer Tätigkeit weder dem Kriegsminister, noch dem Reichskanzler, noch dem Parlament Rechenschaft und empfingen wohl allgemeine Richtlinien, aber keine für den Einzelfall bindenden Befehle. Der Kaiser war für sie die einzige Instanz. Aber dessen Entscheidungen wurden nur in Ausnahmefällen angerufen, da der Herrscher nicht mit der Bearbeitung von Einzelheiten auf diesem weitreichenden Gebiet belastet werden durfte.

Der Einfluß des Reichskanzlers und seiner Organe auf die Verhältnisse der inneren Politik wurde durch diese Regelung erheblich herabgemindert. Es war angesichts der das innenpolitische Leben so tief durchdringenden Bestimmungen des Belagerungszustandes kaum zu sagen, wo die Exekutive der Stellvertretenden Kommandierenden Generale eigentlich anfang und wo sie aufhörte. Jedenfalls hing von ihren Maßnahmen die Stimmung im Lande und das Verhalten der führenden politischen Kreise, ohne deren Mitwirkung die Entfaltung der gesamten nationalen Energie nicht zu denken war, wesentlich ab. Auf der anderen Seite mußte die Festlegung der Gesamtrichtung der inneren Politik und deren zentrale Leitung dem Reichskanzler vorbehalten bleiben. Durch das Nebeneinanderwirken der beiden, voneinander letzten Endes unabhängigen, ihrem Wesen nach grundverschiedenen Stellen auf dem gleichen Interessengebiet wurden Reibungen unvermeidlich.

Erschwerend kam hinzu, daß die Stellvertretenden Kommandierenden Generale bei ihrer innenpolitischen Tätigkeit vor Aufgaben standen, die in mancher Hinsicht ihre Kräfte ohne Zweifel überstiegen. Es fehlten ihnen vielfach die notwendigen innenpolitischen Kenntnisse und es wurden Dinge von ihnen verlangt, die vollkommen außerhalb ihres bisherigen Wirkungsbereiches lagen.

*

Der Kampf in der Heimat.

Die Bekämpfung der Streiks*).

Dem Teil ihrer Tätigkeit, der sich auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande erstreckte, sind die militärischen Heimatbehörden ohne sonderliche Schwierigkeiten gerecht geworden. Allzu schwere Anforderungen wurden in dieser Hinsicht an sie nicht gestellt. Die einzigen ernststen Belastungsproben, denen sie ausgesetzt wurden, waren die Streiks, die sich teils auf wirtschaftlicher, teils auf politischer Grundlage durch die Jahre 1916—18 hinzogen.

Der Kriegsminister, der seit dem Herbst 1916 als Militäroberbefehlshaber der Heimat die formelle Verantwortung für die Streikbekämpfung trug, stellte Richtlinien für die Stellvertretenden Generalkommandos auf, in denen als vorbeugende Maßnahmen vor allem die rechtzeitige Inhaftnahme der Rädelsführer, die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens wegen Landesverrats**) und die militärische Einberufung heizerischer Elemente empfohlen wurde. Die Wiederaufnahme der Arbeit sollte auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes durch Strafandrohung erzwungen werden (Arbeitszwang). Gelang dies nicht, so war der Betrieb zu „militarisieren“, d. h. unter militärischer Leitung zu stellen. Die Arbeiter galten dann als zum

*) S. Urkundenanhang S. 277 f.

**) Die Einleitung des Verfahrens wegen Landesverrats wurde durch ein Erkenntnis des Reichsgerichts vom 19. Oktober 1917 erleichtert, das den Streik im Kriege ausdrücklich als Landesverrat festlegte. Eine schnelle Aburteilung ließ sich dadurch erreichen, daß über das vom Streik betroffene Gebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt wurde, was den Übergang der Gerichtssachen von den Zivilgerichten auf die Außerordentlichen Kriegsgerichte zur Folge hatte.

Heeresdienst eingezogen, erhielten militärische Löhnung und unterstanden den Kriegsgesetzen. Mit den Führern der Gewerkschaften und der mehrheitssozialdemokratischen Partei sollte rechtzeitig Fühlung genommen werden, um deren Vermittlung anzurufen.

Von dem Mittel der Einziehung hezekerischer Elemente zum Militärdienst ist in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht worden. Es war an sich sehr wirksam. Die Neigung gerade der im politischen Leben stehenden Personen, sich in das Heer oder sonstige Kriegsbetriebe einstellen zu lassen, war außerordentlich gering. Daß die Sorge um das persönliche Schicksal auf zahlreichen Führern drückend gelastet und ihre Handlungsweise bestimmt hat, ist oft zugegeben worden, unter anderem auch auf den großen sozialistischen Konferenzen des Jahres 1917.

Jedoch wurde der äußere Vorteil dieser Maßnahme durch schwerwiegende Nachteile wieder aufgehoben. Durch die Überführung unzufriedener Elemente ins Heer wurde der Keim der Gärung auch dort verbreitet. Es entstand weiterhin eine arge Verwirrung in den Begriffen des Volkes, wenn die Einreihung ins Heer als Strafe angedroht und verfügt wurde und wenn diese Maßnahme auf dieselbe Stufe wie die Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats gestellt wurde, während man zur gleichen Zeit mit beredten Zungen den Waffendienst als Ehrenpflicht anpries. Hieraus in erster Linie erklärt sich auch, daß die Drückebereger in der Anschauung breiter Volksschichten im Verlauf des Krieges beinahe ihren moralischen Makel verlor.

Auch die Militarisierung von Rüstungsbetrieben, die übrigens nur in seltenen Fällen verfügt worden ist*), übte jeweils eine starke Wirkung auf die Streikenden aus. Die praktische Durchführung des Verfahrens krankte daran, daß der militärische Zwang in den Betrieben sich nur durchführen ließ, wenn eine ausreichende Polizeitruppe zur Verfügung stand. Das war oft nicht der Fall.

Die Oberste Heeresleitung nahm in der Streikfrage einen noch schärferen Standpunkt ein als die Heimatbehörden. In einem Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler wurde ausgeführt: „... Um aber nicht mißverstanden zu werden, möchte ich jedoch hinzufügen, daß ich keineswegs einem Eingehen auf irgendwelche Wünsche der Streikenden, sei es aus politischen oder wirtschaft-

*) In Berlin wurden bei dem großen Streik im April 1917 ein Betrieb, bei dem Streik vom Januar 1918 sieben Betriebe vorübergehend militarisiert.

lichen Forderungen, das Wort reden will. Ich glaube aussprechen zu sollen, daß ich die Folgen eines jeden Nachgebens für viel schwerer ansehe, auch wenn dadurch momentan der Streik beigelegt wird, als der Ausfall in der Rüstungsindustrie und die sonstigen Schäden wirken würden, wenn es bei Verneinung aller Streikforderungen wirklich zum Ausbruch eines großen Streiks kommen würde.“ Weiter verlangte die Oberste Heeresleitung, daß man die Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer klaren Antwort auffordern müsse, ob sie den Streik während des Krieges unbedingt verurteilten oder nicht. Sei es der Fall, so könne man verlangen, daß sie ihn mit allen Mitteln bekämpften. Breche er doch aus, so sei ihre Machtlosigkeit erwiesen. Lehnten sie aber die grundsätzliche Verurteilung des Streiks ab, so seien sie als Landesverräter anzusehen, und die Festnagelung dieser Tatsache werde nicht nur ihre Anhängerschaft verringern, sondern die große Masse des Volkes endlich über die staatszerstörenden Ideen der radikalen Sozialdemokratie aufklären.

Alle Vorbeugungs- und Abwehrmittel haben aber doch nicht verhindern können, daß mehr oder weniger umfangreiche Streikbewegungen zum Ausbruch kamen.

Sie sind keineswegs immer von oben her, von Partei wegen, in Szene gesetzt und geleitet worden. Vielfach sind sie, ohne eigentliche Organisation und Vorbereitung, spontan aus der zunehmenden Gärung in den Massen erwachsen. Sie bildeten häufig ein Ventil, das sich plötzlich öffnete, wenn die allgemeine Unzufriedenheit einen allzu hohen Grad der Spannung erreichte, und sich ebenso rasch wieder schloß, sobald der übermäßige Druck nachließ.

Dies war vor allem der Fall, wenn den Streiks wirtschaftliche Ursachen, Ernährungsschwierigkeiten und Lohnfragen, zugrunde lagen. Da sie dann örtlich beschränkt waren und meist schnell beigelegt werden konnten, so fiel der Schaden für die Kriegswirtschaft nicht allzusehr ins Gewicht. Ihre moralische Bedeutung war trotzdem erheblich, da sie eine wachsende Kampf Stimmung zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft erzeugten und da weiterhin der Wettlauf in den Lohnsteigerungen eine tiefe Erbitterung bei allen hervorrief, die sich nicht an ihm beteiligen konnten oder ins Hintertreffen gerieten.

Wo es sich um Streiks mit rein politischem Charakter handelte, ging der Anstoß naturgemäß stets von der politischen Führer-

schaft aus. Mehrfach ist das politische Element auch erst nachträglich von außen her in einen ursprünglich wirtschaftlichen Streik hineingetragen worden.

Die Mehrheitssozialdemokratische Partei hatte durch ihre Stellungnahme am 4. August 1914 auf das politische und wirtschaftliche Kampfmittel des Streiks verzichtet. Sie hat an dieser moralischen Bindung bis zum Januar 1918 trotz aller sonstigen Wandlungen in den Auffassungen und in der Taktik bis auf eine Ausnahme festgehalten. Es muß ihr zugestanden werden, daß sie vielfach bemüht gewesen ist, die Streikbewegung in erträglichen Grenzen zu halten und schädliche Wirkungen auf die Kriegswirtschaft zu verhindern. An dem großen, fast revolutionären Charakter tragenden Munitionstreik Ende Januar 1918 hat sie aber dann doch teilgenommen, wenn auch mit innerem Widerstreben. Mögen noch so viele Zweckmäßigkeitsgründe dafür gesprochen haben, so war es doch ein überaus bedenklicher Entschluß. Er zeigte deutlich die Schwäche der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber den radikalen Parteigruppen.

Die freien Gewerkschaften haben den Streik in der Praxis im allgemeinen bekämpft. Gegen den Januarstreik 1918 wagten auch sie sich nicht anzustemmen. Sie erklärten sich aber wenigstens für „neutral“.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in der Streikfrage eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt. Die Ansichten über die einzuschlagende Taktik gingen in der Partei selbst auseinander. Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei vom 21.—23. September 1916 nahm Haase entschieden für den Streik Stellung. In der Praxis wurde, je nach den Umständen, verschieden verfahren. Der linke Flügel mit Ledebour trat immer dafür ein, daß von diesem nächst dem Aufruhr schärfsten proletarischen Kampfmittel auch im Kriege weitgehend Gebrauch gemacht werde. Der rechte Flügel unter Haase befürwortete meist vorsichtige Zurückhaltung. Wenn auch die radikale Auffassung immer mehr Anhänger fand, so lehnte die offizielle Parteileitung die Übernahme der Führung in der Streikfrage doch bis zuletzt ab.

Die radikalen Gruppen endlich haben den Streik propagiert und organisiert, wo immer sie konnten.

Der erste ausschließlich politische Streik fand am 1. Mai 1916 statt. Er war das persönliche Werk Karl Liebknechts. Wieder einmal ging seinem stürmischen Temperament die revolutionäre Be-

wegung zu langsam vorwärts, und er beschloß, ihr einen neuen Antrieb zu geben, indem er durch Flugblätter und Handzettel zum Demonstrationstreik am 1. Mai, dem internationalen sozialistischen Weltfeiertage, aufforderte. Er erlitt eine offenkundige Niederlage. Die Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften erteilten ihm eine scharfe Absage. Auch die oppositionelle Gruppe unter Haase verweigerte die Gefolgschaft. Dementsprechend war das Ergebnis kläglich. Liebknecht selbst hatte das Mißgeschick, verhaftet zu werden, als er im Begriffe war, auf dem Potsdamer Platz in Berlin eine revolutionäre Rede zu halten. Er wurde in dem anschließenden gerichtlichen Verfahren zu mehrjähriger Zuchthausstrafe und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bei der überragenden Stellung Karl Liebknechts war es nicht verwunderlich, daß das gegen ihn eingeleitete Verfahren eine starke Erregung auslöste. Sie äußerte sich in einer Protestkundgebung am Tage der Gerichtsverhandlung, die sich nicht auf Berlin beschränkte, sondern auf zahlreiche andere Städte, vor allem auf Braunschweig, Stuttgart, Bremen, Kiel, München und Leipzig übergriff. Obgleich sämtliche Organisationsleitungen sich gegen den Streik aussprachen, legten doch allein in Berlin etwa 50 000 Mann die Arbeit nieder, unter ihnen viele Leute aus Munitionsbetrieben.

Die Bedeutung dieser ersten politischen Kundgebung im Weltkriege, die sich zugleich zu einer Demonstration gegen den Krieg und für die internationalen Bestrebungen Liebknechts gestaltete, ist anscheinend von der Regierung nicht voll gewürdigt worden. Da der Streik nur einen Tag dauerte und keine wirtschaftlichen Folgen hatte, hielt man es für angemessen, kein weiteres Aufheben von ihm zu machen. Man gab sich um so leichteren Herzens zufrieden, als der Versuch, die Protestkundgebung anlässlich der Revisionsverhandlung in dem Liebknechtschen Prozeß Ende August zu wiederholen, durch die bloße Androhung scharfer Maßnahmen seitens der Militärbehörde unterbunden wurde. Dieser Erfolg wurde von der Regierung überschätzt. Nicht mit Unrecht konnten die radikalen Elemente triumphierend darauf hinweisen, daß der Bann jetzt endlich gebrochen sei, daß die Aktionsfähigkeit des Proletariats auch ohne die Führer festgestellt sei.

Es verging aber doch geraume Zeit, bis die wachsende Spannung im Innern Deutschlands zu einem neuen Ausbruch führte.

Erst unter dem Einfluß der schweren militärischen Ereignisse im Herbst 1916, der traurigen Ernährungslage während des folgenden „Kohlrübenwinters“, des Kriegseintritts Amerikas, der wenig erquicklichen innenpolitischen Lage, der zunehmenden Aktivität der radikalen Elemente, vor allem aber der russischen Revolution wurden Teile der Arbeiterschaft dem Streikgedanken wieder zugänglich.

Diesmal wurde er nicht in bestimmter politischer Absicht entfesselt. Auch bestand weder eine einheitliche, zielbewusste Leitung, noch ein festes politisches Programm. Vielmehr entwickelte der Streik sich, geschürt und weitergetragen durch die Linkssozialisten und Radikalen, aus der allgemeinen Mißstimmung über die Ernährungslage und aus der Erregung, die die russische Revolution auslöste. Es war die erste wirkliche Massenbewegung, der erste noch unartikulierte, halbrevolutionäre Aufschrei, der aus der Tiefe emporklang.

Die Streikteilnehmer rekrutierten sich größtenteils aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und aus den dem Radikalismus zuneigenden Kreisen. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften und die Leitung der Mehrheitspartei lehnten jede Beteiligung ab*). Scheidemann bezeichnete den Streik im Parteiausschuß als die „schwerste Gefahr für den Frieden“. Die mehrheitssozialistische Presse stimmte in den gleichen Ton ein. Sie wies darauf hin, daß man zwar für einen baldigen Frieden kämpfe, daß aber der Streik kein brauchbares Mittel sei, um das Ziel schneller zu erreichen und die sozialdemokratische Friedensaktion daher nur störe. Dagegen sympathisierten die Unabhängigen ganz offenkundig mit den Streikenden. Allerdings ließen sie eine gewisse Vorsicht nicht außer Acht. Die offiziellen Parteinstanzen blieben tunlichst im Hintergrunde und überließen das Feld den örtlichen Organisationen**).

*) Daß die Christlichen, die Hirsch-Dunckerschen und die Selben Gewerkschaften den Streik bekämpften, bedarf bei ihrer politischen Einstellung kaum der Erwähnung.

***) Der unabhängige Abgeordnete Cohn behauptete in der Reichstagsführung vom 5. Mai 1917, daß seine Partei von der Entstehung der Bewegung nichts erfahren habe, daß diese vielmehr spontan aus der Gesamtstimmung der Massen heraus entstanden sei. Er fügte hinzu: „Aber wenn streikende Arbeiter nach Beginn des Streiks sich an uns wenden, so vertreten wir ihre Sache. Das ist für uns eine politische Ehre und eine politische Pflicht.“

Der Streik begann am 6. April, acht Tage nach Beginn der englischen und am gleichen Tage wie die französische Frühjahrs-offensive. Es fanden einige Demonstrationen statt, die öffentliche Ruhe wurde aber nicht gestört. In Leipzig gewannen radikale Strömungen die Oberhand. Man wählte dort zum erstenmal nach russischem Muster einen Arbeiterrat, der sich beeilte, weitgehende politische Forderungen aufzustellen*).

Die für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande verantwortlichen Stellvertretenden Generalkommandos waren auf den Streik vorbereitet und ergriffen rechtzeitig Maßnahmen, um seiner Ausdehnung entgegenzutreten. Das Oberkommando in den Marken verbot für seinen Befehlsbereich die Arbeitsniederlegung in den Munitionsfabriken. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Martinikensfelde wurde vorübergehend in den militärischen Betrieb übergeführt. Ähnlich verfuhr das Stellvertretende Generalkommando in Danzig. Wo es zugänglich schien, trat man aber auch mit den Streikenden in Verhandlung und machte ihnen Zugeständnisse. Unter anderem kam man dem Verlangen nach, Richard Müller, der zwei Tage vor Beginn des Streiks als einer der Hauptansteller verhaftet worden war, wieder freizugeben. Schon nach wenigen Tagen flaute die Bewegung ab und erlosch.

Dieses Ergebnis war von außen betrachtet alles andere als ein Erfolg für die Streikenden. Aber es war dabei doch zu berücksichtigen, daß die Anhänger gewaltsamer Maßnahmen in den Reihen der Arbeiterschaft einen großen Schritt vorwärts getan hatten. Den Unabhängigen war es durch ihre vorsichtige Taktik ohne eigene Gefährdung gelungen, festzustellen, welche Maßnahmen von der Regierung bei Streikunruhen zu erwarten waren. Ohne offiziell die Streikführung zu übernehmen, hatten sie enge Fühlung mit den unzufriedensten Teilen der Arbeiterbevölkerung gewonnen und durften hoffen, den Mehrheitssozialisten einen erheblichen Prozentsatz ihrer Anhängerschaft abspenstig zu machen. Sie hatten mit ihrer Parteiautorität ein Kampfmittel sanktioniert, das für den inneren Frieden oder Unfrieden von größter Bedeutung war.

Wohin der Weg ging, zeigte das Bemühen der unabhängigen Führer, den abgebrochenen Streik am 1. Mai 1917 in neuem politischen Gewande wiederaufleben zu lassen. Die Reichstags- und

*) Siehe Prager: Die Geschichte der U. S. P. D.

Sandtagsfraktion erließen einen Aufruf, der zwar nicht unmittelbar zum Streik aufforderte, in dem es aber deutlich genug hieß, die Arbeiter sollten, „wo es nur irgend möglich sei, ihre Stimme erheben für die Forderung, die sie bis ins Tiefste bewege, den Achtstundentag, den Weltfrieden, die Völkerverbrüderung“.

Der Versuch mißglückte. Bei den Arbeitermassen bestand vorerhand keine Neigung mehr für eine politische Streikbewegung. Die Unabhängigen, an deren Spitze so gewiegte Taktiker standen wie Haase, erkannten sofort, daß sie einen Schritt zu weit gegangen waren und kehrten daher zu ihrer bisherigen vorsichtig abwartenden Haltung zurück.

Zu großen zusammenhängenden Streiks politischen Charakters kam es im späteren Verlauf des Jahres 1917 nicht mehr. Nur örtlich begrenzte wirtschaftliche Teilstreiks flackerten hier und dort auf, bei denen übrigens in zunehmendem Maße auch politische Forderungen vertreten wurden.

Die körperliche und seelische Ermattung des Volkes und die Sehnsucht nach Frieden wuchsen indessen bedrohlich an. Die Lebensverhältnisse wurden immer unerträglicher. Allen Bemühungen der Behörden zum Trotz blieben die Ungleichheiten in der Lebensmittelverteilung bestehen, der Unterschied zwischen Stadt und Land nahm ständig schärfere Formen an, Wucher- und Schiebertum gelangten zu ungeahnter Blüte. Der Rüstungsarbeiter warf dem Unternehmer die vielfach maßlos gesteigerten Kriegsgewinne vor, unterließ es aber zur gleichen Zeit nicht, die Lohnschraube seinerseits auf das stärkste anzuziehen, um des Geldsegens ebenfalls teilhaftig zu werden. Dies erweckte wiederum den Neid der am meisten hungernden und entbehrenden Kreise, des Mittelstandes, der kleinen Handwerker, der nicht in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter. Im nackten Kampf ums Dasein überwucherte der Egoismus alle Gefühle der Volkszugehörigkeit und Schicksalsgemeinschaft. Die unsichere Politik der Regierung vermehrte noch das beginnende moralische Chaos. Trotz der verheißungsvollen Osterbotschaft des Jahres 1917 blieb die unglückselige preußische Wahlrechtsfrage ungelöst. Die schwankende Haltung in der Friedens- und Kriegszielfrage und die Verzögerung des Friedensschlusses mit Sowjetrußland steigerte weiterhin das Mißtrauen. Auf diesem Boden entwickelte sich Ende Januar 1918 der große „Generalstreik“.

Die Vorbereitungen gingen von radikaler Seite aus und von der dem linken, Ledebourschen, Flügel der Unabhängigen nahestehenden gewerkschaftlichen Gruppe Richard Müller, Paul Eckart, Erwin Barth. Sie bestanden in eifriger Mundpropaganda und Weiterverbreitung der Streikparole durch Vertrauensmänner über das ganze Land. Es war kennzeichnend für den Zustand, in dem sich ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft befand, daß diese Einflüsse genühten, um eine so starke Bewegung auszulösen. Wieweit russische Propaganda sich bereits geltend gemacht hat, steht dahin. Jedenfalls wird man kaum fehlgehen, wenn man den Januarstreik als den ersten großen Vorstoß des revolutionären internationalen Gedankens auf deutschem Boden anspricht.

Eine einheitliche politische Leitung fehlte. Die gewerkschaftlichen und mehrheitssozialistischen Führer beharrten zunächst auf ihrem alten ablehnenden Standpunkt. Auch die Unabhängigen, wenigstens die maßgebende Haase-Gruppe, zeigte nicht viel Neigung, die Führung zu übernehmen. Schließlich ließ sie sich aber durch die Sorge, ihren Einfluß auf die radikalen Elemente an die Spartakus-Gruppe zu verlieren, doch bewegen, mit dieser zusammenzugehen*). Es kam indessen weder zur Aufstellung fester politischer Forderungen, noch zu einer Vereinbarung über die einzuschlagende Taktik.

Angesichts des Umfanges, den der Streik gewann**), tauchten bei den Gewerkschaften und Mehrheitssozialisten Zweifel auf, ob man an der bisherigen ablehnenden Haltung noch weiterhin festhalten könne. Die Gewerkschaftsführer wählten schließlich den Ausweg, daß sie sich unter Berufung auf den rein wirtschaftlichen Charakter der Gewerkschaften und die ausgesprochen politischen Ziele der Streikbewegung für neutral erklärten. Die Mehrheitssozialisten vollzogen dagegen eine Schwänkung. Sie nahmen das Angebot, Vertreter in die am 28. Januar gebildete Streikleitung***) zu ent-

*) Haase führte in der Reichstagsitzung vom 22. Februar aus: Der politische Streik sei eine Waffe, die sich das Proletariat nicht entwenden lassen werde. Die unabhängige Fraktion erkläre, daß sie in engster Fühlung mit den streikenden Arbeitern gestanden habe, und daß sie die Gedanken und Gefühle, die diese zum Streik getrieben hätten, durchaus teile.

**) Die Zahl der Streikenden stieg zwischen dem 28. und 30. Januar auf mehrere hunderttausend Mann allein in Berlin. Zahlreiche Betriebe der Rüstungsindustrie waren stark in Mitleidenschaft gezogen.

***) Man hatte zunächst einen Arbeiterrat gewählt, der einen Aktionsausschuß zur Leitung des Streiks bildete. Von den 16 Mitgliedern gehörten je 3 der Unabhängigen und der Mehrheitssozialistischen Partei an.

senden, an. Zum ersten Male im Kriege fanden sich hier wieder die Führer aller Richtungen der einstigen Sozialdemokratischen Partei zu einer gegen die Regierung gerichteten Aktion zusammen.

Scheidemann, der so ernste Worte gegen den Aprilstreik 1917 gefunden hatte, versuchte in der Reichstagsitzung vom 25. Februar 1918 die Haltung der Mehrheitssozialisten gegen die Angriffe der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu verteidigen und die politische Bedeutung des Streiks abzuschwächen. Er schob alle Schuld auf die Regierung, die sich in ihrer inneren Politik die schwersten Fehler hätte zuschulden kommen lassen und alle Warnungen der Sozialdemokratie überhört habe. Schließlich sei die Geduld der Massen gerissen, und es sei die Pflicht der mehrheitssozialdemokratischen Partei gewesen, sich an der Bewegung zu beteiligen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken.

Die Streikleitung (das „Aktionskomitee“) stellte politische Forderungen von ziemlich radikaler Färbung auf. Sie gipfelten in dem Verlangen nach Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf Grund der von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formulierten Richtlinien. Ferner wurde gefordert die Beteiligung von Arbeitervertretern an den Friedensverhandlungen, die Aufhebung des Belagerungszustandes, Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit, Aufhebung der Bestimmungen zur Militarisierung kriegswirtschaftlicher Betriebe, Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, Verbesserung der Ernährung. Schließlich wurde nach russischem Muster an die Proletarier aller Länder eine Aufforderung zum politischen Massenstreik gerichtet.

Das Aktionskomitee versuchte mit der Regierung in Verhandlungen über dieses Programm einzutreten. Aber diese fühlte sich, von der O. H. L. kräftig gestützt, stark genug, alles Paktieren abzulehnen. Sie erklärte, daß sie nur mit den parlamentarischen Vertretern verhandeln würde. Es wurde der verschärfte Belagerungszustand ausgesprochen. Man schritt zur Verhaftung zahlreicher Streikhefter — unter anderen ereilte das Schicksal diesmal auch Dittmann, der zu längerer Festungshaft verurteilt wurde — setzte Außerordentliche Kriegsgerichte ein, löste die Arbeiterräte und die Streikleitung auf und stellte schließlich eine Anzahl von Rüstungsbetrieben unter militärische Leitung.

Unter diesem starken Druck erlahmte der Streikwille schnell. Es kam hinzu, daß trotz des äußeren Zusammenschlusses der verschiedenen Richtungen die Gegensätze in der Streikleitung sehr groß waren. Wenn auch die Mehrheitssozialisten ihre formale Zustimmung zu den radikalen Forderungen gegeben hatten, so waren sie doch bemüht, die Bewegung in ein ruhiges Fahrwasser zu leiten und möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Anfang Februar erlosch der Streik, ohne daß die Regierung genötigt gewesen wäre, den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Streikleitung im geringsten nachzugeben.

Auch dieser letzte große zusammenhängende Streik des Krieges war ohne ernste äußere Erschütterung des Staatslebens vorübergegangen. Die staatlichen Gewalten hatten die Oberhand behalten. Zur letzten Machtprobe, der blutigen Auseinandersetzung, war es nicht gekommen. Der preußische Geist hatte noch einmal gesiegt. Aber es war auf der anderen Seite von höchster Bedeutung, daß die radikalen Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die gemäßigten Mehrheitssozialisten gezwungen hatten, mit ihnen äußerlich gemeinsame Sache zu machen. Es war dies ein Zeichen, das drohend in die Zukunft wies.

*

Die Bemühungen der Obersten Heeresleitung um die Erweiterung der Wehr- und Arbeitspflicht.

Während die Heimatbehörden sich um die Abwehr der in der Streikbewegung verborgenen revolutionären Regungen bemühten, wurde in der O. H. L. — sehr bald nach ihrer Übernahme durch Hindenburg und Ludendorff — der stolze Gedanke einer neuen, erweiterten Wehr- und Arbeitspflicht geboren. Sie sollte die gesamte im arbeitsfähigen Alter stehende männliche und weibliche Bevölkerung in den Dienst des Vaterlandes stellen. Man erhoffte von ihr eine starke aktive Gegenwirkung gegen die zersetzenden internationalen und revolutionären Einflüsse, die Wiedergeburt des sinkenden kriegerischen Geistes, daneben die Erschließung materieller Kräfte, die bisher brachlagen.

Die allgemeine Wehrpflicht sollte hier zur höchstmöglichen Vollendung gelangen. Mit der ganzen Glut des in ihm lodern-

„heiligen Feuers“ bemühte sich Ludendorff, dem großartigen Gedanken die Wege zur schnellen Durchführung zu ebnen. Er glaubte, es bedürfe hierfür nur eines kräftigen Anstoßes.

Nach den bisherigen Gesetzen unterlagen der Dienstpflicht nur die Männer zwischen dem 17. und 45. Lebensjahre. Die Dienstfähigen schieden sich in Kriegsverwendungsfähige, Garnisonverwendungsfähige im Felde und in der Heimat, und Arbeitsverwendungsfähige. Die Abgänge setzten sich zusammen aus den wegen körperlicher Gebrechen Ausscheidenden, aus den blutigen Verlusten und aus den für die Kriegsindustrie und Landwirtschaft Reklamierten. Zur Wiederauffüllung standen zur Verfügung die Wiedergenesenen und die durch Nachmusterung und Verringerung der Zahl der Reklamierten verfügbar gemachten Leute. Es war leicht zu übersehen, daß die Spannung zwischen den Abgängen und Zugängen immer größer wurde und in absehbarer Zeit zu verhängnisvollen Folgen führen mußte. Die O. H. L. hielt es daher für erforderlich, daß alle Deutschen zwischen dem 16. und 60. Lebensjahre, in erster Linie die Männer, in etwas beschränkterem Maße aber auch die Frauen, durch Gesetz zum Dienst für das Vaterland verpflichtet werden sollten. Die neue allgemeine Dienstpflicht sollte als Wehrpflicht am Feinde und als Arbeitspflicht hinter der Front festgelegt werden*).

Der Reichskanzler erhob Bedenken, weniger gegen den Gedanken an sich, als gegen die vorgeschlagene Durchführung. Es entstand ein Schriftwechsel, der bereits die tiefen Gegensätze zwischen der O. H. L. und der Reichsleitung erkennen ließ. Der Reichskanzler war der Ansicht, daß das Gesetz nicht viel nütze, da schon fast alle Männer in irgendeiner Form für die Zwecke des Krieges tätig wären. Die Annahme, man könne durch Einführung der Arbeitspflicht eine Steigerung der Leistung erzwingen, sei irrig. Anstatt durch gewaltsame Eingriffe von außen her die natürliche Entwicklung zu stören, solle man sich auf den freien Antrieb durch Lohn und Gewinn verlassen. Die Ausdehnung der Dienstpflicht auch auf die Frauen sei verfehlt. Einer solchen Maßnahme stünden in wirtschaftlicher, sittlicher und sozialer Hinsicht die allerschwersten Bedenken entgegen. Es sei überdies bereits ein Überangebot an weiblicher Arbeit vorhanden. Der Gedanke schließlich, die nicht

*) Die wichtigsten Angaben über die Verhandlungen finden sich in Ludendorff, Urkunden der O. H. L.

mittelbar oder unmittelbar für Kriegszwecke arbeitenden Betriebe stillzulegen, um Arbeitskräfte zu gewinnen, schien ihm ebenfalls nicht durchführbar. Man werde in dem wirtschaftlichen Organismus, dessen Atmen und Arbeiten nicht restlos durch obrigkeitliche Anordnungen ersetzt werden könne, eine geradezu lebensgefährliche Störung hervorrufen und die Zuversicht der Bevölkerung einer unerträglichen Belastung aussetzen.

Eine Einigung in den widerstrebenden Ansichten kam nicht zustande. Das Gesetz wurde aber doch nach langen Erwägungen und starkem Drängen seitens der O. H. L. Anfang Dezember als „Hilfsdienstgesetz“ verabschiedet, nachdem es infolge der Bedenken des Reichstages und des Widerstrebens beider sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, die von dem Arbeitszwang eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters befürchteten, einen stark veränderten Sinn bekommen hatte. Zwar wurde jeder männliche Deutsche vom 17. bis 60. Jahre, soweit er nicht zum Dienst im Heere einberufen war, zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet. Aber es folgte dann eine Reihe von Abschwächungen und Einschränkungen, die nach der Auffassung der O. H. L. das Gesetz seiner ungeheuren moralischen Kräfte wieder entkleideten und den Keim zu neuer Unzufriedenheit legten. Auch bot das Gesetz keine Handhabe, den Streik in der Rüstungsindustrie zu unterbinden. Ferner fehlte in ihm ein Zwangsmittel zur Regulierung der Lohnfrage. Statt dessen gab es, wie es triumphierend in dem Jahresbericht der Christlichen Gewerkschaften hieß, „vorher schmerzlich vermißte Möglichkeiten der Lohnaufbesserung, . . . rüttelte die Massen auf, faßte sie in starke Einheiten zusammen, erleichterte die gewerkschaftliche Aufklärung“, brachte „eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Konjunktur“.

Auch in der Löhnungsfrage der Heeresangehörigen erreichte die O. H. L. nicht, was sie erstrebte. Sie fand Widerstand bei den Finanzbehörden, die eine noch weitere Steigerung der Kriegsausgaben scheuten.

Es verursachte wachsende Erbitterung, daß die Befoldung der eingezogenen Mannschaften auch nicht im entferntesten in Einklang gebracht wurde mit den Löhnen in der Rüstungsindustrie. Als noch größeres Unrecht wurde es empfunden, daß die neuen Hilfsdienstpflichtigen höhere Löhnung empfangen als die auf Grund der bisherigen Gesetze eingezogenen Leute, auch wenn sie dieselbe Tätig-

keit wie diese ausübten*). Auch den Reklamierten gegenüber waren die im Felde stehenden Soldaten benachteiligt, da erstere nicht militärisch weitergelöhnt wurden, sondern den Arbeitslohn der freien Arbeiter erhielten. Ein solches Verfahren konnte nicht dazu dienen, die Begeisterung für den Dienst im Felde zu heben, trug vielmehr dazu bei, daß in immer weitere Kreise die schmähliche Auffassung eindrang, daß man gut tue, sich vom Frontdienst zu drücken.

*

Der Kampf im Heere**).

Daß der „Herr des Heeres Herr des Staates“ sei, war alte sozialistische Weisheit, die auch während des Krieges nicht in Vergessenheit geraten ist. Freilich stieß die internationale Sozialdemokratie nach wie vor bei der Armee auf den stärksten Widerstand. Alle Bemühungen, sie sich dienstbar zu machen, sind letzten Endes doch gescheitert. Der Kern des Heeres ist der ursprünglichen Aufgabe, Schutz des Vaterlandes gegen den äußeren Feind, bis zuletzt getreu geblieben.

Bei Beginn des Krieges stand das aktive Offizierkorps in der Fülle seiner Macht an der Spitze der nationalen Bewegung. Nie war sein Einfluß bei den breiten Volksmassen größer gewesen. Es wurde glänzend unterstützt durch ein von der gleichen heißen Liebe zum Vaterland erfülltes Reserve- und Landwehroffizierkorps und ein vom besten Willen befehltes Unteroffizierkorps. In der Heimat aber stand das ganze Heer der außer Dienst stehenden Offiziere, soweit sie nicht mit ins Feld gezogen waren, zur Vertretung der militärischen Interessen zur Verfügung. Mochten sich unter ihnen auch viele befinden, bei denen der gute Wille, dem Vaterland zu dienen, das körperliche und geistige Versagen nicht mehr ausglich, so ist dem nationalen Gedanken doch auch aus diesen Kreisen ein

*) General v. Wrisberg erzählt in „Heer und Heimat“, S. 126, folgenden charakteristischen Vorgang: „Als ich beim Informationskursus in Sedan war, mußte ich täglich an einem Grundstück vorbei, das von zwei Leuten bewacht wurde. Der eine, ein Landsturmmann, bekam tägliche Löhnung, der andere, ein Hilfsdienstpflichtiger, acht- bis zehnmal soviel.“

***) S. Urkundenanhang S. 278 ff.

unendlicher Strom von pflichttreuer Arbeit, Erfahrung und Kraft zugeflossen. Das inaktive Offizierkorps war der stärkste Pfeiler, auf dem das militärische System in der Heimat während des Krieges ruhte.

Die Armee errang unter der Führung ihrer Offiziere glänzende Siege im Osten und Westen. Sie erlebte das Unglück der Marne-schlacht, die nicht nur für das äußere, sondern auch für das innere Schicksal Deutschlands bestimmend geworden ist. Gegen die tragische Wucht der Geschehnisse stemmte sich das Offizierkorps mit übermenschlicher Anstrengung an. Es gelang ihm, das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Vom Glück nur selten begünstigt, vom Unglück häufig verfolgt, hielt es mit eiserner Willenskraft das abwärts rollende Rad auf. Die großen Leistungen, die auf militärischem Gebiet erzielt wurden, waren nicht so sehr der überragenden Feldherrnkunst einzelner Führer als der ungewöhnlichen Durchschnittsqualität der Gesamtheit der Offiziere zu danken.

Es war das vielleicht selbstverschuldete Schicksal dieses in strenger Einseitigkeit und Abgeschlossenheit erzogenen und in traditionellen Anschauungen stark befangenen Standes, bei dem überdies weit mehr Wert auf die Erzielung hoher Durchschnittseigenschaften als auf die Hochzüchtung großer Einzelpersönlichkeiten gelegt wurde, daß ihm in dieser Stunde höchster Gefahr kein umfassender Geist, keine Führernatur ganz großen Stils entsproß, die nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen Schwierigkeiten gewachsen gewesen wäre. Dieselben Männer, die dem hungernden, darbenden, schlecht mit Waffen und Munition versehenen Heere in vier langen Kriegsjahren die Wege zu heroischer Größe und unauslöschlichem kriegerischen Ruhm wiesen, entbehrten in der äußeren Politik des Augenmaßes und fanden für die innenpolitischen Schwierigkeiten und das zunehmende Chaos in der Heimat nicht die rechte Lösung.

*

Hemmungen und Schwächen des militärischen Systems.

Daß es gelang, wenigstens das Heer fast bis zum Ende des Krieges gegen die politische Zersetzung zu schützen, die im Volke schnelle Fortschritte machte, bleibt ein Triumph des preußischen Offiziersgeistes. Noch im Jahre 1918 taten die ausgemergelten, milizartigen Truppenverbände, für die die alte Friedensarmee nur noch

den äußeren Rahmen abgab, Wunder der Tapferkeit. Die Leistung muß um so höher bewertet werden, als das Offizierkorps in zunehmendem Maße in sich selbst gegen Hemmungen und Schwächen zu kämpfen hatte.

Unter diesen stand die Führerfrage an erster Stelle. Sie wurde allmählich zu einem der schwersten Probleme der Kriegführung. Das aktive und das Reserve- und Landwehroffizierkorps waren im Frieden zugeschnitten worden für einen Krieg von kurzer Dauer. Der Offizierbestand genügte für die aktiven Formationen und eine bestimmte Zahl von Reserveformationen.

Der rücksichtslose Einsatz gerade der aktiven Offiziere beim ersten Ansturm im Westen und Osten brachte glänzende militärische Erfolge, forderte aber auch gewaltige Opfer, die durch keinerlei Anstrengungen im weiteren Kriegsverlauf mehr ausgeglichen werden konnten. Wenn man auch später schonender und vorsichtiger im Einsatz der aktiven Offiziere vorging, so blieben die Verluste doch dauernd beträchtlich und der Bestand verringerte sich immer mehr, während das phantastische Anwachsen des Heeres und aller mit dem Krieg zusammenhängenden Organisationen den Bedarf unaufhörlich steigerte.

Die im Frieden ausgebildeten Reserve- und Landwehroffiziere haben bei aller Tüchtigkeit, Tapferkeit und Opferfreudigkeit die entstandenen Lücken nicht in ausreichendem Maße zu füllen vermocht. Dazu war ihre Zahl viel zu schwach und dazu fehlten ihnen auch sonst viele Voraussetzungen. Ihre Ausbildung war doch nur auf die unteren Offiziersgrade zugeschnitten, für die höheren Stellen mußte sie trotz aller im Kriege erworbenen Praxis unzureichend bleiben.

Man griff unter diesen Umständen immer mehr zu der Hilfe, in den höheren Führerstellen inaktive Offiziere zu verwenden, die bei aller Hingabe den körperlichen und geistigen Anforderungen des Krieges vielfach nicht mehr voll gewachsen waren. Besonders schwierig gestaltete sich die Besetzung der Regimentskommandeurstellen. Der Bedarf war gerade hier infolge der dauernden Vergrößerung des Heeres, der Abgänge durch Tote und Verwundete und des Ausfalls durch Überanstrengung und Versagen der Nerven sehr hoch. Andererseits waren in der Stellung des Regimentskommandeurs nur vollkommen frische verantwortungsfreudige Offiziere zu gebrauchen.

Der Wunsch einer Verjüngung der höheren Führerschaft und einer Ablösung der zum Teil überanstrengten und den Anforderungen nicht mehr voll gewachsenen Regimentskommandeure durch frischere jüngere Kräfte ist während des Krieges wiederholt aus urteilsfähigen Kreisen der Armee an das Militärkabinett herangetragen worden. Insbesondere hat der frühere Kriegsminister General v. Einem sich Ende 1917 warm für eine freiere und großzügigere Art der Verwendung der besten und insbesondere der jüngeren Kräfte in den maßgebenden Stellen eingesetzt. Aber die im Überlieferten tief verwurzelten Persönlichkeiten im Militärkabinett wehrten sich dagegen. Sie wollten auch „gewisse Rücksichten“ auf verdiente Persönlichkeiten, „die einmal vorübergehend in ihrer Spannkraft nachzulassen schienen“, nicht fallen lassen und der Truppe zugleich das Gefühl der Unsicherheit ersparen, das ihrer Ansicht nach bei der Enthebung eines höheren Führers leicht eintrat. Fast immer entschieden sie sich in dem Widerstreit, ob man an der bewährten Friedenstradition noch festhalten könne, oder ob der Weltkrieg eben doch dazu zwingt, neue Wege zu beschreiten, für ersteres.

Die O. H. L. blieb in diesem Streit der Meinungen ziemlich neutral. Obgleich ihr die Schwächen des Systems nicht entgingen, glaubte sie doch, daß man sich im Kriege auf diesem schwierigen Gebiet nicht in unsichere Experimente einlassen dürfe. Im einzelnen hat sie gelegentlich Änderungen befürwortet.

An dem Anciennitätsprinzip wurde also, von geringen Ausnahmen abgesehen, festgehalten. Nur für den Generalstab und das Kriegsministerium blieb, entsprechend der Friedensgewohnheit, die vorzugsweise Beförderung und die Verwendung in höheren Dienststellen, als dem Dienstgrad eigentlich zukam, bestehen. Vielfach wurden junge Hauptleute als Generalstabsoffiziere der Divisionen, junge Majore als Korpschefs verwendet. Die Leistungen der Kriegsgeneralstabsoffiziere, denen die intensive Ausbildung, welche der Generalstab seinen Mitgliedern im Frieden gewährt hatte, fehlte, blieben naturgemäß weit hinter denen der älteren Generalstabsoffiziere zurück, und es gab auch hier bedenkliche Erscheinungen. Im ganzen aber hat sich dieses freie System doch glänzend bewährt, und der Generalstab hat alle billigerweise an ihn zu stellenden Aufgaben gelöst. Der Schwung, der die deutsche Kriegführung auszeichnete, die Biegsamkeit allen Verhältnissen

gegenüber und die Organisationsfähigkeit hatten ihre kräftigsten Wurzeln in diesen im besten Mannesalter stehenden, körperlich und geistig ausgesuchten, in strengster Schule erzogenen Männern. Wenn der Einfluß des Generalstabes den der höheren Führer bisweilen zurückdrängte, so war dies ein unvermeidliches Übel, das mit deren teilweiser Überalterung unmittelbar zusammenhing. Tatkräftige und jüngere Führer haben sich den maßgebenden Einfluß immer wahren können.

Sast noch mehr Schwierigkeiten als die Besetzung der oberen bereitete die der mittleren und unteren Führerstellen. Die besten Elemente in den mittleren Jahrgängen zwischen 30 und 50 Jahren, in denen sich die stärksten Kräfte des aktiven Offizierkorps konzentrierten, waren durch den Generalstab, zu einem Teil auch durch das Kriegsministerium, beschlagnahmt. Was übrig blieb, reichte in der zweiten Hälfte des Krieges nicht mehr annähernd aus, um die Mehrzahl der Bataillone zu besetzen. Für die Kompagnien war nur noch ein verschwindender Bruchteil genügend ausgebildeter Friedensoffiziere und älterer erfahrener Reserveoffiziere verfügbar. Die weit überwiegende Masse der Kompagnieführerstellen mußte mit jungen Reserveoffizieren und aktiven Kriegsleutnants besetzt werden. Ihnen fehlten bei allem guten Willen und aller Tapferkeit doch sowohl die Kenntnisse als auch die Führereigenschaften, die nur zum Teil angeboren sind, im übrigen aber durch strenge Arbeit erworben werden müssen. Sie besaßen auch nicht immer in ausreichendem Maße das Bewußtsein der Verantwortung, das ihr Amt von ihnen verlangte, was bei noch in unreifem Alter stehenden Menschen nicht verwunderlich war. Ihr Verhältnis zu den Mannschaften gestaltete sich um so schwieriger, je älter diese waren und je mehr Kriegserfahrung sie besaßen. Die Klagen häuften sich. Immer dringlicher ertönte auch aus den Mannschaftenskreisen heraus der Ruf nach älteren, erfahrenen Offizieren, besonders nach aktiven. Die Überlegenheit der langen und intensiven Führerziehung des Friedens über die Improvisationen des Krieges war ganz offenkundig. Es genügte nicht, Befehle zu geben, wenn man nicht selbst gründlich gelernt hatte zu gehorchen und wenn man nicht imstande war, schon gefühlsmäßig im voraus die Wirkungen zu bemessen. Dem Friedensoffizier war es selbstverständlich, sich nicht nur um den militärischen Dienst der Leute zu kümmern, sondern auch für

ihr Wohl zu sorgen. Daran ließ der junge Kriegsleutnant es vielfach fehlen.

Diese Verhältnisse grundlegend zu ändern, lag außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten. Das Friedensoffizierkorps, das aktive und das Reserve- und Landwehroffizierkorps, war eben für den gewaltigen Rahmen des Kriegsheeres zu klein geworden. Es konnte sich nur darum handeln, sich so geschickt als möglich mit der vorhandenen Schwäche abzufinden.

Vielleicht wäre vieles besser geworden, wenn man sich entschlossen hätte, an Stelle der allzu jungen Offiziere reifere Menschen mit gefestigter Lebensanschauung, wenn auch ohne die vom Frieden her gewohnte gesellschaftliche Stellung und ohne den wissenschaftlichen Bildungsnachweis, mit der Führung der Kompagnien zu beauftragen. Aber davon wollte man im Kriegsministerium und Militärkabinett nichts wissen. Bis zum Ende des Krieges ist an der Forderung des Nachweises der Einjährigbildung für die Offiziersqualifikation festgehalten worden. Eine Ausnahme wurde nur zugelassen für besondere Auszeichnung vor dem Feinde. Hier von ist jedoch nur in verschwindend geringem Maße Gebrauch gemacht worden. Es bestand allerdings die Einrichtung der Feldwebelleutnants, für die kein Bildungsnachweis gefordert wurde. Sie setzten sich zum größten Teil aus ehemaligen Unteroffizieren zusammen und verkörperten ein gutes Teil der Friedenserfahrung. Aber sie rangierten grundsätzlich hinter den Reserveoffizieren, wurden von den neuernannten jungen Offizieren immer wieder übersprungen und gelangten infolgedessen nur selten zur Kompagnieführung.

Wiederholt ist aus der Truppe heraus und von höheren Führern eine Änderung dieses Systems verlangt worden*). Auch im Volke erscholl immer lauter der Ruf nach einer zeitgemäßen Anpassung an die Verhältnisse des Krieges. Man wies darauf hin, welches unschätzbare Führermaterial sich in den Leitern der sozialen und wirtschaftlichen Verbände darbiete, Leuten, die sich vielfach selbst emporgearbeitet hätten und über ein großes Maß von Selbstbeherrschung, Energie und Fähigkeit verfügten, die die

*) Neben General v. Einem hat der Führer der 2. Armee, General v. der Marwitz, Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht. Zahlreiche andere höhere Führer schlossen sich ihnen mehr oder weniger entschieden an, andere bekämpften jede Änderung der bestehenden Ordnung.

Seele der Massen kennen und zu gehorchen und zu herrschen verstünden.

Erst Ende Oktober 1918, unter dem Druck der drohend heraufsteigenden Revolution, hat sich das Kriegsministerium zu einer Abänderung des bisherigen Verfahrens durchgerungen. Die Feldwebel-leutnants und Offizierstellvertreter sollten nun endlich in die Offiziere des Beurlaubtenstandes unter gewissen Voraussetzungen eingereiht werden, auch ohne Bildungsnachweis. Eine praktische Bedeutung hat diese Verfügung aber nicht mehr gewonnen.

*

Die Handhabung der Heeresjustiz.

Zu einer sehr ernsten Gefahr entwickelte sich im Laufe des Krieges die Handhabung der Heeresjustiz. Sie ist den Anforderungen für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der zweiten Kriegshälfte nicht mehr gerecht geworden.

Es war verständlich, daß man im Anfang des Krieges in warmer Anerkennung der glänzenden Leistungen und des hervorragenden Geistes der Mannschaften von der Anwendung scharfer Strafen für disziplinäre Vergehen tunlichst Abstand nahm. Die freudige Aufopferung und Pflichterfüllung war damals in der Masse des Heeres noch so groß, daß dem gegenüber die ersten Erscheinungen des Nachlassens leicht zu wiegen schienen.

Aber seit dem Jahre 1916, seit Verdun und der Somme, hatten sich die Dinge geändert. Die im nationalen Sinne besten Leute deckte der grüne Rasen. Immer mehr füllte sich die Front und vor allem die Etappe mit den seelisch und körperlich weniger Kräftigen, immer zahlreicher wurden die Zeichen des Ermattens. Sicherlich ließ sich der sinkende Geist nicht durch drakonische Strafen festhalten oder wiederherstellen; sicherlich war es unmöglich, an diese zur Schlacke ausgebrannten Truppen die scharfen Anforderungen zu stellen, die gegenüber gutausgebildeten, geistig und körperlich frischen Soldaten berechtigt waren. Aber ebenso unzweifelhaft war es, daß der furchtbare Ernst der Kriegsgesetze diesen an Willenskraft geschwächten Menschen dauernd klar vor Augen stehen mußte. Je mehr der Rausch der kriegerischen Begeisterung schwand, je mehr unter den Einflüssen des zermürbenden Kampfes der kategorische Imperativ der Pflichterfüllung verloren ging, um so notwendiger mußte der eiserne Zwang auch äußerlich betont

werden. Die Engländer und Franzosen haben das frühzeitig erkannt. Sie haben die Kriegsgesetze, wo es ihnen irgend notwendig schien, verschärft. Für bestimmte Vergehen, z. B. unerlaubte Entfernung aus der Front und Feigheit, kannten sie keine Gnade. Die Überwindung der großen Krise im französischen Heere nach der mißlungenen Frühjahrsoffensive 1917 war zum guten Teil der scharfen Anwendung der Kriegsgesetze zu danken. In der deutschen Armee dagegen wurden die Strafen mehrfach gemildert. Es wurde allgemein üblich, nicht die schärfsten, sondern die mildesten gesetzlich zulässigen Strafen zu verhängen. Die Folge war, daß die Zahl der unerlaubten Entfernungen aus der Front, die Fälle offenkundiger Feigheit, der Verweigerung des Waffendienstes, des Landesverrats gegen Ende des Krieges ins Ungeheuerliche stiegen. Der Fahnenflüchtige wußte, daß ihn im schlimmsten Falle die Verurteilung in eine Strafkompagnie oder Zuchthausstrafe erwartete. Die Todesstrafe ist fast nie ausgesprochen worden. Der Verurteilte war für einige Zeit der Gefahren und Beschwerden des Schützengrabens enthoben. Er konnte auf baldige Begnadigung rechnen.

Im Jahre 1918 sah sich die Oberste Heeresleitung zu einer Reihe scharfer Erlasse genötigt. Sie forderte die Anwendung der strengsten Gesetze und exemplarische Strafen, auch der Todesstrafe. Die fast zur Gewohnheit gewordenen Strafaussetzungen oder Strafunterbrechungen und die Rückführung der Schuldigen zur Truppe sollten auf das geringste Maß eingeschränkt werden. In schweren Fällen von Feigheit und Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde wurden die Offiziere zum Gebrauch der Waffe ermahnt, um den Gehorsam zu erzwingen.

In einem Erfahrungsbericht der deutschen Jäger-Division vom Juli 1918, dem die Oberste Heeresleitung sich voll anschloß und den sie allgemein bekanntgab, hieß es: „An Stelle des Drills tritt . . . [im Kampf] die Gesinnung und die Erziehung. Aber auch Lohn und Strafe müssen eine große Rolle spielen. Aus der Truppe heraus tritt mehr und mehr die Forderung der Todesstrafe hervor für wiederholte Feigheit vor dem Feinde. Zu warnen ist vor weicherlicher Behandlung bei Disziplinarvergehen. Auf einer scharfen, aber gerechten Handhabung der Disziplinarstrafgewalt beruht der Bau der Ordnung und Unterordnung unserer Armee. Abschaffung des strengen Arrests ist ebenso schädlich wie der üblich gewordene Strafaufschub bei gerichtlichen Strafen. . . Letzteres stellt geradezu

eine Prämie für niederträchtiges Verhalten dar, da der Straffällige zunächst bis zur meist endlos verschleppten Aburteilung aus dem Feuerbereich herauskommt, um danach wieder in die Front eingestellt zu werden, als ob nichts passiert wäre. Vor dem nächsten Angriff sind diese Leute meist rechtzeitig verschwunden, um erst nach Wochen gefaßt zu werden und das Spiel von neuem zu beginnen.“

Alle Maßnahmen auf diesem Gebiet kamen aber jetzt zu spät.

*

Die Ordensverleihungen.

Viel Verstimmung erregte in der Armee auch die Art der Ordensverleihung. Der hohe Rang, den das Eiserne Kreuz ursprünglich in den Augen der Bevölkerung besaß und der einen starken Antrieb bildete, sich vor dem Feinde auszuzeichnen, wurde erheblich dadurch herabgedrückt, daß diese Ordensauszeichnung nicht nur für die kämpfende Truppe, sondern allgemein für Kriegsverdienste verliehen wurde. Es erweckte bei dem Frontkämpfer, der vielleicht schon geblutet hatte, bittere Gefühle, wenn der Soldat hinter der Front oder gar in der Heimat, zur gleichen Zeit oder früher ausgezeichnet wurde. Egoismus und engherziger Schematismus haben gerade auf dem Gebiet des Ordenswesens unendlich viel verdorben. Schließlich wurde das Eiserne Kreuz als eine Art Kriegserinnerungszeichen aufgefaßt, dessen Nichtverleihung selbst von Leuten, die nie eine Kugel hatten pfeifen hören, als Kränkung empfunden wurde und das häufig mit allen Anzeichen der Enttäuschung gefordert wurde.

Es war ein weiterer Mangel, daß für die Mannschaften eine höhere Kriegsauszeichnung als das E. K. I. nicht bestand. Die Leute, die es schon im ersten Kriegsjahr erhalten hatten, gingen von nun an leer aus, und es fehlte daher ein nicht zu unterschätzender Antrieb zu weiterer Auszeichnung.

*

Offiziers- und Mannschaftenverpflegung.

Nichts hat das Verhältnis zwischen Offizier und Mann so ungünstig beeinflusst, wie die Klagen über die Unterschiede in der

Verpflegung. Immer wieder wurde der Vorwurf erhoben, daß die Offiziere weit besser lebten als die Mannschaften, und daß für die Stäbe mehr an Verpflegung entnommen werde, als zuständig sei. Ohne Zweifel haben die Offiziere in den Zeiten der Ruhe leichter Gelegenheit gefunden, sich aus dem besetzten Gebiet oder aus der Heimat Nahrungsmittel zu beschaffen. Aber auch einem sehr großen Teil der Mannschaften, vor allem den aus bäuerlichen Kreisen stammenden, sind reichliche Mengen von Nahrungsmitteln zugeflossen. Es muß andererseits zugegeben werden, daß an manchen Stellen, vor allem in der Etappe, teilweise auch in den Stäben, die Lebenshaltung der allgemeinen Notlage nicht entsprach. Hier lagen ungesunde Keime, und es ist oft gesündigt worden. Wie auch anderwärts im Kriege hat der Egoismus der menschlichen Natur auf diesem Gebiet unerfreuliche Blüten getrieben. Selbstverständlich wurde der Versuch gemacht, die Auswüchse zu beseitigen. Ein noch schärferes Eingreifen von oben her wäre bisweilen wohl möglich und am Platze gewesen.

In der Kampffront waren die Klagen seltener. Hier teilte der Offizier in der Regel die Feldküchenkost mit den Mannschaften. Wenn er sich in mäßigen und erlaubten Grenzen Zukost hielt, so erhoben die Mannschaften hiergegen keine Einwendungen, vorausgesetzt, daß sie das Gefühl hatten, daß auch für sie nach Möglichkeit gesorgt werde. Für die älteren aktiven und die Reserveoffiziere war die Fürsorge für die Mannschaften eine im Frieden anerzogene Gewohnheit. Ihre Bemühungen haben bei den Untergebenen immer dankbare Anerkennung gefunden. Klagen über sie waren selten. Die jungen Kriegsoffiziere haben dagegen oft den erforderlichen Takt und das gute Beispiel vernichten lassen. Sie nahmen keine Rücksicht darauf, daß die Leute gerade in der Verpflegungsfrage am empfindlichsten waren.

Die Art und Weise aber, wie die tatsächlichen Verhältnisse zur Verhegung der Mannschaften entstellt wurden, überstieg jedes vernünftige Maß. Die Masse der Offiziere hat durchaus bescheiden gelebt. Die geflüsterte und meist stark übertriebene Hervorhebung von Mißständen entsprach dem offensichtlichen Wunsch hegeherischer Elemente, das gute Verhältnis zwischen Offizier und Mann zu untergraben.

*

Die Abwehrmaßnahmen der O. H. L.

Es ist ein Beweis für die innere Kraft des Offizierkorps, daß es ihm trotz aller Hemmungen und Schwächen in sich selbst gelungen ist, den nationalen Geist und die kriegerische Moral im Heere bis gegen Kriegsende aufrechtzuerhalten.

Die O. H. L. hielt es zum ersten Male im Februar 1916 für notwendig, die Armeen vor der revolutionären Propaganda an der Westfront zu warnen. Sie konnte sich dabei allerdings zunächst nur auf russische Pressenachrichten berufen, nach denen deutsche Kriegsgefangene Aussagen über die kriegsfeindliche Propaganda radikaler Elemente in der Truppe gemacht haben sollten.

Diese Nachrichten fanden aber bald mannigfache Bestätigung. Man entdeckte Propagandablätter revolutionären Inhalts in den Schützengräben*). Es wurde bekannt, daß in der Truppe Stimmung gegen die „kriegsverlängernde Kriegsannehme“ gemacht wurde. In den Feldbriefen kam häufig eine maßlose Erbitterung zum Ausdruck. Die in die Heimat beurlaubten Soldaten redeten eine Sprache, die bis dahin ganz unerhört war.

Es war erklärlich, daß die Zeichen der Ermüdung und Kriegsunlust in der Truppe an manchen Stellen als Folge der revolutionären Propaganda gedeutet wurden, während sie damals ohne Zweifel noch weit mehr auf die Überanstrengung vor Verdun, an der Somme und in Galizien zurückzuführen waren, von der das Heer sich während des ganzen Krieges nicht mehr erholt hat.

Die O. H. L. hielt im Sommer 1916 trotz der militärischen Schwierigkeiten an ihrer optimistischen Beurteilung der Stimmung in Volk und Heer fest, der sich übrigens auch die maßgebenden politischen und militärischen Heimatbehörden angeschlossen. Sie meinte, daß man die alte Gewohnheit des Schimpfens, die zu den Traditionen des Heeres gehörte, nicht zu tragisch nehmen dürfe. Noch im Mai 1916 gab sie der Überzeugung Ausdruck, daß „die Zahl der unzufriedenen Elemente verschwindend gering sei“. Etwas später allerdings wurde auch sie bedenklich. Die verheerende Wirkung der Verdun- und Somme-Kämpfe konnte nicht länger geleugnet werden. Der Überdruß und Widerwille gegen den Krieg und der

*) S. B. die „Losen Blätter“, die in Briefformat versandt wurden und in kleinen einzelnen Merkblättern Aufstellungen über die deutschen Verluste, die schlechte Finanzlage, die Lebensmittelnöte u. dgl. enthielten.

brennende Wunsch, in die Heimat zurückzukehren, begann alles zu überwuchern. Die seelische Widerstandskraft der Truppe ließ offensichtlich nach. Die von radikaler Seite gestreute Saat, die bisher unfruchtbar geblieben war, fing hier und da zu keimen an.

Die dritte O. H. L. übernahm unter diesen Umständen im Herbst 1916 eine schwere Erbschaft. Das Heer befand sich im Zustande tiefster Erschöpfung. Der stolze, sieges sichere Glaube war erschüttert. Das Gefühl unbedingter militärischer Überlegenheit war im Trommelfeuer der Somme dem drückenden Bewußtsein der Waffenunterlegenheit gewichen. Der Sieg lag ferner denn je. Mißvergnügen und Verzagtheit schlichen durch das Heer. Im Herbst 1916 vollzog sich der seelische Bruch.

Die neue O. H. L. begriff sogleich, daß Gefahren von unabsehbarer Tragweite drohten. Hindenburg und Ludendorff waren bei ihren Reisen an der Westfront erschrocken über die dumpfe, matte Stimmung. In den Herbstkämpfen bei Verdun versagte zum ersten Male die kriegerische Moral ganzer Truppenverbände. Selbst der starke Geist Ludendorffs konnte sich des Zweifels nicht erwehren, ob das geschwächte Heer noch imstande sein werde, den Sieg zu erzwingen. Man entschloß sich, den Landkrieg im Jahre 1917 im wesentlichen verteidigungsweise zu führen und die Entscheidung durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg auf dem Meere zu suchen.

Um dem Übel an die Wurzel zu gehen, wandten sich die verantwortlichen Männer in der O. H. L. nunmehr auch den innenpolitischen Zuständen in der Heimat zu. Vermöge ihrer überragenden autoritativen Stellung übten sie einen scharfen Druck auf den Kriegsminister und auf die Stellvertretenden Kommandierenden Generale als die Träger der innenpolitischen Gewalt aus. Sie scheuten sich nicht, den leitenden politischen Stellen, insbesondere dem Reichskanzler, in eindringlichster Form Vorschläge für die Gesundung der inneren Verhältnisse und für eine zukünftige straffe Zügelführung zu machen. Als der Reichskanzler auf ihre Wünsche und Anregungen nicht genügend einging, erzwangen sie seine Beiseitigung, indem sie für ihr eigenes weiteres Verbleiben im Amt die Kabinettsfrage stellten. Dann freilich begann ihre Energie auf diesem Gebiet nachzulassen. Der Kaiser gab deutlich zu erkennen, daß er eine weitere politische Einmischung seiner Generale nicht wünsche. Er stellte sich auch in einer scharfen Auseinandersetzung,

die im Winter 1917/18 zwischen dem Reichskanzler Grafen Hertling und der O. H. L. in der Frage der Verantwortlichkeit für die politische Führung des Krieges stattfand, im wesentlichen auf die Seite des Kanzlers*). Die O. H. L. gab den Kampf für ihre innen- und außenpolitischen Ziele zwar trotzdem nicht auf. Aber sie hielt sich mehr, als es während des Jahres 1917 geschehen war, zurück und bemühte sich, zu einem erträglichen Zusammenarbeiten mit dem Grafen Hertling zu kommen. Es wurde ihr das um so leichter, als sich angesichts der Besserung der militärischen Lage der Glaube wieder festigte, daß es im Jahre 1918 doch gelingen werde, den Krieg auf dem Lande zu einem erfolgreichen Ende zu führen, und daß die verworrenen innenpolitischen Verhältnisse und die ungünstige Stimmung in der Heimat hieran nichts mehr ändern werde. Es schien ausreichend, wenn ein vorzeitiger moralischer Zusammenbruch der Heimat verhindert wurde. Man hoffte, daß die Heimatbehörden wenigstens dieser Aufgabe gewachsen sein würden.

*

Der Einfluß der russischen Revolution**).

Der Ausbruch der russischen Revolution im März 1917, der die militärische und politische Seite des Krieges stark veränderte, stellte die leitenden Männer vor die schwere Frage, wie man sich angesichts der neuen Lage verhalten solle. Man war keineswegs blind gegen die Ansteckungsgefahr, die von Rußland ausging. Sie kündigte sich deutlich genug in dem plötzlichen Anschwellen der revolutionären Stimmung in den radikalen deutschen Parteikreisen an und in der schärferen Tonart, die auch von den Mehrheitssozialisten im Frühjahr 1917 und später während der russisch-deutschen Friedensverhandlungen im Winter 1917/18 angeschlagen wurde. Die Gefahr der Ansteckung mußte aber nach Ansicht des Reichskanzlers um des großen Zieles willen, mit Rußland unter allen Umständen zum Abschluß zu kommen, in Kauf genommen werden. Er vertrat den Standpunkt, daß man die revolutionäre Weiterentwicklung in Rußland nach Möglichkeit sich selbst überlassen solle und nicht störend von außen her eingreifen dürfe.

*) S. Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 452 ff.

**) S. Urkundenanhang S. 286 ff.

Die O. H. L. ging auf diese Gedankengänge ein. Sie ließ das deutsche Ostheer während der ersten Monate der russischen Revolution mit Gewehr bei Fuß stehen. Sie verlangte nur, daß jede unnötige Berührung mit dem revolutionären Lande vermieden werde, und daß vor allem die revolutionäre Propaganda in Deutschland unterbunden würde. Das Kriegsministerium erklärte im Sommer, es werde über den Kopf der Regierung hinweg besondere Zensurmaßnahmen anordnen, wenn diese nicht schärfer als bisher eingreife. Auf der anderen Seite aber fand sich die O. H. L. bereit, den Zeretzungsprozeß der durch die Revolution erschütterten russischen Armee dadurch zu beschleunigen, daß man große Mengen von Propagandaliteratur in die russischen Gräben beförderte. Auf der ganzen Front gingen allnächtlich Patrouillen mit Plakaten und Stößen von Flugblättern nach den feindlichen Gräben hinüber. Sie wurden ihnen bisweilen abgenommen, bisweilen wiesen die Russen jede Annäherung durch Feuer zurück. Nicht selten entwickelte sich ein ganz freundschaftlicher Verkehr zwischen den Gräben, man tauschte Brot und Lebensmittel aus, trank Schnaps und Tee zusammen und redete vom kommenden Frieden.

Aus der Truppe selbst erhoben sich bald starke Bedenken gegen dieses Verfahren, das auf die Dauer die kriegerische Moral auch im deutschen Ostheere gefährden mußte. Unter den Russen gab es genug sprachgewandte Leute, die mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, ihre revolutionären Ideen unter den „deutschen Kameraden“ zu verbreiten. Es wurde daher nach einiger Zeit von deutscher Seite der Schützengrabenverkehr wieder unterbunden, und bald darauf knatterten auf der ganzen Front von neuem die Gewehre.

Ein Vierteljahr war ungenützt verstrichen. Die russische Armee hatte sich in dieser Zeit so weit gefestigt, daß der Revolutionsheld Kerenski eine große Offensive gegen die deutsche und österreichische Ostfront anordnen konnte. Aus ihr entwickelten sich die Kämpfe, die nach der anfänglichen schweren Niederlage der Österreicher in Galizien mit den deutschen Gegenschlagen bei Zloczow, Riga und Osel und der endgültigen Auflösung der russischen Armee sowie der zweiten Revolution Lenins endigten.

Wiederum begann der Verkehr von Graben zu Graben. Er war durch alle Verbote nicht mehr ganz zu verhindern. Verbrüderungszenen waren an der Tagesordnung. Trotzki hielt in Brest-Litowsk seine großen Propagandareden. Wenige Monate

später, im Sommer 1918, begann Joffe, der neue bolschewistische Gesandte in Berlin, seine unheilvolle Tätigkeit. Durch zahllose Kanäle strömte von da ab der internationale Geist des Bolschewismus in das geschwächte Deutschland hinüber.

Die Berührung der deutschen Truppen mit den russischen Revolutionären war eine starke Probe für die Disziplin und den Kampfsgeist des deutschen Ostheeres. Es hat sie, im ganzen genommen, gut bestanden. In der ersten Zeit, im März und April 1917, sind Ansteckungen ernstere Art überhaupt nicht eingetreten, wenigstens sind sie nicht unmittelbar festzustellen. Die deutschen Truppen erfüllten überall ihre Pflicht. Im Herbst und Winter war die Gefahr noch größer. Aber durch die vorausgegangenen kriegerischen Ereignisse waren die „kameradschaftlichen“ Empfindungen, die der russische Revolutionsrausch in manchen deutschen Köpfen ausgelöst hatte, doch bereits stark wieder abgekühlt. Der deutsche Soldat fühlte sich jetzt als Sieger. Der Verbrüderungsgedanke verlor hierdurch viel von seinem Reiz. Überdies wurden die guten Kampfdivisionen seit dem Oktober aus der Front herausgezogen und rollten in den Wintermonaten in ununterbrochener Folge nach dem Westen. Sie kamen mit dem revolutionären Rußland nicht mehr in Berührung. Was zurückblieb, waren Truppen zweiten Ranges, die für die scharfe Kriegsführung im Westen nicht geeignet waren. Auf sie hat der Geist des Bolschewismus allmählich stärkeren Einfluß gewonnen. Im Sicherungs- und Verwaltungsdienst über die unendlichen Räume des riesigen Landes verstreut, unterlagen die einzelnen Leute den mannigfachsten Versuchungen. Unerlaubter Handel, nicht nur mit Lebensmitteln, sondern mit Gegenständen jeglicher Art, Bereicherung, Bestechung gehörten gegen Ende des Krieges nicht mehr zu den Ausnahmen. Die Moral sank, die kriegerischen Eigenschaften verflüchtigten sich. Der Geist der Revolution faßte hier und dort Fuß. Im November 1918 verlor die Masse der Osttruppen den Halt und verfiel einer kläglichen Auflösung.

Noch verderblicher erwies sich der Einfluß des Bolschewismus auf die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die in endlosen Zügen seit dem Winter 1917 in die Heimat zurückkehrten. In den Kriegsgefangenenlagern waren ihnen bolschewistische Ideen eingepfropft worden. Sie hatten die irrtümliche Auffassung, daß sie nicht gezwungen werden könnten, an der West-

front zu kämpfen. Es kostete Mühe, sie aufzuklären. Schwer enttäuscht und übelläunig saßen sie wochenlang in den Quarantänelagern an der Grenze, zeigten eine auffällige Haltung und stellten in schroffer Tonart unerfüllbare Forderungen an die Regierung. Es erwies sich zunächst als unmöglich, diese Leute den im Westen kämpfenden Regimentern zuzuführen. Man mußte besondere Ausbildungslager einrichten, in denen sie wieder an die Truppendisziplin und an die Kampfverhältnisse in Frankreich gewöhnt werden sollten. Schließlich sah sich die O. H. L. infolge der verzweifelten Ersatzlage im Sommer und Herbst 1918 gezwungen, sie doch einzustellen. Aber anstatt den gelichteten Truppenbeständen den heißersehten Zuschuß an Kraft zu bringen, bildeten sie Herde der Verseuchung, die eine aufrührerische Stimmung in die Reihen der um die letzte Entscheidung ringenden Regimenter trugen. Wiederholt verweigerten die Truppenkommandeure die Aufnahme der Leute in ihre Regimenter, da sie mehr schaden als nützten. Die Ansteckungsgefahr, die von ihnen ausging, war nicht weniger ernst zu nehmen, wie die revolutionäre Propagandatätigkeit der radikalen sozialistischen Parteigruppen.

Diese hatte durch die russischen Vorgänge im Frühjahr 1917 einen starken Antrieb erhalten und äußerte sich in einer gesteigerten Aktivität. In der Schlacht bei Arras im April 1917 fanden die Engländer in den eroberten Gräben eine Fülle revolutionären Aufklärungsmaterials. Der unabhängige Abgeordnete Paul Hoffmann forderte durch Rundschreiben die sozialistischen Heeresangehörigen auf, sich für die Unabhängige Partei zu erklären, deren pazifistische Ziele gerade damals durch eine intensiv betriebene Propaganda überall bekannt wurden. Die O. H. L. erklärte dieses Verfahren für unzulässig und untersagte die Werbetätigkeit der politischen Parteien in der Armee sowie die politische Betätigung von Heeresangehörigen. Ungefähr zur gleichen Zeit erließ sie die grundlegenden Verfügungen für die Aufklärungstätigkeit im Heere und in der Heimat oder, wie es später hieß, den „Vaterländischen Unterricht“, und widmete sich all den innenpolitischen Problemen, die für die Erhaltung des kriegerischen Geistes in der Armee von Bedeutung schienen. Es war eine Zeit vorübergehender militärischer Stille und Sammlung, dafür um so größerer Fruchtbarkeit auf innenpolitischem Gebiet. Der schwere Druck der Flandernschlacht und die wiederauflebende kriegerische Tätigkeit an der

russischen Front lenkte aber die Aufmerksamkeit bald wieder mehr den militärischen Aufgaben zu.

Um ein zuverlässiges Bild über die Stimmung in der Truppe zu gewinnen und um andererseits die staatsfeindliche Propaganda im Heere zu unterbinden, ordnete die O. H. L. eine scharfe Kontrolle der Postsendungen an. Es wurde ein bestimmter Teil der ein- und auslaufenden Post regelmäßig und gründlich auf seinen Inhalt untersucht. Wo Verfehlungen festgestellt wurden, wurden die Schuldigen bestraft. Diese ohne Unterschied der Person vorgenommenen Prüfungen hatten das wichtige Ergebnis, daß die Übersendung propagandistischer Materials auf dem Wege über die Feldpost von jetzt ab so gut wie ganz unterblieb.

Im Juni und Juli 1917 kam es an verschiedenen Orten, u. a. in Stettin, Düsseldorf und in Oberschlesien, zu Unruhen, bei denen auch Militär eingriff. Nirgends wurde ein Versagen der Truppe beobachtet. Allerdings erregte es unliebsames Aufsehen, daß sich an den oberschlesischen Unruhen beurlaubte Soldaten beteiligt hatten.

Im August wurde der Hauptmann v. Beerfelde verhaftet, der sich zum Anwalt pazifistischer Gedankengänge gemacht und um die Verbreitung der in hohem Maße staatsgefährlichen Lichnowskischen Denkschrift über die angebliche deutsche Kriegsschuld bemüht hatte. Aber die O. H. L. maß solchen vereinzelt vorgehenden keine symptomatische Bedeutung bei.

Auch die Untersuchung der revolutionären Bewegung in der Marine im August und September 1917 ergab keinen Anhaltspunkt dafür, daß mit ähnlichen Erscheinungen in der Armee zu rechnen sei. Die O. H. L. verschärfte trotzdem bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Armeeeoberkommandos und verlangte vermehrte Anstrengungen auf dem Gebiet der Aufklärung.

*

Die nationale Propaganda.

Mit den negativen Mitteln der Abwehr begnügte sich die O. H. L. in dem Kampfe gegen den internationalen Gedanken indessen nicht. Sie war ernstlich bemüht, ihn auch aktiv mit den Waffen des Geistes zu führen und sah die Lösung in der Kräftigung des kriegerischen Willens in Volk und Heer durch eine großzügige

nationale Propaganda, für die zunächst die Presse zur Verfügung stand. Später erfuhr sie durch den „Vaterländischen Unterricht“ eine Erweiterung.

An sich hätten diese Dinge durchaus in den Arbeitskreis der Zivilbehörden gehört. Es war eine große Schwäche im System, daß die militärischen Stellen im Kriege so stark mit ihnen belastet wurden. Sie trat vielleicht am offenkundigsten auf dem Gebiet des Zensur-, Presse- und Propagandadienstes zutage, der vorwiegend in den Händen der militärischen Stellen lag, obgleich deren Interessen sachlich keineswegs im Vordergrund standen. Sie waren ursprünglich auf die Wahrung des militärischen Geheimnisses, die Unterrichtung der Presse über den Gang der kriegerischen Ereignisse und auf deren Beobachtung hinsichtlich der Volksstimmung beschränkt, während die innen- und außenpolitische Beeinflussung der Presse, unzweifelhaft die wichtigste Aufgabe des Pressedienstes, aus dem militärischen Gesichtskreis eigentlich ganz herausfiel.

Es war im Frieden sonderbarerweise nicht daran gedacht worden, eine einheitliche zentrale Organisation für das gesamte Pressewesen vorzubereiten. Lediglich auf dem Teilgebiet der Zensur bestanden im Rahmen des Belagerungszustandes die Anfänge einer Organisation bei den Stellvertretenden Generalkommandos. Diese übten die Zensur ohne verantwortliche Mitbeteiligung der Zivilbehörden aus. Eine übergeordnete Instanz war zunächst überhaupt nicht vorhanden. Die Presseabteilung beim Stellvertretenden Generalstab in Berlin hatte lediglich eine beratende Mitwirkung.

Soweit militärische Dinge zur Beurteilung standen, arbeiteten die Militärzensurstellen ohne besondere Schwierigkeiten. Ihre Maßnahmen blieben aber hierauf nicht beschränkt, mußten vielmehr auf das innen- und außenpolitische Gebiet sehr bald übergreifen. Hierbei entstanden starke Reibungen nicht nur mit der Presse, sondern auch mit den Parlamenten und den politischen Behörden. Die O. H. L. versuchte, in der klaren Erkenntnis, daß die militärischen Zensurstellen den Schwierigkeiten der politischen Zensur nicht gewachsen seien, die Verantwortung den zuständigen Stellen zuzuschieben. Sie verlangte, daß politische Beanstandungen, die ja in der Regel von den politischen Behörden angeregt wurden, auch formell von diesen gedeckt würden, die Militärzensurstellen in diesen Fällen also nur als Zwischenträger fungieren

sollten. Noch lieber wäre es ihr gewesen, wenn man zu einer völligen Trennung der politischen und militärischen Zensur gekommen wäre, was freilich eine Änderung der gesetzlichen Befugnisse der Stellvertretenden Kommandierenden Generale bedingt hätte. Man kam aber über diese Fragen zu keiner vollen Klärung. Im wesentlichen blieb der ursprüngliche Zustand bestehen, und dementsprechend haftete das Odium für alles, was auf diesem innenpolitisch so gefährlichen Gebiet geschah, an den militärischen Zensurstellen.

Während beim Zensurdienst immerhin noch sehr erhebliche militärische Interessen zu vertreten waren, spielten sie beim eigentlichen Pressedienst eine durchaus untergeordnete Rolle. Es fehlte auf diesem Gebiet den militärischen Stellen überdies jede Erfahrung. Kein Soldat hatte sich im Frieden damit beschäftigt, wie die heimische Presse im Kriegsfalle zu beeinflussen sei, wie man der neutralen und feindlichen Presse gegenüber zu verfahren habe. Von der militärischen Führung des Pressedienstes war also nicht viel zu erwarten. Eine großzügige und sachverständige Leitung des gesamten Presse- und Propagandawesens wurde aber um so dringlicher, je verworrener im Verlauf des Krieges die Meinungen im Volke gegeneinander stritten und je schärfer von feindlicher Seite der Kampf mit den geistigen Waffen der Verleumdung und der Propaganda geführt wurde.

Die O. H. L. schlug vor, daß der Reichskanzler entweder durch einen eigenen Pressechef die Führung selbst übernehme, oder eine besondere Stelle, etwa einen Propagandaminister, mit der Gesamtleitung beauftrage. Die Erörterungen über diesen Gedanken haben sich lange hingezogen. Zu einem praktischen Ergebnis haben sie nicht geführt. Der Reichskanzler lehnte immer wieder ein Hervortreten und eine führende Rolle seiner Person auf diesem gefährlichen Boden ab*). Er bediente sich für die außenpolitischen Fragen der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und gab hier in autoritativer Weise Richtung und Ziele an. Für das Gebiet der inneren Politik fehlte dagegen eine ähnlich autorisierte Stelle. Von einer zentralen Führung war hier während des ganzen Krieges nichts zu spüren. Es blieb der wenig glückliche Zustand bestehen, daß die einzelnen Ressorts — die militärischen, die politischen, später auch die wirtschaftlichen — sich eigene Presseeinrich-

*) Nur während der Kanzlerschaft Michaelis' hat vorübergehend das Amt eines Pressechefs bestanden.

tungen schufen und eigene Wege gingen, ohne sich sonderlich viel umeinander zu kümmern. Der militärische Pressedienst hatte hierbei von Anfang an, gestützt auf die gleichzeitige Ausübung der Zensur, ein entschiedenes Übergewicht, das sich späterhin noch steigerte, da auch auf diesem abliegenden Gebiet die militärische Initiative größer war als die der Zivilbehörden.

Insbondere nahm sich die O. H. L. der Dinge an und versuchte, in die ihrer Ansicht nach verfahrenen Zustände Ordnung zu bringen. Anfangs erstreckte sich ihr Interesse hauptsächlich auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Feldheeres. Es umfaßte die Darstellung der kriegerischen Ereignisse durch die amtliche Berichterstattung und durch die Kriegsberichterhalter, die Schaffung von Armeezeitungen und die Nachrichtenversorgung für die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Um die heimatischen Presseangelegenheiten kümmerte sich die O. H. L. ursprünglich weniger. Sie wurden im Nebenamt mitbearbeitet von der Presseabteilung des Stellvertretenden Generalstabes in Berlin, die, in regem Gedankenaustausch mit der O. H. L., durch regelmäßige Besprechungen eine enge Verbindung mit den Pressevertretern herzustellen suchte und im Zusammenarbeiten mit den Presseabteilungen der Stellvertretenden Generalkommandos für die richtige Verbreitung der Nachrichten Sorge trug. Sie unterrichtete die O. H. L. außerdem über die Stimmung in der Presse und im Volke.

Wenn auch diese behelfsmäßige Einrichtung für die erste Zeit des Übergangs den dringendsten Ansprüchen zur Not genügte, so gewann die O. H. L. doch allmählich die Überzeugung, daß angesichts der gewaltig sich steigenden Anforderungen des Krieges ein anderer Ausbau Platz greifen müsse. Sie entschloß sich daher im Herbst 1915, die Presseabteilung des Stellvertretenden Generalstabes in der erweiterten Form des Kriegspresseamtes sich einzugliedern. Das neue Amt, das zugleich als Oberzensurstelle fungierte, sollte richtunggebend auf alle in der Presse ruhenden nationalen Kräfte einwirken. Anfangs, während der Amtszeit Falkenhayns als Generalstabschef, blieb seine Tätigkeit im wesentlichen auf das militärische Gebiet beschränkt. Später, zur Zeit Hindenburgs und Ludendorffs, erstreckte sie sich in zunehmendem Maße auch auf die politische und wirtschaftliche Seite. Trotz der überragenden Autorität, die die leitenden Persönlichkeiten vor allem der dritten O. H. L. bei den nationalen Schichten bis tief in die Kreise

der Sozialdemokratie hinein genossen, erfuhr das Kriegspresseamt frühzeitig scharfe Kritik, die sich im Jahre 1918 bis zu offener Feindschaft steigerte. Vor allem ist der Vorwurf erhoben worden, daß dadurch der Gedanke eines rechtzeitigen Verständigungsfriedens sabotiert worden sei. Die O. H. L. hat hiergegen erwidert, daß damit der Gedanke eines rechtzeitigen Verständigungsfriedens sabotiert sei. Die O. H. L. hat hiergegen erwidert, daß sie das Bild der militärischen Lage stets auf Grund innerster Überzeugung richtig gezeichnet habe, daß es im übrigen ihre Pflicht gewesen sei, die Siegeszuversicht im Volke zu stärken, da die Zivilbehörden hierin offensichtlich versagt hätten, daß sie sich nie nach der Führung auf dem Gebiete der Volksaufklärung gedrängt, diese vielmehr nur aus Gewissenszwang übernommen habe, nachdem der Reichskanzler sie abgelehnt hatte.

Die Beziehungen des Kriegspresseamts zu den politischen Stellen im Reich waren sehr wenig freundlicher Art. Die großen grundsätzlichen Gegensätze, die zwischen der O. H. L. und der Reichsleitung klafften, übertrugen sich naturgemäß auch auf ihre Organe. Unter diesen Umständen war nicht zu erwarten, daß das Kriegspresseamt die dringend erforderliche Konzentration der in der Presse ruhenden nationalen Kräfte erreichen würde. Eine militärische Stelle konnte dieser gewaltigen, ihr ganz fremden Aufgabe schlechterdings nicht gewachsen sein. Tatsächlich blieben die zerfahrenen Zustände im Pressewesen bis zum Ende des Krieges bestehen. Sie waren im höchsten Maße kennzeichnend für die Uneinigkeit der obersten Reichsbehörden und für die Schwäche des ganzen Regiments.

Ungeachtet aller Enttäuschungen, die die O. H. L. mit ihren Vorschlägen an den Reichskanzler auf innenpolitischem Gebiet bisher erlebt hatte, entschloß sie sich im Sommer 1917, auf dem dem Presseamt verwandten Gebiete der Volksaufklärung eine einheitliche Organisation im Reich zu schaffen, um dem sinkenden nationalen Geist eine neue Stütze zu geben. Der „vaterländische Unterricht“ sollte in die „auseinanderstrebenden Tendenzen der Aufklärung Einheitlichkeit hineinbringen“. Für die Aufklärung beim Heere wurde ein verzweigtes Netz von Unterrichtsoffizieren geschaffen, die nach straffen einheitlichen Gesichtspunkten das Vertrauen in den guten Ausgang des Krieges wiederherstellen und die Folgen eines verlorenen Krieges klarmachen sollten. Auch

in der Heimat erhielt die Aufklärungsarbeit einen militärischen Rahmen. Sie schloß sich eng an die Stellvertretenden Generalkommandos an und lag ebenfalls in der Hand von Aufklärungsoffizieren. Die Zivilbehörden ließen es sich im allgemeinen angelegen sein, sie zu unterstützen. Im März 1918 tauchte sogar vorübergehend der Gedanke auf, bei der Reichsleitung eine Zentralstelle für die gesamte Aufklärung in der Heimat zu schaffen. Aber er verlief im Laufe des Sommers wieder im Sande, da die Linksparteien heftigen Einspruch gegen eine derartige Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Regierung erhoben.

Der vaterländische Unterricht, der sich nicht nur der militärischen, sondern, nach Fühlungnahme mit den politischen Behörden, auch der politischen und wirtschaftlichen Propaganda annahm, fand bei den Linksparteien eine ebenso scharfe Kritik wie die Behandlung des Zensur- und Pressewesens. Man argwöhnte auch in ihm ein Mittel der O. H. L., um den aufkeimenden Willen des Volkes zur friedlichen Verständigung zu ersticken und warf ihm einseitige Stellungnahme im Sinne der Rechtsparteien vor. Die O. H. L. verwahrte sich hiergegen unter Berufung auf die Richtlinien, die ausschließlich nationale, nicht parteipolitische Ziele wiesen.

Die Erfolge des vaterländischen Unterrichts sowohl im Heer wie in der Heimat waren gering. Es war keine glückliche Maßnahme, dem Volke gewissermaßen instruktionsmäßig den vaterländischen Gedanken nahebringen zu wollen. Auch für das Heer bewährte sie sich nicht. Sie fand bei den meist in reifem Alter stehenden, mit Sorgen beschwerten Leuten keinen günstigen Boden. Hier lag eine Überspannung des militärischen Systems vor. Unzulänglich im Aufbau, ungenügend unterstützt von den leitenden politischen Stellen, deren Sache es ohne Zweifel gewesen wäre, die Führung auf diesem Gebiete zu übernehmen und zweckmäßigere Mittel und Wege zu suchen, mußte auch dieser Versuch der O. H. L., den kriegerischen Geist im Volke zu erhalten, scheitern.

Im Gegensatz zu der Planlosigkeit und Zersplitterung der deutschen Kriegspropaganda gelangte die Propaganda der Entente zu einem hohen Grad von Konzentration und zu großen Erfolgen. Auch dort ist die Kunst der planmäßigen Beeinflussung der Volksstimmung in den ersten Kriegsjahren vielleicht nicht in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden. Es wurde aber bald wenigstens das

ernste Bestreben bemerkbar, die zahlreichen Organisationen, die für die Propaganda im In- und Ausland tätig waren, systematisch zusammenzufassen und in einen festen Rahmen zu bringen. Zuerst erreichte Frankreich einen genügend straffen Aufbau. Es wurde aber bald überholt durch England, dessen Propagandaministerium schließlich einen überragenden Einfluß auf die neutralen und verbündeten Völker ausübte. Die Auslandspropaganda lag in den Händen des englischen Zeitungskönigs Lord Northcliffe, der seine Aufgabe mit tiefem psychologischen Verständnis und seltener Meisterschaft löste und den ganzen Erdball mit Deutschenhaß durchtränkte. Sein Propagandafeldzug erstreckte sich nicht nur auf das neutrale Ausland, sondern richtete sich auch unmittelbar gegen die Mittelmächte. Es bestanden besondere Sektionen für Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien, die diese Länder mit einem Netz von Agenten überzogen und durch zahlreiche Zwischenstellen im neutralen Ausland, vor allem in der Schweiz, das Gift der Lüge, der Verleumdung und der Entmutigung in die geschwächten Volkstörper der Mittelmächte einführten. Im Sommer 1918 setzte parallel zu den kriegerischen Aktionen eine Propagandaoffensive gegen Deutschland ein, die sich aller erdenklichen Mittel bediente. Vorzugsweise arbeitete sie mit Flugblättern, von denen durch Flieger und auf anderem Wege täglich etwa 100 000 Stück allein der deutschen Kampffront zugeleitet wurden.

Die Gesamtwirkung der feindlichen Propaganda abzuschätzen, ist schwer. Man wird jedoch kaum fehlgehen, wenn man ihr einen großen Einfluß auf den Ausgang des Krieges zubilligt. Vor allem zeigten sich die Kreise für das Gift empfänglich, die infolge ihrer politischen Einstellung als Pazifisten oder Kommunisten der nationalen Sache ablehnend gegenüberstanden. Die Schwäche der politischen Führung hat vielleicht auf keinem Gebiet so verhängnisvolle Folgen gezeitigt, wie auf dem der Propaganda. Gewiß lagen die Verhältnisse auch hier für Deutschland viel schwieriger wie in den Ententeländern. Um so mehr war eine straffe organisatorische Zusammenfassung geboten. Daß sie unterblieb, belastet die verantwortlichen Stellen schwer*).

*) S. Elzbacher, Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik. Ferner: Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Heft 2: Rudolf Wiehler, Deutsche Wirtschaftpropaganda im Weltkrieg. Interessante Angaben finden sich weiterhin bei Campbell, Secrets of the Crewe-House.

Der Kampf in der Flotte.*)

Während die Versuche, den nationalen Kampfwillen in der Heimat durch politische Streiks zu erschüttern letzten Endes ergebnislos blieben und die weiteren Bemühungen, die Moral und den Kampfwillen des Heeres zu untergraben, an dessen tief wurzelndem kriegerischen Geist scheiterten, entstand ganz plötzlich in der Marine die Aussicht auf eine große, vielleicht entscheidende revolutionäre Bewegung. Wenn sie auch schließlich noch rechtzeitig unterdrückt wurde, so behielt sie ihre besondere Wichtigkeit doch dadurch, daß sie das Vorspiel und den Ausgangspunkt für die Flottenmeuterei im November 1918 und damit für die deutsche Revolution bildete.

Das deutsche Volk brachte der Flotte das gleiche Vertrauen entgegen wie dem Heere. Ihr Emporstieg während der Regierung Kaiser Wilhelms II. hatte sie zum Liebling der nationalen Kreise gemacht. Ihre Taten im Kriege, vor allem die U-Boot-Erfolge und der Skagerrakschlacht erhielten sie in der Gunst des Volkes. An sie knüpften in erster Linie die Hoffnungen auf die zukünftige Weltmachtstellung Deutschlands an. Niemand kam auf den Gedanken, daß ein Unterschied in der kriegerischen Moral der Armee und der Flotte bestehen könne.

Dieses Vertrauen erhielt einen jähen Stoß. Im August 1917 kam — gerade noch zur rechten Zeit — eine Verschwörung größten Stils innerhalb der Flotte mit vollkommen revolutionären Zielen zutage.

Diese Entdeckung zerstörte manche Illusion von der Unverwundbarkeit von Heer und Flotte gegenüber den revolutionären Bestrebungen. Sie hätte den Anstoß geben können zu einem rücksichtslosen Kampf gegen die Elemente, die es wagten, mitten im Kriege an die Fundamente des Staates zu rühren. Der Entschluß dazu ist nicht gefunden worden.

Es erhob sich die Frage, weshalb die Flotte gegenüber der revolutionären Propaganda eine soviel geringere Widerstandskraft zeigte als die Armee, obgleich sie doch unter der Schwere des Krieges weniger litt. Der tägliche Kampf Auge in Auge mit dem Feinde, die alles Maß übersteigenden blutigen Opfer, die unerhörten Strapazen ununterbrochener Feldzüge blieben ihr fremd. Der unabsehbaren Schlachtenfolge auf dem Lande steht die eine Skagerrak-

*) S. Urkundenanhang S. 288 ff.

schlacht gegenüber. Die Art, wie der Seekrieg nun einmal geführt wurde, brachte es ferner mit sich, daß der größte Teil der Flotte die meiste Zeit abwartend in den Häfen lag. Vor allem fanden die großen Schiffe wenig Gelegenheit, sich kriegerisch zu betätigen. Auch wenn sie Vorpostendienst taten oder die U-Boote und Minensucher aus den Häfen geleiteten, glückte es ihnen nur selten, einen Feind vor die Rohre zu bekommen. Bei den kleinen Schiffen, vor allem den U-Booten und Torpedobooten lagen die Dinge zwar anders. Aber auch sie standen doch nicht in ständiger Berührung mit dem Feinde. Ihr Dienst auf der hohen See wechselte regelmäßig und in häufiger Folge mit den Ruhezeiten in den Häfen, die notwendig waren, um Heizmaterial und Proviant an Bord zu nehmen und Reparaturen auszuführen.

Hieraus erklärte es sich, daß der furchtbare Ernst des Krieges, der sich dem Landsoldaten so sinnfällig Tag für Tag einprägte, dem Seefoldaten weniger zum Bewußtsein kam. Die Sorge der Vorgesetzten hatte sich hier nicht so sehr darauf zu richten, die Mannschaften gegen Überanstrengung zu schützen, als vielmehr gegen das öde, nüchterne Einerlei des Tages und gegen das demoralisierende Gefühl des anscheinend nutz- und zwecklosen Wartens anzukämpfen. Die Marineleitung verkannte nicht die Gefahren, die aus der Untätigkeit eines großen Teils der Schlachtflotte für den Geist in der Marine entstehen mußten. Sie war auf Abhilfe bedacht und bemühte sich vor allem, das rechte Maß in der Bemessung des Dienstes, des Sports, der geistigen Beschäftigung, der Freizeit und Erholung zu finden. Nicht überall gelang die schwere Kunst, die viel Verständnis für die Psyche des Mannes und einen tiefen Einblick in die besonderen Verhältnisse dieses Krieges verlangte.

Das Seeoffizierkorps hatte in sich selbst mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Wohl war es in der glücklichen Lage, daß der alte Friedensbestand durch Verluste nicht allzusehr herabgemindert war. Aber die zahlreichen Neuorganisationen, die Aufstellung des Marinekorps und der U-Boot-Krieg brachten doch auch hier schließlich eine starke Verwässerung, vor allem in den unteren Dienstgraden, mit sich. Es mußte eine große Zahl junger Offiziere ernannt werden, deren Ausbildung dem Bedürfnis in vieler Hinsicht nicht genügte. Sie hatten den altgedienten, durch und durch routinierten Mannschaften und Unteroffizieren gegenüber einen ungünstigen Stand. Auch lehnten sich die Deckoffiziere dagegen auf, daß in

dieser Notlage nicht auf sie zurückgegriffen wurde, daß ihnen vielmehr aus leicht erkennbaren Gründen junge, an Kenntnissen und Erfahrungen weit unterlegene Leute vorgezogen wurden. Es bestand ohnehin schon vom Frieden her ein etwas gespanntes Verhältnis zwischen den Seeoffizieren und den Deckoffizieren, die einen mühsamen, wenig erfolgreichen Kampf um die Hebung ihrer Stellung führten. Auch mit den Marineingenieuren gab es von alters her Rangschwierigkeiten.

Sicherlich sprachen für die scharfe Abschließung des Seeoffizierkorps gewichtige Gründe. Die Autorität, die Disziplin und das Vorgesetztenverhältnis spielen auf den Schiffen eine noch größere Rolle als bei der Landtruppe. Immerhin war es zweifelhaft, ob unter den Verhältnissen dieses Krieges an den alten Grundsätzen in solcher Schärfe festgehalten werden durfte. In jedem Falle hat die Abschließung der einzelnen Vorgesetztenkategorien gegeneinander und gegen die Mannschaften im Verlauf des Krieges zu einer zunehmenden Minderung des Vertrauensverhältnisses geführt. Es ergaben sich hieraus nicht leicht zu nehmende Nachteile. Wie weit die Entfremdung gedieh, wurde durch die Tatsache beleuchtet, daß die Verschwörung der Marinemannschaften im Sommer 1917 erst zur Kenntnis der Offiziere gelangte, nachdem in mehrwöchiger Vorbereitung eine intensive Propaganda von Schiff zu Schiff stattgefunden hatte und nachdem in zahllosen Versammlungen eine weitumfassende revolutionäre Organisation entstanden war, der Tausende von Leuten — in einzelnen Fällen die Mehrheit der Schiffsbesatzungen — angehörten. Allerdings ist zuzugeben, daß die Beaufsichtigung der Mannschaften durch die Eigentümlichkeit des Bordlebens erschwert wurde. Der größte Teil der Leute war während des Dienstes in dem unendlich mannigfaltigen und komplizierten Betrieb eines modernen Schiffes dem unmittelbaren Einfluß und der Aufsicht der Vorgesetzten entzogen. In der Freizeit aber saßen die Mannschaften eng zusammengedrückt in den Kafenmatten oder sie gingen an Land und trieben sich in Hafenkneipen und Vergnügungsstätten zweifelhafter Art herum*). Sie kamen hier mit den in den großen Werftbetrieben der Kriegshäfen be-

*) Die Engländer schätzten die hieraus entstehenden Gefahren für den Geist der Flotte so hoch ein, daß sie den größten Teil der Schlachtflotte fast beständig auf der einsam liegenden Reede von Scapa Flow hielten; die Mannschaften hatten nur alle halbe Jahre einmal einen vierzehntägigen Urlaub.

schäftigten Industriearbeitern in häufige Berührung und empfangen von ihnen zahlreiche Keime der Unzufriedenheit, die auf einen wohlvorbereiteten Boden fielen. Es gab unter den Marinemannschaften viele Elemente, die eine bewußt staatsfeindliche politische Erziehung genossen hatten. Der Ersatz rekrutierte sich teils aus der seefahrenden Bevölkerung mit ihrem stark ausgeprägten Selbstgefühl, ihrer Gewandtheit und dem Hang zum Abenteuer und zu gelegentlicher Auflehnung, teils aus der großstädtischen Industriebevölkerung mit ihrem internationalen Einschlag.

*

Die Flottenverschwörung im Sommer 1917.

Über die Entstehung der Bewegung wurde in der gerichtlichen Untersuchung folgendes festgestellt:

Die Verschwörung begann auf dem Linienschiff „Friedrich der Große“. Die Anstifter knüpften bei ihrer revolutionären Propaganda an die üblichen Klagen über die Verpflegung*) und die ungerechte Behandlung durch die Vorgesetzten an. Eine Anzahl auf dem Boden der U. S. P. D. stehender Leute schloß sich zusammen. Etwa im Mai tauchte der Gedanke auf, einen „Soldatenbund“ zu gründen, ohne daß es jedoch vorläufig zu einer klaren Definition dieses Begriffes und zu einer festen Organisation kam. Man begnügte sich vorderhand damit, die Mißstimmung über die Verpflegung unter den Kameraden zu schüren und gegen die Offiziere zu hetzen. Auch auf anderen Schiffen machten sich Anzeichen starker Unzufriedenheit bemerkbar. Auf „Prinzregent Luitpold“ traten die Mannschaften am 31. Mai in eine Art von Hungerstreik ein, indem sie die Annahme der Speisen verweigerten.

Ende Mai wurde beim IV. Geschwader ein aus dem Jahre 1914 stammender Befehl erneut bekanntgegeben, durch den das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen an Bord und der Eintritt in politische Vereine verboten wurde. Um sich über die Berechtigung dieses Befehls zu unterrichten, suchte der Führer der Unzufriedenen auf „Friedrich der Große“, Reich-

*) Die Klagen hinsichtlich der Verpflegung entbehrten nicht ganz der Berechtigung. Besonderen Anstoß nahmen die Mannschaften daran, daß im Dörrgemüse und Klippfisch sich öfters Maden befunden hatten.

pietsch, gelegentlich eines Urlaubs in Berlin die unabhängigen Abgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr und Luise Ziez auf.

Diese Reise bildete den eigentlichen Ausgangspunkt der revolutionären Flottenbewegung. Reichpietsch kehrte als fanatischer Anhänger der U. S. P. D. aus Berlin zurück, für deren Ziele, so wie er sie auffaßte, er sich von nun an mit einer seltenen Tatkraft und Kühnheit einsetzte.

Über den Inhalt der folgenschweren Besprechungen in Berlin, die einmal in dem Büro Dittmanns, ein anderes Mal im Fraktionszimmer der U. S. P. D. im Reichstagsgebäude stattfanden, haben Dittmann und Haase bei den späteren gerichtlichen Untersuchungen die Erklärung abgegeben, daß lediglich die von Reichpietsch vorgebrachten Klagen betreffs Verpflegung, Behandlung der Mannschaften, Verbot der unabhängigen Zeitungen an Bord und über den Beitritt der Marinemannschaften zur Partei durchgesprochen worden seien. Reichpietsch sei an die Vertrauensleute der U. S. P. D. in Kiel und Rüstingen verwiesen worden und man habe ihm die Zusendung von Agitationsmaterial zugesagt. Dagegen sei keine Rede gewesen von der Einrichtung einer besonderen Organisation revolutionärer Art auf der Flotte, mit Zentralleitung, Schiffszentralen, Vertrauensleuten. Ebenfowenig sei darüber verhandelt worden, daß die politischen Ziele der U. S. P. D. auf dem Wege offener Gewalt unter tätiger Mitwirkung der Flotte verwirklicht werden sollten. Die Abgeordneten hätten sich bei ihren Ratschlägen streng im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehalten und überdies Reichpietsch ausdrücklich zur Vorsicht und Beachtung des gesetzlichen Weges ermahnt.

Diese Aussagen haben nicht widerlegt werden können. Reichpietsch stellte die Dinge so dar, daß ihm die Ansichten der Partei über die nötigenfalls zwangsweise Durchführung der Beschlüsse der Stockholmer Konferenz auf dem Wege der Gehorsamsverweigerung und des Streiks bekannt gewesen seien. Er und die anderen Beteiligten seien zu dieser zwangsweisen Durchführung fest entschlossen gewesen. Wie dies im einzelnen zu geschehen habe, darüber sei man sich allerdings noch nicht schlüssig geworden, habe aber bestimmt erwartet, daß die U. S. P. D. die erforderlichen Weisungen rechtzeitig erteilen werde. Es sei zwar bei den Berliner Unterredungen nicht mit offenen Worten von einer derartigen Anweisung gesprochen worden, aber er habe die Aufforderung, die

Bewegung auf den Schiffen auszubreiten, so verstanden, daß der Friede unter allen Umständen, nötigenfalls auf dem Wege des Flottenstreiks oder durch Anwendung von offener Gewalt, erzwungen werden solle.

Mag Reichpietsch die Äußerungen der Abgeordneten tatsächlich falsch aufgefaßt oder ihnen bewußt einen anderen Sinn untergeschoben haben, in jedem Falle übermittelte er sie in einer Form, die bei seinen Anhängern keinen Zweifel über den gewaltsamen und revolutionären Charakter der Bewegung und über das Einverständnis der U. S. P. D. übrig ließ. Er verbreitete die Meinung, daß auf der bevorstehenden Sozialistenkonferenz in Stockholm entscheidende internationale Beschlüsse über den Frieden gefaßt werden würden, deren Annahme nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt werden sollten. Für die deutschen unabhängigen Abgeordneten, die sich für einen Frieden ohne Entschädigungen und Annektionen einsetzen würden, sei es wesentlich, wenn sie die Unterstützung möglichst großer Kreise in der Armee und Marine nachweisen könnten, die bereit seien „alles hinzuschmeißen“, wenn von der deutschen Regierung Schwierigkeiten gemacht würden. Es müsse daher eine feste U. S. P. D.-Organisation in der Flotte geschaffen werden, die „auf einen Wink aus Berlin“ handeln würde. Ein Verrat am Vaterlande liege nicht vor, da ja in allen kriegsführenden Ländern gleichmäßig vorgegangen werden würde und da der Militärstreik am gleichen Tage in allen Armeen und Flotten zur Durchführung kommen werde.

Die Ortsvorstände und Vertrauensleute der U. S. P. D. in Kiel und Wilhelmshaven, die in enger und dauernder Fühlung mit Reichpietsch und seinen Anhängern standen, haben anscheinend keine Gelegenheit genommen, eine klare Stellungnahme der Parteileitung zu der offenkundig revolutionären Zielen zustrebenden Flottenbewegung herbeizuführen. Sie äußerten zunächst Bedenken, ob sie Angehörige der Marine in die Ortsgruppen der Partei aufnehmen dürften, ließen sich aber von Reichpietsch beruhigen. An der Propaganda auf den Schiffen haben sie sich unmittelbar nur durch Lieferung von Flugblättern und Broschüren beteiligt. Im übrigen hielten sie sich vorsichtig zurück. Gelegentlich haben sie sogar vor der Anwendung offener Gewalt gewarnt und statt dessen passive Resistenz durch Gehorsamsverweigerung als zweckmäßig bezeichnet. Immer waren sie bemüht, selbst so weit außerhalb der Bewegung zu

bleiben, daß sie nicht in Konflikt mit den Gesetzesparagrafen gerieten und die Partei nicht allzu stark belasteten. Auf der anderen Seite haben sie ohne jeden Zweifel das Programm der Verschwörer gekannt und keinen Einspruch erhoben, wenn diese sich darauf beriefen, daß die Partei hinter ihnen stehe und ihre politischen Ziele decke. Es kann auch mit Sicherheit angenommen werden, daß sie die Parteileitung über die Vorgänge in der Flotte auf das genaueste unterrichtet haben. Ihr zum mindesten moralischer Anteil an der Verantwortung für den Verlauf der Dinge steht daher außer Frage.

Nach der Rückkehr des Reichpietsch aus Berlin breitete sich die Verschwörung mit großer Schnelligkeit aus, zunächst auf dem III. und IV., dann auch auf dem „Königstreu“ I. Geschwader. Das notwendige Propagandamaterial wurde aus Kiel und Berlin reichlich geliefert. Die Zentraleitung, an deren Spitze Reichpietsch stand, blieb auf dem Linienschiff „Friedrich der Große“. Von dort liefen die Fäden zu den „Schiffszentralen“ und verzweigten sich nach unten. Es kam der Organisation besonders zustatten, daß Mitte Juli auf den Schiffen Menagekommissionen eingerichtet wurden, deren Angehörige als Vertrauensmänner der Schiffsbefestigungen in Verpflegungsangelegenheiten, ohne Argwohn zu erregen, zugleich die Geschäfte der Verschwörer besorgten. Die in Umlauf gesetzten Parteilisten der U. S. P. D. füllten sich rasch und wurden teils unmittelbar, teils über den Kieler Ortsvorstand, teils auch über die „Leipziger Volkszeitung“, die in der ganzen Verschwörung eine wesentliche Rolle spielte, nach Berlin zum Zentralbüro der U. S. P. D. geleitet. Anfang August wurde die Zahl der eingetragenen Mitglieder bereits auf mindestens 4000 geschätzt und die Hoffnung der Rädelsführer schien nicht unberechtigt, daß bei Beginn des Winters die überwiegende Mehrheit der Flottenmannschaften hinter ihnen stehen würde.

Durch den Erfolg kühn gemacht, ließen die Führer der Organisation die gebotene Vorsicht allmählich immer mehr außer Acht. Sie beriefen an Bord oder auf dem Lande Versammlungen — an letzteren nahmen wiederholt auch führende Mitglieder des Kieler Ortsvorstandes teil — und entwickelten mit wachsender Deutlichkeit ihr vorläufig noch ungeschriebenes Programm. Es umfaßte im wesentlichen die vier Punkte: Übertritt möglichst der gesamten Flottenmannschaft zur U. S. P. D., Beschaffung von Propagandamaterial zum Zweck der politischen Ausschlichtung durch die

U. S. P. D., Verbreitung des von der U. S. P. D. empfangenen Agitationsmaterials auf der Flotte, Erzwingung eines alsbaldigen annexions- und entschädigungslosen Friedens, nötigenfalls unter Anwendung von Gewalt.

Für die politische Richtung der Verschwörung wurde eine am 24. Juli in Wilhelmshaven vor den Führern der Bewegung gehaltene Rede des Torpedoschleizers Herre, der bis zum Frühjahr 1917 politischer Redakteur der „Leipziger Volks-Zeitung“ gewesen war, von großer Bedeutung. Sie machte einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf die Zuhörer. Ohne offen zum Militärstreik aufzufordern, verstand Herre es, das Verständnis für die politische Bedeutung und Tragweite des Unternehmens zu erwecken und eine kampfentschlossene Stimmung hervorzurufen. Von diesem Tage an war über den großen politischen Charakter der Bewegung unter den Verschwörern kein Zweifel mehr.

Die Ansichten, in welcher Form und mit welchen Mitteln der Militärstreik durchgeführt werden sollte, sobald das erwartete Zeichen von Berlin aus gegeben wurde, gingen weit auseinander. Während sich ein Teil der Führer mit passiver Resistenz und Gehorsamsverweigerung begnügen wollte, befürworteten andere die Verschärfung des Zwanges durch Überbordwerfen von Geschützteilen, Unbrauchbarmachen der Maschinen und sonstige Sabotageakte. Noch andere verlangten, daß man sich mit Handgranaten und Revolvern bewaffnen solle, um die Offiziere, sobald sie sich anschickten, sich zu widersetzen, unschädlich zu machen. Die Radikalsten dachten daran, diejenigen Schiffe, auf denen man Widerstand finde, in die Luft zu sprengen.

Man beabsichtigte gerade, sich nähere Anweisungen in Berlin zu holen, als die Verschwörung entdeckt wurde.

Anfang August war die aufgeregte, zur Widergesetzlichkeit neigende Stimmung unter den verschworenen Flottenmannschaften den Führern über den Kopf gewachsen. Es kam — viel zu früh — auf einzelnen Schiffen zu offener Meuterei. An Bord des „Prinzregent Luitpold“ ging am 1. August ein Teil des Heizerpersonals an Land, um gegen den angefügten Dienst zu protestieren, und kehrte erst nach mehreren Stunden zurück. Als hierauf eine Anzahl Leute festgenommen wurde, wiederholten am nächsten Morgen 400 Mann der Besatzung den Ausmarsch, um den Kommandanten zur Freigabe der Verhafteten zu zwingen.

Bei der Festnahme der Rädelsführer fand man einen Aufruf, der die Aufforderung zum Eintritt in die U. S. P. D. zwecks Herbeiführung eines annexionslosen Friedens enthielt. Die sofort eingeleitete Untersuchung deckte das ganze Gewebe der Verschwörung auf.

Am 16. August kam es an Bord der „Westfalen“ zu einer neuen Meuterei. Angeblich wegen Vorenthaltung zugesagter Kohlenzulagen verweigerten die Heizer den Dienst.

Unter dem Eindruck der sich häufenden Verhaftungen und der Todes- und Zuchthausstrafen, die von den Kriegsgerichten verhängt wurden, brach dann im Laufe des September die Bewegung zusammen. Den Todesstoß erlitt sie durch die Haltung der U. S. P. D. Alle Hoffnungen, die die Matrosen auf die Stockholmer Konferenz, auf entscheidende Maßnahmen der U. S. P. D. und auf ihr Eintreten für die Flottenbewegung gesetzt hatten, zerflatterten in Nichts. Statt dessen mußten die um ihre Erwartungen betrogenen Leute sehen, wie die Partei nur darauf bedacht war, selbst unverfehrt aus dem peinlichen Verfahren hervorzugehen und die gefährliche Anhängerschaft von den Rockschößen zu schütteln.

In der Tat stand ja für die Partei bei diesem Prozeß sehr viel auf dem Spiele. Einflußreiche Stellen sowohl in der Regierung, wie im Heer und in der Flotte wiesen auf ihre geistige Urheberchaft hin und verlangten, daß man die Quelle ein für allemal verstopfe. Sie machten darauf aufmerksam, daß der politische Gedanke der Bewegung nicht in den ungeschulten Köpfen einfacher Matrosen entsprungen sein könne, daß es daher auch nicht viel nütze, wenn man einige dieser Leute erschieße und einige andere zu Zuchthausstrafen verurteile. Die Not des Vaterlandes rechtfertige es und mache es zur Pflicht, daß der Staat sich mit radikalen Mitteln gegen die internationale Vergiftung wehre und die eigentlich führenden Geister voll zur Verantwortung ziehe.

In Anlehnung an diese Auffassung wurde gegen die Mitglieder der U. S. P. D., die durch die Aussagen belastet waren, eine Voruntersuchung eingeleitet. Der Oberreichsanwalt kam jedoch zu der Ansicht, daß die Abgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr und Frau Luise Zietz zwar im hohen Maße für die Vorgänge in der Marine verantwortlich seien, daß ihnen aber die Mittäterschaft an einer landesverräterischen Handlung in gesetzlich strafbarem Sinne

nicht nachzuweisen sei. Er lehnte daher die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens ab. Damit beruhigte man sich.

Auch im Reichstag kam die Meuterei zur Sprache. Der Reichskanzler hatte die Parteiführer über den vorläufigen Verlauf der gegen die unabhängigen Abgeordneten eingeleiteten Untersuchung unterrichtet. Es war verabredet worden, Stillschweigen zu bewahren und das endgültige Ergebnis abzuwarten. In der Reichstagsitzung vom 9. Oktober ließ sich der Reichskanzler Michaelis aber dann durch eine herausfordernde Rede Dittmanns doch dazu hinreißen, der U. S. P. D. die Verfolgung staatsgefährdender Ziele vorzuwerfen und durch den Marinestaatssekretär v. Capelle das bisherige Ergebnis der Untersuchung bekanntzugeben. Die Abgeordneten des Zentrums, des Freisinn und der Mehrheitssozialdemokratie hielten dieses Vorgehen für ungehörig und stellten sich nunmehr vor die unabhängigen Abgeordneten. Der Reichskanzler erlitt eine schwere parlamentarische Niederlage, die zu seinem baldigen Rücktritt wesentlich beitrug.

Für die Unabhängige Partei war mit diesem Tage die Krise überwunden. Sie war aus einer Lage, die ihr leicht hätte verderblich werden können, siegreich hervorgegangen. Ihre Bestrebungen waren durch das Ergebnis der Reichstagsitzung befestigt worden.

Unter diesen Umständen schien es der Regierung nicht angebracht, die Marinemeuterei zum Anlaß zu nehmen, um in der Öffentlichkeit einen Sturm zu erregen und das Gewissen des Volkes aufzurütteln. Resigniert gab sie sich damit zufrieden, daß diesmal wenigstens der auf das Herz des nationalen Widerstandes gerichtete Stoß noch rechtzeitig pariert worden war. Wie die Dinge einmal lagen, schien es ihr am besten, wenn die ganze unerquickliche Angelegenheit in Vergessenheit geriet und der ungünstige Eindruck, den sie im Auslande hervorgerufen hatte, möglichst bald verwischt werde.

Die unvergleichliche Gelegenheit, den Kampf gegen den internationalen Gedanken unter noch einigermaßen günstigen Bedingungen zur Entscheidung zu bringen, die hier versäumt wurde, kehrte später nicht mehr wieder.

*

Der militärische Umschwung im Jahre 1918.

Der Entschluß zur Frühjahrsoffensive*).

Dom Frühjahr 1918 an greift der Kampf zwischen dem nationalen und dem internationalen Gedanken unmittelbar und in zunehmendem Maße in die Kriegshandlung ein. Wie weit die Macht und der Einfluß der radikalen Elemente reichte, dafür gab der Januarstreik einen Anhalt, der die Kriegswirtschaft ernstlich bedrohte. Es war kein Zweifel, daß der innere Widerstand gegen die Fortsetzung des Krieges unter der Führung und dem Antrieb der revolutionären Kreise wuchs. Der Staatsmann und der Feldherr mußten diese Tatsache bei ihren Entschlüssen in Rechnung stellen.

Die Spannung hatte im Frühjahr 1918 ihren Höhepunkt erreicht. Eine Steigerung war nicht mehr möglich. Das Jahr 1918 mußte die Lösung bringen. Von einer zutreffenden Beurteilung der Dinge durch die führenden Männer in der O.H.L., die nun einmal den maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kriegsführung ausübten, hing zu diesem Zeitpunkt alles ab. Sie mußte in gleicher Weise die politischen und militärischen Verhältnisse, wie den körperlichen und seelischen Zustand des Volkes berücksichtigen.

Die außenpolitische Lage war nach wie vor von höchstem Ernst. Rußland war ausgeschieden, aber an seine Stelle waren die Vereinigten Staaten getreten. Es standen jetzt alle Länder von politischer und militärischer Bedeutung im Lager der Feinde. Die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung schien ferner denn je. Deutschland vertraute auf seine kriegerische Tüchtigkeit und hoffte, die Gegner durch eine äußerste militärische Anstrengung zu einem günstigen Frieden zwingen zu können. Die Entente verließ sich auf das Schwergewicht der politischen Lage. Von dem Kriegswillen, der ihre leitenden Persönlichkeiten beseelte, gab die Rede des franzö-

*) Die Auffassung der politischen Stellen über die innenpolitische Lage im Reich vor der Frühjahrsoffensive wird durch die im Urkundenanhang S. 291 ff. wiedergegebene Denkschrift des preussischen Innenministers vom 13. Februar 1918 beleuchtet.

fischen Ministerpräsidenten Clemenceau in der Kammer Sitzung vom 8. März 1918 eine klare Vorstellung: „Meine auswärtige und meine innere Politik ist ganz dasselbe. Innere Politik: ich führe Krieg. Auswärtige Politik: ich führe Krieg. Ich führe immer Krieg. Mein Bestreben ist, mich mit unseren Verbündeten in einem Vertrauensverhältnis zu erhalten. Rußland verrät uns. Ich führe weiter Krieg. Das unglückliche Rumänien ist gezwungen, zu kapitulieren. Ich führe weiter Krieg und ich werde weiter Krieg führen bis zur letzten Viertelstunde, denn uns wird die letzte Viertelstunde gehören.“

Die militärische Lage der Mittelmächte hatte im Jahre 1917 große Veränderungen erfahren. Der unbeschränkte U-Boot-Krieg hatte die auf ihn gerichteten Hoffnungen nicht erfüllt. Der Versuch, die Kriegsentcheidung auf der hohen See zu suchen, war damit mißglückt. Es blieb nur übrig, das Schwergewicht des Kampfes wieder auf das Land zurückzuverlegen.

Hier hatten sich die Dinge inzwischen günstiger gestaltet. Die große englisch-französische Frühjahrsoffensive war ohne jedes Ergebnis zusammengebrochen. Rußland war durch die Revolution und ihre Folgeerscheinungen auch militärisch erledigt, Rumänien hatte den Kampf aufgegeben, Italien war für absehbare Zeit in die Verteidigung geworfen. Die englische Armee hatte durch ihren blutigen Opferdienst in der Flandernschlacht die Lage für die Entente zwar gerettet, aber sie war durch die furchtbare Anstrengung jetzt tief ermattet. An die Fortsetzung der Offensive vor dem Eintreffen der amerikanischen Verstärkungen war nicht zu denken.

Der Ring, der die Mittelmächte drei Jahre lang fest umschlossen hielt, war im Herbst 1917 gesprengt, der Rücken war frei, die Deckung der südlichen Flanke durfte unbesorgt dem österreichischen Bundesgenossen überlassen werden. Fast die ganze Kraft des deutschen Heeres konnte im Frühjahr 1918 gegen den englisch-französischen Feind eingesetzt werden.

Dieses Ergebnis, die Frucht eines dreieinhalbjährigen verzweifelten Ringens, eröffnete der O.H.L. die Möglichkeit, den Gedanken der großen strategischen Offensive im Westen, der der Einleitung des Krieges zugrunde gelegen hatte, wiederaufzunehmen. Die Aufgabe, die feindliche Front zu durchbrechen und den Gegner entscheidend zu schlagen, war freilich noch immer

gewaltig. Das englisch-französische Heer war dem deutschen zahlenmäßig trotz des Ausfalls der russischen Armee noch immer ebenbürtig. Das Gleichmaß der Kräfte mußte sich zuungunsten Deutschlands verschieben, sobald der Strom der jungen, unverbrauchten amerikanischen Truppen nach Frankreich zu fließen begann. Die deutschen Reserven waren im Frühjahr 1918 aufgebraucht.

Durfte unter solchen Umständen dem deutschen Volke das Wagnis einer auf die letzte Entscheidung eingestellten Offensive zugemutet werden, eine Aufgabe, an deren Lösung die Entente in den verflossenen drei Jahren wiederholt gescheitert war?

Die O.H.L. bejahte die Frage, die das Schicksal Deutschlands enthielt.

Die Armee war nicht mehr das geschmeidige, unverwüsthliche Werkzeug der früheren Jahre. Es hatte sich ihrer eine starke Ungeduld, eine heftige Abneigung gegen die unabsehbare Weiterführung des Krieges bemächtigt; eine natürliche Folge der körperlichen und seelischen Erschöpfung, die noch gefördert wurde durch die von pazifistischer und radikaler Seite propagierte Meinung, daß es nur des guten Willens und der Friedensbereitschaft Deutschlands bedürfe, um zur Verständigung mit dem Feind zu gelangen. Zwar überwog noch der nationale Wille und die kriegerische Tugend. Aber es war doch die äußerste Grenze der moralischen Beanspruchungsmöglichkeit jetzt erreicht. Ein Mißlingen der großen Offensive mußte eine gefährliche Krise in der Stimmung des Heeres zur Folge haben. Daß die radikal-sozialistischen Elemente einen solchen Umschwung für ihre Zwecke ausnutzen würden, durfte nach ihrem bisherigen Verhalten, vor allem nach den Erfahrungen bei der Marine, nicht bezweifelt werden. Ein militärischer Zusammenbruch machte, wie auch das russische Beispiel zeigte, den Weg frei für den Ansturm der revolutionären Internationale.

Den Offizieren, soweit sie in der Seele der Leute zu lesen vermochten, blieb diese Gefahr nicht verborgen. Sie gelangte auch in ausreichendem Maße zur Kenntnis der O.H.L. Es entging ihr nicht, daß die Kampf Stimmung der Truppe etwas Verzweifeltes in sich trug. Sie konnte sich also über die psychologische Bedeutung des Ausgangs der Offensive einer Täuschung nicht hingeben.

Trotzdem war sie entschlossen, den Angriff zu wagen. Sie wollte nicht warten, bis die Masse der amerikanischen Divisionen

auf dem Festlande erschien und das Zahlenverhältnis endgültig zuungunsten Deutschlands verschob. Noch gefährlicher als der Angriff erschien ihr die Verteidigung mit all den nervenzerrüttenden Einflüssen der Materialschlacht. War es doch nur der Auffrischung durch die zahlreichen Offensivunternehmungen in den vergangenen Jahren zu danken gewesen, daß der Geist der Armee den seelischen Einwirkungen der Somme- und Flandernschlacht nicht erlegen war. Die besten Eigenschaften des deutschen Soldaten hatten sich stets im Angriff gezeigt. Auch jetzt würde der Befehl zur Offensive alle guten Geister im deutschen Heere beleben*).

Auch die Stimmung der Heimat schien der Offensive günstig. Ein Unterschied zum Heere bestand allerdings darin, daß sich die pazifistischen und international-revolutionären Strömungen, die sich in der Truppe eben erst andeuteten, im Lande bereits viel freier und stärker entwickelt hatten. Der Januarstreik 1918 lieferte dafür den untrüglichen Beweis. Die Armee stand unmittelbar unter dem noch immer suggestiv wirkenden Einfluß des willensstarken Offizierkorps. Die Heimat dagegen entbehrte einer gleich festen Zügelführung. Die Bänder, die das Gefüge des Staates zusammenhielten, waren schlaff geworden, die staatliche Disziplin versagte schon an vielen Stellen. Es fehlte der staatsmännische Wille eines Clemenceau oder Lloyd George. Immer deutlicher zeigten sich die verhängnisvollen Wirkungen des ungelösten Führerproblems, des Fehlens einer starken Zentralgewalt, der Gegensätze zwischen den leitenden Männern der Politik und der Kriegführung. Die Folge war der schnell steigende Einfluß der politischen Parteien. In der Friedensresolution vom Juli 1917 war die Mehrheit des Reichstages zum ersten Male in einer Lebensfrage des Volkes bestimmend aufgetreten und hatte ihren Standpunkt der Regierung aufgezwungen. Sie hatte sich abgesetzt von dem rücksichtslosen Willen zum Siege, der von der O.H.L. gepredigt wurde und der die Masse des Heeres und große Teile der Bevölkerung noch immer befeelte. Der Parlamentarismus hatte damit einen entscheidenden Sieg errungen. Aber dieser wirkte sich keineswegs im Sinne einer zielbewußten, klaren Kriegspolitik aus. Die Uneinigkeit der Parteien verhinderte ein einheitliches Handeln in bestimmter Richtung. Die Energie der Kriegführung erfuhr bei dieser Gestaltung der Dinge

*) S. Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen. S. 454.

keine Stärkung, sondern eine Schwächung. Sie wurde letzten Endes nur noch getragen durch den eisernen Willen der O.H.L.

Auf sie waren die Blicke der nationalgesinnten und kampfantschlossenen Teile der Bevölkerung gerichtet. Verwirrt durch die zügellosen, vielfach borniert egoistischen Parteikämpfe, ohne festen Halt an einer starken Regierung, klammerten sie sich mit ihren Wünschen und Hoffnungen instinktiv an das Stärkste an, was es in diesem Staatswesen gab, an die militärische Führung. Sie ertrugen die äußersten Leiden, weil das Heer von Sieg zu Sieg schritt, einen Gegner nach dem anderen niederschmetterte, weil das Offizierkorps in unbeirrbarem Glauben ein gutes Ende versprach. Aber die suggestive Einwirkung dieser nationalen Kraftquelle ließ allmählich doch auch nach. Die schwächeren Naturen wandten sich ab von den stolzen Bildern des Sieges und einer großen nationalen Zukunft. Immer williger hörten sie auf die Stimmen aus der Tiefe, die von Völkerveröhnung und von einem Frieden ohne Annerkennung und Entschädigungen sprachen, nach dem man nur die Hand auszustrecken brauche.

Die O.H.L. war über die zwischen Siegeshoffnung und Niederlage heftig hin und her schwankende Stimmung durch zahllose Zuschriften aus allen Schichten des Volkes unterrichtet. Sie ließ sich in ihrem Siegeswillen nicht beirren, sah sich vielmehr nur veranlaßt, die Entscheidung zu beschleunigen. An einen moralischen Zusammenbruch des Volkes in absehbarer Zeit glaubte sie nicht.

Die Reichsleitung, der bei alledem die letzte Entscheidung und Verantwortung zufiel, billigte die Vorschläge der O.H.L. Die Stimmung im Volk und Heer kannte sie ebensogut wie diese. Über die Schwierigkeit der Ersatzlage war sie unterrichtet. Von den Ausichten der Offensive konnte sie sich auf Grund der Erfahrungen eines fast vierjährigen Krieges selbst ein Bild machen. Sie hat gegen die von der O.H.L. geplante Weiterführung des Krieges weder außenpolitische Bedenken ernstlich zur Geltung gebracht, noch ist von ihr die innenpolitische Lage als bedrohlich gekennzeichnet worden. Die O.H.L. konnte also ohne Hemmungen ihren schweren Gang antreten.

*

Der Verlauf der Offensive.

Die ungeheure Spannung, die über der ganzen Welt lag, löste sich am 21. März im Donner der Geschütze, der von St. Quentin herüberdröhnte und die große deutsche Offensive einleitete. Der wütende Anlauf der deutschen Angriffsarmeen durchbrach das feindliche Stellungssystem, riß die englisch-französische Front auseinander, fraß sich durch bis nahe an Amiens. Am 25. März stand die Möglichkeit eines deutschen Sieges greifbar nahe, und das Feldherrnpaar Hindenburg-Ludendorff damit unmittelbar vor dem Gipfel eines Feldherrnruhms, vor dem die ganze Welt sich gebeugt haben würde. Ein Zittern ging von London nach Paris. Es fanden Verhandlungen über den unglücklichen Verlauf der Dinge statt. „Die Räumung von Paris wurde angeregt . . . Clemenceau erklärte, er würde bis zu den Pyrenäen kämpfen. Es wurden Berechnungen angestellt, um die Reste der englischen Armeen einzuschiffen“*).

In der höchsten Not wurden die englischen und französischen Armeen, die bisher unter getrenntem Oberbefehl gekämpft hatten, unter das einheitliche Kommando des Generals Foch gestellt. Diese Handlung rettete die ungemein schwierige Lage. Foch raffte mit äußerster Anstrengung alle irgend erreichbaren französischen Reserven zusammen, warf sie nach Amiens, schloß die entstandene Lücke. Der Angriff erlahmte und kam schließlich zum Stillstand. Die Deutschen hatten zwar einen glänzenden Sieg errungen, das operative Ziel, der volle Durchbruch auf breiter Front mit anschließendem Bewegungskrieg und Aufrollen der feindlichen Linien war aber nicht erreicht.

Es war für die O.H.L. ein schwerer Augenblick. Sollte sie den Fehlschlag eingestehen, sollte sie der Reichsleitung jetzt den Rat geben, den Krieg in irgendeiner Form zu beenden?

Das geschah nicht. Es hätte der Sinnesart der führenden Männer in der O.H.L. nicht entsprochen. Ludendorff hatte schon vor Beginn der Schlacht darauf hingewiesen**), daß die Entscheidung vielleicht nicht durch einen einzigen Angriff erzwungen werden könne, daß man den Kampf dann fortsetzen werde, bis der Feind müde geworden sei. Diese Lage schien jetzt eingetreten zu sein. Die O.H.L. holte daher sogleich zu einem neuen Schlage aus.

*) Captain Peter Wright: „At the supreme war council“.

**) Vortrag vor dem Kaiser in Homburg am 13. Februar 1918.

Mit rastloser Energie schuf Ludendorff, während vor Amiens anscheinend noch um die Entscheidung gerungen wurde, bereits die Grundlagen für den Kampf an der Sys. Er drängte auf äußerste Beschleunigung. Fast ohne Pause gingen die beiden gewaltigen Kampfhandlungen ineinander über.

Die Stimmung der Truppe war durch den eben errungenen taktischen Sieg gehoben. Die überwiegende Mehrzahl der für die neue Schlacht angeetzten Divisionen war frisch und ausgeruht. Freilich waren es meist keine „Angriffs-Divisionen“, wie sie für die März-Offensive besonders ausgebildet waren.

Zum zweiten Male wurde das feindliche Stellungssystem durchstoßen. Aber das weitere Vorwärtstommen in der sumpfigen flandrischen Ebene mit ihren zahllosen Geländeschwierigkeiten war schwer und verbrauchte allzuviel Zeit und Kraft. Foch warf wiederum französische Reserven gerade noch rechtzeitig an die gefährdete Stelle. Am Fuße des für die Schlacht entscheidenden flandrischen Höhenrückens blieb der Angriff liegen. Die Deutschen hatten einen neuen taktischen Erfolg errungen. Dem operativen Endziel waren sie nicht viel nähergekommen.

Jetzt mußte eine längere Kampfpause eintreten. Das deutsche Heer war erschöpft. Weit dringlicher als Ende März tauchte die Frage auf, was nun zu geschehen habe. Die O.H.L. stand auf dem Standpunkt, daß die Kampfmoral des Heeres die Fortsetzung der Offensive auch jetzt noch gestatte. Man war siegreich gewesen, hatte das englische Heer zweimal geschlagen und auch die französische Armee geschwächt. Das Vertrauen der Truppe in die Führung Hindenburgs und Ludendorffs schien noch immer unbegrenzt. Die stolzen Heeresberichte, die Tag für Tag von Gefangenen, eroberten Geschützen und Stellungen sprachen, ließen nicht erkennen, daß der Zweck der Operation nicht erreicht war. Auch in der Heimat trat eine Entmutigung noch nicht ein. Die Achtung vor dem militärischen Können Hindenburgs und Ludendorffs war nicht nur in den nationalen Kreisen, sondern auch in den Schichten, die dem nationalen Staat in seiner derzeitigen Form ablehnend gegenüberstanden, viel zu groß, als daß sie an einer solchen Belastung bereits gescheitert wäre. Es war eine Zeit innerer Ruhe. Das Partei-gezänk, das sonst den deutschen Burghof mit mißtönendem Lärm erfüllte, war vorübergehend ziemlich verstummt. Die Waffen, mit

denen man sich im Innern zu bekämpfen pflegte, während draußen die Front blutete und starb, waren gesenkt. Alle Blicke waren in atemloser Spannung auf die O.H.L. und auf die Weiterentwicklung des gewaltigen Schlachtendramas gerichtet, das aller Voraussicht nach nicht nur über das äußere, sondern auch über das innere Schicksal Deutschlands entschied.

Hindenburg und Ludendorff waren trotz der Enttäuschung, die der bisherige Verlauf der Kämpfe ihnen gebracht hatte, nicht gesonnen, das Ringen um die Entscheidung einzustellen. Mit jeder Faser ihres Herzens hingen sie an dem Sieg, der ihnen noch immer erreichbar schien. Der Rat, den Kampf abzubrechen, wäre nach ihrer Auffassung gleichbedeutend gewesen mit dem Eingeständnis der Niederlage und dem Verlust des Krieges. Denn für ihre geistige Einstellung gab es nur Sieg oder Niederlage, bestand der Verständigungsfriede nur in der Phantasie deutscher Ideologen. Freilich war die Ersatzlage ungemein ernst. Die letzten Reserven aus der Heimat waren Mitte Mai verausgabt. Was sonst noch zur Verfügung stand, Reklamierete, aus der Etappe Ausgekämmte, Wiedergenesene, genügte nicht annähernd, um die hohen Verluste zu decken. Seit Mitte April verminderten sich zwangsläufig die Truppenstärken und die Zahl der Truppverbände*). Demgegenüber vermehrte sich die Gesamtstärke der Ententetruppen durch den Zuwachs des amerikanischen Heeres**). Auch der innere Wert der deutschen Truppe ließ trotz aller Tapferkeit und Opferfreudigkeit unverkennbar nach. Die Anzeichen schwindender Disziplin mehrten sich. Aber über diese Gefahrenmomente glaubte die O.H.L. in den Wochen stärkster Spannung hinweggehen zu dürfen. Der Sieg war ihrer Ansicht nach in diesem Augenblick eine Nervenfrage.

Wiederum gab sich die Reichsleitung mit dieser Beurteilung der Dinge zufrieden. Sie hatte ausdrücklich in der großen Aus-

*) Die durchschnittlichen Bataillonsstärken betragen am 21. März 802, am 1. Mai 728, am 21. Juni nur noch 656 Mann. Im August wurden 10, Anfang Oktober 22 Divisionen aufgelöst.

***) Es waren in Frankreich bis Anfang März rund 300 000 Amerikaner eingetroffen. Hierzu kamen im März 69 000, im April 94 000, im Mai 200 000, im Juli 295 000 Mann. Im Oktober standen 1 700 000 Amerikaner auf französischem Boden.

einandersetzung im Januar 1918 die oberste Entscheidung über Krieg und Frieden, über Ziel und Sinn des Krieges für sich in Anspruch genommen, aber sie verzichtete in diesen für das Schicksal des deutschen Volkes so entscheidungsvollen Wochen darauf, einen eigenen festen Standpunkt zu vertreten und selbst zu bestimmen, was jetzt militärisch und politisch noch erreichbar war. Sie forderte von der O.H.L. keine Auskunft und keine Rechenschaft. Dementsprechend bewegten sich die Dinge in der Richtung weiter, die sich aus dem Siegeswillen ausgesprochener Soldatennaturen ergab.

Ende Mai hatte das deutsche Heer wieder genügend Atem, um die Offensive fortzusetzen. Ursprünglich als Ablenkungsangriff geplant, der zugleich die noch verfügbaren französischen Reserven festlegen sollte, damit man endlich gegen die Engländer freie Hand bekam, nahm die Schlacht einen Verlauf, der alle Erwartungen weit hinter sich ließ. In glänzendem Ansturm überrannten die Angriffsarmeen zwischen Noyon und Reims die steilaufragende Höhenkette des Chemin des Dames und stießen in tiefem Keil über Soissons hinaus bis an die Marne vor. Wieder brauste die Freude in Deutschland auf. In Frankreich verbreitete sich eine bedenkliche Niedergeschlagenheit. Aber der alte „Tiger“ Clemenceau wußte sie zu bannen: „Wir werden den Sieg davontragen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris, ich werde mich hinter Paris schlagen.“

An der Marne, an der die große deutsche Offensive im Jahre 1914 zum Stehen gekommen war, verebbte der Angriff. Paris war zum zweitenmal gerettet.

Wenige Tage, nachdem der Kampfärm bei Soissons und Reims verklungen war, setzte der österreichisch-ungarische Bundesgenosse an der italienischen Front den Schlachtenreigen fort. Man hoffte, daß die italienische Armee geschlagen werden würde und daß das Oberkommando der Ententeheere gezwungen sein werde, französische und englische Divisionen nach Italien zu Hilfe zu schicken. Der Angriff endete völlig ergebnislos. Es war der erste große, durch keinerlei taktische Erfolge verschleierte Fehlschlag der Mittelmächte in diesem Jahr. Er stieg wie eine ernste Mahnung am verdunkelten Horizont empor.

Ende Juni stand die O.H.L. vor einem Entschluß, der zu den folgenschwersten des ganzen Krieges gehörte. Ein Vierteljahr war seit dem Beginn der entscheidenden Kämpfe verfloßen. Dreimal hatte das deutsche Heer angegriffen. Dreimal hatte es taktische Erfolge errungen. Die Entscheidung lag aber noch immer in weiter Ferne. Es war nicht einmal ein Nachlassen des feindlichen Widerstandes festzustellen. Die österreichische Armee hatte versagt. Das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den beiden Mächtegruppen hatte sich endgültig zuungunsten der Mittelmächte verschoben. Die Kampfstärke des deutschen Heeres verminderte sich reißend schnell, die der Ententeheere nahm stetig zu.

*

Nachlassen des kriegerischen Geistes im Heere*). Die Ersatzfrage.

Die Frage, ob man die Offensive noch weiter fortsetzen konnte, oder ob man die hochfliegenden Hoffnungen beiseitelegen sollte, hing, soweit militärische Gesichtspunkte in Frage kamen, sehr wesentlich ab von der Einschätzung der kriegerischen Moral und der Kampfkraft des deutschen Heeres. Es hatte im großen Ganzen geleistet, was von ihm erwartet werden durfte. Seine Angriffsfähigkeit war noch immer bewunderungswürdig. Aber die gewaltigen Schlachten hatten wiederum an seinen Kräften gezehrt, hatten Hunderttausende tapferster Männer gefordert. Es nützte nicht mehr viel, daß man zusammenraffte, was noch irgend brauchbar war, oft schon körperlich und seelisch minderwertiges Menschenmaterial, verhezte, mißvergnügte Leute, die nur daran dachten, ob sie besser daran täten, zum Feinde überzulaufen oder sich gefangennehmen zu lassen oder sich nach rückwärts zu drücken**).

Es war kein Zweifel, das Heer stand mitten in einer ernststen moralischen Krise, die sich in mancherlei bedenklichen Erscheinungen andeutete. Es liefen zahllose Meldungen ein über das Anwachsen

*) S. Urkundenanhang S. 313 ff.

***) Schon 1917 fiel die Zunahme der Drückebergerei an der Front auf. Ludendorff schreibt darüber in seinen Kriegserinnerungen S. 434: „Es gab bereits viele Drückeberger. Sie fanden sich wieder ein, sobald der Kampf beendet war. Es war zur Regel geworden, daß Divisionen, die mit verzweiflungsvoll geringen Kräften aus der Schlacht kamen, nach wenigen Tagen an Kopfzahl wieder sehr erheblich günstiger standen.“

der Disziplinwidrigkeiten, vor allem bei den Heimattruppenteilen*). Bei der Beförderung des Ersatzes an die Front eigneten sich allerlei Unzuträglichkeiten. Es wurde zur üblen Gewohnheit, während der Fahrt ein möglichst unbotmäßiges Gebaren zur Schau zu tragen. Freche Zurufe an die aufsichtführenden Vorgesetzten, Schießen aus den Fenstern, Aussteigen aus den Zügen waren an der Tagesordnung**). Die Fälle von Drückebergereien und unerlaubter Entfernung nahmen überhand. Zu alledem kamen Klagen über die ungenügende Ausbildung und schlechte Moral des Ersatzes***). Häufig lag ganz offensichtlich die Absicht zugrunde, eine mangelhafte Ausbildung vorzutäuschen, um von der Front als unbrauchbar wieder zurückgeschickt zu werden. Es war keine Seltenheit, daß Krankheiten

*) Aus den Berichten seien folgende herausgegriffen:

Das Stello. Generalkommando des II. A.K. stellte im Juni ein Nachlassen der Disziplin fest und sah die Schuld dafür vor allem in dem Versagen der Unteroffiziere. Das Stello. Generalkommando des V. A.K. berichtete über eine erhebliche Zunahme der unerlaubten Entfernungen seit Ende März und über das Anwachsen strafbarer Handlungen mit dem offensichtlichen Ziel, sich der Front zu entziehen. Das Stello. Generalkommando des X. A.K. meldete, daß sich unter den in die Heimat übergeführten Leichtverwundeten viele Mannschaften befänden, die sich von der Front gedrückt hätten. Von einem Verwundeten-transport in Stärke von 594 Mann seien nur 217 als Leichtkranke zu bezeichnen gewesen. Die Drückeberger gingen vielfach ohne Erlaubnis in die großen Städte, um dort unterzutauchen. Ende Juni berichtete das Stello. Generalkommando des V. A.K. über den vergiftenden Einfluß der Russenrückläufer, nicht nur auf die Ersatztruppenteile, sondern auch auf die Zivilbevölkerung. Es habe Schwierigkeiten gemacht, eintige hundert Mann nach dem Westen zu transportieren. Man hätte sie wegen der Gefahr der Meuterei erst weit auseinanderlegen und dann in Einzeltransporten abfahren lassen müssen.

Ähnliche Beispiele sind angeführt in v. Kuhl, „Die Kriegslage im Herbst 1918. Warum konnten wir weiter kämpfen?“ und im Aprilheft 1924 der Süd-deutschen Monatshefte: „Der Dolchstoß“, sowie in zahlreichen anderen Artikeln der „Dolchstoß“-Literatur.

**) Es gelangten mehrfach Meldungen zur O.H.L., daß zahlreiche Mannschaften während der Fahrt aus den Transportzügen ausgestiegen seien. Sie trieben sich meist eine Zeitlang herum und fanden sich dann bei ihren Ersatztruppenteilen wieder ein. Nach längerer gerichtlicher Untersuchung wurden sie zu Freiheitsstrafen verurteilt. Hatten die Leute endlich die Strafe verbüßt, so wiederholten sie das Spiel.

****) Schon Anfang Mai klagte die 9. J.D. über ihre ungünstigen Ersatzführungen mit dem im April überwiesenen Ersatz. Es fehle ihm sehr an kriegerischem Geist, die Disziplin sei schlecht, die Ausbildung unzureichend. Die Zahl der Krankmeldungen sei unverhältnismäßig hoch. Ähnliche Meldungen häuften sich in der folgenden Zeit.

Dolkmann. Der Marxismus und das deutsche Heer.

absichtlich hervorgerufen wurden, um dem Frontdienst zu entgehen*).

Wiederholt wurde festgestellt, daß Urlauber Handgranaten und andere Waffen für revolutionäre Zwecke mit in die Heimat nahmen. Trotz mehrfacher Warnungen der O.H.L. gelang es aber nicht, dieses Übels Herr zu werden. Bei dem gewaltigen Urlauberstrom, der Tag und Nacht der Heimat zusfloß, war es unmöglich, eine wirksame Kontrolle durchzuführen. Hier und dort stieß man im Heere auf Spuren revolutionärer Propaganda**). In einzelnen Fällen gelang es, Anhänger der Spartakusgruppe, die unter ihren Kameraden ihre aufrührerischen Ideen verbreiteten, unschädlich zu machen. Ende März glückte es dem Oberkommando in den Marken, in Berlin eine der Hauptquellen der revolutionären Propaganda zu verstopfen. Bei einer Zusammenkunft der Neuköllner Spartakusgruppe wurde der polnische Jude Leo Jogisches, der Freund Karl Liebknechts und der Rosa Luxemburg, der tätigste und vielleicht begabteste unter den revolutionären Organisatoren, verhaftet***). Man beschlagnahmte Drucksätze zu Spartakuschriften und große Mengen von Flugblättern und Broschüren und stellte fest, daß sie durch Vertrauensleute auch in der Armee verbreitet wurden.

*) Das Kriegsministerium wies im Juni die Stelld. Generalkommandos auf die ungewöhnlich hohe Zahl der Geschlechtskranken bei den Ersatzmarschbataillonen hin. Es sei in vielen Fällen absichtliche Ansteckung durch besonders dafür bezahlte Frauenzimmer anzunehmen, um sich der Entsendung an die Front zu entziehen.

***) U. a. wies der Polizeidirektor in Dresden am 4. 7. 1918 auf die Agitation der U. S. P. D. und der Spartakusanhänger in der Truppe nachdrücklich hin.

****) Karl Radek schreibt in einem Nekrolog über ihn: „Die Stunde seiner Tat schlug, als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hinter den Mauern des Gefängnisses verschwanden und inzwischen die oppositionelle Stimmung in der Arbeiterschaft wuchs. Leo Jogisches wurde zum Organisator des Spartakusbundes, und wenn diese Organisation immer wachsende Massen der Arbeiterschaft zur Aktion anspornte, so war es zweifelsohne in erster Linie das Verdienst der Unerblichkeit und der organisatorischen Tätigkeit Leos. Seine Kenntnis Deutschlands . . . erlaubte ihm zwei Jahre lang während der größten Haß illegal politisch zu wirken. Die politische Polizei wußte ausgezeichnet aus Zusflüsterungen von mehrheitssozialistischen Kreisen, daß irgendein ‚geheimnisvoller Ausländer‘ der Hauptorganisator des Spartakusbundes war. Sie hetzte hinter ihm herum, während er genötigt war, nicht nur mit Hunderten von Genossen konspirativ zu verkehren, sondern sich sogar mit den Druckern heranzuschlagen, bei denen er den ‚Spartakus‘ druckte.“ — Jogisches wurde im Dezember 1918 bei einem Fluchtversuch aus dem Moabit Gefängnis erschossen.

Soweit die revolutionäre Propaganda in der Armee den Zweck verfolgte, bestimmte Revolutionsherde innerhalb der Fronttruppen zu schaffen — was sich vor allem die Kreise um Barth zum Ziel gesetzt hatten — sind ihr auch im Sommer 1918 nennenswerte Erfolge versagt geblieben. Festgefügte revolutionäre Organisationen, ähnlich wie sie seit 1917 in der Marine bestanden, sind nicht festgestellt und waren wahrscheinlich auch nicht vorhanden.

Besser waren die Erfolge in der Marine. Seit dem Sommer 1918 rührten sich die revolutionären Elemente wieder stärker. Die radikale Propaganda war trotz der großen Bereinigung im Herbst 1917 nicht völlig unterdrückt worden. Hin und wieder erfuhr man von Hetzreden an Bord der Schiffe und auf den Werften. Im Mai wurde die Teilnahme von Mannschaften des Linienschiffs „Westfalen“ an bolschewistischen Versammlungen in Finnland bekannt. Die tiefen Schatten, die seit der Meuterei im August 1917 auf dem Verhältnis zwischen Offizier und Mann ruhten, wollten nicht verschwinden. Das alte Vertrauen stellte sich nicht wieder ein.

Die O.H.L., die sich seit Mitte März fast ausschließlich den operativen Aufgaben der großen Offensive gewidmet hatte, sah sich vom Mai ab genötigt, ihre Aufmerksamkeit wieder mehr der Festigung der schwankenden Kriegsmoral zuzuwenden. Schon unmittelbar nach der Schlacht an der Lys am 15. April ordnete sie scharfes Vorgehen gegen Nachzügler, Versprengte und Marodeure an. Im Juni verlangte sie strenge Maßnahmen gegen das Überhandnehmen des Überlaufens zum Feinde. In den folgenden Monaten wiederholten sich in immer kürzeren Zwischenräumen die Anweisungen und Warnungen. Das Kriegsministerium wurde Anfang Juli ersucht, für die schärfste Anwendung der gesetzlichen Strafen zur Aufrechterhaltung der Disziplin zu sorgen. Es erließ eine entsprechende Verfügung. Die Drückeberger sollten nötigenfalls mit Gewalt an die Front geschafft werden. Die zu längerer Freiheitsstrafe Verurteilten hatten ihre Strafe nicht in der Heimat, sondern in Militärgefangenen-Kompagnien an der Front zu verbüßen. Bei schweren Feigheitsdelikten sollte auch von der Todesstrafe Gebrauch gemacht werden.

Eine Änderung der immer unhaltbarer werdenden Zustände wurde durch derartige Verfügungen nicht mehr erreicht. Die milde

Handhabung der Militärjustiz hatte sich bereits zu tief in der Armee eingebürgert. Todesstrafen wegen Feigheit, fortgesetzter Fahnenflucht und ähnlicher Vergehen sind kaum irgendwo vollzogen worden.

Im August verlangte die O.H.L., daß das Kriegsministerium darauf hinwirke, daß keine Amnestieerlasse mehr ausgesprochen würden, da sie disziplinschädigend wirkten. Sie verwahrte sich zugleich gegen jede weitere Milderung der gesetzlich zulässigen Strafen. Das Kriegsministerium entgegnete, es müsse erst noch festgestellt werden, ob der Kaiser geneigt sei, auf Amnestieerlasse vorläufig zu verzichten. Eine Entscheidung wurde nicht herbeigeführt.

Auch gegen die dem Volke und dem Heere vom Bolschewismus her drohenden Gefahren kämpfte die O.H.L. vergeblich an. Die im April in Berlin eingetroffenen Mitglieder der russischen diplomatischen Vertretung hatten sogleich die Fühlung mit den führenden Genossen der Unabhängigen und Linksradikalen aufgenommen. Bereits am 1. Mai, dem proletarischen Weltfeiertage, brachte Haase bei einem Festakt auf der russischen Botschaft einen Trinkspruch auf die Internationale aus. Es entwickelte sich ein reger geschäftlicher Verkehr von Büro zu Büro, und der geschickten Führung des Botschafters Joffe gelang es bald, einen überragenden geistigen Einfluß auf die radikalen deutschen Parteikreise auszuüben, der in der Zuwendung reicher Geldmittel und umfangreichen Agitationsmaterials eine kräftige materielle Stütze fand.

Die O.H.L. erhielt von diesen Vorgängen frühzeitig Kenntnis. Schon am 6. Mai richtete sie einen Warnungsruf an den Kriegsminister. In den folgenden Monaten wandten sie und das Kriegsministerium sich wiederholt an die Reichsregierung und verlangten rücksichtsloses Vorgehen gegen den russischen Botschafter. Ende Mai meldete das Oberkommando in den Marken ziemlich genaue Einzelheiten, durch die die staatsgefährdenden Bestrebungen der bolschewistischen Vertreter und ihre enge Verbindung mit den radikalsozialistischen deutschen Kreisen klar beleuchtet wurden. Man begnügte sich damit, eine Überwachung der Botschaft anzuordnen, die aber ohne praktische Bedeutung blieb. Die Regierung scheute scharfe Maßnahmen, durch die das Verhältnis zum bolsche-

wistischen Rußland, mit dem man eben den Frieden abgeschlossen hatte, getrübt worden wäre. Joffe konnte die angespannenen Fäden nicht nur weiterführen, sondern sie sogar noch verstärken. Er setzte sich ohne jedes Bedenken über die internationalen diplomatischen Gepflogenheiten hinweg, während die deutsche Regierung sich gewissenhaft an sie hielt. Hieraus ergab sich der sicherlich unerhörte Fall, daß der Vertreter einer soeben restlos besiegten Macht, unter den Augen und nicht ohne Kenntnis des Siegerstaates, im engsten Bunde mit den staatsfeindlichen revolutionären Kreisen des Landes eine erfolgreiche revolutionierende Tätigkeit entfalten durfte.

Ebenso schwere Sorge wie das Nachlassen des kriegerischen Geistes im Volke und im Heere bereitete der O.H.L. die Ersatzfrage. Die Dinge lagen hier um so verzweifelter, als auch in der Kriegswirtschaft durch den zunehmenden Arbeitermangel Störungen eintraten. Der Reichskohlenkommissar machte Anfang Mai darauf aufmerksam, daß der Kohlenbergbau zurückgehen müsse, wenn keine Arbeitervermehrung eintrete. Die O.H.L. antwortete, daß sie keine Leute mehr aus dem Heere zur Verfügung stellen könne und riet zur Arbeiteranwerbung in der Ukraine. „Wir müssen nehmen, was wir kriegen können.“

Ende Mai sah sich die O.H.L. gezwungen, Anforderungen des Kriegsamts an Facharbeitern für den Bau von Tanks, Flugzeugmotoren und andere lebenswichtige Zwecke abzulehnen, da dem Heere auf keinen Fall weitere Kräfte entzogen werden könnten. „Die Ersatzgestellung für das Heer ist zur Zeit das dringendste Gebot der Stunde.“ Aber sie mußte zugleich zugeben, daß die Schwierigkeiten in der Motorenlieferung „zu einer Katastrophe zu werden drohten“.

Auch mit dem Reichsmarineamt geriet die O.H.L. in Auseinandersetzungen, als sie den Versuch machte, die Zahl der in der Marineringungsindustrie tätigen Arbeiter zugunsten des Heeres zu verringern.

Vergeblich wandte sie sich in dieser verzweifelten Lage an die österreichisch-ungarische Heeresleitung mit der dringenden Bitte um Aushilfe. Vergeblich drängte sie auf Arbeiteranwerbung in den neutralen Ländern und in den russischen Randstaaten, gab sie die bisher wegen der bolschewistischen Verseuchungsgefahr gesperrte

Rückwanderung aus Rußland nach Polen und dem Baltikum frei. Alle diese Mittel änderten die Notlage nicht. Die Kräfte reichten nicht mehr aus. Es war unmöglich, dem Heere den notwendigsten Ersatz zuzuführen und die Leistungen der Waffenindustrie auf der wünschenswerten Höhe zu halten.

*

Der Entschluß zur Fortsetzung des Angriffs Ende Juni.

Unter diesen schweren Eindrücken mußte die O.H.L. im Juni und Anfang Juli Entschlüsse über die Fortführung des Krieges fassen. Der Siegeswille Ludendorffs hielt der gewaltigen Belastung auch jetzt noch stand. Der glänzende taktische Verlauf der Kämpfe Ende Mai hatte seine Hoffnungen neu beflügelt. Wohl war ihm die unermessliche Anspannung aller Kräfte vollbewußt; aber er erkannte nicht, daß bereits eine Überspannung eingetreten war, und es entging ihm, daß der letzte psychologische Wendepunkt des Krieges herannahte, daß nach der Anstrengung dieser Offensive, nach der Enttäuschung über das Ausbleiben der Entscheidung ein schwerer Rückschlag der Stimmung unmittelbar drohte. Er vertraute noch immer auf die in vier langen Jahren bewährte Kraft des Heeres und auf die Geduld des Volkes. Sein Blick blieb unbeirrbar vorwärts auf den Sieg gerichtet.

Die Reichsregierung ließ sich in halber Lähmung auf diesem Wege mit fortziehen. Sie bekundete nach wie vor keine eigene Meinung, keinen eigenen Entschluß. Als die O.H.L. Anstoß daran nahm, daß der Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann im Reichstage die Unwahrscheinlichkeit einer rein militärischen Entscheidung andeutete und auf die Notwendigkeit einer Verständigung hinwies, ließ die Reichsleitung ihn fallen. Alles hing an dem eisernen Willen der O.H.L., die noch immer das Wunder des Sieges verhieß. Noch trug die morsche, rissige Fläche des Volksvertrauens. Noch klammerten sich die breiten Massen zwischen Hoffnung und beginnendem Zweifel an die beiden Volkshelden an und gaben dem Gedanken an eine Niederlage nicht Raum. Aber eine starke Erschütterung vertrug dieses Vertrauen nicht mehr.

*

Die militärische Niederlage.

Die O.H.L. entschloß sich, beiderseits Reims noch einen zweiten Schlag gegen die Franzosen zu führen, bevor sie durch einen letzten großen Angriff in Flandern die englische Front aus den Angeln hob. Die Schlacht bei Reims endete mit einem vollen Mißerfolg. Die Franzosen, von der deutschen Absicht frühzeitig durch Gefangenenaussagen unterrichtet, hatten alles Erforderliche für die Abwehr getan. Die deutschen Divisionen gerieten in ein verheerendes Feuer. Schon am zweiten Tage nach dem Beginn der Kampfhandlung mußte der Angriff eingestellt werden.

Noch glaubte die O.H.L. an ein vorübergehendes Mißgeschick. Ludendorff eilte an die Nordfront, um den Flandernangriff in Gang zu bringen. Aber wenige Tage später, am 18. Juli, nahm das Unglück bereits seinen Fortgang.

Die Franzosen gingen bei Soissons zur Gegenoffensive über. Mit Hilfe ihrer mächtigen Tankgeschwader gelang ihnen ein tiefer Einbruch in die deutsche Front. Jetzt endlich gab die O.H.L. ihre Angriffspläne endgültig auf. Es war ihr klar, daß dieser Entschluß schwerwiegende Folgen nach sich ziehen müsse, jedoch glaubte sie sich für die kommenden unvermeidlichen Schritte noch Zeit lassen zu können. Eine unmittelbare Gefahr schien nicht vorzuliegen, ein Zusammenbruch der ruhmbedeckten deutschen Armee stand noch außerhalb der Erwägungen. In der Verteidigung hoffte die O.H.L. die Lage zu meistern, so daß die Reichsregierung in Ruhe und unter leidlichen Voraussetzungen Friedensverhandlungen einleiten könne.

Der Generalissimus der Ententeheere, General Foch, erkannte die große Wendung, die sich im Juli anbahnte. Er wußte, daß die Hoffnung auf den herannahenden Sieg in den erschöpften französischen und englischen Truppen die letzten Kräfte wecken werde und daß das Eintreffen von monatlich einer Viertelmillion Amerikanern den nötigen Zustrom an Blut für absehbare Zeit sicherte. Mit einer Zähigkeit, die anerkannt werden muß, hielt er den Kampf in den nächsten Monaten in unaufhörlicher Glut. Er gönnte weder den todmüden französischen und englischen Truppen Ruhe, noch schonte er die ungeschulten, des Krieges ungewohnten Amerikaner. Durch eine Reihe kurzer, starker Schläge gedachte er die deutschen Armeen zunächst in Unordnung zu bringen und zu zermürben, um sie schließlich durch eine Generaloffensive zu erdrücken.

Am 8. August erfolgte östlich Amiens der erste Angriff. Wieder spielte der Tank die schlagentscheidende Rolle. Nur unter schwerer Einbuße an Menschen und Gerät gelang es den Deutschen, den Stoß aufzufangen.

Es zeigte sich, scharfer noch als am 18. Juli bei Soissons, daß die Kampfmoral der Truppen gegenüber dem „Tankschrecken“ versagte. Divisionen, die für durchaus kampfkraftig galten, waren im ersten Anlauf zertrümmert worden. Zum ersten Male waren auf dem Schlachtfelde die Worte „Streitbrecher“ und „Kriegsverlängerer“ gefallen, als frische Truppen die Zurückflutenden auffangen und zu erneutem Vorgehen bringen wollten. In die Kriegführung kam eine gefährliche Unsicherheit.

Die O.H.L. war auf das tiefste betroffen. Sie rang sich in diesen Tagen zu der Erkenntnis durch, daß der Krieg verloren sei. Ludendorff schreibt hierüber in seinen Kriegserinnerungen: „Unser Kriegsinstrument war nicht mehr vollwertig. Unsere Kriegsfähigkeit hatte Schaden gelitten, auch wenn sich die bei weitem größere Mehrzahl unserer Divisionen heldenhaft schlug. Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest und nahm mir bei solcher Ersatzlage die Hoffnung, eine strategische Aushilfe zu finden, welche die Lage wieder zu unseren Gunsten festigte.“

Am 13. August forderte die O.H.L. den Reichskanzler auf, Friedensverhandlungen einzuleiten. Am 14. August wurde in einer unter dem Vorsitz des Kaisers in Spa stattfindenden Sitzung aller maßgebenden Stellen beschlossen, „im geeigneten Moment“ eine Friedensvermittlung durch eine neutrale Macht herbeizuführen.

Mit wachsender Energie setzte Foch die Angriffe fort. In erbitterten vierwöchigen Kämpfen drängte er die Deutschen in die Siegfriedstellung zurück, die sie am 21. März siegesfroh verlassen hatten. Hier klammerten sich die zusammenschmelzenden deutschen Divisionen noch einmal fest. Aber Foch ließ ihnen keine Ruhe, steigerte vielmehr noch die Kraft seiner Angriffe und ging Ende September auf der ganzen Front zwischen dem Meere und Verdun zur Generaloffensive über.

Die Wendung der militärischen Lage in Frankreich zeitigte sehr schnell unheilvolle Wirkungen auf die Nebenfronten. Am 15. September begann der haltlose Zusammenbruch des bulgarischen Heeres in Mazedonien, vier Tage später durchstieß der englische

Angriff die türkische Palästinafront. Bulgarien schloß am 29. September, die Türkei am 30. Oktober Waffenstillstand.

Der am 14. August in Spa gefaßte Entschluß, den Frieden zu suchen, war bis Ende September ohne jede praktische Folge geblieben. Kostbare Zeit war verlorengegangen. Die erhoffte Vermittlung neutraler Staaten blieb aus. Eine Friedensaufforderung Österreich-Ungarns, die ohne Zustimmung Deutschlands erfolgt war, fand bei der Entente keinerlei Widerhall.

Am 24. September erklärte die O.H.L. der Reichsregierung, daß sie für die Armee nicht mehr länger bürgen könne und daß es daher notwendig sei, Waffenstillstand zu schließen. Am 28. September, unter dem Eindruck der sich häufenden Unglücksbotschaften, entschloß sie sich, die Reichsregierung zu einem unmittelbaren Friedensangebot auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte aufzufordern. Es folgten Tage stärkster Spannung, in denen die O.H.L. zu äußerster Eile trieb und schließlich das Schreckgespenst des militärischen Zusammenbruchs an die Wand malte.

Das Eingeständnis einer unmittelbaren tödlichen Gefahr rief in den Regierungs- und Parlamentskreisen eine gewaltige Erschütterung hervor. Fast niemand hatte von diesem Stand der Dinge eine klare Vorstellung gehabt. Man war daran gewöhnt, sich im Schutz des Heeres sicher zu fühlen. Der Abstand zwischen den allzu lange genährten Siegeshoffnungen und dieser brutalen Wirklichkeit war zu groß. Es entstand eine schreckliche Verwirrung. Das Fundament, auf dem alles geruht hatte, das Vertrauen zum Heere und zur O.H.L., stürzte jählings zusammen. Man sah plötzlich mit furchtbarer Klarheit, daß alle Heldentaten, alle Leiden und Opfer vergeblich gebracht waren, daß man der Gnade und Ungnade erbarmungsloser Feinde ausgeliefert war. Der Untergang des mächtigen Deutschen Reiches stieg schreckhaft vor aller Augen empor.

In diesen Tagen verlor die Seele des deutschen Volkes ihre letzte Spannkraft. Die Disziplin, die trotz aller ungünstigen Umstände in den vier Kriegsjahren Proben unerhörter Stärke gegeben hatte, löste sich auf. Der moralisch schwächeren Elemente bemächtigte sich Wut, Haß, Zerstörungswille. Noch wußten diese sinnlosen Kräfte in den ersten Wochen fassungsloser Enttäuschung und heilloser Verwirrung nicht recht, wohin sie sich wenden sollten. Dafür erfaßten die radikalsozialistischen Kreise um so klarer die

Gunst der Stunde. Sie ließen jede Scheu jetzt fallen und verdoppelten ihre Anstrengungen.

Am 30. September, zur Zeit der schwersten militärischen Krise, erließ der Kaiser eine Verfügung zur Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. An die Stelle des Grafen Hertling trat Prinz Max von Baden. Man hoffte, durch die Übertragung der Macht und der Verantwortung auf die vom Volke gewählten Vertreter den Sturm im Innern beschwören und die äußeren Feinde versöhnlicher stimmen zu können. Daß man bei einem Clemenceau und Lloyd George auf Maßhalten und Milde nicht zu rechnen hatte, sollte sich bald zeigen. Daß aber auch den inneren Feinden gegenüber der Zeitpunkt für eine so tiefgehende Machtverschiebung nicht eben glücklich war, lehrte das jähe Anwachsen der revolutionären Stimmung im Laufe des Oktober und Anfang November. Vielleicht noch bedenklicher war die Unsicherheit, die unter den für Ruhe und Ordnung in der Heimat verantwortlichen Militär- und Zivilbehörden Platz griff. Die Stellvertretenden Kommandierenden Generale, Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidenten waren durchweg bedingungslose Anhänger des alten Systems. Sie sollten sich jetzt plötzlich in der aller-schwierigsten Zeit umstellen, während zu gleicher Zeit der Glaube an die glückliche Zukunft Deutschlands zusammenbrach. In diesem Zustande innerer Verwirrung und lähmenden Entsetzens entglitten ihren Händen die Zügel.

Die fester gefügte Organisation des Heeres hielt auch jetzt noch der furchtbaren Belastung besser stand. Nicht unwürdig seiner großen Vergangenheit kämpfte es seinen letzten schweren Kampf. Es gab in den meisten Kompagnien noch einen Rest alter, kriegs-erprobter Offiziere und Soldaten, selten mehr als 20 oder 30 Mann, die den Rückzug Schritt für Schritt deckten, verbissen, tods- verachtend, hoffnungslos. Viele von ihnen, die die Schmach des Vaterlandes nicht erleben wollten, mieden den Tod nicht. Sie erwarteten ihn auf dem Posten, auf den der Befehl sie stellte, die Seele erfüllt von Gram und Einsamkeit. Sie waren die Tapfersten der Tapferen in diesem Kriege. Kein Wort, kein Lied kann der Größe ihres Heldentums gerecht werden. Nirgends auf der Welt gab es ein stolzeres Kriegertum, und ewig wird über den unbekanntesten Gräbern der letzten Toten in diesem Kriege der Flügel-schlag des Ruhmes rauschen.

Um diesen eisernen Kern todesmutiger Männer lagerte sich die weichere Masse der schwächeren Elemente. Viele von ihnen blieben sich ihrer Pflicht so weit bewußt, daß sie an der blutenden Front aushielten. Aber sie kämpften ohne Hartnäckigkeit. Sie ließen sich ohne letzten Widerstand gefangennehmen, räumten die Stellungen ohne äußerste Notwendigkeit. Der Wunsch, aus diesem anscheinend doch nutzlosen Kampf lebend hervorzugehen, drängte die Regungen kriegerischer Moral und Ehre in den Hintergrund.

Eine weitere Stufe abwärts stand die zu ungeheuerlichen Ziffern anschwellende Klasse der Drückeberger. Sie stellten den Hauptbestandteil der zu Tausenden auf allen Bahnhöfen und in den großen Städten des Etappengebiets und der Heimat sich ansammelnden „Versprengten“ und „Urlauber“, die angeblich ihren Truppenteil suchten, ihn aber nie fanden. Die Bemühungen der O.H.L., des Übels Herr zu werden und die kampfscheuen Elemente an die Front zurückzuschaffen, blieben ohne Erfolg. Es nützte nichts, daß eine Urlaubssperre angeordnet wurde, um mit den überall herumlungern den Menschen einmal aufzuräumen. Für alles dies war es zu spät. Die Anweisungen der O.H.L. waren bei dem Massencharakter der Zerrüttungserrscheinungen und dem beginnenden Chaos nicht mehr durchführbar.

Hinter diesen kriegsunlustigen Leuten, denen es vorwiegend darauf ankam, ihr Leben zu retten, standen die staatsfeindlichen Elemente. Sie hielten es kaum noch für nötig, ihre verheerende und revolutionierende Tätigkeit geheimzuhalten. Sie waren es, die die Moral der zwischen Pflichtgefühl und Angst schwankenden Mannschaften zerrütteten, indem sie ihnen einredeten, es sei sinnlos, sich jetzt noch zu opfern. Der Feind führe nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen das Herrscherhaus und die herrschende Staatsform Krieg. Man werde einen baldigen Frieden haben, sobald man die Regierung stürze und das Herrscherhaus beseitige.

Die O.H.L. mühte sich in diesen letzten Wochen verzweifelt, gegen die Heizer vorzugehen, aber es war alles umsonst. Es wurde auch nichts dadurch geändert, daß parlamentarische und andere Ausschüsse die Verschlechterung der Stimmung amtlich bestätigten, daß Programme ausgearbeitet wurden zur Förderung des Zusammenhangs zwischen Volk und Heer, daß neue Richtlinien für den vaterländischen Unterricht aufgestellt wurden.

Es war ein besonders bedenkliches Zeichen, daß das alte, festgefügte Vertrauensverhältnis zwischen Offizier und Mann sich in dieser Zeit stark lockerte. Viele Zuschriften aus der Front machten die O.H.L. hierauf aufmerksam. Hindenburg richtete Worte tiefsten Ernstes an die Offiziere, aber sie verhalten in dem Brausen des heraufziehenden Unwetters. Die Meldungen über Achtungsverletzungen und Gehorsamsverweigerungen, die bisweilen schon alle Kennzeichen der Meuterei trugen, mehrten sich. Auch jetzt noch betrafen sie in der weit überwiegenden Mehrheit die Heimattruppenteile und Ersatztransporte, in zunehmendem Maße aber auch schon das Stappengebiet. An der Front selbst kam es seltener zu schweren Ausschreitungen. Immerhin zeigten Ende Oktober und Anfang November auch einzelne Fronttruppenteile und sogar Truppenverbände so ernste Verfallerscheinungen, daß sie für den Kampf als unbrauchbar angesehen werden mußten.

Am 4. Oktober war die deutsche Note abgesandt worden, in der der Präsident Wilson ersucht wurde, schnellstens den Abschluß eines Waffenstillstandes herbeizuführen. Am 24. Oktober erklärte sich dieser endlich bereit, sich mit den Ententemächten hierüber ins Einvernehmen zu setzen. Drei Tage später wurde Ludendorff entlassen, in dem sich der Kampfwille des deutschen Offizierkorps am stärksten verkörperte. Er galt vielen als Friedenshindernis. Noch zwei qualvolle Wochen vergingen. Langsam wich das Heer zwischen dem Meere und Verdun auf die Antwerpen-Maas-Stellung zurück. Es waren nur noch wenige hunderttausend tapfer kämpfender Männer, die sich all dem Grausen kalten Mutes, ohne auch nur einen Augenblick das Herz zu verlieren, entgegenstellten, das letzte, was dem dem Abgrund zutaumelnden Staat einigen Halt verlieh, das einzige, was die Mittelmächte bei den kommenden Friedensverhandlungen überhaupt noch in ihre Wagschale zu werfen hatten.

*

Der deutsche Sozialismus im Jahre 1918 bis zur Revolution.

Die revolutionären Vorbereitungen.

Grundsätzliche Veränderungen in der programmatischen Festlegung der sozialistischen Parteigruppen sind im Jahre 1918 bis zu den Anfängen der Revolution nicht mehr eingetreten.

Die Parteileitung der Mehrheitssozialisten hielt trotz alles Drängens von links an der Politik des 4. August, die in der Pflicht zur Landesverteidigung gipfelte, im wesentlichen fest. Es ist festzustellen, daß sie an den revolutionären Vorbereitungen in unmittelbarem Sinne nicht beteiligt gewesen ist. Mehrheitssozialistische revolutionäre Organisationen sind nicht nachweisbar. Einzelne aus dem Rahmen herausfallende Presseäußerungen mehrheitssozialistischer Blätter und Abgeordneter ändern hieran nichts.

Daß die Mehrheitssozialisten den Siegeswillen breiter Volksschichten durch ihre pazifistische Propaganda geschwächt, bei den Gegnern aber den Eindruck des Nachlassens der deutschen Kräfte verstärkt haben, daß sie in dem Wunsche, es mit den unzufriedenen Kreisen der Arbeiterschaft nicht zu verderben, den radikalen Strömungen immer weiter nachgegeben haben, steht auf einem anderen Blatt, ebenso wie die Tatsache, daß sie durch wiederholte Versuche, die zerrissenen Fäden der Internationale wieder anzuknüpfen und durch vielerlei Halbheiten die Entstehung einer nationalen deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges gehemmt haben.

Die Teilnahme der Mehrheitssozialisten am Januarstreik hatte in den weiter links gerichteten Kreisen die Hoffnung erweckt, daß sich vielleicht eine Schwenkung und eine Annäherung an die Unabhängige Partei anbahne. Sie stieg noch, als die Enttäuschung über den Fehlschlag der großen Offensive einen Umschlag der Stimmung in breiten Schichten des Volkes einleitete. Von einer gewerkschaftlichen Stelle in Berlin aus wurde im Juli der Versuch gemacht, den Boden für einen Zusammenschluß der beiden feind-

lichen Bruderparteien in der Frage des Friedens zu sondieren. Sie richtete an die Parteileitungen die Aufforderung zu einer gemeinsamen Demonstration für den Frieden und für die Änderung des preußischen Wahlrechts. Die Verhandlungen, die sich daraufhin entspannen und fast bis zur Revolution hinzogen, sind bemerkenswert, da sie die Stellung der beiden Hauptrichtungen in der deutschen Sozialdemokratie gegen Ende des Krieges klar beleuchten*).

Die Mehrheitssozialistische Partei ließ durch ihren Vorsitzenden Ebert Anfang September die Erklärung abgeben, daß zwar auch nach ihrer Auffassung im Herbst unbedingt etwas geschehen müsse, um die Friedens- und Wahlrechtsfrage zu fördern, daß jedoch erst alle parlamentarischen Mittel erschöpft werden sollten, bevor man zu der vorgeschlagenen Aktion schreiten könne. Man müsse außerdem verlangen, daß die Vorverhandlungen streng vertraulich geführt würden und daß auf jede vorherige illegale Propagierung durch anonyme Flugchriften verzichtet werde.

Die Unabhängigen erwiderten, daß sich nach ihrer Ansicht an einer derartigen Aktion nur solche Körperschaften beteiligen könnten, die gewillt seien, eine rein proletarische Politik, d. h. den rücksichtslosen Klassenkampf zur Beseitigung des Regierungssystems und zur Herbeiführung des Friedens, zu betreiben. Sie verlangten, daß die Mehrheitssozialisten sich zur Ablehnung jeder Art von Kriegskrediten, zum Verzicht auf eine gemeinsame Politik mit bürgerlichen Parteien und zur Zurückziehung der mehrheitssozialistischen und gewerkschaftlichen Mitglieder aus den Regierungsämtern verpflichten sollten.

Diese Zumutungen lehnten die Mehrheitssozialisten ab. Sie hatten Anfang Oktober Scheidemann und Bauer als Staatssekretäre in die Regierung geschickt und hielten sich daher vorläufig für gebunden. Damit war der letzte Einigungsversuch gescheitert. Der Ausbruch der Revolution fand beide Parteien als Feinde.

Die aktive unmittelbare Vorbereitung der Revolution ist das gemeinsame Werk der unabhängigen und der radikalen Sozialisten. Die beiden einander sonst so mißgünstigen Brüder gingen hierin „ein Stück Weges“ zusammen. Über die anzuwendenden Methoden sowie über die Art der Durchführung der Revolution und den

*) Bernstein: „Die deutsche Revolution“.

Zeitpunkt ihres Beginns kamen sie allerdings zu keinem Einvernehmen. Der auf dem rechten Flügel der Unabhängigen stehende Parteiführer Haase mit seinem Anhang war der Auffassung, daß es zwar Sache der Führer sei, die Geister zu revolutionieren, daß die revolutionäre Tat selbst aber tunlichst aus den übererschäumenden revolutionären Instinkten der breiten Volksmassen heraus geboren werden müsse. Keineswegs dürfe die Explosion vorzeitig durch künstliche Mittel erzeugt werden. Die Revolution sei ein natürlicher Vorgang, sie dürfe nicht „gemacht“ werden.

Seiner zur Bedenklichkeit neigenden, allen gewagten Experimenten letzten Endes abholden Natur entsprechend, hätte er im vorliegenden Falle die Entscheidung gern bis nach dem Kriege hinausgeschoben, nicht aus moralischen, sondern aus praktischen Gründen. Es schien ihm geboten, die volle Klärung der militärischen Lage abzuwarten, um das Risiko nach Möglichkeit auszuschalten. Behauptete sich Deutschland im Kriege, so blieben die alten Gewalten an der Macht, und eine revolutionäre Bewegung bot wenig Aussichten auf Erfolg. Wurde der Krieg verloren, dann freilich konnte ein gewaltsamer Umsturz sich als notwendig erweisen. Am liebsten wäre es Haase gewesen, wenn die militärische Partie mit Remis geendet hätte. Er wünschte weder einen Sieg Deutschlands, noch auch seine volle Niederlage. Das Beste versprach er sich für die proletarische Bewegung aus einem unentschiedenen Ausgang mit der unvermeidlichen allgemeinen Enttäuschung und Ernüchterung in allen kriegsführenden Ländern, die dem Anwachsen der revolutionären Stimmung günstig sein mußte.

Bei aller Unentschlossenheit über den Zeitpunkt und über die Durchführung der Revolution ist aber von der Parteileitung der Unabhängigen doch nichts unterlassen worden, um sie vorzubereiten.

Sie hat nicht nur die politischen Streikbewegungen in der Heimat gefördert und, wenn es ihr angängig schien, gelegentlich auch ihre Führung übernommen, sie hat auch mit Wort und Schrift auf den Sturz des herrschenden Regierungssystems hingearbeitet und den Generalstreik propagiert. Sie hat versucht, in der Armee für ihre pazifistischen Ziele Stimmung zu machen, die Disziplin zu lockern, den Gedanken des passiven Widerstandes und der Auflehnung zu verbreiten. Sie ist in enge Fühlung mit den Meuterern auf der Hochseeflotte getreten und von diesen als Ober-

haupt in Anspruch genommen, ohne dagegen rechtzeitig Verwahrung einzulegen. Sie hat nahe Beziehungen zu den Bolschewisten unterhalten und sich von ihnen politisches Material für ihre Reichstagsreden geben lassen. Die Annahme von russischen Geldern zur Förderung der deutschen Revolution ist zwar von der Parteileitung geleugnet worden, jedoch ist zugegeben, daß das in führender Stellung befindliche Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie Oskar Cohn am 5. November 1918 von Joffe erhebliche Geldbeträge für revolutionäre Propaganda angenommen und verwendet hat*). Sie hat um die Bildung revolutionärer Organisationen, um die Beschaffung von Waffen für die gewaltsame Erhebung und um sonstige Vorbereitungen der revolutionären Gruppen gewußt und nichts getan, um sie zu hindern oder die Regierung zu warnen. Der linke Parteiflügel unter Ledebour war an diesen Vorgängen unmittelbar beteiligt. Sie hat schließlich, als die revolutionäre Bewegung, früher als von ihr geplant, zum Ausbruch kam, zusammen mit den Linksradikalen ihre Führung übernommen und die Rechtssozialisten im letzten Augenblick mit sich gerissen.

Das eigentlich treibende aktive Element bei den Revolutionsvorbereitungen waren aber die Linksradikalen und im Bunde mit ihnen der linke Flügel der Unabhängigen unter Ledebours Führung. Es war ihr sehnlicher Wunsch, die Revolution in Deutschland noch während des Krieges zum Ausbruch zu bringen. Sie sollte das zweite Glied der Weltrevolution werden. Ohne jedes Bedenken gedachten sie das Unglück der Nation für ihre proletarischen Sonderziele auszunutzen. Die Niederlage ihres Volkes war ihnen in dem großen Zusammenhang ihrer Pläne willkommen. Sie haben nach Kräften zu ihrem Teil daran mitgeholfen. Sie gaben sich der Erwartung hin, daß der Funke von Moskau über Berlin nach London, Paris, Rom weiterspringen werde.

Mit größter Anstrengung bemühten sie sich seit dem Frühjahr 1918 um die Ausgestaltung ihrer revolutionären Organisationen. Am 7. Oktober 1918 kam es auf einer Reichskonferenz in Gotha zu einem Zusammenschluß der radikalen Gruppen. Jedoch blieb der Spartakusbund organisatorisch auch weiterhin mit der U.S.P.D. verbunden. Es wurden hier auch die Grundlinien fest-

*) Bernstein: „Die deutsche Revolution“.

gelegt für das Verhalten bei der bevorstehenden revolutionären Umwälzung, deren Umrisse sich damals schon deutlich abzeichnen begannen. Man faßte den Beschluß, den bewährten bolschewistischen Methoden zu folgen, die in dem sogenannten Räte-system, d. h. in der proletarischen Diktatur unter Führung von Arbeiter- und Soldatenräten, gipfelte.

Über den einzuschlagenden Weg gelangte man zu keiner Verständigung.

Der Spartakusbund hielt von Verschwörungen und Putschromantik nicht viel. Er bevorzugte die Taktik der „revolutionären Gymnastik“ und „revolutionären Schulung“ und glaubte, daß revolutionäre Energie nur im Stahlbade fortgesetzten Kampfes erzeugt werde. „Jede Niederlage, jeder Tote, jeder im Zuchthaus Schmachkende bildet einen Baustein an dem zu errichtenden Gebäude des Sozialismus. Erhebung von tausend und blutige Niederlage bringt die Erhebung von zehntausend, wieder Niederlage; Erbitterung, Haß, Kampfeswille heben, Abscheu vor den eigenen Taten, Zweifel, Unfall drüben. Neue Erhebung von hunderttausend usw. bis zum endgültigen Siege*“).

Im übrigen waren aber den Spartakusanhängern alle Mittel recht, die zum revolutionären Ziel führten. Politische Demonstrationen, Anzettlung von Streiks in den Rüstungsbetrieben, Propagierung des Generalstreiks, Sabotageakte, Bildung revolutionärer Organisationen in der Heimat, revolutionäre Propaganda im Heere, Ermunterung zur Fahnenflucht und Dienstverweigerung, Aufforderung zum militärischen Streik und zur gewaltsamen Auflehnung, nichts von alledem ließen sie unversucht. Von Moskau erhielten sie Unterstützungen jeder Art, vor allem auch Propagandaliteratur und Geld.

Neben den Unabhängigen und dem Spartakusbund und den ihm verwandten Richtungen betätigten sich als dritte im Bunde an den revolutionären Vorbereitungen die oppositionellen Elemente in den Gewerkschaften. Ihre Führer, Richard Müller und Barth, erwarteten das Heil weniger von der „revolutionären Gymnastik“ als von einer weitverzweigten Verschwörung, die sich auf revolutionäre Geheimorganisationen stützte. Das Ziel war ein großer

*) Barth: „Aus der Werkstatt der Revolution“.

allgemeiner Putsch, der zu genau bestimmter Stunde im ganzen Reich entfesselt werden sollte.

Bei Ausbruch der Revolution umfaßte dieser Geheimbund nur einige tausend Verschworene. Da es aber größtenteils Männer von Mut und fanatischem Willen waren, die über Waffen verfügten und ihren Führern bedingungslos gehorchten, haben sie auf die Entstehung und Entwicklung der Revolution einen nicht unerheblichen Einfluß gewonnen.

Politisch standen Barth und seine Freunde zwischen den Unabhängigen und dem Spartakusbund. Sie suchten mit beiden Verbindungen anzuknüpfen, was ihnen aber nur in beschränktem Maße gelang, da der Streit über die Methoden der revolutionären Vorbereitungen ein Hindernis bildete. Barth gibt von dem Aufbau seiner Organisation eine anschauliche Schilderung. Nach dem Scheitern des großen Januarstreiks war in den revolutionären Gewerkschaftskreisen, die der Barth'schen Richtung angehörten, die ursprüngliche Hoffnung, auf dem Wege über den Massenstreik allmählich zum Ziel zu gelangen, tief gesunken. Barth hielt es daher für notwendig, die Methode zu wechseln. Am 9. Februar 1918 entwarf er in einer Versammlung oppositioneller gewerkschaftlicher Obleute aus Berliner Betrieben ein neues Programm für die Vorbereitung der Revolution. Er schlug sich selbst zum Diktator mit unbeschränkten Vollmachten vor. Ihm sollten die „revolutionären Obleute“ unterstehen, die sich aus je einem Vertreter von jedem Großbetriebe im ganzen Reich zusammensetzten. Diese Obleute hatten in den Unterabteilungen ihrer Werke Vertrauensleute zu gewinnen, denen die eigentliche Werbearbeit unter der Masse der Arbeiter zufiel.

Als eigentliche Träger der revolutionären Energie waren wohl-disziplinierte, gutbewaffnete Stoßtrupps zu bilden, die sich bei Ausbruch der Revolution zu Herren der Straßen Berlins und der anderen großen Städte machen, die Zögernden vorwärtsreißen und die gegen die Revolution aufgebotenen Truppen zu sich herüberziehen sollten.

Der Zeitpunkt der „Entscheidungsschlacht“ war nach Ansicht Barths noch nicht zu übersehen. Er wurde bestimmt auf den blutgetränkten Feldern Frankreichs. Darin war Barth mit den Unabhängigen einig, daß man nichts überstürzen dürfe, sondern die

äußeren Bedingungen für die Revolution kaltblütig abwarten und die Stimmung der Massen heranreifen lassen müsse.

Nach diesen Gesichtspunkten begann alsbald seine Arbeit. Das schwierigste war die Beschaffung von Geld, Waffen und gefälschten Papieren, die Überwachung der Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften und der Schutz gegen Verrat im eigenen Lager. Die Geldfrage löste sich dadurch, daß der russische Botschafter Joffe die erforderlichen Beträge zur Verfügung stellte*). Auch die Schwierigkeiten der Waffenbeschaffung wurden schließlich überwunden. Ein großer Teil entstammte der Front. Sie wurden entweder durch Urlauber, die in das Geheimnis eingeweiht waren, zurückgebracht, oder leichtsinnigen, pflichtvergeffenen Leuten auf Urlaub abgekauft. Ein anderer Teil wurde aus Waffendepots, teilweise mit Hilfe gefälschter Papiere, entwendet. Bei der O.H.L. lagen mehrere Meldungen über dieses gefährliche Treiben vor, ohne daß es gelang, ihm ein Ende zu machen.

Anfang August, nach den ersten Rückschlägen an der Front, begann man mit der Aufstellung der Stoßtrupps. „In den Sitzungen mit den Obleuten und bei den Führern legte ich klar, daß nunmehr alle Tage die Kriegslage uns zwingen könne, loszuschlagen... Alles hatte sich entwickelt, wie ich es vorausgesagt. Jetzt galt es, die richtige Stunde zum Kampfe zu wählen, die richtige Stunde und die äußerste Kraftanstrengung, den einheitlichen Schlag im ganzen Lande. Kuriere gingen ab. Die Stimmung war überall gut, die Vorbereitungen überall fest im Gange. Überall die strikte Anweisung, nur auf meine Parole loszuschlagen.“

Die Erfolge der Barth'schen Organisation im Heere waren verschieden. In den Ersatztruppenteilen der Heimat faßte sie festen Fuß. Fast bei allen Regimentern hatte Barth Vertrauensleute, die eine erfolgreiche Tätigkeit entfalteten. Ende Oktober konnten sie melden, daß sie bei Ausbruch der Revolution die Masse der Soldaten ohne schwere Kämpfe zu sich herüberholen würden. Aber selbst wenn es zu ernstern Kämpfen kommen sollte, so würden einige Regimenter in und bei Berlin, auch Kavallerie und Artillerie, bedingungslos auf der Seite der Revolutionäre stehen. Der Verlauf der Revolution hat gezeigt, wie wenig übertrieben diese Versprechungen waren.

*) Bernstein: „Die deutsche Revolution“.

Sehr viel schwerer war die Arbeit der revolutionären Vertrauensleute an der Front. Von ähnlichen durchgreifenden Erfolgen wie bei der Heimattruppe war hier nicht die Rede. Es gelang — abgesehen vielleicht von vereinzelt Stappen- und Besatzungsformationen und Übungslagern — nirgends, eine ausgesprochen revolutionäre, tatbereite Stimmung hervorzurufen. Trotzdem bot die von Barth empfohlene Mundpropaganda von allen revolutionären Methoden immer noch bei weitem die beste Möglichkeit, in unauffälliger Weise an die Masse der Soldaten heranzukommen und eine individuelle Bearbeitung der einzelnen Leute vorzunehmen. Man wagte hierbei nicht allzuviel. Im Notfall wurde das hingeworfene Wort abgeleugnet oder ihm eine harmlosere Bedeutung untergelegt.

Als vierte Gruppe beteiligte sich an den revolutionären Vorbereitungen die internationale revolutionäre Jugendbewegung, deren Protektor vor dem Kriege Karl Liebknecht gewesen war. Wie überall, so standen auch hier zwei Flügel einander gegenüber. Der gemäßigtere rechte hielt sich etwa auf dem Boden der U.S.P.D., der radikalere linke folgte den Spuren der Spartakusgruppe. Im Jahre 1916 kam durch die Gründung der „Zentralarbeitsstätte für Jugendbewegung“ ein Zusammenschluß von der „Proletarischen Jugend“ bis zum „Internationalen Studentenverein“ zustande.

Über die Art der revolutionären Betätigung dieser Gruppe hat neben anderen einer der Führer der Jugendbewegung, Wolfgang Breithaupt, unter Bekanntgabe zahlreicher Namen und sonstiger Einzelheiten Angaben gemacht, die bisher unwiderlegt geblieben sind*). Er schildert insbesondere die systematische Organisation der Desertation, die den Nebenzweck verfolgte, die Front zu demoralisieren und zu revolutionieren. „Die Organisation der Desertation war eine ganz planmäßige und bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet. Die Hauptstützpunkte für diese Organisation waren in Berlin, Hamburg, Köln, Stuttgart und München. Hier erhielten die Deserteure Lebensmittellkarten, falsche Papiere, Unterkunft, Geld, Marschrichtung zur Grenze und fanden auch eine vorzüglich arbeitende Postvermittlung vor. Gleichzeitig war man an diesen Orten jederzeit über die zuverlässige Besetzung der zu

*) U. a. „Tägliche Rundschau“, 26. 7. 1922 und folgende. — Breithaupt war selbst nach Holland desertiert und betätigte sich in der dortigen Organisation der Deserteure.

passierenden Grenzposten durch „Genossen“ vollkommen unterrichtet, so daß sich der Grenzübergang, wenn unterwegs nicht unvorhergesehene Komplikationen eintraten, reibungslos vollzog.“

Die Hauptwege führten von Hamburg über Flensburg—Hadersleben, wo die Organisation in dem dänischgesinnten Teil der Bevölkerung starke Unterstützung fand, nach Dänemark und von Köln aus über München—Glabach nach Holland. Hier lag die Leitung in den Händen des sehr tätigen früheren Redakteurs des revolutionären Blattes „Der Kampf“, Karl Münster, der nach Amsterdam geflüchtet war und dort seine Zeitung als Deserteurblatt weitererscheinen ließ. Münster stand in engsten Beziehungen zum englischen Spionagechef in Rotterdam, Tinsley, dem alle Deserteure zugeführt wurden. Da eine rege Nachrichtenübermittlung auf den „Marschrouten“ der Deserteure stattfand, so eröffnete sich für das feindliche Ausland eine ergiebige Spionageverbindung nach Deutschland. „Parallel zu dieser Rotterdamer Verbindung Münsters lief eine Verbindung in Amsterdam zur Redaktion des deutschfeindlichen Blattes ‚De Telegraaf‘, von dem aus wiederum alle Nachrichten an Mister Brain, den Korrespondenten der ‚Times‘ gelangten, so daß der Circulus vitiosus geschlossen war.“

Der O.H.L. war das Bestehen der holländischen Deserteurvereinigung frühzeitig bekannt, und sie hat wiederholt vor ihr gewarnt. Im Jahre 1917 erfolgte die Verhaftung Münsters beim Überschreiten der Grenze. Man fand bei ihm nicht nur Spionageberichte, sondern auch einen Brief des Abgeordneten und Parteiführers Haase.

*

Die Novemberrevolution.

Nur ein kleiner Kreis radikaler Führer mit einer mäßigen Gefolgschaft hat sich zur Urheberchaft der Novemberrevolution bekannt. Die Masse der deutschen Sozialdemokratie leugnet ihre Vaterschaft. Tatsächlich haben sich die Mehrheitssozialisten ihr erst im letzten Augenblick angeschlossen, um nicht aus der proletarischen Massenbewegung, die hier zum Ausbruch kam, herausgedrängt zu werden. Das entsprach folgerichtig ihrer während des ganzen Krieges befolgten Politik, sich nie endgültig und eindeutig für die nationale Richtung festzulegen, sich vielmehr immer den Weg zur Rückkehr in das internationale Fahrwasser freizuhalten. Die Geschicklichkeit, mit der der Umschwung im letzten Augenblick vollzogen wurde, ist erstaunlich.

Auch die Parteileitung der Unabhängigen kann für den Zeitpunkt der Novemberrevolution und für die Form, in der sie sich abspielte, nicht verantwortlich gemacht werden. Noch am 2. November hat Haase den Vorschlag Barths, die Bewegung am 4. November zu entfesseln, mit großer Schärfe und mit Erfolg bekämpft. Der wenige Tage später erfolgende Ausbruch der Revolution überraschte ihn. Er war bei den ersten entscheidenden Vorgängen, bis zum 10. November, so gut wie ausgeschaltet. Es bleiben also nur die schmalen Schichten der Spartakisten und des linken Flügels der Unabhängigen, die die unmittelbare Urheberchaft und Führung in der Novemberrevolution in Anspruch nehmen.

Auch dieser Anspruch ist nur in sehr bedingtem Maße haltbar. Von einer eigentlichen straffen zentralen Führung, die planmäßig den Gang der Ereignisse bestimmt hätte, war überhaupt nicht die Rede. Dazu fehlten im sozialistischen Lager die Führernaturen. Männer wie Liebknecht, Barth, Jogisches, Ledebour haben für die Revolutionierung der Geister viel geleistet, sie haben aber die Bewegung nicht beherrscht und mußten es sich schließlich gefallen lassen, daß sie über ihre Köpfe hinwegging. Eine Persönlichkeit wie Lenin hat die deutsche Revolution nicht an die Oberfläche

gebracht. Die Rolle des Revolutionsgenerals und Diktators, die Engels so deutlich vor Augen gestanden hatte, ist im November 1918 unbefetzt geblieben. Der ersehnte große Augenblick fand ein kleines Geschlecht.

Die revolutionäre Tat ist also letzten Endes nicht das Ergebnis klaren, überlegenen Führerwillens, sondern das zufällige Produkt spontaner revolutionärer Leidenschaften bestimmter schmaler Kreise. Die Flamme schlug in einem Augenblick hoch, als die regierenden Schichten, von lähmendem Entsetzen über den drohenden Ausgang des Krieges und die einer radikalen Entwicklung zutreibenden inneren Verhältnisse befallen, alle Tatkraft und alle Besinnung verloren hatten. Sie fand reichliche Nahrung in den körperlich und seelisch zermürbten breiten Volksmassen, deren überspannte und zerrüttete Nerven irgendeiner Ablenkung bedurften, deren aus Enttäuschung, Hunger und Wut geborenem Zerstörungsbedürfnis die Revolution gerade zur rechten Zeit entgegenkam.

So genügte ein lächerlicher Anstoß, die Meuterei einiger tausend Menschen, die um ihr Leben bangten, denen erst angefichts des Versagens einiger leitender Persönlichkeiten von unternehmenden Burschen*) der Gedanke eingeflüßt wurde und der Mut wuchs, eine Revolution anzuzetteln, um ein gewaltiges Reich in wenigen Tagen aus den Fugen zu bringen.

*

Der Marineaufstand.

Die Marineleitung hatte Ende Oktober — in allerletzter Stunde — den Entschluß zu einer Operation großen Stiles gegen die an der englischen Südküste stehenden feindlichen Flottenteile gefaßt. Vielen Seeoffizieren schien es schwer erträglich, tatenlose Zuschauer in diesem heroischen Endkampf zu sein, bei dem das Landheer sich verblutete, während die fast unversehrte Schlachtflotte in den Häfen lag und dem ruhmlosen Schicksal der Abrüstung beim Kriegsende entgegen sah. Es bestand zudem die Hoffnung, daß ein kräftiges und vielleicht glückliches Unternehmen zur See das Sieges-

*) Die Namen dieser „Führer“ sind nur zum Teil feststellbar. Sie sind noch während der Revolution wieder im Dunkel verschwunden.

gefühl der Ententemächte dämpfen, den tiefgesunkenen Mut und die Kampfmoral der eigenen Truppen aber heben würde.

So verständlich diese Erwägungen vom militärischen Gesichtspunkt aus sein mochten, so zeigte sich doch sogleich, daß sie auf unrichtigen psychologischen Voraussetzungen beruhten.

Trotz der äußeren Unterdrückung der Marinemeuterei im September 1917 war der revolutionäre Funke unter den Mannschaften der Hochseeflotte und der Marinelandtruppenteile, wie bereits erwähnt, nie ganz erloschen*). Der Vorsitzende der U.S.P.D. in Kiel blieb in enger konspirativer Verbindung mit den radikalen Elementen innerhalb der Schiffsbesatzungen**) und verschaffte reichlich mit Propagandamaterial. Auch zur Gruppe Barth entstanden Beziehungen. Allerdings ging die erste revolutionäre Kraftprobe, der Januarstreik 1918, vorüber, ohne daß es auf der Flotte zu Kundgebungen gekommen wäre. Die im Herbst 1917 ziemlich gründlich zerstörte revolutionäre Organisation war noch nicht wieder so ausgebaut, daß man etwas hätte wagen können. Auch in den folgenden Monaten der Frühjahrs- und Sommeroffensive, die mit ihren hochgespannten Hoffnungen den nationalen Geist auch in der Flotte noch einmal belebte, blieb es still. Erst durch die militärische Niederlage im Herbst gewann die auffässige Stimmung in der Flotte neuen Antrieb. Aber der Gedanke an offene Revolution war der Masse der Flottenmannschaften noch fern. In fieberhafter Erwartung beschäftigte man sich mit den Friedensverhandlungen und dachte an die nahe bevorstehende Heimkehr.

Da erhielten die Geschwader plötzlich am 28. Oktober den Befehl zur Versammlung auf Schilligreede bei Wilhelmshaven. Der Sinn dieses Vorgangs konnte auch den einfachen Matrosen kaum verborgen sein. Der Mannschaften bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Es verbreitete sich das Gerücht, daß die Flotte trotz des unmittelbar bevorstehenden Waffenstillstandes zum Verzweigungskampf gegen England geführt und geopfert werden solle. Den auf fast allen Schiffen vorhandenen Parteigängern der Unabhängigen und Radikalen gelang es ohne Mühe, die

*) Popp und Artelt: Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918.

**) Bezeichnenderweise wurde der revolutionäre Gedanke von den Besatzungen der U-Boot- und Torpedobootformationen, die in starker und häufiger Berührung mit dem Feinde standen, im allgemeinen abgelehnt.

Mehrzahl der um ihr Leben besorgten Kameraden davon zu überzeugen, daß es ein Verbrechen und ein Wahnsinn sei, die Flotte in diesem Augenblick noch gegen den Feind zu führen. Die unnütze Opferung vieler Tausender von Menschenleben müsse gewaltsam verhindert werden. Bereits am 28. Oktober verweigerten Teile der Besatzung des „Markgraf“ den Gehorsam. Jedoch konnten die Rädelsführer verhaftet werden. Am 29. Oktober kam es auch auf anderen Schiffen zu schweren Ausschreitungen. Ein Teil der Schiffsbesatzungen erklärte sich bereit, die deutsche Küste gegen englische Angriffe zu verteidigen, weigerte sich aber, einem Angriffsbefehl gegen die englische Flotte Folge zu geben. Die Heizer erklärten, sie würden die Feuer löschen, sobald der Versuch gemacht würde, über Helgoland hinaus zu fahren. Der Zeitpunkt des Auslaufens der Flotte mußte von der Flottenleitung verschoben werden. Am 30. Oktober wurde der Befehl wiederholt. Aber die aufrührerischen Mannschaften verharren im Ungehorsam und blieben allen Vorstellungen und Drohungen gegenüber unzugänglich. Teile der Besatzung der zum 1. Geschwaderverband gehörenden „Thüringen“ verhinderten das Lichten der Anker und verschanzten sich in den Maschinenräumen. Die Flottenleitung versuchte, die Ordnung wiederherzustellen. Sie ließ auf mehreren Schiffen Verhaftungen vornehmen. Am 31. Oktober forderte der Führer des 1. Geschwaders von einem Torpedoboot aus die Meuterer auf der „Thüringen“ zur Übergabe auf. Man begann zu verhandeln. Als die neben der „Thüringen“ liegende „Helgoland“ ihre Kanonen auf das Torpedoboot richtete, ließ der Admiral signalisieren, daß er das Schiff torpedieren lassen werde, wenn die Geschütze nicht augenblicklich in Ruhestellung gebracht würden. Sogleich unterwarfen sich die aufständischen Mannschaften auf beiden Schiffen. Die Rädelsführer wurden festgenommen. Aber das Unternehmen wurde doch aufgegeben, das 3. Geschwader nach Kiel entlassen, eine sehr unglückliche Maßnahme, die schwerwiegende Folgen zeitigen sollte!

Die Meuterer hatten ihren Willen durchgesetzt. Das Schicksal der Marinerevolte war damit entschieden. Die verantwortlichen Marinestellen waren im Irrtum, wenn sie glaubten, auf dem Wege des Entgegenkommens und des Verhandlens die aufs äußerste erregte Stimmung der Mannschaften beschwichtigen zu können. Schwerlich hätten die Dinge den gleichen Verlauf genommen, wenn

an der „Thüringen“ und „Helgoland“ ein furchtbares Beispiel vollzogen worden wäre und wenn dadurch der rücksichtslose Wille, die Disziplin und Autorität um den äußersten Preis aufrechtzuerhalten, zum Ausdruck gebracht wäre.

Die Flottenleitung war sich darüber klar, daß die Flotte kein kriegsbrauchbares Instrument mehr war. Sie glaubte jedoch, daß die Mannschaften bei vorsichtiger Behandlung bis zum Abschluß des Waffenstillstandes Ruhe halten würden. Diese Erwartung trug.

Infolge der Vorgänge auf Schilligreede schnellten die Hoffnungen der revolutionären Elemente in der Flotte hoch empor. Sie fühlten sich mit Recht als Sieger. Sie schürten das Feuer, indem sie sich mit großer Leidenschaftlichkeit dafür einsetzten, daß man die festgenommenen Kameraden jetzt nicht im Stiche lassen dürfe. Am rebellischsten war die Stimmung beim 3. Geschwader in Kiel. Am 1. November fand im Kieler Gewerkschaftshause eine Versammlung statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, durch Abordnungen die Freilassung der Verhafteten von den Kommandanten der Schiffe zu verlangen. Als dieser Schritt erfolglos blieb, fanden neue demonstrative Versammlungen am 2. und am 3. November statt, an denen sich auch die Anhänger der U.S.P.D. in Kiel in zunehmender Zahl beteiligten.

Die Gegenvorkehrungen, die das Gouvernement in diesen Tagen traf, waren durchaus unzureichend und trugen dem Ernst der Lage in keiner Weise Rechnung. Man verschärfte die polizeilichen Maßnahmen auf dem Lande. Im übrigen aber ließ man den Dingen im wesentlichen ihren Lauf. Am bedenklichsten war, daß ein fast ungehinderter Verkehr zwischen den Schiffen und dem Lande stattfand.

Als in den Mittagsstunden des 3. November die Absicht einer Demonstration erkannt wurde, ließ man Patrouillen durch die Straßen gehen und die Matrosen auffordern, sofort auf die Schiffe zurückzukehren. Niemand befolgte den Befehl. Eine riesige Menschenmenge strömte auf dem Kieler Exerzierplatz zusammen. Es wurden revolutionäre Reden gehalten. Dann bildete sich ein Demonstrationszug, der sich unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise durch die Straßen bewegte. An einer einzigen Stelle fand er entschlossenen Widerstand. Durch das Feuer einer Offizierspatrouille wurde eine Anzahl Demonstranten getötet und verwundet. Der Eindruck, den dieser vereinzelte Vorgang auf die

Meuterer hervorrief, war stark. Er genügte aber natürlich nicht, um eine durchgreifende Wirkung hervorzubringen.

Mit Recht betrachteten sich die Matrosen auch an diesem Tage als Sieger. Wie ein Rausch stiegen die unerhörten Ereignisse ihnen in die Köpfe. Am Morgen des 4. November setzten sich die Tumulte fort. Die in den vorhergegangenen Tagen festgenommenen Rädelsführer wurden befreit. Auf den Schiffen wurden rote Flaggen gehißt. Man wählte Soldatenräte, die freilich zunächst weder Autorität besaßen, noch imstande waren, irgendeine Ordnung in dem wüsten Durcheinander zu schaffen.

Nachdem die Dinge so weit gediehen waren, glaubte der Gouverneur von Kiel, Admiral Souchon, daß jeder Versuch, mit Hilfe treu gebliebener Marinetruppenteile den Aufstand noch niederzuschlagen, völlig aussichtslos sei. Noch bestand aber bei ihm die Hoffnung, daß der Aufstand durch Landtruppenteile unterdrückt werden könne. Schon am 3. November hatte Souchon das Stellv. Generalkommando IX. U.K. in Altona um Hilfe gebeten. Die Bitte wurde am Abend, unter dem Eindruck, daß die Marine des Aufstandes vielleicht doch noch allein Herr werden würde, zurückgezogen. Am Morgen des 4. November wurde sie wiederholt. Wiederum war kostbare Zeit verlorengegangen.

Das Generalkommando stellte schleunigst eine Abteilung von etwa zwei Bataillonen aus Ersatztruppenteilen zusammen, die geschlossen unter dem Kommandeur der Stellv. 81. Inf.-Brig. gegen Kiel eingesetzt werden sollte. Aber der Gouverneur hielt es nicht für angemessen, daß in einem Reichskriegshafen ein Landoffizier das Kommando führe und die Ordnung wiederherstelle. Er lehnte die Führung der Unternehmung durch den General ab und verlangte, daß die Landtruppenteile den Marinebehörden unmittelbar unterstellt würden. Das Generalkommando gab der Forderung unglücklicherweise nach und entsandte die Bataillone nunmehr ohne weitere Anweisungen einzeln nach Kiel.

Das zuerst eintreffende Bataillon nahm in guter Haltung die befohlenen Absperrungen am Marinearresthaus vor, der Führer gab die nötigen Anweisungen für den Gebrauch der Waffe. Die Aufständischen hielten sich in respektvoller Entfernung und wagten trotz ihrer ungeheuren Überzahl nicht das geringste zu unternehmen. Als der Bataillonsführer dem Stadtkommandanten die getroffenen Maßnahmen meldete, befahl ihm dieser, die auf den Straßen auf-

gestellten Postierungen sofort zurückzuziehen und die Gewehre entladen zu lassen. Unter keinen Umständen solle von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Die Matrosen dürften nicht gereizt werden. Der Gouverneur stehe in Unterhandlungen mit ihnen. Man erwarte überdies das Eintreffen Noskes und Haußmanns und erhoffe davon eine Besserung der Lage.

Der Bataillonsführer erstattete Meldung an das Generalkommando und erbat die Zurückbeorderung seines Bataillons, da dessen Anwesenheit in Kiel unter solchen Umständen völlig zwecklos sei. Er marschierte in der Nacht vom 4. zum 5. November mit dem größten Teil seiner Leute ab, um sich der schmählischen Zumutung zu entziehen, durch die meuternden Matrosen zum Bahnhofe geführt und von dort gewaltsam abtransportiert zu werden.

Inzwischen war das andere aus Lübeck entsandte Bataillon, als es ahnungslos auf dem mitten in der Stadt gelegenen Bahnhofe ausstieg, von den aufständischen Matrosen umringt, entwaffnet und gefangengenommen worden. Die Marinebehörden hatten das Bataillon weder über die Zustände in der Stadt rechtzeitig unterrichtet, noch daran gedacht, es außerhalb des Bahnhofes auszuladen.

Diese Vorgänge zeigten in voller Klarheit, daß der Gouverneur alle Macht und jeden Überblick verloren hatte. Nach Ansicht der beteiligten Infanterieführer wäre es wohl möglich gewesen, durch entschlossenes Handeln in diesem Augenblick den Aufstand noch zu unterdrücken.

Der Gouverneur setzte seine letzten Hoffnungen auf das Erscheinen der Regierungsvertreter Noske und Haußmann, die am Abend des 4. November erwartet wurden. Inzwischen verhandelte er mit den Meuterern. Er entbot Vertreter der Soldatenräte und der aus beiden sozialistischen Parteirichtungen gebildeten Arbeiterräte zu sich, fragte sie nach ihren Wünschen und sicherte deren Berücksichtigung im Rahmen seiner Machtbefugnisse zu. Insbesondere erklärte er sich bereit, den treu gebliebenen Truppen das Schießen auf die Aufständischen zu verbieten.

Nach der Ankunft Noskes und Haußmanns wurden die Verhandlungen unter der Leitung Noskes, der von den Revolutionären stürmisch begrüßt wurde, fortgesetzt.

Den Aufständischen kam es vor allem darauf an, ein weiteres Eingreifen von Landtruppen, vor denen sie große Angst hatten, zu verhindern. Die Anwesenheit des vom Stellv. Generalkommando

IX. U.K. entsandten Bataillons und das Gerücht vom Antransport weiterer Kräfte belastete sie mit schwerer Sorge. Der Gouverneur gab die Versicherung ab, daß von seiner Seite an eine Unterdrückung der Bewegung von außen her nicht mehr gedacht werde. Er gab Befehl, daß das in Kiel eingetroffene Bataillon die Stadt verlassen solle.

Bei denjenigen Führern der Aufständischen, die durch ihre Verbindung mit Barth darüber unterrichtet waren, daß ursprünglich für den 4. November eine allgemeine Erhebung in Deutschland geplant und nur auf kurze Zeit verschoben worden war, tauchte jetzt die Hoffnung auf, daß die Kieler Revolte der Ausgangspunkt der großen Revolution werden könne. Bei den am 5. November im Gouvernement fortgesetzten Verhandlungen traten sie plötzlich mit einem politischen Programm auf, das sich ungefähr im Rahmen der Forderungen der Unabhängigen hielt*). Zugleich verlangten sie, daß aus Gründen der Parität außer Noske auch noch Haase und Ledebour oder Cohn telegraphisch herbeigerufen würden. Ein entsprechendes Telegramm, das abgesandt wurde, erreichte Haase nicht.

Während also die alten, in die revolutionäre Bewegung eingeweihten Vertrauensleute Barth'scher Richtung bereits zielbewußt auf die Revolution hinarbeiteten und raschentschlossen zuverlässige Leute nach allen größeren Städten des nördlichen und mittleren Deutschlands entsandten mit dem Auftrage, die Flamme der Empörung weiterzutragen, tagten zur gleichen Zeit die Arbeiter- und Soldatenräte im Bewußtsein ihrer neuen Würde und stellten Forderungen auf, die keinerlei politischen Weitblick verrieten. Erleichterungen im Dienst oder dessen völliger Fortfall, „sachgemäße Behandlung“ der Soldaten durch die Vorgesetzten, unbefchränkte persönliche Freiheit außer Dienst, Straffreiheit für militärische Vergehen, Aufhebung der Briefzensur erschien ihnen im Augenblick das wichtigste. Erst als Noske und ein Führer der Kieler Ortsgruppe der Unabhängigen zu Vorsitzenden des Soldatenrats gewählt wurden, kam in das Durcheinander einige Ordnung.

Noske warnte am Abend des 5. November die Regierung eindringlich, Kiel mit Landtruppen anzugreifen. Es würde nur ein nutzloses Blutvergießen geben und jede Verständigung mit den Meuterern würde dann ausgeschlossen sein.

*) Nähere Einzelheiten hierüber finden sich in Noske: Von Kiel bis Kapp.

Staatssekretär v. Payer, der Stellvertreter des Reichskanzlers, ermächtigte ihn zu der bestimmten Erklärung an die Aufständischen, daß nicht beabsichtigt sei, mit Waffengewalt gegen Kiel vorzugehen. Die eingeleiteten militärischen Maßregeln befolgten lediglich den Zweck, die Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Auf den Hinweis Noskes, daß durch die Unterbrechung der Bahnverbindungen nach Kiel eine Hungersnot in der Stadt zu befürchten sei, erwiderte Payer, daß dies keineswegs in den Absichten der Regierung liege. Überhaupt stehe die Regierung auf dem Standpunkt, daß eine Verständigung herbeigeführt werden müsse.

Trotz Bekanntgabe der bei der Regierung bestehenden Auffassung verstärkte sich unter den Aufständischen die Angst vor dem Anrücken von Landtruppen. Auch die revolutionären Führer wurden bedenklich. Noske gewann den Eindruck, daß die Meuterei über ihre lokale Bedeutung nicht hinauswachsen werde. Er erklärte den Meuterern nunmehr, daß er persönlich den Aufstand auf das schärfste verurteile und daß man versuchen müsse, wieder zu normalen Zuständen zurückzukehren. Die Regierung stellte milde Bedingungen in Aussicht, unter anderem die Straffreiheit der Rädelsführer und die Amnestie der im Herbst 1917 Verurteilten. Sie versprach rasche Maßnahmen zur Herbeiführung des Waffenstillstandes und zur Demokratisierung des Staates.

Am 6. und 7. November herrschte bei den Führern der Aufständischen eine fieberhafte Aufregung. Es mehrten sich die Stimmen, die zum Nachgeben rieten. Aber schließlich entschloß man sich doch, noch einige Tage zu warten. Die im Verlauf des 7. November eintreffenden Nachrichten über die Fortschritte der Revolution in den Hafenstädten änderten dann die ganze Lage.

Die Tätigkeit des Kriegsministers*), auf dessen Schultern als Militäroberbefehlshaber der Heimat in hohem Maße die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung lastete, hielt sich in diesen Tagen in engen Grenzen. Am 2. November hatte er angesichts der steigenden Gärung im Lande bei der O.H.S. die Überweisung einer zuverlässigen Division erbeten. Am 4. November erhielt er die Zusage, daß die 2. Garde-Inf.-Div. in den nächsten Tagen nach dem Truppenübungsplatz Altengrabow abbefördert werde. Von den Vorgängen in Kiel wurde er durch das

*) Seit 9. 10. 18 General Scheich.

Stello. Generalkommando IX. U.K. in Altona unterrichtet. Er befahl am Nachmittag des 4. November dem Stello. Generalkommando II. U.K. in Stettin, 12 Kompagnien zur Unterdrückung der Kieler Unruhen bereitzustellen. Am späten Abend regte das Generalkommando in Altona weiterhin die Heranziehung einer gemischten Abteilung aus dem Korpsbereich des X. Armeekorps in Hannover an. Der Vorschlag wurde aber bereits in der Nacht wieder zurückgezogen, nachdem die Marinestation der Ostsee erklärt hatte, daß sie eine Änderung in der Lage durch das Eingreifen von Landtruppen nicht mehr für möglich halte und daher auf deren weitere Verwendung verzichte. Statt dessen seien mit den Meuterern Verhandlungen eingeleitet. Daraufhin wurde seitens des Stello. Generalkommandos IX. U.K. auch der Antransport der Truppen aus Stettin rückgängig gemacht.

Mit dem Reichsmarineamt traf das Kriegsministerium am 5. November folgende Vereinbarungen: Der Oberbefehl gegen Kiel wurde dem Stello. Kommandierenden General des IX. U.K. in Altona übertragen. Seine Aufgabe bestand in der Absperrung von Kiel nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte. Weiterer Truppenbedarf sollte angefordert werden. Nach Wilhelmshaven hatte das Generalkommando X. U.K. in Hannover vier Kompagnien zu entsenden, außerdem sollte es von dort 600 Marinemeuterer in den Korpsbereich überführen.

Die O.H.S. wurde um Beschleunigung der Absendung der 2. Garde-Inf.-Div. ersucht und gleichzeitig die Bereitstellung einer zweiten Division verlangt.

Die Kommandantur Berlin erhielt Anweisung, alle am Lehrter Bahnhof ankommenden Matrosen zu entwaffnen und zu internieren.

In den Vormittagsstunden des 6. November häuften sich die Unglücksbotschaften. Cuxhaven und Hamburg gerieten in die Hände der Aufständischen, am Abend folgte Bremen. Das Kriegsministerium blieb an diesem Tage im wesentlichen auf die Rolle des Beobachters beschränkt. Ehe nicht die ihm von der O.H.S. in Aussicht gestellten Truppen eingetroffen waren, glaubte es keine Möglichkeit zu haben, auf den Gang der Dinge stärkeren Einfluß zu gewinnen.

Am 7. November schlug die rote Welle nach Hannover über. Die O.H.S. machte gegen Mittag Mitteilung von einer geplanten

großzügigen Bekämpfung der Aufstandsbewegung, zu der eine Anzahl Felddivisionen und Oberkommandos schleunigst von der Front nach Deutschland übergeführt werden sollten. Das Kriegsministerium beschränkte sich im wesentlichen auf die Entgegennahme der von allen Seiten kommenden Unglücksnachrichten. Zu einem Eingreifen in den Lauf der Ereignisse mit den im Lande verfügbaren Mitteln sah es keine Möglichkeit. Die Generalkommandos blieben sich selbst überlassen. Der Versuch, Kräfte aus den noch ruhigen Korpsbezirken zusammenzuziehen, wurde nicht gemacht.

Am 8. November wurden die Einzelheiten der seitens der O.H.E. geplanten großen Aktion mit dem Kriegsministerium verhandelt.

In dem Tagesbericht des Kriegsministeriums an den Kaiser vom 8. November heißt es: „Gesamteindruck, daß Gedanke der Vermeidung von Blutvergießen, lieber verhandeln, lähmend auf Widerstandskraft der Behörden wirkt und auch Truppe in ihrer Haltung unsicher macht.“

Ein „Schießverbot“ ist seitens des Kriegsministeriums an die Stellvertretenden Generalkommandos im Reiche nicht ergangen. Für die am 6. November im Bereich des IX., am 7. November beim X., am 8. November beim IV. und VII. und XVIII. Armeekorps erlassenen Verbote dieser Art tragen die örtlichen Behörden die Verantwortung. Sie sind aus dem Gefühl heraus erfolgt, daß bei der Schwäche und Unzuverlässigkeit der Truppe jeder Widerstand aussichtslos sei und unnützes Blutvergießen bedeute.

*

Das Übergreifen der Marinemeuterei auf das Innere des Landes.

Das Stellv. Generalkommando IX. A.K., in dessen Korpsbereich der Brandherd lag, hatte die von Kiel ausgehenden Bahn- und Straßenverbindungen am 5. November gesperrt in der Hoffnung, die weitere Ausdehnung des Aufstandes zu erschweren. Man glaubte die Bekämpfung erst nach Eintreffen einer inzwischen erbetenen Felddivision wiederaufnehmen zu können. Die Absperrung mißglückte jedoch völlig. Zuerst sprang der Funke nach den in der Nähe von Kiel gelegenen Garnisonstädten über, dehnte sich dann über den ganzen Bereich des IX. Armeekorps aus und lief

von dort nach Hannover weiter. Die Matrosen erschienen einzeln oder truppweise auf Lastkraftwagen oder auf Zügen, die sie sich vielfach selbst zusammenstellten und bedienten oder auch auf Schiffen. Zunächst tauchten sie in Lübeck, Rendsburg, Ratzeburg, Flensburg, Hamburg und im Lokstedter Lager auf. Lübeck erlag der Revolution am schnellsten. Der Kern der Garnison war bei der verunglückten Unternehmung gegen Kiel am 4. November gefangen genommen. Die zurückgebliebenen Teile dachten nicht daran, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Sie liefen beim Auftreten der Matrosenbanden entweder auseinander oder ergaben sich ohne Widerstand oder schlossen sich den Meuterern an. Die Offiziere wurden gefangengefetzt.

Auch in Hamburg trafen im Laufe des 5. November trotz der angeordneten Sperre auf Zügen und Lastkraftwagen zahlreiche Matrosen ein. Sie benutzten den Tag zu einer intensiven und erfolgreichen revolutionären Propaganda unter den Arbeitern und Soldaten. Niemand störte sie dabei. Sie wurden kräftig unterstützt von den revolutionären Obleuten in den Betrieben und den Ersatztruppenteilen. Das Stellv. Generalkommando IX. A.K. hatte schon am 4. November über die bedrohliche Lage an das Kriegsministerium Bericht erstattet mit dem Hinzufügen, daß die in Aussicht gestellte Entsendung von Kompagnien aus Stettin und Danzig nicht genügen würde. Der Einsatz einer starken mobilen Truppe scheinbar erforderlich. Am 5. November meldete es in gleichem Sinne. In der Nacht vom 5. zum 6. November fanden in Hamburg Unruhen statt. Vergeblich ließ das Stellvertretende Generalkommando die für den Fall innerer Unruhen vorgesehenen Maßnahmen in Kraft treten. Schon am Morgen des 6. November kam es zu groben Ausschreitungen. Den Offizieren wurden auf der Straße die Achselstücke abgerissen und die Waffen weggenommen. Auf dem Heiligengeistfelde versammelte sich in den Mittagsstunden eine riesige Menschenmasse, die sich nach Altona, dem Sitz des Stellvertretenden Generalkommandos, in Bewegung setzte. Die ungünstigen Nachrichten häuften sich. In Flensburg hatten Teile der Garnison ihre Waffen an die Matrosen abgegeben. In Wismar und Rostock waren ebenfalls starke Matrosenbanden erschienen. Die Lage schien dort höchst unsicher, obgleich den Kommandeuren äußerster Widerstand zur Pflicht gemacht war. In Altona weigerten sich die Truppen, den Befehlen des Kommandanten Folge zu leisten. Die Artillerie spannte

nicht an, die Kasernen wurden den Meuterern übergeben. Der Stellvertretende Kommandierende General entschloß sich unter diesen Umständen im Einverständnis mit dem Kriegsministerium, Altona zu verlassen, um in Lüneburg das Eintreffen der in Aussicht gestellten Felddivision zu erwarten. Angesichts des demoralisierten Zustandes der Truppen, von denen nur noch einzelne Teile zum Widerstand entschlossen schienen, wurde der Befehl gegeben, vorläufig jeden Widerstand einzustellen und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Der Soldatenrat ließ das Generalkommando besetzen, enthob die Offiziere ihres Dienstes und übernahm selbst die Führung der Geschäfte.

Das benachbarte Stellv. Generalkommando X. U.K. in Hannover trug sich mit der Absicht, mit den Truppen seines Befehlsbereichs die Ordnung zunächst in Hamburg wiederherzustellen und richtete am Nachmittag des 6. November einen entsprechenden Vorschlag an das Kriegsministerium. Dieses gab seine Genehmigung unter der Voraussetzung, daß die Gewähr für das Gelingen der Unternehmung gegeben sei und daß die Besetzung Hamburgs ohne Schädigung der Bewohner erfolgen könne. Die Ausführung unterblieb. Das Stellv. Generalkommando X. U.K. meldete in der Nacht zum 7. November, daß es die verlangte Gewähr nicht übernehmen könne. Es werde sich daher mit defensiven Maßnahmen gegenüber Hamburg und Bremen begnügen, um so mehr, als auf Befehl des Feldeisenbahnchefs eine Verkehrssperre für sämtliche Militärtransporte in der Heimat eingetreten sei.

Die Verkehrssperre war angeordnet, um die Fahrt der meuternden Matrosen in das Innere des Landes zu verhindern. Weiterhin schien auch bei der ganzen Lage im Westen eine Zuführung von Ersatztransporten an die Front nicht mehr erwünscht. Durch ein Versehen war aber unterlassen worden, für die geplanten Transporte des Stellv. Generalkommandos X. U.K. eine Ausnahme zuzulassen.

Am 6. und in der Nacht vom 6. zum 7. November füllte sich Hannover mit „beurlaubten“ Matrosen. Am Morgen des 7. November wurde die Annäherung eines Matrosenzuges gemeldet. Vergeblich versuchte man, ihn unterwegs aufzuhalten. Eine viel zu schwache Wache am Bahnhof, die die Meuterer bei ihrem Eintreffen festnehmen sollte, wurde überrannt, ohne daß ein Schuß abgegeben wurde. Die Matrosen zerstreuten sich, bevor weitere Verstärkungen

anrückten, in der Stadt. Sie verteilten sich auf die Kasernen und Militärgefängnisse, revolutionierten oder entwaffneten die Mannschaften und befreiten die Gefangenen. Als man den Versuch machte, Truppen gegen sie einzusetzen, lief ein großer Teil der Mannschaften zu ihnen über, der Rest und die Offiziere kapitulierten, ohne daß ein Schuß fiel. Der Kommandierende General v. Haenisch trat den Meuterern auf dem Waterlooplatz persönlich entgegen. Als er sich weigerte, ihre Forderungen anzuerkennen, wurde er mit seinem Adjutanten niedergeschlagen und gefangengesetzt.

Der Chef des Stabes war schon vorher nach Hildesheim geschickt, um die Verbindung mit den Garnisonen in der Provinz aufzunehmen und das Generalkommando nötigenfalls dort einzurichten. Im Verlauf des Nachmittags versuchten mehrfach Teile der Garnison Hannover sowie außerhalb der Stadt liegende Truppenteile, die Ordnung wiederherzustellen. Es kam zu heftigen Schießereien und zu Verlusten auf beiden Seiten. Da aber eine einheitliche Leitung fehlte, blieb allen diesen Unternehmungen der Erfolg versagt.

Gegen Abend richtete ein zurückgebliebener Offizier des Stellvertretenden Generalkommandos auf Ersuchen des inzwischen eingerichteten Arbeiter- und Soldatenrates an die auswärtigen Garnisonen die Aufforderung, zur Vermeidung unnützen Blutvergießens von weiteren Unternehmungen Abstand zu nehmen.

General v. Haenisch, dem es gelungen war, zu entfliehen, versuchte die treu gebliebenen Mannschaften in Goslar zu sammeln. Aber alle seine Bemühungen blieben erfolglos.

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg und Hannover zeigten klar, daß die Revolution nicht mehr aufzuhalten war. Der Bankrott der staatlichen Macht und die Hilflosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft trat deutlich in die Erscheinung. Eine Handvoll mächtig bewaffneter Matrosen hatte überall genügt, um die höchsten militärischen Dienststellen zu beseitigen und jeden Versuch eines Widerstandes im Keime zu ersticken. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Regierung mit einer Leichtigkeit und Selbstverständlichkeit, als sei dies die natürlichste Sache der Welt und als sei es eine Kleinigkeit, die staatliche Ordnung im Lande Friedrichs des Großen und Bismarcks im Augenblick der schwersten äußeren Krise, die Deutschland seit Jahrhunderten durchmachte, aufzulösen.

Der Fortgang der Revolution zeitigte allenthalben die gleichen Bilder. In den westlichen Provinzen, in Bayern und in Sachsen war das Schauspiel des haltlosen Zusammenbruchs der alten Gewalten fast noch kläglicher.

In dem als Rheinübergang und Bahnnotenpunkt besonders wichtigen Köln veranlaßte die am 7. November eintreffende Nachricht, daß einige hundert Matrosen von Hannover her unterwegs seien, die Versammlung aufgeregter Menschenmassen am Bahnhofe. Zwar glaubte der Führer der Mehrheitssozialisten, Sollmann, sich für die Besonnenheit der Arbeiter noch verbürgen zu können, wenn das Militär Zurückhaltung übe. In der Nacht wurden dann aber plötzlich die Militärgefängnisse gestürmt, die Wachtmannschaften entwaffnet. Am Morgen entleerten sich die Kasernen, es entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Die gesamte Garnison von 45 000 Mann schloß sich den Meuterern an.

Der Gouverneur setzte seine letzte Hoffnung auf eine aus besonders zuverlässigen Leuten gebildete, mehrere tausend Mann starke Elitetruppe. Aber da niemand den Befehl zum Schießen gab — es war nicht einmal das Laden der Gewehre erlaubt — ließen sich auch diese Leute entwaffnen oder entfernten sich von ihren Posten. Am Nachmittag des 8. November wehte über Köln die rote Fahne, fast ohne daß ein Schuß gefallen war.

Die O.H.L. beabsichtigte, die ursprünglich gegen Hamburg bestimmte Felddivision nunmehr zunächst gegen Köln einzusetzen, um die für die Versorgung des Heeres lebensnotwendige Rheinlinie wiederzugewinnen. Das schnelle Übergreifen der Revolution auf das westliche Rheinufer ließ es aber dazu nicht mehr kommen.

Ganz ähnlich wie in Köln verliefen die Dinge in Frankfurt am Main. Auch hier wurde am 7. November die Stadt durch die Ankündigung, daß hundert Matrosen im Anmarsch seien, in eine wilde Aufregung versetzt. Ein Teil der eintreffenden Matrosen konnte verhaftet werden, wurde jedoch gleich darauf wieder entlassen, da die vorgezeigten Urlaubspässe in Ordnung schienen. Die Matrosen zogen nunmehr ungehindert durch die Straßen, wiegelten die Soldaten auf, setzten Soldatenräte ein, denen sich Arbeiterräte zugesellten. Der Stellvertretende Kommandierende General verließ Frankfurt, nachdem er die Anweisung gegeben hatte, unnützes Blutvergießen zu vermeiden.

In ähnlichen Formen entwickelte sich am 8. November die Revolution auch im Bereich des Generalkommandos des IV. U.K. in der Provinz Sachsen. Bereits in den Mittagsstunden hatte sich die Masse der Garnison, unter Führung von Matrosen, mit den revolutionären Arbeitern verbündet. Der Stellvertretende Kommandierende General hielt es unter diesen Umständen für angezeigt, dem geringen Rest treu gebliebener Mannschaften den Gebrauch der Waffen zu untersagen.

Im Königreich Sachsen hatten in den letzten Monaten des Krieges die Disziplinwidrigkeiten bei den Truppen in bedenklichem Maße zugenommen. Das Anwachsen der revolutionären Stimmung machte sich deutlich bemerkbar. Am 3. November brachen in einem Barackenlager bei Dresden schwere Unruhen aus. Den Anlaß bildeten unentschuld bare Nachlässigkeiten in der sanitären Versorgung, der Unterbringung und der Verpflegung der Mannschaften. Es gelang, durch sofortige Abstellung der Mißstände der Bewegung Herr zu werden.

Die militärischen Behörden suchten sich in den folgenden Tagen, so gut es ging, auf die zu erwartenden Unruhen vorzubereiten. Sie waren sich aber darüber klar, daß es kaum noch ein Ersatzbataillon gab, auf das man mit Sicherheit hätte rechnen können.

Die Umsturzbe wegung begann in Leipzig, der Hochburg der sächsischen Unabhängigen. Am 6. und 7. November waren dort zahlreiche „beurlaubte“ Matrosen eingetroffen. Einige von ihnen stellten sich um die Mittagszeit des 8. November auf dem Bahnhofe an die Spitze einer Anzahl von Soldaten und eilten in einem schnell anschwellenden Zuge nach den Kasernen, wo sie die Waffenkammern erbrachen und die Mannschaften überredeten, sich ihnen anzuschließen. Wenige Stunden später flatterte über Leipzig die rote Fahne. Es bildete sich nun in der üblichen Weise der Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Leitung hier aber ausschließlich in den Händen der Unabhängigen lag.

In Dresden kam es am 8. November zu groben Ausschreitungen gegen Offiziere. Die Mannschaften der Ersatztruppenteile verließen die Kasernen und zerstreuten sich in der Stadt. Noch hoffte der dem Kabinett seit dem 1. November angehörende mehrheitssozialistische Minister Fräßdorf, die revolutionäre Bewegung in gemäßigte Bahnen lenken zu können. Er schlug vor, daß man versuchen solle, ihr die Spitze abzubiegen, indem man von seiten der

Regierung die Bildung eines Landesoldatenrats anordne. Vorbedingung sei, daß die Bevölkerung nicht durch das Militär provoziert werde und daß jedes aggressive Vorgehen unterbleibe. Der König gab seine Zustimmung. Es solle kein Blut mehr vergossen werden, von dem in den letzten Jahren genug geflossen sei. Die Ereignisse am 9. November gingen über alles dies hinweg. Die revolutionären Massen kümmerten sich nicht mehr um Regierungsverordnungen und nahmen ihre Geschicke selbst in die Hand.

*

Der Revolutionsherd in München.

Während sich die revolutionäre Bewegung in Nord-, West- und Mitteldeutschland unter der unmittelbaren Einwirkung der meuternden Matrosen entwickelte, bildete sich in München ein frischer Herd. Durch den Zusammenbruch Österreich-Ungarns war die Gefahr einer Überschwemmung des südlichen Bayern durch die aufgelöste österreichische Armee und die verfolgenden Entente-truppen nahegerückt. Man hatte sich entschlossen, zum Schutze des Landes alle noch irgend brauchbaren Truppen in das südbayerische Hochgebirge und nach Tirol zu entsenden. Am 2. November standen schon 21 Bataillone Infanterie mit der entsprechenden Zahl Batterien und sonstigen Formationen an der Grenze. Bayern war also in den Tagen unmittelbar vor der Revolution nahezu ganz von Truppen entblößt. Lediglich zwei im Anrollen befindliche, ebenfalls für den Grenzschutz bestimmte Felddivisionen, darunter eine preußische, boten einen gewissen Rückhalt für den Fall innerer Unruhen.

Die Stimmung in der Bevölkerung war angesichts der bedrohlichen Vorgänge im Süden auf das tiefste erregt, der Wunsch nach raschem Friedensschluß war brennend. Die Propaganda der zur Entscheidung drängenden unabhängigen und radikalen Elemente fand unter diesen Umständen günstigen Boden und trug über die zur Mäßigung ratenden Mehrheitssozialisten unter der Führung Auers fast plötzlich den Sieg davon. Bis in den Sommer 1918 hinein war der oppositionelle Anhang in Bayern nur gering gewesen. Er gruppierte sich wesentlich um die Person des zur Unabhängigen Partei gehörenden Journalisten Kurt Eisner, der im

Frühjahr 1918 verhaftet war und im Oktober die Freiheit wiedererlangt hatte. Er gewann in diesen Wochen überraschend schnell durch seine agitatorischen Fähigkeiten überragenden Einfluß auf die Massen. Auch die Mehrheitssozialisten konnten sich seinem leidenschaftlichen Schwunge nicht entziehen. In der bayerischen Regierung und im bayerischen Kriegsministerium wurde diese Wandlung nicht erkannt oder unterschätzt.

Die Ausbreitung der Revolution in Norddeutschland ließ in Eisner den raschen Entschluß reifen, auch in München die Entscheidung herbeizuführen. Er sagte für den 7. November eine große Demonstration der Unabhängigen Partei in München zugunsten des sofortigen Friedens an.

Die Regierung fühlte nicht mehr die Kraft in sich, die Versammlung zu verhindern und einen Konflikt mit den Unabhängigen hervorzurufen. Sie verkannte wohl auch die Stärke der revolutionären Bewegung und den Einfluß Eisners. Sie begnügte sich mit polizeilichen und militärischen Sicherungsmaßnahmen. Einige militärische Formationen wurden von außerhalb nach München herangezogen. Der schlechte moralische Zustand der wenigen noch in München befindlichen Ersatztruppenteile war der Regierung bekannt. Immerhin glaubte sie sich auf den überwiegenden Teil der Mannschaften noch verlassen zu können.

Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich bei der Regierung für die Genehmigung der Demonstrationsversammlung ausgesprochen. Sie wollten selbst eine Parallelversammlung abhalten, in der Hoffnung, den Unabhängigen das Wasser abzugraben. Sie hatten sich auch mit Erfolg dafür verwendet, daß den Soldaten ebenso wie sonst die Teilnahme an der Demonstration gestattet werde.

Der bayerische Kriegsminister rechnete mit Ausschreitungen der Demonstranten, deren er leicht Herr zu werden hoffte. An die Möglichkeit einer Revolution dachte er nicht. Er wurde in dieser Auffassung von dem Führer der Mehrheitssozialisten Auer bestärkt. Um so niederschmetternder wirkten die Ereignisse am 7. November. Während die Mehrheitssozialistenversammlung auf der Theresienwiese einen ruhigen Verlauf nahm und nach Annahme einer Resolution zugunsten des Friedens sich auflöste, bildeten die Unabhängigen und ihre Mitläufer unter Eisners Führung gewaltige Demonstrationenzüge. Sie bewegten sich in die Stadt, plünderten

die Waffenläden, besetzten die öffentlichen Gebäude und wählten im Landtagsgebäude einen Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, dessen Erster Vorsitzender Eisner wurde. Die Truppe leistete nirgends Widerstand. Sie ließ sich entwaffnen und schloß sich größtenteils den Umzügen an. Ein einziges Bataillon gab ein paar Schüsse in die Luft ab und jagte hierdurch die Massen, die sich anschlössen, in das Kasernement einzudringen, in haltlose Flucht. Aber auch diese Truppe war nicht zu bewegen, gegen die Aufständischen vorzugehen, schloß sich ihnen vielmehr 24 Stunden später an.

Am Abend des 7. November waren die Aufständischen die Herren in München. Der bayerische Kriegsminister war nach Pasing geflüchtet. Er beabsichtigte, mit Hilfe eines für den Grenzschutz bestimmten unterwegs angehaltenen bayerischen Infanterieregiments und der nach Tirol anrollenden preußischen 7. Reserve-division die Revolution in München niederzuschlagen. Aber auch bei diesen Truppen traten am Vormittage des 8. November Zersetzungserrscheinungen auf. Eine zum Schutz der Ausladungen gegen München vorgeschobene kleine Abteilung ließ sich durch zwei aus München entgegenfahrende, mit Revolutionären besetzte Autos entwaffnen. Nunmehr verzichtete der Kriegsminister auf die Durchführung der Unternehmung, deren Mißlingen er bei der Unzuverlässigkeit der Truppen für sicher hielt.

Im Laufe des 8. November verbreitete sich die Revolution unter ähnlichen Erscheinungen wie in München mit großer Schnelligkeit über das ganze bayerische Land.

So lag am Abend des 8. November ein gewaltiger revolutionärer Halbbring von Kiel über Hannover, Köln, Frankfurt, Bayern, Provinz und Königreich Sachsen um die Hauptstadt des Reiches, Berlin. Der Ausbruch der Revolution in den übrigen Landesteilen im Westen und Süden des Reiches war nur noch eine Frage von Stunden, höchstens von Tagen. Auch im Osten begann es bereits zu gären. Die Dinge drängten zur letzten Entscheidung.

*

Die Berliner Revolution.

In der Berliner Revolution haben die meuternden Matrosen ebensowenig wie in München eine führende Rolle gespielt. Zwar stand die Bewegung sehr stark unter dem Antrieb der Kieler Vor-

gänge. Aber die Leitung, soweit von einer solchen überhaupt die Rede war, blieb schließlich doch in den Händen der politischen Führer.

Die revolutionäre Stimmung hatte Ende Oktober und Anfang November eine besondere Verschärfung durch die Zuspitzung der Kaiserfrage erfahren. Die mehrheitssozialistische Partei hatte wiederholt während des Krieges zu erkennen gegeben, daß sie sich mit der konstitutionellen Monarchie zur Not abfinden würde. Die Führer des rechten Flügels hatten in Schrift und Wort offen den Standpunkt vertreten, daß die Frage der monarchischen oder republikanischen Staatsform für die zukünftige Einstellung der mehrheitssozialistischen Partei eine ausschlaggebende Bedeutung nicht mehr besitze. Noch Anfang Oktober 1918 war der Eintritt von Scheidemann und Bauer als Staatssekretäre in das Ministerium ohne republikanische Vorbehalte erfolgt. Seit Mitte Oktober trat die Kaiserfrage in ein neues Stadium. Wilson hatte in seinen Notizen deutlich durchblicken lassen, daß die Abdankung Kaiser Wilhelms für die gedeihliche Entwicklung der Friedensfrage notwendig sei. Der Reichskanzler stellte daher dessen Abdankung in der Kabinettsitzung vom 28. Oktober zur Diskussion. Er vertrat den Standpunkt, daß man zwar gezwungen sei, der feindseligen Stimmung der Ententemächte gegen die Person des Kaisers Rechnung zu tragen, daß aber andererseits nur dessen freiwilliger Rücktritt in Frage komme. Das Kabinett, auch die sozialdemokratischen Mitglieder, schloß sich dieser Auffassung im wesentlichen an. Insbesondere machte der Kriegsminister Scheuch darauf aufmerksam, daß jeder äußere Zwang auf den Kaiser für das Heer bedenkliche Folgen haben werde.

Bevor noch die ganze Frage spruchreif geworden war, begab sich der Kaiser in das Große Hauptquartier nach Spa. Der Kanzler sandte ihm den Innenminister Drews nach, um ihm die Auffassung des Kabinetts in der Abdankungsfrage vortragen zu lassen. Drews erfuhr jedoch eine scharfe Absage. In der unmittelbaren persönlichen Umgebung des Kaisers machten sich starke Einflüsse geltend, die einem Nachgeben widerstrebten. Auch Hindenburg und Gröner sprachen sich mit großem Nachdruck gegen die Abdankung aus. Sie wiesen, ebenso wie vorher der Kriegsminister, auf die Gefahren hin, die ein solcher Schritt für die Armee zur Folge haben müßte, deren Offizierkorps bedingungslos monarchisch sei, deren Mannschaften

zu einem großen Teile dem Kriegsherrn die Treue wahren würden. Für die Armee dürfe es keine Kaiserfrage geben. Der Kaiser schloß sich diesen Gedankengängen an.

Die Mehrheitssozialisten vollzogen Anfang November in der Kaiserfrage eine scharfe Schwenkung. Sie hatte sich schon seit mehreren Wochen in der Presse angekündigt. Mitte Oktober hatten sozialistische Blätter, an der Spitze der „Vorwärts“, mit größter Entschiedenheit den Rücktritt des Kaisers verlangt, und die Erörterungen über diesen Punkt hatten seitdem kein Ende mehr gefunden.

In den ersten Novembertagen richtete der Staatssekretär Scheidemann an den Reichskanzler das Ersuchen, dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten, da seine Person ein Hindernis in der Friedensfrage bilde. In den folgenden Tagen wiederholte er diese Forderung mit zunehmender Schärfe. Es war den Mehrheitssozialisten klar geworden, wohin die Entwicklung drängte. Mit größter Aufmerksamkeit verfolgten sie die Kieler Vorgänge. Durch die Entsendung Noskes hatten sie einen zuverlässigen Vertrauensmann und Berichterstatter an dem entscheidenden Punkt. Allerdings war es auch für diesen zunächst nicht möglich, einen sicheren Überblick zu gewinnen. Bis zum 7. November rechnete er damit, daß die Regierung des Aufstandes Herr werden würde. Aber selbst wenn das der Fall war, so war doch zu erkennen, daß man unmittelbar vor schweren Ereignissen stand.

In der Parteileitung gewann immer mehr die Auffassung an Boden, daß man Anschluß an die revolutionäre Volksbewegung, die in der Entstehung schien, gewinnen müsse, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, den Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ganz zu verlieren. In einer Fraktionsitzung am 6. November führte Scheidemann aus, daß die Abdankung des Kaisers nicht länger hinausgeschoben werden könne und daß man dem Kabinett in dieser Frage ein kurzbefristetes Ultimatum stellen müsse. Man stehe unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Reiches. Wenn sich die mehrheitssozialistische Partei nicht an die Spitze der revolutionären Bewegung stelle, würde man zu anarchischen Zuständen kommen. Die von Kiel ausgehende Revolution werde morgen oder übermorgen Berlin erreichen. Vielleicht könne das Schlimmste noch verhütet werden, wenn der Kaiser

sofort abdanke und wenn die restlose Demokratisierung des Reiches, der Staaten und der Gemeinden zugesagt werde.

Von einem Ultimatum sahen Parteiauschuß und Reichstagsfraktion an diesem Tage noch ab. Sie beschränkten sich darauf, die schnelle Erledigung der Abdankungsfrage, die sofortige Herbeiführung des Waffenstillstandes, die Amnestie für die wegen militärischer Vergehen Bestraften und die Demokratisierung der Verwaltung zu fordern. Aber als die Regierung dann weiterhin zu zögern schien, verlangte die Fraktion am 7. November die Abdankung des Kaisers bis zum Mittag des 8. und drohte im Weigerungsfalle mit dem Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung.

Es gelang dem Kanzler indessen noch einmal, durch den Hinweis auf den ungünstigen Einfluß, den ein Regierungswechsel auf den unmittelbar bevorstehenden Abschluß des Waffenstillstandes ausüben müsse, eine Verlängerung der Frist zu erreichen. Der Parteivorstand gab dies öffentlich bekannt, mit dem Hinweis, daß es sich nur um Stunden handele. „Eure Kraft und eure Entschlossenheit vertragen diesen Aufschub.“

Der Siegeszug der Kieler Bewegung zwang die Parteileitung am Abend des 8. November zu einem endgültigen Entschluß. Sie richtete an ihre Vertrauensleute in den Großbetrieben die Frage, ob ihnen ein längeres Abwarten noch möglich erscheine. Da die Antwort verneinend ausfiel, wurde beschlossen, daß die sozialdemokratischen Staatssekretäre am nächsten Vormittage aus der Regierung austreten sollten, wenn die Abdankungserklärung bis dahin nicht vorliege, und daß dann der Generalstreik verkündet werden solle.

So glückte es der mehrheitssozialistischen Partei noch in letzter Minute, in die revolutionäre Front einzurücken. Sie konnte bei den bevorstehenden unvermeidlichen Ereignissen nicht mehr ausgeschieden werden.

Die Führer des rechten Flügels der Unabhängigen hielten sich in dieser Zeit im Hintergrunde. Am 4. November stellten sie, wie bereits erwähnt, die Forderung, daß zur Wahrung der Parität außer Noske und Haßmann auch Haase und Ledebour nach Kiel entsandt werden sollten. Da die Regierung sich hierauf nicht einließ, trat Haase aus eigener Initiative am 7. November die Reise an. Er kam jedoch zu spät, um noch irgendeinen Einfluß auf den

Gang der Ereignisse ausüben zu können. Als er am Abend des 9. November nach Berlin zurückkehrte, war die Entscheidung auch dort schon gefallen. Die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes hatten inzwischen nicht den Entschluß gefunden, in seiner Abwesenheit angesichts der sich überstürzenden Vorgänge auf eigene Verantwortung zu handeln.

Der linke, Ledeboursche, Flügel der Unabhängigen und die Spartakusgruppe schürten das Feuer inzwischen weiter, ohne doch im eigentlichen Sinne führend in den Vordergrund zu treten.

Am 20. Oktober waren Liebknecht, Rosa Luxemburg, Dittmann und die anderen wegen politischer Vergehen verhafteten Führer entlassen worden. Die neue parlamentarische Regierung hatte trotz der auf der Hand liegenden Bedenken es nicht für angängig gehalten, an dem Akt der Begnadigung vorüberzugehen. Diese Maßnahme hatte schwerwiegende Folgen. Liebknecht stürzte sich mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Wesens in den revolutionären Kampf. Seine Anhänger bereiteten ihm stürmische Ovationen. Er verlangte von Tag zu Tag sich steigende Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Polizei und mit dem Militär, schließlich als Ende den Generalstreik und die Revolution.

Das Kriegsministerium erwog die Wiedereinziehung Liebknechts in eine Arbeitstruppe. Er entzog sich aber der Beorderung durch die Vortäuschung, daß er sich „auf Reisen, unbekanntem Aufenthalts“ befinde. Der ernstliche Versuch, seiner habhaft zu werden, wurde angesichts der gesamten innenpolitischen Lage, die die Regierung von tatkräftigen Maßnahmen abhielt, nicht mehr unternommen.

Barth, der die konspirativen Fäden der revolutionären Vorbereitungen in seinen Händen hielt, befürchtete von der Liebknechtschen Taktik auch bei dem jetzigen Zustand der Dinge noch eine schwere Gefährdung seiner eigenen Pläne, die auf einen überraschenden revolutionären Putsch in ganzen Reiche hinausliefen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Auch mit den Unabhängigen gelangte Barth zu keiner klaren Einigung. Vor allem wollte sich Haase nicht festlegen und weigerte sich auch, ein gemeinsames Programm für die Zeit nach der Revolution aufzustellen. Trotzdem trat er dem „Revolutionskomitee“ bei, das von Barth Ende Oktober ins Leben gerufen wurde, und dem u. a. auch Dittmann, Ledebour und Liebknecht angehörten. Es war ihm aber

hierbei wohl mehr um die genaue Kenntnis und Überwachung der Barth'schen Pläne, als um eine eigene aktive Rolle bei dieser ganzen Verschwörung zu tun. Die Zusammenarbeit in dem Komitee gestaltete sich daher von Anfang an wenig ersprießlich. Es herrschte kein gegenseitiges Vertrauen. Dies zeigte sich bereits bei der ersten von Barth am 2. November einberufenen gemeinsamen Sitzung des Revolutionskomitees und der revolutionären Obleute, in der Barth, unterstützt von Ledebour, den Vorschlag machte, am 4. November loszuschlagen. Haase und Dittmann sprachen sich sehr scharf gegen diesen Plan aus und erklärten, daß sie jede Mitverantwortung ablehnen würden. Es sei ein sträflicher Leichtsin, ja ein Verbrechen, jetzt von Revolution zu sprechen, deren blutige Niederschlagung sicher sei. Erst müsse der Friede geschlossen sein, ehe von einer Revolution die Rede sein könne. Auch Liebknecht wandte sich gegen den Barth'schen Gedanken eines überraschenden revolutionären Putsches und propagierte statt dessen seine alte Forderung, durch fortwährende Demonstrationen die revolutionäre Stimmung unter den Massen so lange zu steigern, bis sich der Zustand der Revolution allmählich ganz von selbst herausbilde.

Von den allein zur Abstimmung berechtigten Obleuten sprach sich eine kleine Mehrheit — 21 gegen 19 — gegen die vorgeschlagene Aktion am 4. November aus. Man beschloß, die Vorbereitungen jedoch weiterzuführen, derart, daß vom 11. November ab alles zum Losschlagen bereit sei. Diese Pläne wurden durch die von Kiel ausgehende Bewegung und die Verhaftung einiger Mitverschworener durchkreuzt.

Barth hatte bereits, in der bestimmten Erwartung, daß es am 4. November zum Losschlagen kommen werde, weitgehende Anordnungen getroffen. Es bedurfte großer Anstrengungen, sie rechtzeitig noch rückgängig zu machen. In Kiel glückte dies nicht mehr. Die dortigen Verschworenen ließen sich angesichts des glücklichen Verlaufs der Matrosenmeuterei nicht mehr halten. Auf eigene Verantwortung warfen sie am 5. November das Feuer des Matrosenaufstandes ins Land.

Am 4. November wurde ein Oberleutnant d. Res. Walz in Berlin verhaftet, der sich Mitte Oktober Ledebour zur Verfügung gestellt hatte und seitdem als militärischer Sachverständiger bei den Verschworenen fungierte. Er hatte u. a. auch bei der Aufstellung des revolutionären „Aufmarschplanes“ in Berlin geholfen. Es war

dies der einzige Offizier, mit dem die Revolutionäre in Verbindung standen. Seine militärischen Fähigkeiten waren ohne jeden Belang.

Als am 8. November auch die Verhaftung Däumigs, des Gehilfen Barths, erfolgte, entstand bei diesem die Befürchtung, daß seine Pläne verraten seien. Er versammelte daher am Abend dieses Tages seine Vertrauensleute, ließ sich von ihnen diktatorische Vollmacht erteilen und verfaßte einen Aufruf, in dem die sozialistische Republik ausgerufen wurde und die Arbeiter und Soldaten zum Generalstreik aufgefordert wurden.

Es war ein genauer Plan für den Aufmarsch der revolutionären Demonstrationzüge gegen das Stadttinnere aufgestellt worden. Die Vertrauensleute erhielten Anweisung, alle Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen. Sollte sich jemand weigern, so sollte man ihm „den Browning unter die Nase halten“. Versuche jemand aktiven Widerstand, so sei „ein Exempel zu statuieren“. Die revolutionären Stoßtrupps und Handgranatenkolonnen waren auf die Spitze und das Ende und rechts und links von den Zügen zu verteilen. Kam man an eine Kaserne, so sollte eine Deputation mit den Soldaten verhandeln und mit ihnen fraternisieren. Gegen Schutzleute sollte ohne jedes Zaudern von der Waffe Gebrauch gemacht werden, sobald sie Miene machten, den Zug aufzuhalten.

Auch der Gedanke an das, was nach dem Sieg der Revolution zu geschehen habe, ging Barth in dieser letzten Stunde durch den Kopf. Aber er mußte seinen Anhängern gestehen, daß „nichts, absolut nichts geprüft, organisiert“ sei.

Aus der Rolle des schlachtenlenkenden Revolutionsgenerals, von der Barth geträumt hatte, wurde am 9. November im übrigen nicht viel. Er saß während der Vormittagsstunden ganz allein in seinem „Hauptquartier“, in irgendeinem Hinterzimmer, vor einem Stadtplan von Berlin, ohne daß er Gelegenheit fand, die heißersehnte Rolle zu spielen. Niemand nahm recht von ihm Notiz.

Die polizeilichen und militärischen Gegenmaßnahmen versagten am 9. November in Berlin ebenso wie in den anderen Städten im Reiche. Es hätte freilich an dem Gesamtverlauf der Revolution wohl auch nichts geändert, wenn die alten Mächte sich in Berlin noch eine Weile hätten behaupten können.

Daß man bei ernstern revolutionären Unruhen mit den verfügbaren Polizeikräften nicht auskommen werde und militärische

Hilfe in Anspruch werde nehmen müssen, war den für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Landeshauptstadt verantwortlichen Stellen, dem Kriegsminister, dem Oberkommando in den Marken und den diesem unterstellten Stellv. Generalkommandos des Gardekorps und des III. A.K. Mar. Es standen in erster Linie die Ersatztruppenteile in und in der Nähe Berlins zur Verfügung. Über ihre Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit bestanden seit Ende 1917 Zweifel. Das Kriegsministerium drängte seit dieser Zeit wiederholt darauf hin, daß die O.H.L. Feldtruppen zur Unterdrückung etwaiger Unruhen im Innern des Landes bereitstelle. Die O.H.L. kam dem Wunsche zeitweilig nach, sah sich aber dann immer wieder genötigt, die auf heimischen Truppenübungsplätzen abgestellten einzelnen Truppenteile oder Divisionen der Front zuzuführen. Sie beruhigte das Kriegsministerium mit der wiederholten bestimmten Versicherung, daß im erforderlichen Falle Truppen in dem beantragten Maße rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden würden.

Ende Oktober 1918 befanden sich an aktiven Truppen nur drei Jägerbataillone und zwei Eskadrons zur Abwehr innerer Unruhen im Lande. Sie standen in Jossen bei Berlin. Die militärische Lage hatte sich so verzweifelt gestaltet, daß es unmöglich schien, der blutenden und sterbenden Front noch einen einzigen Mann zu entziehen. Der rechte Heeresflügel wich Schritt für Schritt auf die Antwerpen-Maas-Stellung zurück. Der Angelpunkt der Front, der Bogen bei Verdun, erzitterte unter dem wütenden Angriff der jungen amerikanischen Divisionen. Südwestlich Metz ballte sich eine neue feindliche Stoßgruppe zusammen. Die ganze Süd- und Südostfront war durch den Zusammenbruch Österreich-Ungarns und Bulgariens weit aufgerissen. Entstand irgendwo ein Riß in dem dünnen Gewebe der Westfront, dann flatterte sie unter dem übermäßigen Druck der feindlichen Angriffe auseinander. Angesichts dieser furchtbaren Lage scheute sich das Kriegsministerium, die O.H.L. an ihr Versprechen zu erinnern. Endlich, am 2. November, schienen ihm die Verhältnisse in der Heimat aber so bedenklich, daß es, wie schon in anderem Zusammenhange erwähnt, die sofortige Zusendung einer zuverlässigen Infanterie-Division erbat. Die O.H.L. antwortete am 4. November, daß die 2. Garde-Infanterie-Division aus der Front herausgezogen und nach Altengrabow abbefördert werde. Da das Kriegsministerium

aber angesichts der Kieler Vorgänge diese eine Division nicht mehr für ausreichend hielt, setzte die O.H.L. am 6. November noch die 52. Reserve-Division und eine Reihe von Einzelformationen in Bewegung. Am 7. November wurden drei U.O.K.s für die Heimat aufgestellt und der Abtransport weiterer Divisionen in Aussicht genommen. Am gleichen Tage wurde der Versuch gemacht, einen besonderen Rheinbrückenschutz zu organisieren. Man stellte den hiermit beauftragten Generalkommandos die eigentlich für Berlin bestimmten beiden Divisionen zur Verfügung. Die bereits rollenden Züge wurden bei Nachen angehalten, und es gelangten infolgedessen von allen zur Unterdrückung der Revolution in der Heimat bestimmten Truppen nur zwei Pionierkompagnien der 2. Garde-Infanterie-Division am 9. November nach Jüterbog. Es zeigte sich aber, daß es auch für die geplante Unternehmung gegen Köln und die Besetzung der Brücken bei Bonn und Koblenz schon zu spät war. Die ausgeladenen Truppenteile unterlagen fast augenblicklich dem suggestiven Einfluß des Revolutionstauens, der die Heimat ergriffen hatte und bereits auf das Etappengebiet übergriff. Ein Teil der Mannschaften entfernte sich von der Truppe, mehrere Regimenter verlangten die sofortige Entlassung in die Heimat. Es gelang unter diesen Umständen nicht einmal, eine Sperrlinie an der Landesgrenze bei Nachen zu bilden, um den Rücken des Heeres gegen die Überflutung durch revolutionäre Elemente zu schützen.

Dem Kriegsminister standen bei dieser Entwicklung der Dinge am Morgen des 9. November zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung in Berlin im wesentlichen nur die bereits sehr unzuverlässigen heimischen Ersatzformationen zur Verfügung.

Um den Revolutionsherd Kiel abzusperren und das Heranströmen der aufständischen Matrosen in das Innere des Reiches zu verhindern, waren Bahnunterbrechungen und Sperrungen angeordnet und die wichtigsten Durchgangsbahnhöfe mit starken Wachen besetzt, um die Matrosenzüge anzuhalten. Den Angehörigen des Heeres und der Marine aus dem Bereich des IX. Armeekorps war das Betreten der Provinz Brandenburg verboten. Ähnliches war für Pommern, Hannover und Sachsen angeordnet. Der Zweck dieser Maßnahmen wurde aber nicht erreicht. Zwar gelang es, eine große Zahl aufständischer Matrosen abzufangen, aber es blieben noch genug übrig, die mit List oder Gewalt die Absperrungslinie durch-

brachen und sich über den Norden und Westen Deutschlands ausbreiteten.

Um die Kontrolle noch zu verschärfen, wurde am Nachmittag des 7. November der gesamte Personenverkehr von und nach Berlin abgedrosselt und die Einstellung des Fernsprech- und Telegraphenverkehrs verfügt. Am gleichen Tage wurde die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die Abhaltung von Versammlungen durch die U.S.P.D. verboten. Am 8. November wurde der Marmzustand für den Fall innerer Unruhen verkündet.

Über die Verwendung von Fliegern im Straßenkampf entstand zwischen dem Kriegsministerium und dem Oberkommando in den Marken eine Meinungsverschiedenheit. Das Oberkommando hatte ihren rücksichtslosen Kampfeinsatz befohlen. Das Kriegsministerium hob den Befehl wieder auf. Lediglich die Verwendung zu Aufklärungs- und Verbindungszwecken wurde gestattet. Auch der Angriff auf Matrosenzüge, deren Anfahrt aus verschiedenen Richtungen gemeldet war, wurde untersagt. Daraufhin erbat der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Linsingen, beim Kaiser telegraphisch seinen Abschied. Eine Antwort traf nicht mehr ein.

Am Abend des 8. November wurde bekannt, daß sich ernste Ereignisse für den 9. November vorbereiteten. Das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps ordnete die planmäßig vorgesehene Absperrung der inneren Stadt zwischen Spree und Landwehrkanal an.

Die Maßnahmen für den Fall innerer Unruhen waren vom Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps auf das allernäheste ausgearbeitet und in zahlreichen Anweisungen festgelegt. Die grundlegende Bestimmung über den Waffengebrauch hatte die nicht ganz eindeutige Fassung: „Zunächst sind alle Maßnahmen nur Abwehr, bei feindlichem Angriff tritt der Waffengebrauch ein, und zwar so, daß der Erfolg auf unsere Seite kommt.“

In den Vormittagsstunden des 9. November näherten sich gewaltige Arbeiterzüge aus den Vorstädten im Norden und Osten dem Stadtzentrum. Das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps gab um 11 Uhr Befehl, Anzüge durch die Truppen mit allen Mitteln zu verhindern. Jedoch sollte von den Schußwaffen nur Gebrauch gemacht werden, wenn angegriffen würde. Gegen 12 Uhr mittags erhielten die an den Brücken aufgestellten Polizei- und

Truppenkommandos Anweisung, die Brücken zu räumen*). Das Oberkommando in den Marken suchte diesen Befehl zwar sofort rückgängig zu machen. Es war aber schon zu spät dazu. Um 1 Uhr nachmittags meldete das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps, daß die Truppen nicht mehr in der Hand ihrer Führer seien und sich weigerten, auf die Arbeitermassen zu schießen. Bei verschiedenen Truppenteilen, insbesondere beim Ersatzbataillon des Alexander-Regiments und des Regiments Franz sowie beim Jäger-Bataillon 4 sei es bereits zur Verbrüderung mit den revolutionären Arbeitern gekommen und es seien Soldatenräte gebildet. Die Waffen würden vielfach fortgeworfen oder an die Arbeiter abgegeben.

Der Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst von Einsingen, gab sogleich diese Meldung an das Kriegsministerium weiter und fragte an, ob die zuverlässigen Truppen noch Gebrauch von der Waffe machen sollten. Sofortige Entscheidung sei nötig.

Um 1 Uhr 15 nachmittags, noch bevor die Antwort eingetroffen war, sandte er an den Stellvertretenden Kommandierenden General des Gardekorps den schriftlichen Befehl: „Truppen haben nicht von Waffen Gebrauch zu machen, auch bei Verteidigung von Gebäuden.“ Der gleiche Befehl wurde 10 Minuten später an den Polizeipräsidenten und seine Organe mitgeteilt.

Wie die Dinge lagen, war es nach Ansicht des Oberbefehlshabers in den Marken nicht mehr möglich, den Ausbruch der Revolution in Berlin zu verhindern. Wohl war damit zu rechnen, daß noch ein geringer Rest von Truppen seine Schuldigkeit tat. Ihr Einsatz hätte aber nur zu Blutvergießen geführt, ohne an der Sachlage etwas zu ändern. Aber selbst wenn es am 9. November gelungen wäre, die Revolution in Berlin zu unterdrücken, so hätte dies nach Ansicht des Oberbefehlshabers keine Änderung in der Gesamtlage hervorgerufen. Von drei Seiten brandete die rote Welle bereits gegen die Hauptstadt an. Die Verpflegung konnte jeden Augenblick gesperrt werden. Auf rechtzeitigen Ersatz war nicht zu rechnen. Der Versuch, den Widerstand fortzusetzen, schien daher zwecklos.

*) Die Entstehungsgeschichte dieses telephonisch durchgegebenen Befehls ist ungeklärt. Anscheinend ist er vom Stellv. Generalkommando des Gardekorps ausgegangen. Vielleicht handelt es sich auch um eine Mystifikation der Revolutionäre.

Die Antwort des Kriegsministers traf um 1 Uhr 25 nachmittags ein. Er ordnete im Einvernehmen mit der Regierung an, daß von den Schußwaffen nur zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bürger und zur Sicherung der öffentlichen Gebäude Gebrauch gemacht werden dürfe.

Inzwischen hatten die neuen Machthaber Vertrauensleute zu den Demonstrationen geschickt, um beruhigend auf die Massen einzuwirken. Tatsächlich kam es nur zu ganz belanglosen Schießereien. Schwere Ausschreitungen ereigneten sich nirgends. In gewohnter Disziplin befolgten die Massen die Weisungen der Führer. Um 4 Uhr nachmittags flatterte von allen Regierungsgebäuden die rote Fahne. Liebknecht hielt es in diesen schicksalschweren Stunden für seine Aufgabe, sich persönlich nach dem königlichen Schlosse zu begeben, um dort das Aufziehen der roten Fahne zu beaufsichtigen und an das vor dem Schloßgebäude herumstehende Volk eine Rede zu halten.

Sobald sich der Verlauf der Dinge einigermaßen klar erkennen ließ, hatte sich eine Deputation der Mehrheitssozialisten mit Ebert und Scheidemann an der Spitze zum Reichskanzler begeben und diesem eröffnet, daß das arbeitende Volk gewillt sei, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. „Es wisse die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und sei entschlossen, die volle Demokratie zur Verwirklichung zu bringen. An einen erfolgreichen Widerstand der Regierung sei nicht zu denken, ein großer Teil der Garnison sei bereits zum Volke übergegangen“*). Nachdem Ebert erklärt hatte, daß er glaube, sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgen zu können, trat Prinz Max von Baden sein Amt an ihn ab.

Diesem ersten Akt folgte alsbald der zweite. Während Scheidemann sich eilends zum Reichstagsgebäude begab und der auf dem Königsplatz sich drängenden Volksmasse die Errichtung der Republik und „den Sieg des Volkes“ verkündete, knüpfte Ebert mit den Führern der Unabhängigen Verhandlungen über die Bildung einer sozialistischen Regierung an. Er schlug vor, daß das Kabinett zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Mehrheitspartei und der U.S.P.D. zusammengesetzt werden solle. Es wurde hierbei den Unabhängigen ausdrücklich anheimgegeben, auch Anhänger der radikalen Richtung, z. B. Liebknecht, zu präsentieren.

*) Bernstein, Die deutsche Revolution.

Während die Mehrheitssozialisten sich sehr schnell auf die Wahl von Ebert, Scheidemann und Landsberg als „Volksbeauftragte“ einigten, entspannen sich unter den Unabhängigen und ihrem radikalen Anhang endlose und sehr heftige Debatten darüber, ob eine paritätische Regierungsbildung mit den „verräterischen“ Mehrheitssozialisten überhaupt angängig sei, ob man nicht vielmehr sich ausschließen oder auch die Regierung allein übernehmen solle. Schließlich entschloß man sich dann doch zu ersterem und schlug, nachdem Liebknecht auf die Wahl verzichtet hatte, Haase, Dittmann und Barth als Vertreter der Unabhängigen und der revolutionären Organisationen vor.

Bevor noch die Personalfrage erledigt war, begannen die Verhandlungen darüber, nach welchen politischen Grundprinzipien man nun eigentlich die neue Republik aufbauen wolle. Es zeigte sich, daß hierüber an keiner Stelle eine wirklich klare Vorstellung bestand. Nicht einmal innerhalb der einzelnen Parteirichtungen lagen grundsätzliche Vorschläge vor, an die man sich hätte halten können. Man stritt hin und her. Liebknecht warf einige radikale Forderungen nach russischem Muster in die Debatte. Er verlangte, daß „alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten“ seien. Die Mehrheitssozialisten antworteten: „Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.“ Auch das Verlangen des Ausschlusses aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung wiesen sie zurück, da sie sich darüber klar waren, daß die Erfahrung und die fachmännischen Kenntnisse der alten, eingearbeiteten Beamten nicht zu entbehren waren. Insbesondere fürchteten sie, daß die Volksernährung Schiffbruch erleiden könne. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte damit den Kampf gegen das Räteystem und, was damit gleichbedeutend war, die Diktatur des Proletariats eröffnet. Sie konnte ihn nur durchführen, wenn sie sich die Unterstützung der Armee sicherte. Noch immer verkörperte die O.H.L. eine Macht, der man nicht einfach befehlen konnte, mit der man sich vielmehr auseinandersetzen mußte. Die erste und wichtigste Aufgabe der neuen Regierung war daher die Regelung des Verhältnisses zum Feldheer. Schon am Abend des 9. November begann Ebert Fäden zur O.H.L. zu spinnen.

Während die Verhandlungen zwischen den Volksbeauftragten hin und her gingen, ohne daß zunächst eine klare Formulierung gefunden und eine Einigung erzielt wurde, formierten sich die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu einer Art Revolutionsparlament und bemühten sich, einen regierungsfähigen „Vollzugsausschuß“ zustande zu bringen, in dem sich die höchste revolutionäre Gewalt in der jungen Republik verkörpern sollte. Die am 9. November auf willkürlicher Grundlage entstandenen provisorischen Arbeiter- und Soldatenräte wurden am Vormittag des 10. November nach einheitlichen Gesichtspunkten in den Fabriken und Kasernen durch Neuwahlen ersetzt. Am Nachmittag des 10. November versammelten sich die neuen Mitglieder, etwa 3000 Mann, im Zirkus Busch. Die Eifersucht der Führer und die zwischen den drei Parteirichtungen bestehenden Spannungen führten auch hier zu heftigen Auseinandersetzungen. Die radikalen Führer mit Barth an der Spitze versuchten, die Mehrheitssozialisten ganz aus dem Ausschuß auszuschließen. Schließlich machten die Arbeiter- und Soldatenräte dem Streit ein Ende, indem sie die paritätische Besetzung durch je sechs Mehrheitssozialisten und Unabhängige erzwangen. Die Spartakusanhänger lehnten ihre Beteiligung ab.

Die nächste Aufgabe des Vollzugsausschusses war die Ernennung einer Regierung. Es lag nahe, die auf paritätischer Grundlage von den beiden sozialistischen Parteien ernannten Volksbeauftragten als Kabinett zu bestätigen. Aber wiederum versuchten die Radikalen und ein Teil der Unabhängigen, die mühsam erreichte Einigung zu hintertreiben und die Mehrheitssozialisten aus der Regierung herauszudrängen. Es kam zu neuen heftigen Auseinandersetzungen, die in steigendem Maße das Erstaunen und den Unwillen der noch anwesenden Arbeiter- und Soldatenräte erregten. Die Lösung brachte schließlich die Drohung eines Soldaten, der unter dem Beifall seiner Kameraden den Hadernden zurief: „Wenn ihr euch nun nicht endlich über die Regierung einigt, werden wir Soldaten allein sie ernennen“*). Jetzt endlich bequemt sich der Vollzugsausschuß, die Volksbeauftragten als Kabinett anzuerkennen.

Die Republik hatte somit ihre erste Regierung. Sie stand auf einer sehr schwankenden Grundlage. Es hatte sich schon in diesen

*) Bernstein a. a. O.

ersten Tagen gezeigt, daß von Ebert zu Liebknecht sich keine Brücke mehr schlagen ließ und daß es über Verlauf und Ergebnis der Revolution noch zu schweren Auseinandersetzungen kommen mußte.

Vorerst tastete man sich auf dem Wege des Kompromisses und der flüchtigen Improvisation durch das entstandene Chaos weiter. Wie wenig die Führer Herr der Geister waren, die sie gerufen hatten, darüber gibt Scheidemann, selbst einer der sechs Volksbeauftragten, in seinem Buch „Der Zusammenbruch“ lehrreichen Aufschluß: „Das Reich und insbesondere Berlin war in diesen ersten Wochen nach dem Zusammenbruch einfach ein Irrenhaus. Ein Volk war aus der zermürbenden Zwangshaft des Krieges ausgebrochen und wußte im ersten Taumel nicht, wohin mit seiner Freiheit. Keine behördliche Kompetenz war mehr klar und unbestritten: das Nebeneinander von Behörden und Räten brachte unübersehbare Wirrnisse mit sich. Die Art, wie die Revolution ausgebrochen war, nämlich nicht an einem zentralen Punkt, sondern an mehreren Orten der Peripherie, rein lokal und immer wieder für einen beschränkten Bezirk, bestimmte auch fernerhin den Charakter der neuen Gewalten. Überall provinzielle oder Kirchturms-Eigenwilligkeit, ein isoliertes Regieren im kleinsten Kreis, ohne Zusammenhang mit dem Ganzen. Daraus erklärt sich, daß soundso viel Städte und Bezirke sich zu selbständigen Räterepubliken ausriefen, vor allem ihre eigene Ernährungspolitik machten, unerhörte Verkehrsstrukturen bereiteten und sogar auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten auf eigene Faust dilettierten . . .“

Nach wenigen Wochen stand der alte Streit zwischen den verschiedenen geistigen Strömungen, die seit Marx und Engels miteinander rangen, wieder in hellerer Glut. Die Massen, die im ersten Rausch des Sieges geglaubt hatten, es müsse jetzt zu einer Einigung innerhalb der Arbeiterschaft kommen, die ihre hadernden Führer wiederholt zur Ordnung gerufen und zum Zusammengehen gezwungen hatten, gingen sehr bald wieder gehorsam unter dem Parteizügel und ließen sich von neuem zum Kampf gegeneinander führen.

*

Die Vorgänge im Großen Hauptquartier.

Der Fall der Reichshauptstadt Berlin, durch den der Siegeslauf der Revolution besiegelt wurde, war entscheidend auch für die Ge-

staltung der Dinge im Großen Hauptquartier und für das Schicksal des Herrscherhauses.

Im Großen Hauptquartier herrschte nicht mehr der Geist Ludendorffs. Sein Nachfolger Groener war ein Mann anderer Art. Gelegentlich der Anwesenheit des Ministers Drews im Großen Hauptquartier am 1. November hatte er sich in sehr entschiedener Weise, zusammen mit Hindenburg, gegen die Abdankung des Kaisers ausgesprochen. Er gab dieser Auffassung in einer Sitzung des Kriegskabinetts in Berlin am 6. November noch einmal lebhaften Ausdruck, gewann aber zur gleichen Zeit so ungünstige Eindrücke von den Zuständen in der Heimat, daß ihm die Abdankungsfrage nunmehr doch in einem anderen Lichte zu erscheinen begann. Seine Mitwirkung bei den Bestrebungen, den Kaiser zur Abdankung zu veranlassen, lehnte er indessen ab.

Der Kaiser war bis zum Morgen des 9. November der Überzeugung, daß er sich auf die Treue seines Heeres unbedingt verlassen könne und daß es gelingen würde, der Aufstandsbewegung im Innern mit Hilfe der Feldtruppen Herr zu werden. Noch am Vormittag des 8. November gab er seinen militärischen Ratgebern bestimmte Weisung, die erforderlichen Operationen gegen die Heimat vorzubereiten. Gerade an diesem Tage gewann die O.H.L. durch die Berichterstattung nach Köln entsandter Generalstabs-offiziere einen klaren Überblick über die gewaltige Ausdehnung des Aufstandes. Besonders gefährlich schien der Verlust der Rheinlinie mit ihren Eisenbahnbrücken und den für die Verpflegung des Heeres unentbehrlichen großen Magazinanlagen. Die Heimattruppen hatten überall versagt, meist waren sie ohne Zögern zu den Revolutionären übergegangen. In Köln waren innerhalb von 24 Stunden 45 000 Mann auseinandergelaufen. Fast noch bedenklicher war, daß auch die Etappe den Einflüssen der Revolution zu erliegen schien. Bei zahllosen Etappenformationen herrschte bereits eine wilde Aufregung. Auf den Bahnhöfen, besonders in Lüttich und Namur, drängten sich ungezählte Tausende von Leuten. Die Züge wurden gestürzt, Kraftwagen mit roten Fähnchen bedeckten die nach Deutschland führenden Straßen. Im rückwärtigen Verkehr kündigten sich schwere Störungen an. Den stärksten Eindruck aber machte auf die O.H.L. das Versagen der als besonders zuverlässig geltenden 2. Garde-Infanterie-Division, die mit den Aufständischen beim ersten Zusammentreffen sich verbrüdet hatte und, statt den

Rücken der kämpfenden Front zu sichern, den Abmarsch in die Heimat verlangte.

Die beiden verantwortlichen Männer in der O.H.L., Hindenburg und Groener, kamen am Abend des 8. November zu der Überzeugung, daß ein Vormarsch gegen die Heimat keine Aussicht auf Erfolg mehr biete. Um möglichst zuverlässige Unterlagen für die Stimmung unter den Feldtruppen zu erhalten, befahlen sie die schleunige Entsendung von etwa 40 Generalen und Stabsoffizieren aus der Front zur Berichterstattung in das Große Hauptquartier.

Am Morgen des 9. November hielten sie dem Kaiser über ihre Auffassung Vortrag. Der Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Graf Schulenburg, der zugegen war, und der Generaladjutant Generaloberst v. Plessen widersprachen. Sie führten aus, daß der Verlauf der letzten Wochen klar erwiesen hätte, daß die Masse der Feldtruppen noch fest in der Hand ihrer Führer sei. Augenblicklich beherrsche der Wunsch nach Waffenruhe jeden anderen Gedanken. Wenn aber der Waffenstillstand erst abgeschlossen sei und die Truppe sich einige Tage ausgeruht habe, werde sie dem Kaiser bereitwillig in den Kampf gegen die revolutionäre Heimat folgen. Die Verpflegungsschwierigkeiten würden sich überwinden lassen. Es sei die Pflicht des Kaisers, das Äußerste zu versuchen, um die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Der Kaiser schloß sich nach schwerem inneren Kampf dem Rat Hindenburgs und Groeners an. Er bestimmte, daß der Gedanke, die Revolution gewaltsam niederzuschlagen, aufgegeben werden solle, um dem Lande die Schrecken des Bürgerkrieges zu ersparen und äußerte die Absicht, mit dem Heere friedlich in die Heimat zurückzukehren. General Groener bezweifelte, daß dies noch möglich sein werde. Er äußerte wörtlich: „Unter seinen Generalen wird das Heer in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, nicht aber unter Euer Majestät Führung.“ In diesem Augenblick wurde vom Reichskanzler telephonisch an den Kaiser die dringende Aufforderung gerichtet, die Abdankung sofort auszusprechen, da die Lage in Berlin unhaltbar geworden sei. Der Bürgerkrieg könne nur noch durch den Thronverzicht des Kaisers vermieden werden. Es sei schon zu blutigen Straßenkämpfen gekommen.

Bevor der Kaiser einen Entschluß faßte, wurde noch der Versuch gemacht, über die Vorgänge in Berlin genaueren Aufschluß zu erlangen. Die telephonischen Verhandlungen nahmen einen

erregten Charakter an. Der Reichskanzler drängte immer wieder zu einem schnellen Entschluß, da dies die einzige Möglichkeit sei, die Dynastie vielleicht noch zu retten. Der Staatssekretär v. Hinzpeter verlangte, daß dem Kaiser Zeit zur ruhigen Überlegung gegeben werde. Die Nachrichten über die Straßenkämpfe wurden dahin berichtet, daß es sich vorläufig nur um geringfügige Schießereien handle. Um diese Zeit erschien der Chef der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier, Oberst Heye, um dem Kaiser über das Ergebnis der Besprechung mit den ins Hauptquartier berufenen Generalen und Stabsoffizieren zu berichten. Es waren ihnen zwei Fragen vorgelegt. Die erste lautete: „Wie steht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampfe wiedererobert?“ Es antworteten 1 Offizier mit ja, 23 mit nein, 15 zweifelhaft. Die zweite Frage lautete: „Wie steht die Truppe zum Bolschewismus? Wird sie den Kampf mit den Waffen gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen?“ Hierauf antworteten 8 Offiziere mit nein, 19 zweifelhaft, 12 hielten vorher eine längere Ruhezeit für erforderlich.

Oberst Heye faßte das Ergebnis dahin zusammen, daß die Truppe dem Kaiser noch treu ergeben sei, daß sie aber müde und gleichgültig sei und Ruhe und Frieden wünsche. Gegen die Heimat marschiere sie jetzt nicht, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze. Sie marschiere auch nicht gegen den Bolschewismus. Sie wolle einzig und allein bald Waffenstillstand haben. Jede Stunde sei wichtig.

Auf die Frage des Kaisers, ob die Armee auch ohne ihn geordnet nach Hause marschieren werde, antwortete Heye: „Das Heer marschiert unter seinen Generalen allein geordnet nach Hause. Es ist in dieser Beziehung noch fest in der Hand seiner Führer. Wenn Eure Majestät mit ihm marschieren, so ist es der Truppe recht und eine Freude. Nur kämpfen will das Heer nicht mehr, weder nach außen noch nach innen.“

Es wurde nunmehr eine Erklärung an den Reichskanzler aufgesetzt, wonach der Kaiser die Kaiserwürde niederlegte, auf die preußische Krone jedoch nicht verzichtete. Den Oberbefehl über das deutsche Heer übertrug er dem Feldmarschall v. Hindenburg. Er selbst wollte bei den preußischen Truppen bleiben.

Während diese Erklärung niedergeschrieben wurde, verlangte der Reichskanzler erneut die sofortige Verzichtserklärung, da sonst alles verloren sei. Als Hinzte dann die Erklärung telephonisch durchgeben wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß der Reichskanzler, ohne die Entschließung des Herrschers abzuwarten, bereits die Veröffentlichung der Abdankung durch das Wolffsche Telegraphenbüro angeordnet habe. Sie trug folgenden Wortlaut: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Geszentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen wird, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.“

In einer am Nachmittag stattfindenden Besprechung des Kaisers mit Hindenburg, Groener und Hinzte wurde die Frage erörtert, ob der Kaiser im Großen Hauptquartier bleiben oder sich an die Front begeben solle, was ihm der Kronprinz, der ihn am Vormittage besucht hatte, empfohlen hatte, oder schließlich, ob er ins Ausland gehen solle. Hinzte erhielt den Auftrag, vorbereitende diplomatische Maßnahmen für die Reise nach Holland zu treffen. Am späten Abend rang sich der Kaiser zu dem endgültigen Entschluß durch, sich nach Holland zu begeben. Den Ausschlag gab schließlich die Vorstellung des Staatssekretärs v. Hinzte, daß ein weiteres Hinausschieben der Abreise der Durchführung des Entschlusses erhebliche Schwierigkeiten bereiten werde. Am 10. November, 5 Uhr vormittags, verließ der Kaiser das Große Hauptquartier und trat wenige Stunden später auf holländisches Gebiet über.

*

Die Stellung des Feldheeres zur Revolution.*)

Die Stellungnahme der O.H.L.

Ungemein schwere Probleme türmten sich am Abend des 9. November vor der durch die Waffenstillstandsverhandlungen in höchste Spannung versetzten, durch den Ausgang der Kaisertragödie im Innersten erschütterten O.H.L. auf. Am dringlichsten war die Klärung des Verhältnisses zur neuen Regierung und die Stellungnahme des Feldheeres zur Revolution.

Angesichts der drohenden Gefahren des Bürgerkrieges erschien es dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg als unabweisbare Pflicht, auf seinem Posten bis zum bitteren Ende auszuharren und das Heer in die Heimat zurückzuführen. Er gab damit ein seltenes Beispiel von Selbstverleugnung, das von entscheidendem Einfluß auf die Stellungnahme des Offizierkorps gewesen ist und sehr viel dazu beigetragen hat, das Chaos in der Armee zu verhindern und unermessliches Unglück zu verhüten. Er richtete sogleich an die Offiziere der Armee die Mahnung, alle „mit Recht bestehenden“ Gewissensbedenken bezüglich des dem Kaiser geleisteten Fahneneides zurückzustellen und „unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“. Die O.H.L. werde mit der neuen Regierung zusammengehen, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu unterbinden. Es sei die Aufgabe des Heeres, für Ruhe und Ordnung in der Heimat zu sorgen und das Schlimmste von ihr abzuwenden. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes solle nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch gemacht werden.

Gleichzeitig wendete sich der Feldmarschall aber an die Regierung mit der dringenden Mahnung, alles zu tun, um die Kommandogewalt der Offiziere zu sichern, die Disziplin der Truppe zu schützen und für die Zuführung der Verpflegung an das Heer zu sorgen. Dieser Forderung kam die Regierung sogleich nach, indem sie in einem Telegramm an das Feldheer die Pflicht des Gehorsams gegenüber den Befehlen der militärischen Vorgesetzten scharf be-

*) S. Urkundenanhang S. 515.

tonte. „Wo sich Soldatenräte oder Vertrauensräte gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen.“

Dieser rasche, entschlossene Schritt der O.H.L., aus dem sich ein dauerhaftes, festes Bündnis mit der gemäßigten Sozialdemokratie entwickelte, wurde für den weiteren Verlauf der Revolution von großer Bedeutung und hat den endlichen Sieg der gemäßigten Richtung des Sozialismus auf das stärkste beeinflusst. Nicht minder wichtig war die Stellungnahme der O.H.L. zum Räteystem, insbesondere zur Frage der Soldatenräte im Feldheere. Dieses Problem barg eine ungeheure Gefahr. Es hatte sich gezeigt, daß die heimischen Soldatenräte zu allererst die Kommandogewalt der Offiziere beseitigt hatten. Gesah das gleiche beim Feldheer, so war eine geordnete Rückführung des Heeres unmöglich und das Chaos unvermeidlich.

Es fragte sich, ob es gelingen würde, der revolutionären Strömung an der Schwelle des Heeres noch Halt zu gebieten. Die Zerfegungserrscheinungen bei der 2. Garde-Infanterie-Division redeten eine bedrohliche Sprache. Die Armeegruppen A und B im Elsaß berichteten über die Entstehung von Soldatenräten bei einzelnen Truppenteilen. Weitere Nachrichten ließen das schnelle und anscheinend unaufhaltsame Anwachsen der revolutionären Bewegung im Rücken des Heeres, vor allem in Belgien, erkennen. In Antwerpen, Brüssel und auf dem Übungsplatz in Beverloo, von dem schon seit langem ein übler Einfluß ausging, übten Soldatenräte ganz nach dem Muster der Heimat eine sehr bedenkliche Herrschaft aus. Die Unordnung in der Etappe stieg von Stunde zu Stunde. Griff dieser Geist auf die Front über, so war das Heer verloren und eine Katastrophe die Folge, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Das gesamte Heeresgerät und die große Masse der Truppen wurde dann die leichte Beute der Sieger. Über Deutschland aber ergossen sich führerlose Soldatenhorden.

*

Die Soldatenratsfrage.

Feldmarschall v. Hindenburg und General Groener hielten es für unmöglich, das Heer gegen die Einflüsse der Revolution abzuschließen. Es schien ihnen zweckmäßig, der Gefahr die Spitze

abzubiegen und ein Ventil zu öffnen. Sie entschlossen sich, die Wahl von Vertrauensräten anzuordnen, deren Befugnisse so abzugrenzen waren, daß die Kommandogewalt der Offiziere nicht angetastet wurde.

Die grundlegende Verfügung vom 10. November sah die freie Wahl der Soldatenräte vor. Ihre Mitwirkung sollte sich auf alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen erstrecken. Eine genauere Formulierung unterblieb, um den Truppenkommandeuren möglichst weiten Spielraum für die Auslegung, entsprechend den Verhältnissen innerhalb der Truppe, zu belassen.

Auf Vorschlag der O.H.L. erließ dann die Reichsregierung am 12. November ergänzende Bestimmungen, die den Soldatenräten *bera t e n d e* Stimme in den Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen zuwies und im übrigen gleiche Ernährung und gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften in Aussicht nahm. Auf der anderen Seite wurden die Grundsätze der Unterordnung und das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere noch einmal scharf unterstrichen.

Der Befehl zur Bildung von Vertrauensräten fand keineswegs überall die Zustimmung der Truppenführer. Ein Teil lehnte die Ausführung zunächst ab. Andere gaben ihm eine Auslegung, die den Vertrauensrat zum gefügigen Werkzeug des Kommandeurs machte.

Die Mannschaften gaben sich mit den getroffenen Anordnungen zufrieden. Die Autorität und Kommandogewalt wurden fast nirgends angetastet. Wo der Versuch dazu unternommen wurde, scheiterte er schon nach kurzer Zeit. Es zeigte sich, daß die Armee viel zu sehr von ihrer eigentlichen kriegerischen Aufgabe beansprucht gewesen war, als daß die revolutionäre Propaganda von ihr ernstlich hätte Besitz ergreifen können. Es überwog im übrigen bei der Masse der Mannschaften das gesunde instinktive Empfinden, daß man aus der furchtbaren Lage, in der das deutsche Heer sich nach Abschluß des Waffenstillstandes befand, nur herauskommen könne, wenn man sich den Befehlen der militärischen Führer unbedingt füge.

Unter diesen Umständen hielt sich die Tätigkeit der Truppen-soldatenräte während des Rückmarsches in bescheidenen Grenzen. Fast überall waren sie bemüht, zu helfen und die Offiziere bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen.

Der Soldatenrat der O.H.E. beanspruchte eine Sonderstellung. Er hielt sich zu einer Art Führerrolle berufen und bemühte sich, einen organischen Aufbau der Soldatenräte im Heere zu schaffen. Die O.H.E. kam diesem Wunsche zunächst entgegen. Sie hoffte, hierdurch selbst Einfluß auf die Soldatenräte der Truppe ausüben zu können. Dies gelang ihr auch für die Zeit des eigentlichen Rückmarsches. Später, nach dem Eintreffen in der Heimat, suchte der Soldatenrat der O.H.E. sich von deren Führung frei zu machen, und es entstanden hieraus ernste Zerwürfnisse.

Um den Widerstand, den die Verfügung über die Wahl der Soldatenräte bei einem Teil der Truppenkommandeure fand, zu beseitigen, gab die O.H.E. am 16. November noch einmal ausführliche Richtlinien für die Behandlung der Soldatenratsfrage im Heer. Sie wies darauf hin, daß die Einführung der Vertrauensräte als eine Art „Schutzimpfung“ notwendig geworden sei. Sie seien außerdem nützlich als Bindeglied zwischen Offizier und Mann, und man müsse sie dazu benutzen, die schwindende Befehlsgewalt des Offiziers zu stützen. Es sei zu hoffen, daß sie in dem bevorstehenden unvermeidlichen Kampfe gegen die radikalen Strömungen in der Heimat zusammen mit den Offizieren gehen und die gemäßigte Regierung unterstützen würden. Zur Zeit seien die alten Behörden in der Heimat ganz oder teilweise ausgeschaltet und die Regierung sei offensichtlich nicht in der Lage, sie wieder einzusetzen und geregelte Verhältnisse herzustellen. Die tatsächliche Gewalt sei bei den meist radikalen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten, deren Unfähigkeit auf dem Gebiet der Verwaltung offenkundig sei. Gerade für die Armee sei es aber eine Lebensfrage, nicht in Abhängigkeit von den heimischen Arbeiter- und Soldatenräten zu geraten. Es sei daher grundsätzlich geboten, nicht mit diesen, sondern mit den alten Verwaltungsbehörden zu verhandeln. Nur so werde es gelingen, das Heer ordnungsmäßig in die Heimat zurückzuführen. Das zurückgekehrte Heer werde dann der Machtfaktor werden, der weitere Erschütterungen des Staatslebens verhindern werde. Die Vertrauensräte im Heer würden bei den voraussichtlich notwendig werdenden Maßnahmen als Mittelpersonen gute Dienste leisten können. „Der segensreiche Einfluß, den die Soldatenräte in dieser Richtung ausüben vermögen, liegt hiermit auf der Hand. Sie haben es der Truppe klarzumachen, was die Ordnung im Heere gerade jetzt in diesem Augenblick für die Zu-

kunft des Landes bedeutet. Sollte es in absehbarer Zeit radikalsten Elementen glücken, die jetzige Regierung zu verdrängen, so kann wohl darauf gerechnet werden, daß die in solchem Sinne beeinflusste Truppe aus sich heraus ohne Anregung ihrer Führer ihrer Gesinnung in Wort und Tat offen Ausdruck gibt.“

Diese Richtlinien führte die O.H.E. am 30. November noch weiter aus. Es zeigte sich dabei, wie klar sie das große politische Problem der Revolution erkannt hatte und welche Rolle sie dem Heere zugeordnet hatte. Sie wies darauf hin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte zur Zeit zwar noch als Träger der öffentlichen Gewalt angesehen werden müßten. Jedoch sollten sie nach dem Willen der Regierung und der gemäßigten sozialistischen Partei nach Schaffung der durch die Nationalversammlung festzulegenden Verfassung von der politischen Bildfläche wieder verschwinden. Die radikalen Elemente im Volke wünschten dagegen ihre Dauerherrschaft zu errichten. Aufgabe des Feldheeres sei es, der gemäßigten Richtung zum Siege zu verhelfen. Es sei allein imstande, das Vaterland vor der Diktatur des Bolschewismus zu retten.

Schwieriger als bei den Feldtruppen gestaltete sich die Lösung der Soldatenratsfrage bei der Etappe. In den ersten Tagen nach dem Ausbruch der Revolution wirkten die Soldatenräte vielfach keineswegs beruhigend auf die aufgeregten Mannschaften ein. Sie maßten sich zum Teil Machtbefugnisse an, die weit über den von der O.H.E. gesteckten Rahmen hinausgingen. Aber nachdem der erste Rausch sich gelegt hatte und die übelsten Elemente auf Eisenbahnzügen, in Autokolonnen oder zu Fuß nach der Heimat abgeströmt waren, bekamen die Kommandobehörden die Zügel auch hier wieder einigermaßen in die Hand. Schon nach wenigen Tagen begannen die Räder der großen Maschine wieder zu laufen. Die Soldatenräte fanden sich mit einer bescheideneren Rolle ab, als sie sie anfangs erhofft hatten. Der Schaden, den sie durch ihre unberufene Einmischung in die Aufgaben der Truppenführung noch häufig genug anrichteten, blieb erträglich. Die Krise war überwunden.

Dagegen wurde die Betätigung der heimischen Arbeiter- und Soldatenräte zu einer sehr ernstlichen Bedrohung für die Heimkehr des Heeres. Sehr unsachgemäße Eingriffe in die Kommandogewalt der Offiziere, insbesondere der vorausgeschickten Stäbe, Kommandos und einzelnen Kolonnen, waren an der Tagesordnung. Bahntransporte, deren Weiterführung notwendig war, wurden irgendwo

angehalten oder nach anderer Stelle umgeleitet. Hunderttausende von Heeresangehörigen wurden widerrechtlich entlassen, Heeres-eigentum jeder Art beschlagnahmt und verschleudert. Mit der gleichen Willkür wurden der Truppe bei anderer Gelegenheit die notwendigen Nahrungs- und Bekleidungsmittel versagt. Wo sich Gelegenheit bot, wurden die Mannschaften „aufgeklärt“, d. h. gegen die Offiziere aufgehetzt.

Selbstverständlich gab es bei den heimischen Soldatenräten auch genug Leute mit ehrlichem Willen. Aber auch ihre Tätigkeit gestaltete sich meist unerspriesslich, da das empfindliche Getriebe der Verwaltung gewaltsame Eingriffe unorientierter Dilettanten nun einmal nicht vertrug. Daneben tauchten aber auch zahlreiche sehr zweifelhafte Elemente auf, deren Handlungen nicht von sachlichen Motiven zeugten. Sie ließen sich vielmehr von kleinlichen Gefühlen der Rache und des Hasses leiten, übernahmen in maßloser Überheblichkeit und mit wenig Talent Führerrollen, in denen sie kläglich versagten, und nutzten nicht selten ihre Machtstellung auch zu moralisch unlauteren Zwecken aus. Die bei der O.H.L. einlaufenden zahllosen Berichte gewährten tiefe Einblicke in das Treiben dieser trüben Produkte der Revolution.

Schon am 14. November machte die O.H.L. der Reichsregierung den Vorschlag, für die heimischen Arbeiter- und Soldatenräte ähnliche Richtlinien auszugeben, wie sie am 15. November für das Heer erlassen wurden. Die alten Verwaltungsorgane sollten in ihre Funktionen wiedereingefetzt und die Arbeiter- und Soldatenräte ihnen lediglich als beratende Organe beigelegt werden.

Die Reichsregierung war indessen vorläufig, selbst wenn die Absicht vorhanden war, gar nicht in der Lage, die von der O.H.L. gewünschten Anordnungen zu treffen. Sie verfügte weder über Machtmittel, noch über ausreichende Autorität, um den Räten ihren Willen aufzudrängen. Sie war überdies gelähmt durch die Unstimmigkeiten und die Machtkämpfe, die sich in ihrem eigenen Schoße auszuwirken begannen. Immer klarer spitzten sich die Gegensätze auf die Frage zu, ob über die zukünftige Staatsform auf demokratisch-parlamentarischem Wege durch Einberufung einer Nationalversammlung entschieden werden solle, oder ob für absehbare Zeit die Herrschaft einer einzelnen Klasse — die Diktatur des Proletariats in der Form des Räteystems — fortbestehen solle.

Seit Ende November wurde die Lage der Regierung Ebert-Haase schwierig. Die O.H.L. entschloß sich kräftig einzugreifen, um ihre schwindende Macht zu stützen. Sie veranlaßte durch Vermittlung des Soldatenrats der O.H.L. eine Fülle von regierungstreuen Kundgebungen der Truppen, die in schärfster Form gegen die Versuche, den Sturz der Regierung herbeizuführen und das Zusammentreten der Nationalversammlung zu hintertreiben, protestierten. Weiterhin ließ sie am 1. Dezember einen Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres nach Bad Ems einberufen, der die Forderung des gesamten Heeres hinsichtlich der Einberufung der Nationalversammlung noch einmal mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen sollte.

Dies geschah auch. Im übrigen aber erwies sich die Emser Tagung als eine sehr unglückliche Maßnahme und wurde durch das geschickte Auftreten Barths zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Truppensoldatenräte. Von diesem Tage an datiert ein deutliches Abschwenken in das radikale Fahrwasser. Die Hoffnung der O.H.L., daß der Vertretertag sich gegen den radikalen Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte wenden und ihm das Recht der Kontrolle über die Regierung absprechen werde, erfüllte sich nicht. Statt dessen wurde beschlossen, daß fünf Vertreter der Truppensoldatenräte in ihn eintreten sollten. Der Rätegedanke erfuhr also nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung. Die Truppensoldatenräte gelangten jetzt erst zum Bewußtsein ihrer Macht. Dies zeigte sich in weitgehenden Forderungen auf Mehrung ihres Einflusses und Schwächung der Kommandogewalt der Offiziere. Mochte auch die Masse der Soldatenräte diesen Tendenzen innerlich fernstehen, so ließen sie sich doch von den an Zahl zwar schwächeren, dafür aber tatkräftigeren radikalen Elementen, insbesondere von dem O.H.L.-Soldatenrat, auf dem radikalen Wege mitreißen.

Die O.H.L. stemmte sich gegen die neue Entwicklung der Dinge mit aller Energie an. Sie verlangte, daß die Grundlinien vom 10. und 12. November maßgebend bleiben müßten. Der Streit wurde vor die Reichsregierung getragen.

In diese schwebenden Verhältnisse kam eine weitere Verschärfung durch die Vorgänge auf dem ersten Rätekongreß, der am 16. Dezember in Berlin begann. Es wurden hier neue Richtlinien sehr radikaler Färbung aufgestellt, die darin gipfelten, daß die

Kommandogewalt über das Heer und die Marine den Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrates übertragen werden sollte*). Die O.H.L. erklärte, daß sie sich hiermit unter keinen Umständen einverstanden erklären würde. Sie erreichte, daß das Inkrafttreten der Richtlinien für das Feldheer bis auf weiteres von der Regierung vertagt wurde.

Der Soldatenrat der O.H.L. machte sich immer mehr zum Wortführer der radikalen, auf Befestigung der Räteherrschaft hinarbeitenden Richtung. Seit Mitte Dezember bestand zwischen ihm und der O.H.L. offene Feindschaft. Immer wieder versuchte er Einbrüche in das Gebiet der Kommandogewalt, die aber stets mit Erfolg abgewehrt wurden. Allmählich gewann die O.H.L. die Oberhand, da die Hoffnungen, die der O.H.L.-Soldatenrat auf die Gefolgschaft der Truppensoldatenräte setzte, sich nur zum geringen Teil erfüllten**). Am 24. Januar 1919 waren die Dinge so weit gediehen, daß der O.H.L.-Soldatenrat seine ehrgeizigen Pläne fallen ließ und seine Tätigkeit freiwillig einstellte.

Es war dies das erste äußere Zeichen dafür, daß die O.H.L. in ihrem Kampfe gegen das Rätewesen mit seinen bolschewistischen Tendenzen auf dem Wege zum Siege war.

*

Der Rückmarsch des Westheeres.

Tief gedemütigt, gehezt und verfolgt vom Haß der Entente trat das einst so stolze deutsche Heer Mitte November in Gewaltmärschen den Heimweg an. Welch ein Schicksal hatte sich in diesen 4½ Jahren an ihm erfüllt! Getragen von dem Vertrauen und der Begeisterung des ganzen Volkes, war es in den Kampf hinausgezogen. Jetzt betrat es nach unsterblichen Taten wieder den Boden der Heimat unter dem Joch des Siegers. Römer hätten diesem

*) Außerdem wurde verlangt die Abschaffung des Grußzwanges außer Dienst, Festsetzung des Dienstes in Fühlung mit den Soldatenräten, Schaffung von Soldatenrats-Ausschüssen bei den höheren Stäben, deren Befugnisse denen der Kommandobehörden entsprechend gestaffelt werden sollten, Koalitionsrecht für die Soldatenräte, Verfügung über Verkehrs- und Nachrichtenmittel im Rahmen der Möglichkeit.

***) Die lebhafteste Unterstützung fand der O.H.L.-Soldatenrat bei den Zentralsoldatenräten des XI. und XV. A.K., die u. a. die Entfernung des als reaktionär geltenden Armeeführers v. Einem forderten.

Heere an der Schwelle des Landes den Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Dem deutschen Volke war die gleiche Würde nicht gegeben. Es sah gleichgültig, vielfach mit innerer Genugtuung zu, wie das Heer, das noch immer ein gewaltiges Machtmittel darstellte, der Zerstörung und Auflösung anheimfiel. Man wußte noch nicht, was es hieß, sich völlig waffenlos in die Macht seiner äußeren und inneren Feinde zu begeben.

Der Befehl der Entente, das besetzte Gebiet in 14 Tagen zu räumen und in weiteren 17 Tagen bis hinter den Rhein zurückzugehen, versetzte das Heer in eine überaus schwere Lage. Die Truppe war physisch am Ende ihrer Kraft. Auch seelisch hatten gerade die letzten Wochen mit ihrem hoffnungslosen Ringen und Sterben für eine verlorene Sache übermenschliche Anforderungen gestellt. Die überraschenden und vielfach übertriebenen Nachrichten über die Revolution in der Heimat verlangten zudem eine ganz neue geistige Einstellung.

Die Truppen standen am 11. November eng aufgeschlossen in Kampfgliederung am Feinde. An den Brennpunkten des Kampfes drängten sich die Divisionen, waren die Kampfmittel gehäuft. Viele Formationen waren aus Mangel an Pferden unbespannt und daher nur beschränkt oder gar nicht bewegungsfähig. Riesige Truppentransportbewegungen kreuzten sich hinter der Front. Die rückwärtigen Verbindungen waren auf das äußerste in Anspruch genommen. Scharen von Versprengten und Drückerbergern belasteten die Bahnhöfe und machten das Gebiet hinter der Front unsicher. Flüchtende oder abgeschobene Landeseinwohner und heimflutende Etappenformationen bedeckten die Straßen.

Dieses festgezogene, zum Zerreißen gespannte Gewebe mußte innerhalb weniger Tage aufgelockert werden. Die Menschenmassen mit allem Gerät und Fuhrpark waren auf die wenigen durchlaufenden Straßen einzufädeln, die über die linksrheinischen Gebirgszüge hinweg an die Rheinbrücken führten. Es waren Vorkehrungen zu treffen für die Abgabe von Tausenden von Geschützen, Kraftwagen und Heeresgerät aller Art an den Feind, Übergabe der links des Rheins befindlichen Gefangenen, Abschub der eigenen Verwundeten und Kranken, Mitführung wenigstens des wertvollsten Kriegsgeräts, Verpflegung des Millionenheeres in einem Gebiet, in dem die Folgeerscheinungen der Revolution sich auf das stärkste bemerkbar machten.

Am 12. November setzte sich der Menschenstrom in Bewegung. Die Straßen waren auf 150 Kilometer Tiefe mit bunt durcheinandergewürfelten Kolonnen bedeckt. Wie ungeheure Raupen zogen sich einzelne Glieder zur Ruhe zusammen, dehnten sich andere zum Marsch auseinander. Keine Stöckung durfte eintreten, kein Ruhetag konnte gewährt werden, alles mußte in rastloser Bewegung bleiben, sollten die Bedingungen des Feindes erfüllt werden. Jede dieser größeren, kleineren und kleinsten Formationen mußte zur genau bestimmten Minute auf oder an der Marschstraße stehen, hatte zu marschieren, zu rasten, wieder zu marschieren, bis es Abend wurde oder der Morgen graute. Kam dann der Befehl zur Ruhe, so warfen sich die erschöpften Menschen halb betäubt vor Müdigkeit zu Boden, hüllten sich schweigend in ihre dünnen Mäntel, um nach ein paar Stunden, von Frost geschüttelt, wieder zu erwachen. Und doch genossen sie ein Gefühl dumpfer Freude, dem Grausen der endlosen Schlacht entronnen zu sein, zu wissen, daß sie leben und die Heimat wiedersehen würden. Trotz aller Mühsal dieses Rückmarsches, trotz aller Unsicherheit der Gegenwart und der Zukunft erwachten die Seelen langsam aus ihrer Erstarrung. Solange freilich der Weg durch Feindesland führte und die höhnenenden, haßerfüllten Gesichter der Landesbewohner ihn begleiteten, marschierten die Leute stumm, gedrückt, den Blick zu Boden gerichtet. Aber sobald die schwarzweißroten Farben von den Dächern grüßten, freundliche, teilnehmende Menschen an den Türen standen, begann sich der schwere Druck zu lösen. Die alten frischen Marschlieder erklangen wieder, Fahnen in den deutschen oder den Landesfarben flatterten den Bataillonen voran. Die roten Abzeichen verschwanden. Fast schien es, als ob der nationale Geist und das kriegerische Empfinden in diesem Heere unverwundlich seien.

*

Die Auflösung des Westheeres.

Aber als die Truppen in die gesegnete rheinische Ebene hinabstiegen, kam ihnen plötzlich zum Bewußtsein, wie die Heimat sich verändert hatte. Von den öffentlichen Gebäuden wehten die roten Fahnen der Revolution, Soldatenräte mit roten Armbinden liefen gewichtig herum, mischten sich in alles und gebärdeten sich, als ob

ohne sie alles verloren sei. Eine völlig disziplínlose Soldateska trieb sich auf den Straßen herum.

Es war unmöglich, daß das aus allen Fugen gerissene Heer auf die Dauer diesen Einflüssen widerstand. Schließlich war es daselbe Fleisch und Blut wie die vom revolutionären Geiste erfassten Massen. Schon in der Rheinebene stellte sich der innere Kontakt her.

Nach Überschreiten des Stromes und Passieren der neutralen Zone begann eine völlige Umgruppierung der in den Marschgruppen bunt zusammengewürfelten Formationen und die Neuordnung in den Einladengebieten, von denen aus der Abtransport in die Demobilmachungsorte erfolgen sollte. Bis hierher hatten die Truppen alle Mühsale des Marsches in straffer Disziplin ertragen. Jetzt, nachdem der Druck der feindlichen Verfolgung ihnen nicht mehr im Nacken lastete und die Gefahr der Gefangennahme nicht mehr drohte, löste die plötzliche Abspannung der Nerven einen seelischen Zusammenbruch aus, der sich in einem fieberhaften Drang nach der Heimat äußerte und fast noch im letzten Augenblick zur Überflutung des Landes durch das völlig aufgelöste Heer geführt hätte. Der brennende Wunsch, das Weihnachtsfest zu Hause im Kreise der Familie zu erleben, erstikte jede vernünftige Überlegung. Niemand wollte begreifen, daß die Abbeförderung solcher riesigen Menschenmassen nicht in wenigen Tagen vor sich gehen konnte, sondern eine Reihe von Wochen beanspruchte.

Nur mit äußerster Mühe und indem man den Wünschen der Mannschaften bis zur Grenze des Erträglichen entgegenkam, gelang es schließlich, auch dieser letzten Krise Herr zu werden*). Der Gedanke, wenigstens schlagfähige Teile des Heeres bis zum Friedensschluß zusammenzuhalten, um sich für den schlimmsten Fall doch noch wehren zu können, wurde aber aufgegeben. Es nutzte nichts, daß sich die Reichsregierung den Zeitpunkt der Demobilmachung vorbehielt. Wie die Dinge lagen, mußte man zufrieden sein, daß es gelang, die Massen der Mannschaften zu bewegen, nicht einfach das Gerät und die Pferde irgendwo stehen zu lassen, sondern wenigstens zum Teil ordnungsgemäß abzugeben.

*) U. a. mußte das Herausziehen der älteren Jahrgänge aus den Divisionen und deren Vorausbeförderung befohlen werden, obgleich die Gesamttransportbewegung hierdurch stark behindert wurde. Ferner mußte sich die O.H.E. dazu verstehen, möglichst viele Divisionen zur gleichen Zeit abzubefördern, so daß auf die einzelnen Divisionen täglich nur wenige Züge entfielen.

In eiserner Selbstzucht, unbeirrt durch alle Unvernunft, durch üppig emporschießenden Haß und kleinliche Rachsucht, tat die große Mehrzahl der Offiziere und Beamten, denen die Verantwortung für den Heimmarsch und die Demobilmachung oblag, bis zur letzten Minute ihre Pflicht. Sie gaben dadurch ein Beispiel, das bei dem feelischen Zustande des ganzen Volkes zwar nicht im Augenblick wirken konnte, das aber die Pflichttreue und die heiße Liebe des Offizierkorps zur Nation, die die stärksten Eigenschaften in ihrem Charakterbilde waren, noch einmal hell beleuchtete. Diese letzten Leistungen stehen, moralisch gemessen, auf kaum geringerer Stufe als die großen kriegerischen Taten bei Beginn des Krieges.

*

Das Ostheer.

Einen wesentlich anderen Verlauf nahm die Rückführung des deutschen Ostheeres. Dieses bestand aus Divisionen, die ihrer ganzen Zusammensetzung nach für die schwere Kampfführung des Westens ungeeignet waren. Ein großer Teil der Mannschaften setzte sich aus Elsaß-Lothringern und Polen zusammen, die als nicht genügend zuverlässig für den Westen angesehen wurden.

Das Ostheer hatte die ungeheuren Räume des westlichen Rußland, einschließlich der Ukraine, Weißrußland bis hinauf nach Estland, gegen das bolschewistische Großrußland zu sichern. Die Sperrlinie führte von Rostow am Don bis nach Narwa, hart westlich St. Petersburg. Außerdem lag den Osttruppen die polizeiliche Überwachung und wirtschaftliche Ausnutzung des gesamten besetzten Gebietes sowie der Schutz des Bahnverkehrs ob.

Der militärische Geist der Truppe litt unter der Art dieser Verwendung. Die weitläufige Besetzung des Landes machte eine große Zersplitterung unvermeidlich. Die Mannschaften waren dem unmittelbaren und dauernden Einfluß ihrer Führer vielfach entzogen. Die Disziplin ließ im Laufe des Sommers und Herbstes 1918 immer mehr nach. Die allzu enge Berührung mit den Landesbewohnern war der Moral nicht günstig. Der Gedanke, daß es noch einmal zu einer ernstlichen Kampfbarkeit kommen könne, schwand immer mehr aus dem Vorstellungskreis der Leute. Die

Friedenssehnsucht und der Wunsch, bald in die Heimat zurückzukehren, überstieg bei den meist älteren Mannschaften jedes Maß.

Ebensowenig wie die Mannschaften war die Mehrzahl der Offiziere als voll kriegsverwendungsfähig zu bezeichnen. Nicht wenige unter ihnen waren alt und körperlich verbraucht. Sie haben in den Tagen der Revolution teilweise versagt.

Die Nachrichten über die Revolution in Deutschland und über den Abschluß des Waffenstillstandes übten bei der Masse des Besatzungsheeres eine geradezu verheerende Wirkung aus. Am schnellsten griff die Zersetzung im Generalgouvernement Warschau um sich. Im Laufe des 10. November bildeten sich dort Soldatenräte, die sofort die Kommandogewalt der Offiziere ausschalteten und mit den polnischen Behörden Verhandlungen über den Abtransport der Truppen anknüpften. An ihre weiter im Osten stehenden Kameraden dachten sie nicht. Die Offiziere wurden größtenteils für abgesetzt und ihrer Dienstgrade verlustig erklärt. In zahlreichen Fällen wurden ihnen auf offener Straße angesichts der polnischen Bevölkerung die Achselstücke abgerissen und die Waffen weggenommen. Revolutionäre Soldatenbanden, oft mit den polnischen oder französischen Farben geschmückt*), zogen durch die Straßen, suchten sich mit den Landesbewohnern zu verbrüdern und verkauften oder verschenkten ihre Waffen.

Der neue polnische Machthaber Pilsudski, der aus der deutschen Haft entlassen und gerade am 9. November in Warschau eingetroffen war, wurde Zeuge dieses schamlosen Schauspiels. Er erkannte sogleich, daß von solchen Truppen nichts mehr zu befürchten war und daß die Stunde für eine nationale polnische Erhebung gekommen sei. In der Nacht vom 10. zum 11. November entfesselte er die polnische Freiheitsbewegung.

Der „Zentralausschuß des Soldatenrats in Warschau“ hatte schon vorher, am Abend des 10. November, ein Schreiben an Pilsudski gerichtet, in dem er Mitteilung davon machte, daß er die Geschäfte des Generalgouvernements übernommen habe und daß er über das gegenwärtige Verhältnis des polnischen Volkes zum deutschen Militär mit den polnischen Behörden zu verhandeln wünsche. Pilsudski erklärte sich sogleich hierzu bereit und verstand

*) In der Hauptsache wohl Elsaß-Lothringer und Leute aus den Provinzen Posen und Westpreußen.

es bei den folgenden Besprechungen in sehr geschickter Weise, das Heft in die Hand zu bekommen. Der Soldatenratsauschuß spielte eine höchst betäubende Rolle. Einzig geleitet von dem fieberhaften Drang nach Heimkehr und von dem Wunsch, Blutvergießen zu vermeiden, ließ er jede Spur von nationaler Würde und kriegerischem Empfinden vermissen. Auf die ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Interessen, die für Deutschland auf dem Spiele standen, nahm er keinerlei Rücksicht. Diejenigen Mannschaften, die sich in der allgemeinen Verwirrung noch einen Rest von nationalem Anstand gewahrt hatten, wurden durch die Behauptung erschreckt, daß ein allgemeines Blutbad drohe, wenn man sich nicht allen polnischen Forderungen gefügig zeige. Nirgends gelang es den Offizieren, die Truppe wieder in die Hand zu bekommen. Manche von ihnen trifft der Vorwurf, daß sie sich nicht genügend für die Ehre des deutschen Namens mit ihrer Person eingesetzt haben, daß sie vielmehr den Dingen in unverantwortlicher Weise ihren Lauf gelassen haben.

Pilsudski konnte schließlich mit den deutschen Truppen im Generalgouvernement verfahren, wie ihm beliebte. Das gesamte deutsche Heeresgerät und alles sonstige staatliche Eigentum im Wert von vielen Milliarden wurde im Stich gelassen. Die Waffen wurden abgegeben.

So verließen deutsche Truppen dieses Polen, das soviel wahres deutsches Heldentum gesehen hatte, ein wehrloser Haufen zügelloser und ehrloser Soldaten, der nicht einmal mehr gewillt und imstande war, die eigenen Landesgrenzen gegen die Banden polnischer Insurgenten zu schützen.

Ähnlich wie in der Hauptstadt Warschau benahmen sich die Truppen auch in den übrigen zehn Militärgouvernements des Generalgouvernements. Überall wurde die Erlaubnis für den sofortigen Abzug durch die Abgabe aller Waffen und alles Heeresgeräts von den Polen erkaufte. Nur wenige Truppenteile zogen es vor, mit allen Waffen und Gerät im Fußmarsch durch das auffällige Land heimzukehren. Sie blieben, nachdem sie auf polnische Forderungen scharfe Antworten erteilt hatten, unbehelligt und erreichten ohne Verluste den deutschen Boden.

An einen geregelten und planmäßigen Abtransport des Ostheeres, bei dem naturgemäß die am weitesten im Osten stehenden Teile zuerst hätten abbefördert werden müssen, war nun nicht mehr

zu denken. Die Kommandostellen mußten froh sein, wenn es ihnen wenigstens gelang, das nackte Leben der im Sicherungsdienst gegen die Bolschewisten eingesetzten Soldaten zu retten. Die Zerstückungserscheinungen, die sich im Generalgouvernement in so erschreckendem Maße gezeigt hatten, wurden sehr bald auch im übrigen Besatzungsheer bemerkbar. Allerdings zwang der Selbsterhaltungstrieb die Mannschaften hier wenigstens zu einem Rest von Unterordnung unter die Offiziere. Die verzweifelten Bemühungen der Kommandobehörden, die wichtigsten Bahnlinien, die von der Ukraine nach Deutschland führten, zu sichern und die Transportbewegung in Gang zu bringen, wurden durch unverständige, wenn auch bisweilen gutgemeinte Eingriffe der Soldatenräte immer wieder erschwert. Sicher wäre das Schicksal des Ostheeres noch viel trauriger geworden, wenn nicht der Respekt vor den deutschen Truppen noch eine Zeitlang zügelnd auf die Landesbewohner eingewirkt hätte. So gelang es schließlich doch noch, fast alle Truppenteile, wenn auch nicht ohne Schimpf und Schande, nach Deutschland zurückzubringen.

Am gefährlichsten war die Lage für die Truppen des Militärbezirks Charkow, an der südöstlichen Ecke des besetzten Gebiets. Hier entwickelten sich schwere innere Unruhen, bei denen der deutsche Schützling Skoropadski der Partei Petljuras unterlag, der selbst durch die Bolschewisten hart bedrängt wurde. Diese erwarteten mit großer Ungeduld den Abmarsch der Deutschen, um über die Ukraine herzufallen. Der Kommandeur des Militärbezirks, der Kommandierende General des I. Armeekorps, erklärte, daß er sich gegenüber den kämpfenden Parteien neutral verhalten werde, unter der Voraussetzung, daß dem Abtransport der deutschen Truppen von keiner Seite Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Es kam aber doch zu zahllosen Zusammenstößen mit ukrainischen und bolschewistischen Banden, bei denen die völlig demoralisierten deutschen Truppen in der Regel den kürzeren zogen. Meist liefen sie bei Annäherung von Bolschewisten schleunigst davon oder ließen sich entwaffnen.

Mitte Januar 1919 riß die Bahnverbindung nach Deutschland infolge der vorzeitigen Räumung der westlichen Gebiete völlig ab. Der Korpsoldatenrat des I. Armeekorps trat im Einverständnis mit dem Generalkommando mit der bolschewistischen Regierung wegen des Abtransports des Restes der deutschen Truppen durch

Großrußland in Verbindung. Diese erklärte ihre Bereitwilligkeit unter der Bedingung der Abgabe des größten Teils der Waffen. Die Transportbewegung gelangte dann Ende Januar und Anfang Februar zur Durchführung.

So endete der Krieg gegen Rußland, der mit Tannenberg begonnen hatte. Die letzten deutschen Soldaten wurden, in Diehwagen zusammengepfercht, unter bolschewistischer Bewachung im Triumphzug durch das bolschewistische Rußland geführt, verachtet und verspottet von ihren einstigen Feinden und jetzigen kommunistischen „Brüdern“, mit denen sie Beteuerungen der Freundschaft auszutauschen suchten.

*

Ausklang.

Der Weltkrieg bildet die Brücke zwischen zwei Zeitaltern deutscher Geschichte. Altes Land und Neuland verbindet der gewaltige Bogen, unter dem der dunkle Strom eines schweren Schicksals fließt. Zu beiden Seiten ragen der 4. August 1914 und der 9. November 1918, Wahrzeichen der Vergangenheit und der Zukunft.

Wie hat sich in der kurzen Zeitspanne, die dazwischen lag, das Bild geändert! Am Anfang der Gleichschritt waffenstarrer Bataillone, das Deutschlandlied auf allen Lippen, an der Spitze das Offizierkorps, in erhobenen Händen das nationale Banner tragend, der internationale Gedanke zertreten am Boden. Am Ende der Rausch des Bolschewismus über den Massen, der wilde Rhythmus der Arbeitermarzseillaise in allen Straßen, die schwarz-weiß-rote Flagge in Fetzen zerrissen, dem Zuge voranschreitend die Volkstribunen des Marxismus, als letzte, ihrem Geheiß sich fügend, die Offiziere, mit stumpfer Waffe.

Durch das Joch von Versailles, das Haß und Hohn der Feinde errichtet haben, betreten sie im fahlen Zwiellicht eines neuen Tages das Deutschland der Zukunft, für die einen das Land der Knechtschaft, für die andern das Land der Hoffnung und der Freiheit. Der Rausch verfliegt. Soweit das Auge reicht, dehnt sich karger, steiniger Boden, fast eine Wüste. Lautes Klagen hebt an, es ertönt der Ruf nach den Schuldigen. Die Frage, wie all das Unglück kam, lastet schwer auf der Seele des Volkes.

Was war unabwendbares Schicksal, was war Schuld? Es geht nicht an, sich hinter dem „Schicksal“ allein zu verstecken. Ganz gewiß waren die Hungerblockade, die England über uns verhängte, und die Unterlegenheit an Waffen und an Streiterzahl die Hauptursachen unserer Niederlage. Aber daneben bleibt noch genug übrig. Ob der Ausgang des Krieges sich hätte vermeiden lassen, steht dahin, daß er so katastrophale Formen annahm, ist zum guten Teil eigene Schuld. Kein Teil des Volkes hat ein Recht, sich der Verantwortung zu entziehen. Es gehört nicht viel Erkenntnis dazu, um zu wissen, daß

der Strom des Unheils nicht einer oder einigen Quellen entsprang, sondern sich aus zahllosen großen und kleinen Zuflüssen nährte. Die Ursachen unseres Zusammenbruchs sind Legion. Gewicht hing sich an Gewicht, bis die Schale unseres Unglücks sank.

Man wird aber bei der Beurteilung der Schuldfrage Unterschiede machen müssen, wenn man zu nutzbringenden Ergebnissen für die Zukunft gelangen will. Über das Schicksal eines Volkes entscheidet letzten Endes die Stärke seiner Charakteranlagen, nicht seine Intelligenz. Die Fehler und Irrtümer auf intellektuellem Gebiet wiegen daher nicht so schwer, wie die des Charakters. Was aus innerer Überzeugung heraus getan worden ist, was in heißem Drange starken, ehrlichen Willens verfehen wurde, ist nicht von der gleichen tragischen Bedeutung wie das, was aus Egoismus, Charakterschwäche und Parteileidenschaft gesündigt wurde. Römergeist hat Cannae überdauert. Die begabteren Griechen sind an ihrer inneren Zerrissenheit und Charakterschwäche zugrunde gegangen und haben in Knechtschaft geendet. Wohin zeigt der Pfeilstrich unseres Schicksals?

Viele meinen jetzt freilich, die Römertugenden seien der Wertmesser vergangener Zeiten. In Zukunft werde das Schicksal der Völker durch friedlichere Eigenschaften bestimmt werden. Wer sich indessen zu der Auffassung bekennt, daß der Kampf das Grundelement alles Lebens und alles Gedeihens auf der Erde ist, für den verliert die Frage an praktischer Bedeutung, welche Weltanschauung höherer Ordnung ist, die nationale, die bereit ist, durch Kampf Mann gegen Mann, Volk gegen Volk, Rasse gegen Rasse sich zu behaupten, oder die internationale, die den Ewigen Frieden zwischen den Völkern und zwischen den Gesellschaftsklassen heraufzuführen möchte.

Betrachtet man das deutsche Schicksal vom Standpunkt einer nationalen Weltauffassung aus, so eröffnet das Verhalten der einzelnen Volksschichten, der Parteien und der Führer im Weltkrieg weite Ausblicke auch für die Zukunft. Zwar wäre es gewagt, aus dem Vergangenen bindende Schlüsse für eine vielleicht noch ferne Zeit ziehen zu wollen. Sicherlich werden die bevorstehenden Kämpfe um die nationale Befreiung — mögen sie mit der Schärfe des Schwertes oder mit den Waffen des Geistes und des Charakters ausgefochten werden — neue Bilder zeigen. Aber auf der anderen Seite unterliegt es keinem Zweifel, daß die großen Probleme, die

den Weltkrieg beherrschten, auf absehbare Zeit hinaus ihre Bedeutung noch behalten werden. Vor allem wird das Ringen zwischen dem nationalen und dem internationalen Gedanken nicht heute und nicht morgen entschieden werden. Der gigantische Schatten von Marx wächst tief in das Dunkel der Zukunft hinein. Wer die Geschichte unserer Zeit innerlich miterleben und mitgestalten will, wird daher gut tun, die historische Bedeutung dieses Mannes auch aus den Geschehnissen des Weltkrieges begreifen zu lernen und zugleich die Schärfe der Waffen zu prüfen, mit denen er bekämpft wurde.

In beschränktem Rahmen ist dies hier versucht worden. Die Ergebnisse seien noch einmal kurz zusammengefaßt.

Die radikalen, im eigentlichen Sinne marxistischen Bestandteile des Sozialismus stellten sich von Anfang an bewußt auf den bedingungslosen Kampf gegen den nationalen Gedanken ein und versuchten das internationale Prinzip ohne jede Rücksicht auch gegen das eigene Volk. Die Linie ihres Handelns war klar und folgerichtig. Es führt ein gerader Weg von der militärfeindlichen Propaganda Liebknechts vor dem Kriege, über die revolutionäre, die nationale Widerstandskraft mit allen Mitteln schwächende Tätigkeit des Spartakusbundes während des Krieges hinweg, bis zu dem bei Kriegsende unternommenen Versuch, die Diktatur des Proletariats im Gewande einer internationalen Räterepublik nach russischem Muster zu errichten. An Zahl der Mitglieder war dieser Stamm des Sozialismus schwach. Aber er hatte starke Wurzeln und treibende Säfte. Hier fanden sich fanatische Führer, zum Äußersten entschlossene Kampfbereitschaft, unbeugsame Unnachgiebigkeit. Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogisches und viele andere sind für ihre Überzeugung gestorben. Niemand wird es wagen, den Kampf mit einem solchen Gegner leicht zu nehmen. Kompromisse kommen nicht in Frage. Der Sieger schreitet über die Leiche des Feindes hinweg.

Den Einfluß abzuschätzen, den die radikalen Elemente während des Krieges auf den nationalen Sinn des Volkes und den kriegerischen Geist des Heeres ausgeübt haben, ist nicht leicht. Daß die suggestive Wirkung auf die breiten Massen aber stark gewesen ist, geht daraus hervor, daß der Versuch gewagt werden konnte, im Kampfe mit dem Bürgertum und gegen den Widerspruch der Mehrheitssozialisten die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Fast wäre der große Wurf geglückt. Er scheiterte vielleicht nur an dem Widerstand des Heeres. Mit ihm wurde der Marxismus nicht fertig. Wohl hatte die Propaganda der radikalen Sozialisten im Verlauf des Krieges Eingang auch bei der Truppe gefunden; aber den innersten Kern des Heeres hat sie nicht erreicht. Es ist ihr nicht gelungen, die Truppe zu revolutionieren. Eine eigentliche „Rote Armee“ wie im bolschewistischen Rußland hat es in Deutschland nie gegeben. An der Unfähigkeit, eine solche zu schaffen, ist der deutsche Marxismus gescheitert. Das alte nationale Heer riß den gefährlichen Gegner noch im Fallen mit sich zu Boden.

Es ist von hohem Reiz, den Kampf der beiden Todfeinde um diese Zeit zu beobachten. In denselben Tagen, in denen das Deutsche Reich zusammenbrach, in denen die Monarchie die Todeswunde empfing und die marxistische Internationale nach der Palme des Sieges griff, sicherte die Oberste Heeresleitung durch eine schnelle Wendung dem Offizierkorps den Platz an der Spitze des neuen republikanischen Heeres. Sie verhandelte mit den siegreichen Männern der Revolution wie „von Macht zu Macht“. Gestützt auf einen Kern national gestimmter Unteroffiziere und Mannschaften, nahmen die Offiziere, ohne auch nur einen Tag zu zögern oder zu schwanken, den Kampf gegen das bolschewistische Räteystem auf und führten ihn zu erfolgreichem Ende. Es waren höchstens einige zehntausend Männer — dieselben, die im Oktober und Anfang November todverachtend dem Feind die Stirne geboten und bei sinkender Nacht den Rückzug gedeckt hatten —, die sich jetzt, als bereits alles verloren war, in Kurland und Litauen, in Ost- und Westpreußen und in Schlesien um die Rettung deutschen Volkstums bemühten, die sich dem Marxismus im Innern des Landes entgegenwarfen, während das Bürgertum auf den Knien lag und die Mehrheitssozialisten nach irgendeiner Kompromißformel suchten. In diesen unbefiegten Resten des alten deutschen Heeres lebte der in Jahrhunderten hochgezüchtete unverwüßliche Kampfgeist auch nach dem völligen Zusammenbruch des Reiches noch weiter. Sie bewahrten das Volk vor der Herrschaft des radikalen Sozialismus.

Die Mehrheitssozialisten schritten auf gewundener Bahn. Die geschickteste Auslegung wird nichts daran ändern, daß ihr Handeln bei Beginn des Krieges nicht im Einklang stand mit den internationalen marxistischen Grundsätzen, zu denen sie sich bis dahin bekannt hatten. Es wird nicht geleugnet werden können, daß das

volle Bekenntnis zur Nation sich erst durchsetzte, als man erkannte, daß man sich über die Kraft und den Einfluß des nationalen Gedankens bei den Massen in einem Irrtum befunden hatte. Die Mehrzahl der Führer gibt offen zu, daß es ein harter Entschluß für sie war, der nationalen Fahne zu folgen. Mögen Zweckmäßigkeitsgründe und taktische Erwägungen hierbei grundlegend gewesen sein, mag bei einem Teil die Stimme des Blutes den Ausschlag gegeben haben, in jedem Falle bedeutete dieser Entschluß einen Bruch mit der Vergangenheit.

Die Folgen waren außerordentlich. Die Mehrheitssozialdemokratie wurde für die Dauer des Krieges nicht nur von der internationalen Richtung des Marxismus abgedrängt, sie geriet sogar in scharfe Feindschaft zu ihr. Dem maßgebenden Teil der Führerschaft verursachte diese Entwicklung allerdings sehr bald ernste Bedenken. Eine volle und endgültige Abkehr von den internationalen Tendenzen der sozialistischen Lehre lag nicht in ihrem Sinn. Sie wünschten sich wenigstens die Möglichkeit offenzuhalten, eines Tages in die internationalen Gefilde zurückzukehren. Die Frage „Nation oder internationaler Marxismus?“ war für sie nicht ein unbedingtes Entweder-Oder, wie für die Radikalen, sondern eine Sache, aus der sich Verschiedenes kombinieren ließ, bei der man die Vorteile und Nachteile taktisch gegeneinander abzuwägen hatte. Aus dieser Auffassung erklärt sich die Politik der mehrheitssozialistischen Partei während des Krieges, die auf der einen Seite den nationalen Forderungen in ziemlich weitem Umfang Rechnung trug, auf der anderen Seite aber auch den internationalen Zusammenhang der Arbeiterklasse scharf im Auge behielt und die innenpolitischen Ziele unentwegt weiterverfolgte. Aus einer solchen Einstellung heraus konnte Scheidemann am 9. November 1918, dem Tage des äußeren und inneren Zusammenbruchs, das Wort aussprechen, das deutsche Volk habe einen Sieg errungen!

Aber die Bedeutung des 4. August reicht weit über die Kriegszeit hinaus. Gerade der 9. November zeigt, einen wie tiefen Einschnitt in das Leben der deutschen Sozialdemokratie der 4. August hervorgerufen hatte. Die Schwenkung, die die Mehrheitssozialisten am 9. November vornahmen, bedeutete keineswegs eine neue grundsätzliche Änderung ihrer Politik, den Übergang zur marxistischen Internationale. Sie war vielmehr nur ein geschickter Versuch, sich

der veränderten Lage taktisch anzupassen. Es bestand für sie gar nicht die Möglichkeit, in die von Moskau beherrschte Internationale wieder einzutreten, selbst wenn Neigung dafür vorhanden war. Die Tür hatte sich vor den „Verrätern“ geschlossen. Lenin hatte den Bannstrahl geschleudert. Der 4. August ist den deutschen Mehrheitssozialisten nie vergeben und vergessen worden. Aus den einstigen Brüdern waren Feinde geworden, die sich nicht nur, wie früher schon, mit den Waffen des Geistes bekämpften, sondern mit Maschinengewehren und Handgranaten.

Die mehrheitssozialistische Partei blieb also halb freiwillig, halb gezwungen im Rahmen der Nation. Sie sah sich, um ihr Leben zu retten, genötigt, den Beistand derselben nationalen Kreise zu erbitten, die sie vor dem Kriege heftig befehdet hatte, mit denen sie seit dem 4. August 1914 in einem kühlen Frieden lebte. Die monarchisch gesinnten Offiziere, die schärfsten Feinde des Sozialismus, entschieden die Schlacht.

Diese eigenartige Gestaltung der Dinge zeigt, wie sehr der Zwang der Verhältnisse im Kriege und später während der Revolution die Handlungsfreiheit beschränkte. Für das Offizierkorps und die ihm ergebenden Teile des Heeres bestand gar keine Wahl. Den Kampf gleichzeitig gegen die Radikalen und die Mehrheitssozialisten aufzunehmen, war unmöglich. Ein passives Verhalten hätte lediglich den Radikalen genügt. Also blieb nur übrig, sich auf die Seite der Mehrheitssozialisten zu schlagen und ihnen zu helfen. Diese ahnten wohl, daß das Bündnis mit den einstigen Feinden ihnen teuer zu stehen kommen würde, daß sie für absehbare Zeit viele Hoffnungen würden begraben müssen. Aber es blieb auch ihnen keine Wahl, es ging um Sein oder Nichtsein der Partei.

Seit dem 4. August 1914 wandelt die Mehrheitssozialdemokratie auf schmalen, gefährlichem Pfad zwischen zwei Welten. Ihre Zukunft ist dunkel, ihre Bundesgenossenschaft unsicher.

Zwischen den Radikalen und den Mehrheitssozialisten standen die Unabhängigen. Sie bemühten sich, den Weg der alten Sozialdemokratischen Partei vor dem Kriege in gerader Linie fortzusetzen. Die Resolutionen der internationalen Kongresse und der Parteitage sollten ihrer Meinung nach die Richtschnur auch für den Weltkrieg bilden. Aus einer tiefen pazifistischen Grundeinstellung heraus wollten sie dem Völkermorden um jeden Preis ein Ende machen.

Jedes Mittel schien ihnen hierzu recht. Sie schürten den Haß gegen den Krieg, heizten die Massen gegen den nationalen Gedanken auf. Den Mut, die Verantwortung für die revolutionäre Tat auf sich zu nehmen, fanden sie jedoch nicht. Sie konnten daher auch nicht in den folgenden Kämpfen um die Ergebnisse der Novemberrevolution eine führende Rolle übernehmen. Vielmehr verloren sie den Halt und stürzten in den Abgrund.

Dem Heere und dem kriegerischen Geist im Volke haben sie aber vielleicht noch mehr geschadet als die Radikalen. Gegen diese konnte man sich, da sie sich offenkundig illegaler Mittel bedienten, besser wehren. Die Unabhängigen aber, wenigstens die offizielle Parteileitung, wußten mit großer Geschicklichkeit die Klippen der Hochverratsparagrafen im Strafgesetzbuch zu meiden. Sie hatten das Glück, daß der Buchstabe des Gesetzes von ihren Gegnern auch dann peinlich respektiert wurde, wenn darunter vaterländische Interessen schwersten Schaden erlitten, wie es zum Beispiel bei der Marineverschwörung 1917 der Fall war. Sie wurden unter diesen Umständen während des Krieges wohl die gefährlichsten Feinde des nationalen Gedankens. Auf leisen Sohlen schlichen sie durch das Land. Nirgends waren sie zu packen. Sie wichen aus, sobald sie Gefahr witterten und waren doch überall zur Stelle, wo der nationale Gedanke einen Angriffspunkt bot. Mancher Stoß ist ihnen geglückt. Der gefährlichste war die Marineverschwörung 1917, an deren Entstehung sie ihren Anteil haben. Die Wunde, die der deutschen Wehrmacht damals beigebracht wurde, ist nicht mehr verheilt. Sie brach Anfang November 1918 in Kiel von neuem auf.

Daß in einer Zeit, in der es um Sein oder Nichtsein des Staates ging, in der Millionen von Männern an den Fronten bluteten und starben, von den verantwortlichen Führern in der Regierung und in den Parlamenten keine Mittel gefunden wurden, um dem staatsgefährlichen Treiben und dem versteckten Hochverrat kräftig zu begegnen, ist vom nationalen Standpunkt aus betrachtet eine Schuld. Sie trifft in zweiter Linie auch die Offiziere. Wohl hat die Oberste Heeresleitung gewarnt, wohl hat sie durch allerlei Mittel den nationalen Geist zu heben versucht und gegen die marxistische Propaganda angeköpft. Wohl ist es den Offizieren gelungen, wenigstens im Heere im großen und ganzen den kriegerischen Sinn zu erhalten. Aber die Eiterbeule der Marinever-

schwörung ist nicht mit glühendem Eisen ausgebrannt, es ist keine innere Gefundung erreicht worden, und in den Novembertagen haben die militärischen Heimatbehörden, gleich den Zivilbehörden, im Kampfe gegen die Revolution zu einem Teil versagt. Auch dies ist eine der Ursachen des Zusammenbruchs.

Sucht man die Wirkungen des Kampfes zwischen dem nationalen und dem internationalen Gedanken auf den Ausgang des Weltkrieges in wenigen Worten zusammenzufassen, so wird man sagen dürfen, daß jener Kampf wesentlich dazu beigetragen hat, die Kraft des Heeres und den kriegerischen Geist im Volke zu schwächen. Der Zusammenbruch ist durch ihn beschleunigt worden, und der Krieg hat unter seiner Einwirkung unter Formen geendet, die eines so tapferen Volkes nicht würdig waren. Man wird darüber streiten können, ob das Heer ohne den Ausbruch der Revolution und ohne die vorausgegangene Unterhölung noch lange hätte weiterkämpfen oder gegen unerträgliche Friedensbedingungen sich hätte auflehnen können. Aber man wird nicht behaupten dürfen, daß das deutsche Volk im November 1918 einen würdigen Anblick bot, daß es von denen gut beraten wurde, die erklärten, die Revolution „gemacht“ zu haben, daß es klug war, sich der letzten Waffen in einem Augenblick zu entledigen, in dem die Friedensverhandlungen begannen. Auch die überzeugtesten Anhänger der neuen Zeit werden nicht leugnen, daß auf der Geburtsstunde der Republik dunkle Schatten ruhen.

Der 4. August 1914 und der 9. November 1918 sind nur Etappen in dem weltbewegenden Ringen zwischen dem nationalen und dem internationalen Gedanken. Der Kampf geht ohne Gnade weiter. Der nationale Gedanke hat durch den Untergang des alten Heeres seine stärkste Stütze in Deutschland verloren. Aber der Geist dieses Heeres ist weder durch das Diktat von Versailles vernichtet worden, noch wird er durch pazifistische und marxistische Propaganda im Innern des Landes erstickt. Er lebt im Volke fort und wird in der Stunde einer neuen Entscheidung wieder die Führung übernehmen. Der Vorteil aber in zukünftigen Kämpfen zwischen Heer und Marxismus wird auf der Seite derer sein, die aus den Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit das meiste gelernt haben und sich am klarsten und entschlossensten auf ihre Ziele einstellen.

*

Urkundenanhang.

Burgfriede.

Chef des Generalstabes
des Feldheeres.
III b Nr. 20.

Berlin, den 15. August 1914.

Die geschlossene Stimmung der Parteien und die bisher einmütige Haltung der Presse für den Krieg ist für die Oberste Heeresleitung von großer Bedeutung. Sie schafft den Geist der Hingabe und Geschlossenheit für Deutschlands große Aufgabe.

Dies muß während der ganzen Dauer des Krieges, mag kommen, was will, so bleiben.

Die Aufsichtsbehörden, die mit der Zensur der Presse betraut sind, haben den geringsten Versuch, die Einigkeit des deutschen Volkes und der Presse durch parteipolitische Ausführungen zu stören, gleichgültig, von welcher oder gegen welche Partei, sofort auf das energischste zu unterdrücken.

Im Auftrage:
gez. v. Stein.

An das Kriegsministerium zu Berlin, München, Dresden, Stuttgart, die Generalkommandos, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Elsaß-Lothringen, das Auswärtige Amt und das Oberkommando in den Marken.

*

Der Minister des Innern.
C b 153 452.

Berlin, den 5. September 1914.

Geheim.

Zum Schreiben des Herrn Kriegsministers
vom 31. v. Mts. — Nr. 2324/8. 14 C 1.*)

Wenngleich ich anerkenne, daß die seit Ausbruch des Krieges in allen Schichten der Bevölkerung herrschende lebendige Vaterlandsliebe von den Behörden erfordert, daß sie sich in ihrer Amtsbetätigung gegenüber der Sozialdemokratie solcher Maßnahmen enthalten, die den Eindruck einer auf das frühere Verhalten dieser Partei zurückzuführenden

*) Es handelt sich um einen kriegsministeriellen Erlaß, in dem das Verbot des Haltens sozialdemokratischer Zeitungen durch Heeresangehörige vorläufig aufgehoben wurde.

Schärfe machen, und wenn ich weiter, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, mich damit einverstanden erklärt habe, daß eine gleiche Behandlung aller politischen Parteien jetzt eintrete, so muß ich andererseits doch die von dem Herrn Kriegsminister in dem abschriftlich beiliegenden Erlasse vom 31. v. Mts. getroffene Anordnung für eine zu erheblichen Bedenken Anlaß gebende Maßregel erachten. Meines Dafürhaltens lag ein zwingender Anlaß zu derselben nicht vor. Im Publikum und auch innerhalb der Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ist die Aufrechterhaltung des für die Truppen bestehenden Verbots, sozialdemokratische Schriften zu halten und zu verbreiten, nicht als im Widerspruch stehend mit der durch die Umstände gebotenen, obenbezeichneten grundsätzlichen Stellung der Staatsregierung empfunden worden. Es wird nicht mit Grund bestritten werden können, daß die gegenwärtige Zurückhaltung der Sozialdemokratie nicht zum geringen Teil durch den Zwang des Kriegszustandes, insbesondere die strenge Kontrolle ihrer Blätter und die Gefahr sofortiger Unterdrückung derselben bei mißliebigen Auslassungen veranlaßt ist, und daß man mit einer Rückkehr zu der früheren Haltung rechnen muß, wenn die Zeitumstände sich geändert haben werden. Die Rückkehr wird wahrscheinlich so allmählich und vorsichtig vor sich gehen, daß so manche bedenkliche sozialdemokratische Zeitungsnummer in die Hände von Soldaten gelangt sein wird, ehe die Militärbefehlshaber die Aufhebung des in Rede stehenden Verbots rückgängig machen werden. Ein solcher Widerruf wird alsdann schwerer empfunden werden, als die Aufrechterhaltung des ursprünglichen Verbots empfunden worden wäre, und die Sozialdemokratie wird ihn als Agitationsstoff ausgiebig auszubenten wissen.

Ich möchte im übrigen darauf hinweisen, daß schon jetzt im „Vorwärts“ eine Tendenz sich bemerkbar macht, die darauf ausgeht, Stimmung gegen Gebietserweiterungen im Falle einer siegreichen Beendigung des Krieges zu machen, und daß dasselbe Blatt sich bemüht, die Mitteilungen über Greuelthaten und hinterlistige Überfälle, die in Feindesland gegen deutsche Staatsbürger und Soldaten verübt worden sind, als Erfindungen und Übertreibungen hinzustellen. Auch Kritiken der von deutscher Seite gegen verräterische Handlungen vorgenommenen Strafaktionen finden sich vor, und es wird in dieser Beziehung von Barbareien gesprochen, die unterbleiben müßten.

Wie die Sozialdemokratie aus dem Entgegenkommen der Heeresverwaltung Kapital zu schlagen versteht, das zeigt ein gleichzeitig mit dem Erlasse des Herrn Kriegsministers in derselben Nummer des „Vorwärts“ (vom 2. September 1914) in besonders auffälligem Druck veröffentlichter Artikel mit der Überschrift „Feldpost-Abonnements“. In ihm wird den unter der Fahne stehenden Volksgenossen das Postabonnement auf den „Vorwärts“ empfohlen und ihren Angehörigen geraten, den im Felde stehenden das Blatt in portofreien Feldpostbriefen regelmäßig zuzusenden.

In Anbetracht der großen Tragweite, welche die Anordnung des Herrn Kriegsministers hat, würde sich eine vorherige Vereinbarung unter

den mitbeteiligten Ressorts empfohlen haben. Dazu war meines Erachtens um so mehr Anlaß gegeben, als das mehrerwähnte Verbot seinerzeit erst nach einer Beratung im Staatsministerium ergangen ist (Sitzung vom 18. September 1893).

Ich halte mich für verpflichtet, die Angelegenheit im Staatsministerium zur Sprache zu bringen, und beehre mich, Euer Excellenz ergebenst zu ersuchen, sie dort gefälligst recht bald zur Erörterung stellen zu wollen.

gez. v. Loebell.

An den
Herrn Präsidenten des Königl. Staatsministeriums.

*

Streifabwehr.

Kriegsministerium Berlin W 66, den 28. Juli 1916.
Nr. 4427. 16. g. A I. II. Ang.
Geheim!

Um bei etwa ausbrechenden Streiks in der Rüstungsindustrie das einheitliche Vorgehen der Militärbehörden zu gewährleisten, hat das Kriegsministerium im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilressorts die anliegenden Leitsätze aufgestellt.

Die weitere Veranlassung wird ergebenst anheimgestellt und noch bemerkt, daß bei Lohnstreitigkeiten, die zu Streiks führen können, ein rechtzeitiges vermittelndes Eingreifen der königlichen Stellvertretenden Generalkommandos u. U. von Vorteil ist.

In Vertretung:
gez. v. Wandel.

An alle Stellvertretenden Generalkommandos
(XXI. für XVI.) usw.

Leitsätze

für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie.

1. Bei jedem Streik, durch den die rechtzeitige Versorgung des Heeres irgendwie gefährdet werden kann, ist mit allen verfügbaren Mitteln und aller Schärfe einzugreifen. In allen Fällen ist jedoch Vorsicht bei der Prüfung der Verhältnisse geboten und Übereilung zu vermeiden, um unbedeutenden Vorkommnissen nicht künstlich eine größere Bedeutung zu geben und nicht etwa durch Mißgriffe Agitationsstoff zu schaffen. Scharfe Maßnahmen gegen einzelne Persönlichkeiten empfehlen sich nur bei offenkundigen Beweisen, damit nicht Märtyrer geschaffen werden.

2. Rädelsführer sind sofort in Sicherheitshaft zu nehmen. Nach dem vorliegenden Material ist in jedem Fall zu entscheiden, ob gerichtlich wegen Landesverrats gegen sie vorgegangen werden soll oder ob die Leute militärisch einzuberufen oder, falls sie nicht mehr wehrpflichtig, in Sicherheitshaft zu behalten sind. Möglichst frühzeitig sind Personen festzustellen, die zum Streik hegen (Flugblätterverteilung usw.). Vorbeugende Maßnahmen: Einberufung (möglichst unauffällig), Sicherheitshaft, Bestrafung. — Verhinderung der Verbreitung von Flugblättern in den Fabriken, von heimlichen Versammlungen.

3. Ist die Wiederaufnahme der Arbeit in keiner anderen Weise zu erreichen, so müssen die Arbeiter der betr. Fabrik durch eine Verordnung der Militärbefehlshaber auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand unter Strafandrohung gezwungen werden, ihre Arbeit wiederaufzunehmen (Arbeitszwang). Gegen die sich Weigernden ist unverzüglich vorzugehen.

4. Nach erstmaliger Anwendung dieser Maßnahmen sind die Führer der Sozialdemokratie (ausschließlich Haase-Gruppe) und der Gewerkschaften zu den Militärbefehlshabern zu bestellen, damit ihnen die Notwendigkeit dieser Maßregeln dargelegt und so womöglich ihre Einwirkung auf die Arbeiter erreicht wird.

*

Sozialdemokratische Propaganda im Heere.

Generalquartiermeister
Ila Nr. 30 663.
Geheim.

Gr. H. Qu., den 17. November 1915.

In der ersten Hälfte des Monats September hat in Zimmerwald bei Bern eine internationale sozialistische Konferenz getagt mit dem Ziel, das Proletariat aller Länder gegen den Krieg aufzuheizen und zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes anzustacheln. Den Niederschlag der Verhandlungen bildete ein Manifest und ein an die „Proletarier Europas“ gerichteter Aufruf, in denen offen zum Kampfe gegen die Regierungen der kriegführenden Staaten und gegen jede Annexionsbestrebung oder wirtschaftliche Angliederung der eroberten Gebietsteile aufgefordert wird. Manifest und Aufruf sind in Schweizer sozialistischen Zeitungen veröffentlicht worden und sollen heimlich in Massen im Heere und unter der Bevölkerung Verbreitung finden. In einem Einzelfall ist bereits bekanntgeworden, daß der erwähnte Aufruf seinen Weg in die Reihen der Armee gefunden hat.

Es wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß die Flugschriften nicht in den Besitz von Heeresangehörigen gelangen.

gez. Frhr. von Freytag.

*

Kriegsministerium.
Nr. 762/16 g. A. 1.

Berlin, den 2. März 1916.

Geheim.

Bei der langen Dauer des Krieges darf kein Mittel unversucht bleiben, im Lande und an der Front eine zuversichtliche, siegesfrohe Stimmung zu erhalten und anzuregen. Die Teuerungsverhältnisse in der Heimat, die Sorge der älteren Kriegsteilnehmer um ihre Familien und ihr späteres eigenes Fortkommen, falsche Auffassungen über unsere militärische und politische Lage und die sich aus ihr ergebenden inneren und äußeren Notwendigkeiten, Unkenntnis über die wahren Absichten und Ziele unserer Feinde bilden Gefahren für die Stimmung und den Gesamtwillen zum Durchhalten bis zum Siege.

Verstärkt werden diese Gefahren noch durch die feindliche Agitation, die bestrebt ist, durch Flugblätter und Agenten unmittelbar und mittelbar giftige Keime ins Land zu bringen, sowie durch innere Einflüsse, die teils bewußt, teils unbewußt schädlich wirken.

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger ist es, den Burgfrieden, der die innere Volkskraft zusammenhalten soll, nach jeder Richtung zu bewahren. Nicht nur die Fragen der Kriegsziele, sondern auch innerpolitische Fragen, über Wahlrecht, Besteuerung, Teuerung usw., die sich auf die Dauer nicht völlig ausschalten lassen, bedrohen diesen Zusammenhalt.

Die internationalen Bestrebungen der radikalen sozialdemokratischen Minderheit finden mit der Zeit immer weitere Angriffspunkte für ihre Agitation. Die Wortführer dieser Richtung scheuen sich nicht mehr, sich die ausländischen Angriffe und Anschuldigungen über deutsche Kriegsgründe, Kriegsabsichten und Kriegsgreuel für diesen Zweck nutzbar zu machen. Sie reden über Völkerverhetzung, Eroberungskrieg und Unkultur oder suchen auch den Schein zu erwecken, als sei der Krieg von uns angezettelt worden zugunsten gewisser Interessentenkreise oder zu innerpolitischen Zwecken, zur „Unterdrückung der Arbeiterorganisationen“ und dergleichen.

Daneben hat sich die Werbetätigkeit der Pazifisten weiter verstärkt und besonders auf Frauen-Organisationen übergegriffen. Neben der Verbreitung ihrer unklaren internationalen Verbrüderungs- und Friedenstheorien, erstrebt diese Richtung die planmäßige Entwicklung aller schwächlichen Regungen.

So drängen sich in neuester Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erzieherischen Gründen durch geeignete Belehrung der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegenzuwirken und der künftigen Versöhnung der Kulturvölker vorzuarbeiten. Dies erscheint um so bedenklicher, als gerade nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes, im Gegensatz zu anderen Völkern, gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könnte

Statt dankbaren Stolz über die Leistungen und die so nachhaltig bewiesene Wehrhaftigkeit und Opferfreudigkeit von Heer und Volk zu pflegen und auch für die Zukunft Wacht zu halten, wird vielfach Kleinmut hervorgerufen durch Klagen über die Schrecken und Leiden des langen Krieges mit seinen Einbußen an Gut und Blut und seiner Zerstörung von Kulturwerten.

Daß alle diese Einflüsse auf die Gesamtstimmung des Volkes nicht ohne Wirkung geblieben sind, zeigt sich an der unvernünftigen Haltung eines Teils der Bevölkerung in Ernährungsfragen, an Straßenumkordungen in größeren Städten, an der Stimmung in manchen Versammlungen und nicht zum mindesten an den unwürdigen und unüberlegten Klagebriefen, die an die Front und sogar an Gefangene in Feindesland gesandt werden. Alle diese Erscheinungen sind geeignet, unsere Volkskraft zu schwächen und die Kraft unserer Feinde zu beleben, besonders da diese ihre letzten Hoffnungen auf die allmähliche Erschöpfung Deutschlands setzen.

Eine zuverlässige und kraftbewusste Stimmung läßt sich zwar nicht durch künstliche Mittel hervorbringen. Die Tat nach außen und ebenso ein erfolgreiches Wirken und Bessern an unserer inneren Organisation muß ihre sichere Grundlage bleiben. Jene Stimmung muß aber gepflegt werden, indem ungünstigen Einflüssen bewußt und planmäßig entgegengetreten wird.

Die pazifistischen, reichschädlichen und bewußt feindlichen Bestrebungen werden durch die Militärbefehlshaber nach einheitlichen Grundsätzen bekämpft. Auf die Stimmung an der Front wird, neben der Fürsorge und Belehrung durch die Vorgesetzten, durch Armeezeitungen, Zeitschriften und Bücher aufklärend eingewirkt. Auch die Zuführung geeigneter Druckschriften als Liebesgaben ist mit dankenswerter Unterstützung des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten in größerem Umfange in die Wege geleitet. Im Inlande ist in erster Linie die Presse in der Lage, auf die Gemüter einzuwirken. Ausschreitungen nach dieser Richtung werden im Wege der Zensur verhindert. Ihr Wirken hat hier jedoch bestimmte Grenzen. Eine allzu scharfe Unterdrückung des Meinungs-austausches bringt leicht ein Anwachsen der schwer kontrollierbaren geheimen Literatur von Flugblättern und Druckschriften hervor und eine Steigerung der Gegensätze und Mißstimmungen in geheimen oder privaten Zusammenkünften. Günstiger wirkt vielfach eine positive Einwirkung auf die Presse und die immer wiederholte Belehrung der Öffentlichkeit durch geeignete aufklärende Artikel. Das Flugblätterunwesen wird im übrigen nach einheitlichen Grundsätzen nach wie vor durch die Militärbefehlshaber bekämpft.

Bei der großen Bedeutung dieser Frage nicht nur für den Ausgang des Krieges, sondern auch für die innere Entwicklung unserer Volksgemeinschaft erscheint es notwendig, noch weitere Mittel zu finden, um in der angedeuteten Richtung abwehrend und fördernd zu wirken.

Euerer Erzellenz beehre ich mich daher zur gefälligen Erwägung zu stellen, ob und inwieweit es möglich ist, Beamte, Geistliche, Lehrer und Lehrerinnen zu diesem Zwecke mit heranzuziehen. Sie sind die gegebenen Vertrauten und Berater weiter Kreise und haben einen erheblichen Einfluß auch auf solche Teile der Bevölkerung, bei denen eine Einwirkung durch die Presse weniger in Frage kommt.

Besonderer Wert muß in dieser Beziehung auf einen gesunden erzieherischen Einfluß auf die Jugend gelegt werden, als den Träger der zukünftigen Wehrhaftigkeit. Die Rückwirkung solchen Einflusses auch auf die Elternhäuser wird nicht ausbleiben, wie sich dies schon bei Goldsammlungen und dergleichen durch Vermittlung der Schulen gezeigt hat.

Weiterhin wird es möglich sein, durch die Mithilfe sonstiger vaterländisch gesinnter und für diesen Zweck geeigneter Männer in Vereinen und Gesellschaften, besonders auch in Frauenvereinigungen, nach dieser Richtung zu wirken. Es darf auch nicht unversucht bleiben, einzelne Persönlichkeiten von Einfluß, die in einseitiger Betrachtungsweise befangen oder infolge besonderer Umstände verbittert sind, durch vertrauliche Einwirkung und Aufklärung zu positiver Arbeit mit heranzuziehen.

Schließlich wird auf die Gesamtstimmung eingewirkt werden können durch Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen, Verbreitung billiger, geschickt abgefaßter Druckschriften für die verschiedenen Leserkreise und Geschmacksrichtungen, durch Aufführungen entsprechender Theaterstücke und die Vorführung geeigneter Filme.

Es darf zur Erwägung gestellt werden, ob es sich vielleicht empfiehlt, den zur Mitwirkung in Aussicht genommenen Persönlichkeiten für ihre Arbeit eine gedruckte Anleitung vertraulich auszuhändigen. In dieser müßte Material zusammengestellt werden, um die üblichen Hezversuche in Flugblättern und sonstige Agitation widerlegen zu können. Es wäre darzulegen, wie die Äußerung oder Betätigung von Friedenssehnsucht die Gefahr der Verlängerung des Krieges in sich schließt, welche schädlichen Wirkungen unüberlegte Klagebriefe haben, wie unvernünftig es ist, die kleinen Beschwerden in der Heimat als etwas Drückendes zu empfinden und darüber zu vergessen, vor welchen Schrecken und Verlusten uns die tägliche Aufopferung unserer Truppen im Felde bewahrt. Daneben wären Angaben über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, über Gründe und Bekämpfung der Teuerung notwendig. Der Groll über die Nöte und Lasten des Krieges muß von den Verhältnissen im Innern ab und gegen England und seine Verbündeten gelenkt werden, die uns vernichten wollen. Jedem einzelnen muß ins Bewußtsein gerufen werden, daß es sich um einen Kampf um das Dasein des ganzen Volkes handelt, an dessen endgültigem Ausgang auch jeder im Inlande nach seinen Möglichkeiten mitzuwirken verpflichtet ist.

Die Militärbefehlshaber, denen von diesem Schreiben Abschrift zugegangen ist, werden bereit sein, alle Bestrebungen, die auf eine Erhaltung der Stimmung hinzielen, nach Möglichkeit zu unterstützen.

In Vertretung:
gez. Unterschrift.

An den Herrn Minister des Innern und den Herrn
Minister der geistl. und Unterrichtsangelegenheiten.

*

Der Minister des Innern.
P. 165.
M. d. g. U. B. Nr. 768.
Geheim!

Berlin, den 5. Mai 1916.
NW 7, Unter den Linden 72/73.

Auf das gefällige Schreiben vom 2. März 1916
— Nr. 762/16. g. A. 1. —

Die Erhaltung einer zuversichtlichen und siegesfrohen Stimmung im Lande ist seit geraumer Zeit Gegenstand unserer ernstesten Sorge und ständiger entsprechender Bemühungen und Maßnahmen gewesen. Insbesondere ist die Gefahr, die für die Stimmung der Bevölkerung in den Ernährungsschwierigkeiten, den stark anwachsenden Preisen, der Knappheit an notwendigen und gewohnt gewordenen Nahrungsmitteln lag und liegt, von Anfang an die größte Beachtung geschenkt und durch umfangreiche und umfassende Aufklärungsarbeit gerade in den besonders kritischen Zeiten eine nach Lage der Dinge mögliche Beruhigung herbeigeführt worden. Daß sich ein gewisses Maß von Beunruhigung und Besorgnis erhalten muß, ist natürlich, da Anzuträglichkeiten in der Nahrungsmittelversorgung in wechselnden Formen und in wechselnder Fühlbarkeit unvermeidliche Kriegserrscheinungen zu bleiben scheinen.

Wie sich nach den uns vorliegenden Berichten und nach den uns zugegangenen Nachrichten die Stimmung der Bevölkerung darstellt, können wir feststellen, daß ein Niedergang der Stimmung, eine über das natürliche und mit dem Willen zur siegreichen Durchführung des Krieges nicht vereinbare Friedenssehnsucht nur in einzelnen Städten, besonders in Großstädten, in größerem Umfange fühlbar ist, während auf dem Lande und in mittleren Städten die Stimmung allgemein fest und zuversichtlich geblieben ist. Die wechselnden tiefen Eingriffe der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in das Eigentum und die Betriebsführung der Landwirte haben naturgemäß auch in der ländlichen Bevölkerung Erregung und Unwillen hervorgerufen, Teuerung und Nahrungsmittelknappheit machen sich auch in den kleinen Städten in ähnlichem Maße fühlbar wie in den großen Städten. Gleichwohl bewährt sich die von alters her dem ländlichen Bewohner eingewurzelte staats-, königs- und regierungstreue Gesinnung auch unter den schwierigen Verhältnissen der

Gegenwart. Die in der Liebe zur engsten Heimat besonders fest begründete Vaterlandsiebe des preußischen Bauern und Kleinstädtlers hat durch die wachsenden Kriegsoffer nicht erschüttert werden können, der Wille zum Siege und der Glaube an den Sieg stehen nach wie vor fest und werden erhalten bleiben, wenn es wie bisher gelingt, die publizistischen und agitatorischen Einflüsse der Großstädte auf das Land in ihren engen Grenzen zu halten.

Anders liegt es in den großen Städten, zumal in denen West- und Mitteldeutschlands, die seit langen Jahren mehr oder minder vollständig unter dem Einfluß der demokratischen Presse und demokratischer bzw. sozialdemokratischer politischer Propaganda stehen. Die Wirkung dieser vom flachen Lande seit alters unterschiedenen politischen Traditionen zeigt sich mit der längeren Dauer des Krieges und seinen erhöhten Anforderungen an die Widerstandskraft der vaterländischen Gesinnung mehr und mehr. Mit dieser Tatsache mußte und muß gerechnet werden. Die leichter bewegliche Stimmung der großstädtischen Bevölkerung ist zwar dem Kriegsausbruch und den ersten Kriegsereignissen mit großer Begeisterung gefolgt, aber die dem bestehenden Staat und seinen Einrichtungen, die den Krieg tragen, vielfach abgewandten Anschauungen der Demokratie haben den steigenden Kriegsnöten doch nicht so standzuhalten vermocht, wie es wohl erwünscht gewesen wäre. Hierzu tritt die gegen Krieg und Sieg gewandte agitatorische Tätigkeit der radikalen Sozialdemokraten, die leider einen seit Jahrzehnten von der sozialdemokratischen Agitation bereiteten Boden in den großen Städten, zumal in Berlin, findet. In den Ernährungsschwierigkeiten bietet sich der gefährlichen Betätigung der sozialdemokratischen Minderheit ein sehr dankbarer Stoff, der mit vielem Geschick und denkbaren Gewissenlosigkeit zur Erzeugung einer kriegsmüden, unwilligen und vertrauenslosen Stimmung genutzt wird. Es wird allerdings baldigst grundsätzlich erwogen werden müssen, wie durch gemeinsames Vorgehen der Militärbefehlshaber und der Landeszentralbehörden dem für die Kriegsverhältnisse schwer erträglichen Treiben der Agitation der sozialdemokratischen Minderheit begegnet werden kann.

Was im übrigen die Mittel und Wege anlangt, die einer Erhaltung bzw. der Wiederaufrichtung der zuversichtlichen und siegesfreudigen Stimmung im Lande dienen können, so sind die Möglichkeiten, die sich behördlicher Einwirkung bieten, in vollem Umfange genutzt worden, und es wird dies auch weiterhin mit allem Nachdruck geschehen. Insbesondere trifft das auch für die Schul- und Kirchenbehörden zu. Den Anregungen, die namentlich seitens der pazifistischen Frauenorganisationen ergangen sind, in der Schule mildernd auf den Groll gegen England und seine Verblindeten zu wirken, ist noch jüngst in einem besonderen, an den Nationalen Ausschuss für dauernden Frieden, z. B. der Frau Minna Cauer, Berlin, gerichteten Erlaß des mitunterzeichneten Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten begegnet worden, der die pflichtmäßige Aufgabe der Schulen hervorhebt, die Jugend zu innerer Teilnahme am Verlauf des uns aufgezwungenen Krieges anzuhalten. Es

darf in diesem Zusammenhange auch an den hervorragenden Anteil der Schulen bei den Werarbeiten für die Kriegsanleihen und der Ablieferung des Goldes zur Reichsbank erinnert werden. Der Einfluß der Geistlichkeit wie der Lehrerschaft ist natürlich da ein nachhaltigerer, wo parteipolitische Agitation eine Entfremdung breiter Volksschichten von Kirche und Schule noch nicht herbeigeführt hat, was in vielen großen Städten ja leider der Fall ist. An der unermüdlischen Fürsorge der Kirchen- und Schulbehörden für die Aufrechterhaltung der Stimmung während des Krieges wird es auch künftig nicht fehlen.

Als das zur Zeit wirksamste Mittel, den in der überwältigenden Mehrheit des Volkes vorhandenen patriotischen Empfindungen und Siegeshoffnungen freiere Bahn und damit größere werbende Kraft zu schaffen, erscheint uns eine Lockerung der zur Zeit bestehenden und gerade vom begeisterungsfreudigsten Teil des Volkes besonders drückend empfundenen Zensurbestimmungen. Bei einer liberaleren Handhabung der Pressezensur besonders gegenüber der Erörterung von Kriegszielen würde sich der überlegene Einfluß der national und staatlich positiven Strömungen gegenüber den negierenden fraglos sehr bald zeigen. Die alsdann unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen der nationalen Presse aller Parteien und den Organen der sozialdemokratischen Minderheit würden nicht nur nicht als Unterbrechungen des Burgfriedens zu bedauern sein, sondern wären im Gegenteil zu begrüßen im Interesse des freieren Auslebens der schönen und erhebenden Stimmungen im Volke.

Nicht im gleichen Maße als erfolgversprechend auf der einen, ungeschädlich auf der anderen Seite ist eine Aufklärungsarbeit zum Zwecke der Erhebung der Volksstimmung in öffentlichen Versammlungen anzusehen. Ich, der Minister des Innern, habe vor Jahresfrist eine Versammlungstätigkeit in größerem Umfange veranlaßt und eingeleitet, um das Volk über die Ernährungsschwierigkeiten aufzuklären. Diese Versammlungen haben im allgemeinen einen harmonischen Verlauf genommen und ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt. Seitdem ist aber die Stimmung unter dem Einfluß der wiederholten parlamentarischen Tagungen, in deren Verlauf innerpolitische Streitfragen erneut zur Sprache gekommen sind, unter dem Einfluß auch der parteipolitisch interessierten Ausnutzung der Ernährungsschwierigkeiten, eine wesentlich andere geworden. Die Parteien, die im Vorjahre auch in öffentlicher Versammlungstätigkeit einträchtig zusammengewirkt haben, haben sich inzwischen erneut widereinander festgelegt. Es besteht die ernste Gefahr, daß öffentliche Versammlungen, öffentliche Vorträge, gleichviel von welcher Seite gehalten, mehr Beunruhigung als Beruhigung ins Volk tragen und der Anhängerschaft der sozialdemokratischen Minderheit willkommene Gelegenheit zu lärmenden und im feindlichen Auslande brauchbaren Demonstrationen bieten. Wiederholtes Einschreiten der beaufsichtigenden Polizei wäre die notwendige Folge, deren Wirkung auf das Inland wie im Auslande nur eine dem deutschen Interesse nachteilige sein könnte. Wir vermögen deshalb der Veranstaltung öffentlicher

Vorträge, auch von geeignetsten Persönlichkeiten und auf Grund ausdrücklicher Anweisungen gehalten, nicht das Wort zu reden.

Die Wege der schriftlichen Aufklärung werden, wie bisher, so auch künftig, soweit sie gangbar sind, beschritten werden. Ich, der Minister des Innern, darf bei Eurer Exzellenz als bekannt voraussetzen, daß ich ebenso wie der mitunterzeichnete Kultusminister mit Veröffentlichungen, die geeignet sind, über die Verhältnisse in der Heimat Aufklärung zu schaffen, bestrebt bin, die Truppen an der Front zu erfassen, und ich habe noch in diesen Tagen veranlaßt, daß für die Versorgung der an der Front erscheinenden Feldzeitungen geeignetes Material bereit- und der Feldpresse-Abteilung des Generalstabes des Feldheeres zur Verfügung gestellt wird.

Im ganzen wird die bewegliche Stimmung des nicht in alter staats- und königstreuer Gesinnung festen Teiles der Bevölkerung im Kriege den wechselnden Kriegereignissen folgen und politisch in dem Maße zuversichtlich und gehoben sein, wie es die allgemeine Politik nach Lage der Dinge ist. Kriegerische Erfolge sind stets für kürzere oder längere Zeit aller gedrückten Stimmung Herr geworden. Es dürfte vielleicht den maßgebenden militärischen Stellen Gegenstand der Erwägung sein, ob die jeweils erreichten Erfolge — sei es in der Offensive, sei es in der Defensive — dem Volke nicht noch deutlicher, eindringlicher zum Bewußtsein gebracht werden könnten.

Der Minister der geistlichen und
Unterrichts-Angelegenheiten.
gez. Unterschrift.

Der Minister des Innern.
gez. Unterschrift.

An den Herrn Kriegsminister.

*

Generalquartiermeister.
Id Nr. 10235.
Geheim!

Gr. H. Q., den 14. April 1916.

Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß nicht selten der Versuch gemacht wird, bei den Truppenteilen des Feldheeres für die von deutschen oder nichtdeutschen Vereinigungen sozialistischer und anarchistischer Färbung vertretene Friedensrichtung Propaganda zu machen.

Auch wird versucht, den Streit zwischen den verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie durch Flugschriften der einander bekämpfenden Richtungen in das Heer zu tragen.

Allen Versuchen dieser Art, innerhalb des Heeres Unzufriedenheit zu erregen, ist mit Nachdruck entgegenzutreten.

Es wird ersucht, nach beiden Richtungen gemachte Wahrnehmungen hierher mitzuteilen.

In Vertretung:
gez. Unterschrift.

*

Kriegsministerium.
Nr. 4550/16 g. A. 1.
Geheim.

Berlin W 66, den 10. August 1916.

Dem Königlichen Stellvertretenden Generalkommando usw. übersendet das Kriegsministerium ergebenst Abschrift einer Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die radikale sozialdemokratische Partei durch Vermittlung des Auslandes und Organisationen in verschiedenen Großstädten systematisch die Verbreitung ihrer heizerischen Flugblätter und Schriften betreibt.

Das Kriegsministerium ersucht, mit allen Mitteln, besonders auch durch Überwachung der Postsendungen, zu versuchen, den Herstellern und Verbreitern dieser landesverräterischen Druckschriften auf die Spur zu kommen, um ein gerichtliches Einschreiten gegen sie zu ermöglichen und sie unschädlich zu machen.

Im Auftrage:
gez. Unterschrift.

*

Einfluß der russischen Revolution im März 1917 auf die innenpolitischen deutschen Vorgänge.

Kriegsministerium.
Nr. 82/17 G. Z. 3.
Geheim!

Berlin W 66, den 26. März 1917.
Leipziger Straße 5.

Ein Teil der linksliberalen und sozialdemokratischen Presse behandelt die revolutionären Vorgänge in Rußland im Zusammenhang mit deutschen innenpolitischen Zuständen und wiederholt dabei immer dringlicher die bekannten politischen Forderungen. Derartige Erörterungen hatten an sich bereits durch die Landtagsverhandlungen am Vorabend der Revolution eine besonders starke Anregung erfahren. Die genannten Linksparteien suchen die russische Revolution für ihre Zwecke auszubeuten und steigern dadurch die politische Begehrlichkeit. Die Einigkeit in Volk und Heer und der geschlossene Volkswille zum Siege müssen darunter leiden. Berichte aus der Front bestätigen bereits diese Wirkung bei den Truppen, was angesichts der bevorstehenden ausschlaggebenden militärischen Entscheidungen besonders zu bedauern ist.

Indem Euerer Erzellenz ich hiervon Kenntnis gebe, darf ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheeres ersuchen, schnellstens durch geeignete Maßnahmen der schädlichen Rückwirkung der russischen Revolution auf unsere jetzigen Verhältnisse wirksam entgegenzutreten. Eine direkte Einwirkung auf die führenden Vertreter in Parlament und Presse wird an erster Stelle erforderlich sein.

Sollte die öffentliche Behandlung dieser Frage in der vorstehend gezeichneten Richtung sich weiterentwickeln, so würde ein scharfes Eingreifen der Zensur aus militärischen Rücksichten unvermeidlich werden.
gez. v. Stein.

An den Herrn Reichskanzler (Reichskanzlei) hier.

*

Der Reichskanzler.
Rk. 12 229 K. J.

Berlin, den 28. März 1917.

Auf das geneigte Schreiben vom
26. März 1917 — Nr. 82/17 G. Z. 3 —
Geheim.

Die Rückwirkung der revolutionären Vorgänge in Rußland auf unsere innerpolitischen Zustände und die Stimmung in der Heimat sind seit den ersten authentischen Nachrichten über diese Vorgänge Gegenstand meiner größten Aufmerksamkeit und haben mir zu sofortiger energischer Einwirkung auf die in Betracht kommenden Faktoren unseres politischen Lebens Anlaß gegeben. Die radikale Presse hat sich denn auch nach den ersten Entgleisungen größere Zurückhaltung auferlegt, und der von meinem Stellvertreter im Reichstag gebührend gekennzeichnete Vergleich zwischen deutschen und russischen Zuständen ist auch von zahlreichen sozialdemokratischen Blättern abgelehnt worden. Es ist richtig, daß ein Teil der linksliberalen und sozialdemokratischen Presse die Gelegenheit benutzt, um die politischen Forderungen zu wiederholen, die schon längst vor dem Kriege gestellt und bei der Länge des Krieges auch vor der russischen Revolution mit zunehmender Dringlichkeit betont worden sind. Die Geltendmachung derartiger Forderungen wird ohne die Gefahr innerer Erschütterungen ertragen werden können, solange die breiten Massen des Volkes von dem Vertrauen getragen werden, daß die von dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten in Übereinstimmung mit Seiner Majestät dem Kaiser und König vom Beginn des Krieges an in wiederholten Erklärungen kundgegebene Linie der inneren Politik ohne Schwanken eingehalten wird.

In voller Erkenntnis des Ernstes der in dem geneigten Schreiben Euerer Erzellenz berührten Frage darf ich darauf hinweisen, daß es mir auf das dringendste geboten erscheint, jede Nervosität und Ängstlichkeit in allen Anordnungen, insbesondere auch solchen der Zensur, zu vermeiden. Eine solche Ängstlichkeit gegenüber einzelnen radikalen Redensarten von Zeitungsschreibern würde den Eindruck der Schwäche und Unsicherheit machen, das Vertrauen in die Konsequenz und Einheitlichkeit des politischen Willens der Regierung erschüttern und hiermit bei der schweren und steigenden Not, mit der gerade die unteren und mittleren Schichten des Volkes zu ringen haben, zu einer gefährlichen Erregung führen.

Um diese Einheitlichkeit in der Behandlung der dieses Gebiet berührenden Einzelmaßnahmen zu erleichtern, habe ich den Chef der Reichskanzlei beauftragt, sobald als möglich eine Aussprache der Referenten der zuständigen Stellen herbeizuführen.

gez. v. Bethmann Hollweg.

An den Herrn Kriegsminister.
Eigenhändig.

*

Flottenmeuterei 1917.

Kommando des I. Geschwaders.

den 4. September 1917.

Von Offizier geschrieben.

Ganz geheim.

Persönliches.

Dem Kaiserlichen Kommando melde ich gehorsamst über das bisherige Ergebnis der Untersuchung über die U. S. P.-Propaganda das folgende:

1. Es ist festgestellt worden, daß die Bewegung radikalere Formen angenommen hat. Als Muster schwebt ihr die russische Revolution mit Soldatenrat vor. Die Propaganda ist zur Propaganda der Tat übergegangen. Die überfandten Verhandlungen und Geständnisse geben den Beweis.

2. Der Umfang der Bewegung ist schwer festzustellen. Man darf nur so viel sagen, daß alle Schiffe voraussichtlich infiziert sind, und daß das Nichtbekanntsein der Bewegung keine Gewähr mehr ist, daß das betreffende Schiff rein ist.

3. Die Bewegung ist noch in der Organisation begriffen und daher zur Zeit noch ungefährlich. Dessen ungeachtet ist der Ernst nicht zu verkennen, da rührig gearbeitet wird und zielbewußt auf die Tat zugesteuert wird.

4. Die im Augenblick auffälligste Erscheinung ist die, daß bei Verhaftung eines Vertrauensmannes sofort ein neuer in die Lücke springt. Die Unterbrechung der Beziehungen ist daher nur eine der Zeit nach kurze.

5. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß die ganze Bewegung von Berlin aus geleitet wird. Die Reichstagsabgeordneten Haase, Dittmann, Vogtherr sind bisher genannt. Von Haase ist ausgesagt, daß er im Komitee sitze. Von Berlin kommen alle Anweisungen.

6. Die Lage ist deshalb meiner festen und unerschütterlichen Überzeugung nach die, daß wir dieser Bewegung nur dann Herr werden, wenn diese Bewegung ihre Führer in Berlin verliert. Nur ein Eingreifen an dieser Stelle, das der Zerstörung der Zentrale gleichkommt, wird der Bewegung Halt gebieten, die einzelnen Glieder aus dem gegenseitigen Zusammenhang bringen. Nur dadurch ebbt die Bewegung

ab, wenn nicht nur in den unteren Verästelungen durchgegriffen wird, sondern der Hebel an der Zentralstelle angelegt wird.

7. Zu dem Eingreifen an der Zentralstelle gehört auch die Aufhebung der Zeitungen der U. S. P. Ein Verbot allein genügt nicht, weil die wichtigsten Stellen, vor allem Flugblätter, die in diesen Druckereien hergestellt werden, doch eingeschmuggelt werden.

8. Ferner ist es meines Erachtens erforderlich, daß in den Städten Wilhelmshaven und Kiel auch die Mittelspersonen festgelegt werden und die Polizeiorgane so verstärkt werden, daß es den Leuten schwerer als bisher wird, Besprechungen abzuhalten.

9. Zusammenfassend möchte ich mich dahin aussprechen, daß die im Augenblick von uns beherrschte Bewegung dennoch ernst ist, weil sie die Propaganda der Tat will, und daß ich es daher für ein dringendes Gebot halte, daß die Häupter in der Zentralstelle in Berlin unschädlich gemacht werden.

gez. Ehrhardt Schmidt.

*

Der Minister des Innern.

Berlin, den 24. September 1917.

Ob. 1441, 1442, 1443.

Unter den Linden 72/73.

Geheim!

Zu dem an Euerer Erzellenz gerichteten und mir abschriftlich mitgeteilten Schreiben des Herrn Kriegsministers vom 13. September 1917 Nr. 5590/17 g. A. 1 beehre ich mich folgendes ergebenst zu bemerken:

Ich teile die Auffassung des Herrn Kriegsministers, daß es angesichts der bekannten, schwer gegen die Manneszucht verstößenden Vorgänge innerhalb unserer Kriegsflotte geboten ist, dem in seiner Wirkung als landes- und kriegsverräterisch sich darstellenden Vorgehen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit aller Offenheit entgegenzutreten.

Eine solche Stellungnahme der Reichsleitung würde sich zweckmäßig vielleicht in der Weise bewerkstelligen lassen, daß Euerer Erzellenz die Angelegenheit unter Hinweis auf die aufrührerischen Vorgänge unter der Flottenbesatzung in der von Euerer Erzellenz gebildeten freien Kommission des Reichstages zur Sprache bringen und dadurch dem Reichstage die Kenntnis davon vermitteln, welche schwere Schuld die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit ihrer Werbetätigkeit im Heere und der Marine auf sich lade, und wie sie sich der moralischen Verantwortlichkeit dafür nicht entziehen könne, wenn das von führenden Personen aus ihren Reihen ausgehende Bestreben, Anhänger unter Heeres- und Marineangehörigen zu gewinnen und sie organisatorisch zusammenzufassen, schließlich dahin führt, daß die mißleiteten Mannschaften zu Handlungen schreiten, die sie, wie es hier geschehen, den aller schwersten Bestrafungen aussetzen. Der Umstand, daß die Mit- oder Hauptschuldigen, deren Gedanken die Verführten lediglich in die Wirklichkeit umzusetzen glaubten, straflos ausgehen, läßt die Tätigkeit jener Persönlichkeiten nur in einem um so bedenklicheren Lichte erscheinen.

Nach dem Ergebnis der Untersuchung erblicken die Marinebehörden in der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die treibende Kraft der Bewegung und sie glauben, daß der verderblichen Agitation nur ein Ende zu machen sei, wenn die beteiligten führenden Persönlichkeiten unschädlich gemacht werden. Als solche Persönlichkeiten sind von der Marinebehörde zunächst die Reichstagsabgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr, ferner die Parteisekretärin Zieg in Berlin und einige andere in der Provinz tätige Parteimitglieder bezeichnet worden. Ich darf über die Frage der strafrechtlichen Verfolgbarkeit dieser Personen hier hinweggehen, weil diese Frage zur Zeit der Prüfung des Oberreichsanwalts unterliegt. Dessen Aufgabe wird es auch sein, wenn Abgeordnete als Beschuldigte in Betracht kommen, zu erwägen, inwieweit seine auf die Einleitung und Fortführung des Strafverfahrens gerichteten Maßnahmen durch die Verfassungsvorschrift über die Immunität von Abgeordneten einer Einschränkung unterliegen.

Tritt aber keine Strafverfolgung ein, so fragt es sich, welche Maßnahmen etwa im Verwaltungswege zu ergreifen sein möchten. Bei Nichtabgeordneten liegt der Gedanke der Schutzhaft nahe, ob aber dieses Mittel auch gegen Abgeordnete anwendbar ist, darüber besteht zwischen den interessierten Ressorts keine Einmütigkeit. Euerer Erzellenz ist bekannt, daß die Frage der Anwendbarkeit der Schutzhaft gegen Abgeordnete von den Reichsressorts verneint, von dem früheren Herrn Justizminister und mir jedoch bejaht wird. Bei diesem Auseingehen der Meinungen könnte man daran denken, ob es sich nicht empfiehlt, die umstrittene Frage praktisch auf dem durch das Schutzhaftgesetz vom 4. Dezember 1916 geordneten Beschwerdewege zur Entscheidung durch das Reichsmilitärgericht zu bringen. Aber einem solchen Verfahren steht das Bedenken entgegen, daß der Reichstag, wenn das Reichsmilitärgericht die Schutzhaft für anwendbar erklären sollte, auf einer authentischen Interpretation der Immunitätsvorschrift im entgegengesetzten Sinne bestehen würde.

Unter diesen Umständen möchte ich mir erlauben, zur gefälligen Erwägung zu stellen, ob Euerer Erzellenz nicht Veranlassung nehmen wollen, auch diese Frage in dem freien Ausschusse zur Erörterung zu stellen. Je nach der Beantwortung, die sie dort finden wird, dürfte die Schutzhaft praktisch zu handhaben sein.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Kriegsminister, dem Herrn Justizminister sowie den Herren Staatssekretären der Marine, des Innern und der Justiz überfandt.

gez. Drews.

An den Herrn Reichskanzler (Reichskanzlei).

*

Denkschrift des preußischen Ministers des Innern über die innenpolitische Lage vom 13. Februar 1918.

Der Minister des Innern.
P. 118. II. Ang.

Berlin, den 13. Februar 1918.

Euerer Erzellenz beehre ich mich in der Anlage eine Abschrift des Allerhöchst befohlenen, Seiner Majestät dem Kaiser und König von mir vorgelegten Berichts über die gegenwärtige innenpolitische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

gez. Drews.

An die Herren Staatsminister.

Die innenpolitische Lage.

Bestimmend für die innenpolitische Lage in Deutschland ist während des Krieges die Sozialdemokratie geblieben, wie sie es vor dem Kriege war. Während aber in den letzten Friedensjahrzehnten die Sozialdemokratie gleichsam außerhalb des nationalen Lebens stand und die Politik die Aufgabe hatte, die politischen Kräfte und Strömungen des Landes immer erneut durch wechselnde Methoden und Mittel zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, ist mit Kriegsausbruch die Sozialdemokratie ein Teil des nationalen Lebens geworden, der mitbestimmend auf das Ganze wirkt. Mit dem Bekenntnis zum nationalen Gedanken bei Kriegsbeginn ist die Sozialdemokratie aus ihrer alten Isolierung herausgetreten. Die Regierung gewann die anfängliche Einheit der inneren Front, die Erleichterung für Mobilmachung und Kriegsführung, war aber dafür gezwungen, für die Dauer des Krieges mit der Stimmung und Haltung einer Partei zu rechnen, die in ihren innenpolitischen Zielen radikal blieb, die in der auswärtigen Politik von Anfang an an ihrem internationalistischen, pazifistischen Ideale festhielt. Für die innenpolitische Entwicklung während des Krieges war es stets eine entscheidende Frage, ob die Sozialdemokratie ganz oder in ihrer überlegenen, durch die Gewerkschaften gestützten Mehrheit die Politik des 4. August 1914 in nationalem, staatsertreuem Sinne fortsetzen oder aber in ihre alte, grundsätzlich oppositionelle Stellung zurückdrängen würde. Diese Frage läßt sich schlüssig auch im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantworten, obwohl manche Zeichen dafür sprechen, daß die alten radikalen und internationalen Ideen wieder zunehmende Geltung gewinnen, daß die Sozialdemokratie ihrer ehemaligen parteipolitischen Isolierung wieder zustrebt. Eine solche Entwicklung, die in politisch rechtsstehenden Kreisen nicht ungerne gesehen würde, wäre außerordentlich bedenklich, und die Regierung hat die ernste Pflicht, sie zu verhindern, oder, falls sie unabwendbar bleibt, sie tunlichst aufzuhalten. So unverkennbar groß die taktischen Vorteile waren, die im Frieden die politische Führung in der bedingungslosen Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie hatte, so wenig kann im Kriege daran gedacht werden, um solcher Vorteile willen den Bruch mit der

Sozialdemokratie tatenlos geschehen zu lassen oder gar ihn, wie ja un schwer möglich wäre, herbeizuführen. Es muß, so schwierig das auch sein mag, der Weg gefunden werden, unannehmbaren, den Bestand des Staates wie vornehmlich die Kriegsführung gefährdenden Ansprüchen und Forderungen der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten, ohne doch in offenen Konflikt mit ihr zu treiben. Käme es zur Kraft- und Gewaltprobe mit der Sozialdemokratie, so ist es zwar gewiß, daß sie zugunsten der bestehenden Ordnung entschieden würde, aber sie würde nicht nur von den schwersten innerpolitischen Erschütterungen begleitet sein, sondern in einer Reihe schwerer allgemeiner und örtlicher Konflikte nachwirken, die im Kriege nicht so ohne weiteres ertragbar sind wie in Friedenszeiten. Gewiß, legt es die Sozialdemokratie durch versteigene innerpolitische wie auswärtig-politische Forderungen, durch Mutwillen und Unverstand auf eine Erprobung ihrer Macht an der Staatsordnung und der bürgerlichen Gesellschaft an, so wird auch mitten im Kriege die Auseinandersetzung vollzogen werden müssen. Aber erwünscht wäre eine solche Auseinandersetzung nicht, auch nicht um den Preis einer Entlastung der Kriegszielpolitik oder gar der eingeleiteten und beabsichtigten innerpolitischen Reformen. Das pflichtgemäße Bestreben, die Mehrheit der Sozialdemokratie tunlichst für die Dauer des Krieges, wenn möglich darüber hinaus, in der Reihe der nationalen Parteien festzuhalten, ist nicht in der Besorgnis begründet, daß dem bestehenden Staat durch etwa eintretende revolutionäre Bewegungen ernste Gefahren erwachsen könnten. Die zivile wie die militärische Gewalt ruhen dazu in Preußen-Deutschland auf zu soliden Fundamenten, und es ist der gesunde, ordnungsliebende Sinn des deutschen Bürgertums revolutionären Infektionen nicht so zugänglich, wie es bei unseren östlichen und westlichen Nachbarn der Fall ist. Das Blut der Deutschen ist, ähnlich wie das der Engländer, nur bei offenbaren Rechtsbrüchen gegen die eigene Regierungsgewalt in Wallung zu bringen. Die gerechte Anwendung geltenden Rechts erträgt der Deutsche auch dann, wenn sie hart wirkt. Das deutsche Rechtsbewußtsein ist von alters her höher entwickelt gewesen als das Staatsbewußtsein, der rechtliche Sinn höher als der politische.

Die Notwendigkeit, im Kriege ein erträgliches Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie festzuhalten, erklärt sich aus der ganzen Natur dieses Volkskrieges. Die Verbindungen zwischen Heimat und Heer sind zu innig, auch in parteipolitischer Beziehung, als daß die Isolierung, der aktive oder passive Widerstand einer an Anhängern auch im Felde so zahlreichen Partei wie die sozialdemokratische ohne Wirkung auf die Einigkeit, den kameradschaftlichen Geist in der Truppe bleiben kann. Die heimische Arbeit, deren Leistungen auf allen Gebieten der gesamten wirtschaftlichen und militärischen Kriegsführung unentbehrlich sind, muß letzten Endes doch auf dem guten Willen aller ruhen und kann wohl kurze teilweise Unterbrechungen, nicht aber dauernde Störungen und Hemmungen ohne empfindlichen Verlust an Schlagkraft der Kriegsführung ertragen. Auch ohne generellen oder partiellen Streik würde die der Fortsetzung des Krieges offen opponierende Haltung der Sozialdemokratie einen dauernd

lähmenden Einfluß auf die Arbeitsleistung der zahlreichen sozialistischen Arbeiterschaft ausüben. Es muß bei der Stärke der Sozialdemokratie an Mandaten sowohl wie an Wählern immerhin damit gerechnet werden, daß die in ihrem Mandatsbesitz von der sozialdemokratischen Hilfe abhängigen Parteien schließlich ihre Widerstandskraft gegenüber der Sozialdemokratie verlieren und die Regierung entweder in eine parlamentarisch unmögliche Lage oder zu verhängnisvollen Kapitulationen zwingen. Einzelne bürgerliche Parteien, wie Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei, sind auch in der vergangenen Kriegszeit in viel zu innige, vertrauensvolle Beziehungen zur Sozialdemokratie getreten, als daß sie nicht wieder versucht sein würden, zur Erreichung besonderer Zwecke die Verbindungen wieder zu erneuern. Würde sich ein Bruch der Regierung mit der Sozialdemokratie auch mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien vollziehen, so besteht doch keinerlei Gewähr dafür, daß die bürgerlichen Parteien sämtlich und einig während des Krieges an der Seite der Regierung gegen die Sozialdemokratie festhalten. Dazu sind die innerpolitischen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien zu tief, und dazu haben die innerpolitischen Fragen schon im Kriege einen viel zu breiten Raum im parteipolitischen Leben gewonnen. Endlich bleibt die Tatsache bestehen, daß bei Kriegsausbruch die Hoffnung der Gegner auf einen Konflikt zwischen Regierung und Sozialdemokratie ein wichtiger Faktor der feindlichen Kriegsrechnung gewesen ist, daß mit dieser Hoffnung die feindlichen Regierungen ihre Völker bis zum heutigen Tage immer erneut beleben und daß der feindliche Kriegswille, daß die feindliche Widerstandskraft von dem Zeitpunkt ab eine schwer abzuschätzende Verstärkung erfahren würden, in dem in Deutschland die Sozialdemokratie in die alte nationale Opposition zurück, in den Kampf gegen Regierung, Staat und Gesellschaft wieder eintreten würde. Denn daran kann kein Zweifel sein: die Opposition der im Kriege isolierten Sozialdemokratie wird sich nicht an den Formen der gelegentlich opponierenden Haltung bürgerlicher Parteien genügen lassen, sie wird mit dem ganzen alten Radikalismus und Fanatismus auftreten, die durch die Erinnerung an die Politik vom 4. August 1914 nicht nur nicht gemildert, sondern verschärft würden, verschärft durch getäuschte Erwartungen und das verlorene Vertrauen in die Erfüllung innerpolitischer Hoffnungen.

Bleibt es somit die Aufgabe der Regierung, die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit in der Reihe der nationalen Parteien, zum mindesten für Kriegsdauer, festzuhalten, so ist doch die Erfüllung dieser Aufgabe durch die Entwicklung, die die Sozialdemokratie selbst im Kriege genommen hat, schwerer und schwerer geworden. Die Sozialdemokratie weiß selber sehr wohl, welche Bedeutung für den Ausgang des Krieges, für die Bewältigung der Kriegsaufgaben, für die Erhaltung der Widerstandskraft an der Front und in der Heimat ihre eigene Haltung, ihre Stellung zur Regierung hat. Sie ist sich ihrer Macht bewußt geworden, hat in dem keiner Auflösung ausgesetzten Reichstag bei jeder neuen Bewilligung der Kriegskredite Gelegenheit, ihre Macht zu beweisen, hat in entscheidenden Situationen Regierung und bürgerliche Parteien sich ge fällig gesehen. Sie hat, auf ihre Macht gestützt, den Kampf aufgenommen

um die Erfüllung aller derjenigen ihrer Forderungen, denen Regierung und Parlamentsmehrheiten Jahrzehnte hindurch entschlossen und erfolgreich Widerstand geleistet haben. Sie ist über diese Forderungen hinaus eingetreten auch in den Kampf um bestimmenden Einfluß auf lebenswichtige Entscheidungen der auswärtigen Politik. Sie ist endlich unter Ansetzung besonderer Druckmittel daran gegangen, die Rechtsgrundlage für die Kriegführung, wie sie im Belagerungszustande besteht und verfassungsgemäß rechtens ist, in Frage zu stellen. Es wäre verfehlt, behaupten zu wollen, daß eine derartige Machtausnutzung von Anfang an in Absicht und Plan der Sozialdemokratie gelegen habe. Einflüsse von außen, Einwirkungen von innen her haben die Sozialdemokratie im Verlauf des Krieges von dem im August 1914 in reiner vaterländischer Bewegung eingenommenen Standpunkt zurückgetrieben.

Hätte dieser Krieg in wenigen Monaten sein Ende gefunden, so wäre die sozialdemokratische Frage im Kriege nicht brennend geworden, so hätte der nationale Umschwung der Sozialdemokratie nach menschlichem Ermessen noch auf Jahre über den Krieg hinaus auf das innerpolitische Leben befreiend und erleichternd gewirkt. In höherem Maße noch als andere Parteien entscheiden bei der Sozialdemokratie über Entschlüsse und Haltung der Parteiführung die Stimmungen und Verstimmungen der Wählerschaft, und die sozialdemokratische Wählerschaft setzt sich nun einmal zum großen Teile aus den Volksschichten zusammen, die einigermaßen naiv und triebhaft momentanen starken Eindrücken im Guten wie im Bösen nachgeben. Diese breite Volksmasse wurde bei Kriegsausbruch mächtig von den Kräften nationaler Begeisterung vaterländischen Zornes ergriffen und hat über die Politik der Sozialdemokratie vom 4. August entschieden. In dieser selben Volksmasse regten und äußerten sich aber auch zuerst die Verstimmungen über die mit der Dauer des Krieges wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, hier zuerst und am schonungslosesten wurde das Verlangen nach baldigem Friedensschluß laut, hier konnte die Auffassung Raum gewinnen, daß es nur eine Sache deutschen Willens, deutscher Nachgiebigkeit sei, den Frieden herbeizuführen. Man wird der Mehrheit der Sozialdemokratie die Anerkennung nicht versagen können, daß sie lange Zeit hindurch den in der Masse naturgemäß stärker und stärker anschwellenden Verstimmungen widerstanden hat. Allerdings war sie doch gleichzeitig Partei genug, um das Machtmittel, das ihr mit der kriegsverdroffenen Strömung in die Hand gegeben war, zu erkennen und gegenüber den anderen Parteien wie vornehmlich gegenüber der Regierung zu benutzen, um innerpolitische Forderungen durchzusetzen und auf die Kriegszielpolitik einzuwirken. Es besteht an sich kein Anlaß zu der Annahme, es sei die sozialdemokratische Führung nicht voll davon überzeugt gewesen, daß innerpolitische Zugeständnisse und Maßhaltung und stete Friedensbereitschaft der Regierung genügen würden, die Partei im wesentlichen geschlossen an einer national-positiven Politik festzuhalten, zu verhindern, daß nennenswerte Teile der Partei die innere nationale Frontlinie verließen, um unter eigener Führung zur alten fanatisch-radikalen Politik zurückzukehren. Diese Erwartung hat

sich nicht erfüllt. Niemals hat ein Zweifel darüber bestehen können, daß die verständigen Sozialdemokraten keinesfalls die Spaltung der Partei wünschten, nicht wegen der entstehenden Schwächung der Gesamtpartei, sondern wegen der großen Gefahren, die daraus der nationalen und maßvollen Richtung der Sozialdemokratie entstehen mußten. Es darf heute auch festgestellt werden, daß die momentanen parlamentstaktischen Vorteile, die der Regierung aus der sozialdemokratischen Spaltung erwachsen, ungleich geringer gewesen sind, als die großen innerpolitischen Nachteile, die sich im Verfolg ergeben haben. Nach der einmal vollzogenen Spaltung blieb natürlich nichts anderes übrig als zuzusehen, wie sie sich von Fall zu Fall nutzen ließ. Die Spaltung selbst hätte ein bleibender innerpolitischer Nutzen nur werden können, wenn sie alsbald der Belastung durch weitere Kriegsjahre entzogen wurde. Denn es war zu erwarten, daß unter dem sich automatisch verstärkenden Druck der Kriegsnot, mit dem ebenso wachsenden Friedensbedürfnis die Zahl der unzufriedenen Elemente zunehmen, die Basis der radikalen sogenannten unabhängigen Sozialdemokratie sich verbreitern mußte. Hierzu kam, daß gewisse Einflüsse vom feindlichen und neutralen Auslande doch mehr und mehr bei der Sozialdemokratie Eingang fanden und der radikale Flügel mit einem Schein der Berechtigung neben den inneren radikal-dogmatischen Zielen auch alte, bislang zurückgestellte internationale Ideen wieder in das Programm aufnehmen konnte. So ging im Grunde das gesamte alte sozialdemokratische Programm mit seinen positiven Forderungen auf die radikale sozialdemokratische Minderheit über, während die maßvolle Mehrheit auf die Verteidigung der neugewonnenen nationalen Stellung beschränkt blieb. Das Verhältnis der gemäßigten Sozialdemokratie, die im Reichstag über die Mehrheit verfügt, zur Regierung und zu den bürgerlichen Parteien wurde durch die Spaltung gewiß günstiger, aber ihr Verhältnis zu den Wählermassen wesentlich ungünstiger. Bei zunehmenden Ernährungs-schwierigkeiten und entsprechend zunehmender Friedenssehnsucht wurde bei den sozialdemokratischen Wählern die Zugkraft des nationalen Gedankens geringer, die der radikalen und pazifistischen Forderungen größer. Die gemäßigte Sozialdemokratie sah vor sich die Gefahr, die Gunst ihrer Wähler zu verlieren und dadurch bei künftigen Wahlen aus ihrer parlamentarischen Mehrheitsstellung verdrängt zu werden. Berichte über die Stimmung der Wähler mußten ihr die Gefahr bestätigen. Das Ziel der maßvollen Sozialdemokratie mußte, wie das der Würzburger Parteitag bewiesen hat, sein, eine Einigung mit den Radikalen zu erreichen, um dann innerhalb der Gesamtpartei ihren maßgebenden Einfluß geltend zu machen. Die Radikalen haben diesen Einigungsversuchen Widerstand geleistet und werden erst geneigt sein nachzugeben, wenn sie Gewißheit haben, daß ihr radikaler Einfluß gegenüber dem gemäßigten in der Gesamtpartei durchschlägt. Die Vorgänge bei der Berliner Streifsbewegung haben leider für die Rechnung der radikalen Sozialdemokraten gesprochen.

Als bald nach der Spaltung der Sozialdemokratie trat, wie das unausbleiblich war, die rechtsstehende Mehrheitsgruppe in den Kampf um die bedrohte Gunst bei den Massen ein. Sie trat innerpolitisch, kriegs-

und wirtschaftspolitisch ungleich entschlossener als zuvor auf. Die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ übertrumpfte, an keinerlei Rücksicht gebunden, jede Forderung der Mehrheitssozialisten und drängte dadurch diese wieder in radikaleres Fahrwasser. Es hat sich ein förmlicher Wettlauf radikaler Forderungen entsponnen, ein Wettlauf, in dem notwendig die linksstehenden Sozialdemokraten immer vorausbleiben müssen und als die scheinbar Tatkräftigeren an Einfluß im Lande gewinnen. Die Mehrheitssozialisten sind dadurch in eine begreifliche Nervosität geraten. Sie wissen, daß sie sich nur einigermaßen behaupten können, wenn sie im Gegensatz zu der lediglich agitierenden und verneinenden radikalen Minderheit positive Leistungen, die Durchsetzung wichtiger populärer Forderungen vorweisen können, mit denen sie imstande sind, die Wählerschaft vom größeren Nutzen ihrer maßvolleren Haltung zu überzeugen. Gelingt ihnen das nicht, so müssen sie über kurz oder lang dem tragischen Schicksal aller besonnenen Gruppen innerhalb radikaler Parteien erliegen, im Strom des Radikalismus unterzugehen.

Die Spaltung der Sozialdemokratie hat nicht in der Absicht, wohl aber im Erfolge am meisten dazu beigetragen, die zu Kriegsbeginn vom Druck der sozialdemokratischen Frage bis zu einem gewissen Grade entlastete innerpolitische Lage wieder aufs neue mit ihr zu belasten. Denn die Einflüsse, die vom Auslande her, die im Zuge der allgemeinen Kriegs- und Friedenspolitik, die durch die rein innerpolitischen Streitfragen während der letzten Zeit auf die Sozialdemokratie eingewirkt haben und an sich geeignet waren, alte radikal-demokratische Gedanken zu wecken, konnten letzten Endes nur so unmittelbar und stark zur Geltung kommen, weil sie von der sozialdemokratischen Minderheit zweckbewußt aufgenommen und mit der Stoßkraft des Fanatismus der gesamten Sozialdemokratie mitgeteilt wurden. Die Mehrheitssozialisten standen und stehen auch hier unter dem Druck des Wettbewerbs. Es ist nicht zu verlangen, daß die innerpolitischen Gegner der maßvollen Sozialdemokratie die eigene Zwangslage zugute halten. Die Regierung muß es tun, nicht nur aus Motiven der Gerechtigkeit, sondern um die Freiheit des Urteils darüber zu bewahren, wo im Einzelfalle bei der gemäßigten Sozialdemokratie die Grenze liegt zwischen den laut vertretenen Forderungen und den tatsächlichen Bestrebungen. Täte sie das nicht, würde sie bald zu einer Politik ab irato kommen und die ganze Sozialdemokratie gegen den Willen eines achtbaren Teiles ihrer Führer und Anhänger in die alte radikale Opposition drücken, noch ehe die beiden Richtungen der Sozialdemokratie Gelegenheit gefunden haben, in neuem Wahlkampf ihre Kräfte zu messen. Gewiß ist es keineswegs ausgemacht, daß die Sozialdemokratie in die nächsten Wahlen gespalten eintritt, aber, wie die Dinge einmal liegen, muß wenigstens die Regierung ihr Möglichstes tun, es zu erreichen. War die Sozialdemokratie nicht unter der Führung der gemäßigten Mehrheit zusammenzuhalten und die Spaltung ein Übel, so würde das Übel vervielfältigt, wenn die Sozialdemokratie unter Führung der radikalen Minderheit wieder zusammenfände. Leider sind Anzeichen genug vorhanden, daß eine solche Entwicklung nicht ausgeschlossen ist.

Unter denjenigen äußeren Einflüssen, die verhängnisvoll auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in letzter Zeit gewirkt haben, steht die russische Revolution an erster Stelle. In der modernen Zeit haben revolutionäre Entladungen, die in einem der großen Staaten Europas erfolgt sind, stets die unzufriedenen, unruhigen Elemente in den anderen Staaten in Bewegung gebracht, den im Parteileben vorhandenen revolutionären Tendenzen verstärkte Kraft gegeben. Wenn gleichwohl die so verblüffend schnell siegreiche russische Revolution unmittelbare Folgen in Deutschland nicht gehabt hat, so war das naturgemäß in den Kriegsverhältnissen, vor allem in der Tatsache begründet, daß die Revolution in Feindesland ausgebrochen war und die Genugtuung über die Schwächung der Widerstandskraft des feindlichen Landes im Anfang auch bei der deutschen Sozialdemokratie die Genugtuung über den Sieg der revolutionären demokratischen Kräfte überwog. Mittelbar hat die russische Revolution unverkennbar bewirkt, daß in allen Ländern die radikalen Parteien an Macht- und Selbstbewußtsein gewonnen haben, auch in Deutschland. Bei der deutschen Sozialdemokratie kamen die alten besonderen Verbindungen mit den revolutionären Kreisen Rußlands hinzu, Verbindungen, die ja schon 1905 in den bedeutenden materiellen Zuneigungen seitens der deutschen Sozialdemokratie an die russischen Revolutionäre ihren Ausdruck gefunden hatten. Bei den ganz übertriebenen Vorstellungen, die gerade in demokratischen deutschen Kreisen von der Kraft und Festigkeit der zarischen Regierung herrschten, bei der geringen Kenntnis und Unterschätzung der Organisationen und Hilfsmittel der russischen Revolutionäre, andererseits bei der hohen Meinung von der Größe, Kraft und organisatorischen Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie reagierte die Sozialdemokratie beider Richtungen mit hochgesteigertem Bewußtsein der eigenen Macht auf die russischen Vorgänge. Man kann nicht behaupten, daß die russische Revolution in der deutschen Sozialdemokratie dem Gedanken an die gewaltsame Anwendung der vermeintlichen eigenen Macht Boden gewonnen hätte, wohl aber wurde die Überzeugung von der Sieghaftigkeit demokratischer Forderungen, von der Selbstverständlichkeit ihrer Erfüllung stärker als je. Und diese Überzeugung beschränkte sich nicht auf die Sozialdemokratie, sie drang mehr oder minder tief in alle diejenigen bürgerlichen Parteien ein, die nicht eine ausgesprochene antidemokratische Richtung vertreten. Während unverkennbar bis zur russischen Revolution gerade die radikalen demokratischen Ziele der deutschen Sozialdemokratie einen gewissen inneren Gegensatz zwischen ihr und den bürgerlichen Parteien, einschließlic der Mehrheit der fortschrittlichen Volkspartei, erhalten hatten, bewirkte der russische Umsturz eine Abmilderung, ja teilweise eine Aufhebung dieses Gegensatzes. Angesichts des demokratischen Sieges in Petersburg räumte man in weiten bürgerlichen Kreisen die Unabwendbarkeit einer demokratischen Entwicklung auch in Deutschland ein. Der unselige Vorstoß des Herrenhauses wirkte in dieser allgemeinen Stimmung wie ein Anachronismus und ließ den Unterschied zwischen der neuen Lage in Rußland und den Zuständen in Preußen-Deutschland als grellen Kontrast erscheinen. Die

durch die russische Revolution bewirkte Annäherung zwischen Sozialdemokratie, Freisinn und Zentrum auf innerpolitischem Gebiet bahnte die Mehrheitsbildung an, die durch ihr gemeinsames Vorgehen auf auswärtig-politischem Gebiet, durch die Friedensresolution, die Ereignisse so folgenreicher beeinflusst hat. Für parlamentarische Mehrheitsbildungen, die in den westeuropäischen Staaten gelegentlich allein durch gemeinsame auswärtig-politische Ziele möglich sind, ist in Deutschland unter allen Umständen eine Gemeinsamkeit in innerpolitischen Forderungen notwendig. Ja, das Überwiegen innerpolitischer Gesichtspunkte ist in der deutschen Parteipolitik so stark, daß die Gemeinschaft auswärtiger Auffassungen sich unter deutschen Parteien auf die Dauer gar nicht aufrechterhalten läßt, wenn die innerpolitischen Meinungen sich bei denselben Parteien entgegenstehen. Diese Wahrheit hat sehr zum Schaden der großen vaterländischen Interessen die parteipolitische Entwicklung während des Krieges aufs neue erhärtet. Die Gegensätze in den Kriegszielfragen, die zur Zeit die innerpolitische Lage in Deutschland beherrschten, haben ihre Tiefe und Schärfe nur erlangen können, weil jede der beiden Richtungen im Vertreter der anderen Friedensforderungen auch den innerpolitischen Widerspruch erkennt. Wenn von politisch rechtsstehender Seite behauptet wird, die Spaltung der Nation in den lebenswichtigen kriegspolitischen Fragen hätte vermieden werden können, wenn innerpolitische Streitfragen dem politischen Leben während des Krieges ferngehalten worden wären, so ist das, soweit nicht überhaupt rein innerpolitische Interessen die Behauptung tragen, nur in der Theorie richtig. Mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Reihe der nationalen Parteien am 4. August 1914 warfen sich gewisse innerpolitische Reformfragen von selbst auf. Die Regierung konnte gar nicht an der Zusage vorübergehen, daß in Gesetzgebung und Verfassung da Reformen eintreten würden, wo geltende Bestimmungen eine offensibare Spitze gegen die Sozialdemokratie enthielten. Unter diesen Bestimmungen nahm, das konnte gar nicht zweifelhaft sein, das preußische Wahlrecht die erste Stelle ein. Es kann den rechtsstehenden Kreisen der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihr während der ersten Kriegsjahre schroffer, nachher, unter dem Einfluß der russischen Revolution, nach Erlaß der Osterbotschaft zu spät und zu unwillig gemilderter Widerstand gegen innerpolitische Reformen auf die innere Lage die verhängnisvollsten Wirkungen ausgeübt hat. Die fraglos von kräftigem Patriotismus und Idealismus, von realpolitischem Sinn für die Lebensnotwendigkeiten des Reiches getragene konservative Kriegszielpolitik brachte sich durch die innerpolitische Haltung der Rechten um ihre werbende Kraft. Je länger je weniger ließen sich deutsche Demokraten, zumal Sozialdemokraten, davon überzeugen, daß der Kampf gegen die auswärtige Politik der Rechten nicht zugleich ein Kampf für die innerpolitische Freiheit sei. Für die bürgerlichen Parteien, die, wie Freisinnige und Zentrum, mit starken demokratischen Strömungen in ihren Reihen rechnen müssen, wurde es aus Gründen der inneren Politik schwerer und schwerer, in der Kriegszielpolitik den Anschluß nach rechts aufrechtzuerhalten. Dieser innere Widerstreit mußte über kurz oder lang zur Krisis führen, mußte entweder

dahin treiben, daß um der kriegspolitischen Ziele unter Preisgabe innerpolitischer Forderungen der Zusammenschluß nach rechts, oder um der innerpolitischen Ziele unter Preisgabe der Kriegspolitik der Zusammenschluß nach links erfolgte. Der Eindruck der russischen Revolution, die Stärkung, die die demokratischen Ideen und mit ihr die Sozialdemokratie erfuhr, entschieden für den Zusammenschluß nach links, für die Mehrheitsbildung, die mit der Friedensresolution auch kriegspolitisch die Front gegen die Rechte nahm. Es ist bekannt, daß aus innerpolitischen Motiven im Laufe des Juni und Juli auch die Nationalliberalen den Mehrheitsparteien zuneigten und nur die durchgehend ablehnende Haltung der Wählerschaft im Lande gegen die Friedensresolution den Anschluß der Partei im Reichstage an die Linksmehrheit verhinderte. Ein Ereignis, das dann wiederum nicht ohne Einfluß auf die innerpolitische Haltung der Nationalliberalen blieb.

Der Zusammenschluß der sogenannten Mehrheitsparteien des Reichstages, der im Juli feste Formen gewann, ist im Verfolg von entscheidender innerpolitischer Bedeutung geworden. Bis dahin waren zwei Mehrheiten vorhanden gewesen: in Kriegszielfragen eine nach rechts, in innerpolitischen Fragen eine nach links orientierte. Nunmehr zerfiel jene, und diese vollzog auch in den Kriegszielfragen die Linkswendung, gewann also einen breiten festen Boden und die unbedingte Herrschaft im Parlament, eine Herrschaft, die um so selbstsicherer sein konnte, als keine Bedrohung durch Auflösung und Neuwahlen möglich war, solange die Kriegskredite bewilligt wurden. Die Stellung der Regierung war schwierig. Nach der Osterbotschaft und dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli in der Lage, innerpolitisch mit der Mehrheit zusammenzugehen, mußte sie auswärtig-politisch, trotz der Friedensresolution, die Freiheit des Handelns behaupten. Das aber war auf die Dauer nur möglich, wenn es gelang, in den Kriegszielfragen die Einigkeit der Mehrheitsparteien zu erschüttern, was wiederum so lange unmöglich blieb, wie die innerpolitischen Forderungen der Mehrheit unerfüllt waren. Denn darüber hat von Anfang an kein Zweifel bestehen können, daß die Reichstagsmehrheit nicht durch die gemeinsame Friedenspolitik, sondern durch gemeinsame innerpolitische Forderungen zusammengehalten wird, daß nennenswerte Teile der bürgerlichen Mehrheitsparteien kriegspolitisch im Grunde die Anschauungen der konservativ-nationalliberalen Minderheit teilen, aber vor dem offenen Bekenntnis und dem dadurch unausbleiblichen Zerfall der Mehrheit zurückzusehen aus Sorge vor einer Preisgabe der innerpolitischen Forderungen. Das ist der Zwang, unter dem die gegenwärtige innerpolitische Lage steht. Die Reichstagsmehrheit ist in ihrer Friedenspolitik nur zu erschüttern bei gleichzeitiger unbedingter Sicherstellung der innerpolitischen Reformen, insbesondere der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Unter normalen Verhältnissen hätte der Wahlrechtserlaß vom 11. Juli in seiner feierlichen, keine Deutung zulassenden Form eine solche Sicherstellung bedeutet. Wenn dieser Erfolg nicht erreicht wurde, so lag das an der zu jenem Zeitpunkt die Gemüter beschäftigenden Krisis, die das volle Bewußtsein der Tragweite des Erlasses nicht aufkommen ließ, es

lag daran, daß die Mehrheitsparteien untereinander bereits über diese Forderung übereingekommen waren, es lag vor allem daran, daß die Sozialdemokratie voll unter dem Einfluß des soeben gewonnenen parlamentarischen Triumphes ihrer Friedenspolitik stand und das gleiche Wahlrecht als unausbleibliche Konsequenz der neuen Mehrheitsverhältnisse ansah. Kurze Zeit darauf aber äußerten sich dann die leidenschaftlichen preußischen Widerstände gegen das gleiche Wahlrecht, die Anzweiflungen der effektiven Wirkung der Wahlrechtsbotschaft. Die Beruhigung stellte sich nicht ein: wohl aber entstand in der Sozialdemokratie eine gespannte Nervosität in der Besorgnis um die tatsächliche Erreichung des anscheinend schon gewonnenen Zieles. Die Reichstagsmehrheit gewann nun gerade für die Sozialdemokratie eine gesteigerte Bedeutung, sie begriff die gemeinsame Friedenspolitik nicht nur als Folge gemeinsamer innerer Politik, sondern darüber hinaus wurde ihr die gemeinsame Friedenspolitik geradezu zur Garantie für die Erringung des gleichen Wahlrechts. Es war ihr von Anfang an bekannt und hat ihr immer bewußter werden müssen, daß in den bürgerlichen Mehrheitsparteien über die Zweckmäßigkeit und die Haltbarkeit der mit der Friedensresolution eingeschlagenen Politik recht geteilte Meinungen herrschten, daß diese Politik geschlossen und entschlossen im Grunde nur von der Sozialdemokratie im Hinblick auf die friedensbedürftige Stimmung in ihrer Wählerschaft vertreten wurde. Die Gefahr der Spaltung in den Fragen der Friedenszielpolitik hat der Sozialdemokratie immer festgestanden, sie hat ihr aber den vollen Ernst nur gewonnen durch die gleichzeitige vermeintliche Gefährdung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Darum hat für die Sozialdemokratie die Gründung und Ausbreitung der Vaterlandspartei hervorstechend innerpolitische Bedeutung. Die Tatsache, daß konservative Männer an die Spitze der neuen Parteigründung traten, daß ihre Aufrufe in den innerpolitischen Fragen mindestens sehr zurückhaltend waren, hat der sozialdemokratischen Auffassung einen Schein der Berechtigung gegeben. Wie der Sozialdemokratie die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit Mittel zur Durchsetzung innerpolitischer Forderungen geworden war, so sieht sie die Kriegszielpolitik der Vaterlandspartei als Mittel zur Verhinderung innerpolitischer Reformen an. Wenn diese Auffassung auch tatsächlich unrichtig erscheint, so ist sie doch in der ganzen Eigenart unserer deutschen innerpolitischen Verhältnisse nur zu wohl begründet. Hätte die Vaterlandspartei ihrerseits von vornherein wenigstens diejenigen inneren Reformen anerkannt, für die die Regierung schon festgelegt war, so wäre ihr möglicherweise der Erfolg beschieden gewesen, durch die ihr zufließende Kraft des gesunden patriotischen Sinnes der deutschen Reichstagsmehrheit in die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit Bresche zu legen. Innerpolitische Gründe haben solchem Erfolge der Vaterlandspartei im Wege gestanden. Und, wenn die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit eine Revision erfahren sollte, würde das nicht der Agitation der Vaterlandspartei, sondern dem Geschick und der Initiative der politischen Leitung einerseits, der unklugen Haltung der Sozialdemokratie während der Streikbewegung andererseits zu danken sein.

Nach dem Echo, das die deutsche Beantwortung der Papstnote im feindlichen Auslande gefunden hatte, schien es nicht, als hätte die auf der Friedensresolution vom 19. Juli aufgebaute Politik eine lange Zukunft. Der glänzende Verlauf der Operationen gegen Italien war nicht dazu angetan, die Neigung für einen auf mehr oder minder pazifistisch-demokratischer Grundlage zu schließenden Frieden zu kräftigen. Die Offensivkraft der deutschen Heere hatte alle die trüben Voraussetzungen, mit denen die Friedensresolution begründet worden war, Lügen gestraft. In den Reihen der Resolutionsparteien selbst begann man skeptisch zu werden. Da erfolgte der neue Umschwung in Rußland, der Sieg der Bolschewisten und ihr Friedensangebot, das sich inhaltlich wesentlich mit der Friedensresolution des Reichstags deckte. Die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit nahm einen vollen Erfolg für sich in Anspruch, schien doch ihre Resolution berufen, der Boden nicht nur für den Frieden mit Rußland, sondern auch für den allgemeinen Frieden zu werden. Die parlamentarische Bescheidenheit übersah dabei vollständig, daß Rußland nicht durch die Zugkraft der Friedensresolution, sondern durch die Schlagkraft der deutschen Heere zur Friedensbereitschaft gezwungen worden war, daß die Friedensresolution lediglich den Russen die Möglichkeit eröffnete, ohne erhebliche Opfer zum Frieden zu gelangen und sie der bitteren Notwendigkeit überhob, geradezu um einen Separatfrieden zu bitten.

Für die deutsche Sozialdemokratie gewann der bolschewistische Sieg und die anschließende russische Friedensinitiative noch besondere Bedeutung. Mit den Bolschewisten triumphierte die radikale über die gemäßigte Sozialdemokratie. Es erwies sich die alte Wahrheit von der größeren Werbekraft des Radikalismus. Die Mehrheitssozialisten in Deutschland bekamen Zweifel an der Nützlichkeit des Festhaltens an ihrer gemäßigten Politik. Unleugbar gewann die Minderheit stärkeren Einfluß auf die gesamte Sozialdemokratie, die Mehrheit suchte die Fäden nach links hin wieder zu knüpfen. Die Presseorgane der Mehrheit nahmen eine radikalere Färbung an. Wenn die Annäherung nicht weiter gedieh, so lag das einmal an dem nun vollends fanatischen Auftreten der Minderheit, die förmlich unter dem Rausch des bolschewistischen Sieges stand, dann aber an der Eröffnung der Verhandlungen in Brest-Litowsk, in deren Beurteilung die beiden sozialdemokratischen Parteien wohl äußerlich, nicht aber innerlich einer Meinung waren. Hielten beide Parteien auch nach außen am Wunsch nach einem allgemeinen Frieden fest, so war die Mehrheit innerlich zufrieden in der Hoffnung auf einen Sonderfrieden, während die Minderheit mit zähestem Dogmatismus die bolschewistische Formel vom allgemeinen Frieden übernahm. Gerade bei Beurteilungen der Friedensverhandlungen mit Rußland ist noch einmal der wahre Gegensatz zwischen beiden sozialdemokratischen Richtungen zutage getreten: die Mehrheit in dem konsequenten Wunsch nach allgemeinem Frieden doch deutsch genug, um die Vorteile des Sonderfriedens für Deutschland der Berücksichtigung der bolschewistischen Weltrevolutionierungsideen voranzustellen; die Minderheit ohne Rücksicht auf das vitale Interesse des Deutschen Reiches, ganz im Banne und letzten Endes im Dienste der

bolschewistischen Dogmen, deren Triumph sie dem deutschen Interesse voranstellte. Kommt der deutsch-russische Friede zustande, so würde die sozialdemokratische Mehrheit, scheitern die Verhandlungen, so würde die Minderheit gewinnen. Und es ist schon jetzt offenbar, daß die Mehrheit in dem Maße nach links hinüberneigt, in dem die Ausichten auf das Zustandekommen des Friedens geringer werden.

Über die Frage des Verhältnisses der beiden sozialdemokratischen Richtungen zueinander hinaus, haben die Ausichten der Brest-Litowf-er Verhandlungen innerpolitisch ihr sehr ernstes Gesicht. Die breite Masse auch der Sozialdemokraten in der Heimat hat wenig oder gar keinen Sinn für die bolschewistischen Versliegenheiten und die Ideale eines sogenannten demokratischen Weltfriedens. Wohl aber ist nach diesen schweren Kriegsjahren mit ihren unmittelbaren physischen Entbehrungen der Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowf mit hellem Jubel begrüßt worden als der Anfang vom Ende des Krieges. Mögen immer im Volke die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Sonderfriedens mit Rußland weit überschätzt werden, man glaubt daran, man erwartet eine Verbesserung der Ernährung und würde das Scheitern dieser Hoffnungen namenlos hart empfinden. Die große Masse ist vollkommen darauf gefaßt, daß nach dem Frieden mit Rußland noch schwerste Kämpfe im Westen bevorstehen, ja, man kann sagen, daß die Zahl derjenigen, die die Entscheidung im Westen nicht wünschen, verhältnismäßig nur gering ist. Aber den Frieden im Osten erwartet man zuvor. Durch die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen, ihre skrupellose Benutzung durch die Bolschewisten zu Propagandazwecken, ihre parteipolitische Ausmünzung im Lande hat in Deutschland die Meinung breiten Boden gewinnen können, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen übertriebene annexionsistische Forderungen Deutschlands die Schuld trügen. Diese Meinung dürfte kaum noch auszurotten sein. Beflagenswerterweise ist sie Anlaß gewesen, einen Gegensatz zwischen militärischer und politischer Führung zu behaupten, der militärischen Führung die vermeintlichen deutschen Eroberungspläne zur Last zu legen, die dem Frieden mit Rußland angeblich im Wege stehen. Die bolschewistischen Unterhändler haben so mit großem Geschick verstanden, mit ihren die Verhandlungen verschleppenden Methoden erst hervorzutreten, nachdem sich in Deutschland schon die Auffassung von den übertrieben hohen deutschen Forderungen festgesetzt hatte. Würden nun die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen, so ist mit einer tiefen Mißstimmung, wie sie großen fehlgeschlagenen Hoffnungen zu folgen pflegt, mit Bestimmtheit zu rechnen. Es muß damit gerechnet werden, daß es dann zu Arbeitseinstellungen und tumultuarischen Ausbrüchen an einzelnen Orten kommen wird. Erfolgreich werden Streikbewegungen freilich auch dann nicht sein, aber doch wohl nicht so ohne weiteres im Sande verlaufen wie die letzte Berliner. Bei dem Aufblähen der Streikbewegung in diesen Tagen haben die erwähnten Auffassungen von den Gründen des stoßenden Ganges der Friedensverhandlungen fraglos bereits mitgesprochen.

Es ist heute nicht sicher vorauszusagen, wie sich die Leitung der sozialdemokratischen Partei zu künftig aufkommenden Streikbewegungen stellen wird. Der Mißerfolg, den sie gelegentlich des Berliner Streiks erlitten hat, wird sie nicht ohne weiteres veranlassen, sich künftigen Streiks gegenüber passiv oder ablehnend zu verhalten. Parteipolitische Mißerfolge pflegen eher zu neuen Kraftproben als zum Verzicht anzureizen. Die sozialdemokratische Minderheit wird sich jedes spontan aufkommenden Streiks sowohl annehmen wie ihrerseits nichts unversucht lassen, neue Arbeitseinstellungen zu inszenieren. Was die Mehrheit anlangt, so wird sie zur Anschaffung von Streikbewegungen kaum geneigt sein, wird sich aber entstehender Streikbewegungen mit größerem oder geringerem Nachdruck annehmen — je nach der mehr oder minder oppositionellen Stellung, in der sich die Mehrheit innerpolitisch überhaupt befindet, zweitens je nach dem Grade der Mißstimmung und Erregung, die sie in den Massen vermutet, endlich je nach der Energie, mit der die Streikbewegung auftritt. In oppositioneller Stellung, bei gesteigerten Ernährungs-schwierigkeiten, unbefriedigter innerpolitischer Stimmung der Arbeiterschaft wird sich nach menschlichem Ermessen auch die sozialdemokratische Mehrheit Streikbewegungen, die mit Nachdruck aufkommen, in Zukunft ebenso zu eigen machen, wie sie das jüngst getan hat auf Grund ihrer bedrohten Stellung innerhalb der Reichstagsmehrheit, im Hinblick auf die tiefe, durch die Ernährungsverhältnisse verursachte Mißstimmung in der Arbeiterschaft, angesichts der Bedrohung der preussischen Wahlreform, gegenüber der großen Ausdehnung, den die Streikbewegung von Anfang an zu haben schien.

Schon als es sich im Hauptausschuß des Reichstages bei Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowf um die Frage der Vertagung der politischen Erörterungen handelte, sah sich die sozialdemokratische Mehrheit von den bürgerlichen Parteien der Reichstagsmehrheit verlassen. Die sozialdemokratische Verstimmung war schon bei dieser lediglich geschäftsordnungsgemäßen Isolierung tief. Es folgte dann die Tagung, in der der Herr Reichskanzler über Friedensziele und Friedensausichten sprach. Die sozialdemokratische Mehrheit war von diesen Ausführungen nicht befriedigt; sie sah in ihnen nicht die erwünschte Fortsetzung der von der Reichstagsmehrheit mit der Resolution vom 19. Juli eingeleiteten Friedenspolitik. Sie erlebte jedoch, daß die bürgerlichen Parteien, auch Zentrum und Freisinn, dem Herrn Reichskanzler unumwunden beipflichteten und den sozialdemokratischen Bedenken nicht zustimmten. Die sozialdemokratische Minderheit verfehlte nicht, der Meinungsverschiedenheit innerhalb der Reichstagsmehrheit die Deutung einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse überhaupt zu geben, eine Deutung, die an sich nicht berechtigt war. Daß die Regierung aber eine erste wichtige und geeignete Gelegenheit wahrnahm, ihrem Verhältnis zur Reichstagsmehrheit die richtige Umschreibung zu geben, hat genügt, die sozialdemokratische Mehrheitspartei in lebhaftere Erregung zu bringen und ihre Neigung zur Wiederannäherung an die radikale Minderheit zu verstärken. Nun ist die sozialdemokratische Mehrheit an sich politisch flug genug, um zu

wissen, daß es für die Befolgung der Friedensresolution gewisse Grenzen gibt, und sie würde wohl dagegen äußerlich demonstrieren, innerlich aber damit ganz einverstanden sein, wenn es der Regierung gelingt, unter Ausnutzung günstiger militärischer Lage einen Frieden zu schließen, der dem Reich größere Vorteile bringt, als sie die Friedensresolution vorsieht. Während des ganzen ersten Stadiums des Krieges hat die gemäßigte Sozialdemokratie mit ihren äußerlich befundeten Friedensauffassungen alleingestanden, ohne darüber Neigung zu empfinden, mit ihren radikalen Parteigenossen auf Kosten ihrer Verbindungen mit den bürgerlichen Parteien zu paktieren. Die Mehrheitssozialisten geben sich auch kaum der Illusion, vielleicht nicht einmal der Hoffnung hin, daß der einmal zustande kommende Frieden ihren Forderungen entspricht. Sie wollen ganz gewiß keinerlei Kriegsverlängerung um positiver Kriegsziele willen und versagen aller machtpolitischen Berechnung das Verständnis, aber sie wollen doch keinen schlechten Frieden, wenn ein guter zum gleichen Zeitpunkt erreichbar ist. Die Motive für die sozialdemokratische Nervosität bei einer Lockerung der Reichstagsmehrheit sind nicht so sehr auf dem Gebiet der Kriegsziele als auf dem der innerpolitischen Forderungen zu suchen. Die Bildung einer neuen Mehrheit unter ihrem Ausschluß und unter Einfluß der Rechten würde für sie reaktionäre Bedeutung haben, würde insbesondere eine Bedrohung der preußischen Wahlreform bedeuten.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ist diejenige Forderung, die die sozialdemokratische Führung am innigsten mit den Massen verbindet, ungleich inniger als die Kriegszielfragen, die von den Sozialdemokraten im Felde und von einem namhaften Teil der Arbeiterschaft in der Heimat wesentlich anders beantwortet werden als von der sozialdemokratischen Parteileitung. Die Wahlreform ist das Panier, unter dem die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten in den Wahlkampf gezogen ist. Das gleiche Wahlrecht will jeder Sozialdemokrat, will jeder Arbeiter. Mit der Erreichung des gleichen Wahlrechts muß die sozialdemokratische Mehrheit nach dem Kriege ihre nationale Schwenkung bei Kriegsbeginn bei den Wählern rechtfertigen. Mit dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli hat die Forderung des gleichen Wahlrechts ihren Rechtstitel erhalten, auf dem jeder Mann im Volke seitdem fußt. Würde die Wahlreform scheitern oder Wege gehen, die dem Inhalt des Wahlrechtserlasses zuwiderlaufen, so würde man in den Massen nicht das Bewußtsein haben, eine politische Forderung nicht haben durchsetzen zu können, sondern man würde das Bewußtsein gebrochenen Rechtes haben. Man würde sich zur offenen Bekundung der Entrüstung für legitimiert halten. Die sozialdemokratischen Führer wissen das und werden einer selbst ungeführten Bewegung, die wegen des Scheiterns oder einer offenbar unbilligen Verzögerung der Wahlreform entsteht, nicht entgegenzutreten wollen, werden es gar nicht können. Diese Bewegung würde bei einem Versagen der Mehrheitssozialisten sofort von den Radikalen aufgenommen und über die Köpfe der Mehrheit hinweggeführt werden.

Die vorerst keiner Verschleppungsabsicht entsprungene, aber wenig glückliche Taktik der preußischen Verfassungskommission, die Reform des

Herrenhauses vor der des Wahlrechts zu verhandeln, hat jetzt bereits in den Massen verstimmend gewirkt. Diese Verstimmung und der Groll, den die ablehnende Haltung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei der ersten Lesung hinterlassen hatte, haben auch denen, die die letzte Streikbewegung schürten, eine nur zu willkommene Handhabe geboten. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit durch Lösung der Wahlreform der unabhängigen Sozialdemokratie das wirksamste Mittel, das sie besitzt, um, unter Duldung seitens der Parteileitung der gesamten Sozialdemokratie, Unruhe in die Arbeiterschaft zu tragen, entwunden werden kann. Die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses zeigt bisher geringe Neigung, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten. In den rechtsstehenden Parteien erwartet man vielfach einen baldigen Bruch der Regierung mit der Sozialdemokratie wegen der Kriegszielfragen und damit eine Änderung der innerpolitischen Lage, die eine der Regierungsvorlage entgegenwirkende Lösung der Wahlreform gestattet. Man ist kurzfristig genug, nicht zu erkennen, daß letzten Endes nur die baldige Erledigung der Wahlreform der Regierung in den Kriegszielfragen die volle Freiheit auch entgegen der Sozialdemokratie geben kann. Der Sozialdemokratie würde dann nicht nur der zugkräftigste Agitationsstoff fehlen, sie würde voraussichtlich dann kaum noch Neigung zur Agitation haben. Die Mittelparteien des Abgeordnetenhauses üben noch einige Zurückhaltung, und die Regierung darf immer noch hoffen, mit ihnen zu einer Einigung zu kommen, die dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli gerecht wird. Gelingt das nicht, so ergibt sich eine überaus schwierige Lage. Die Regierung kann das Abgeordnetenhaus zur Zeit nicht auflösen, weil Neuwahlen während des Krieges unmöglich sind. Ein großer Teil der Wähler steht im Felde. Die Daheimgebliebenen würden nach dem geltenden Dreiklassenwahlrecht zu wählen haben. Das Ergebnis kann bei Abwesenheit aller jungen Wähler, fast der gesamten Arbeiterschaft auf dem Lande, eines großen Teiles in den Städten möglicherweise die Mehrheitsverhältnisse eher nach rechts als nach links verschieben. Es bliebe nur der Weg, die Beratungen abzubrechen, die erneute Vorlage des Gesetzes nach den nächsten Neuwahlen anzukündigen. Die Wahlreform bliebe während des Krieges unerledigt, und die Bewegung im Lande ginge ihren gefährlichen Gang. Es verbietet sich ohne weiteres eine Oktroyierung des gleichen Wahlrechts unter Verletzung der Verfassung. Die Spuren der Staaten, zumal der Monarchien, die sich vor schwierigen, scheinbar unlösbaren Situationen zu dem verzweifeltsten Schritt des Verfassungsbruchs haben verleiten lassen, müssen schrecken. Die Verfassung, die der König nicht hält, hält auch den König nicht mehr. Auch der von den demokratischen Parteien angeregte Weg über die Reichsgesetzgebung hat die schwersten Bedenken gegen sich. Ist er an sich auch verfassungsrechtlich gangbar, so würde er zu einer Erweiterung der Reichsrechte gegenüber den Einzelstaaten führen, die die Selbstbestimmung der Einzelstaaten in Zukunft völlig illusorisch machen würde. Denn das Reichsgesetz, das vor der Verfassungsurkunde des führenden Bundesstaates mit Zustimmung der preußischen Staatsregierung nicht mehr anzuhalten

braucht, ist damit zu jedem Eingriff in jedes Gebiet der einzelstaatlichen Gesetzgebung legitimiert. Die Beschlüsse des Preussischen Landtages wären dann tatsächlich ein für allemal einer Oberentscheidung der Reichstagsmehrheit unterworfen.

Die Wahlreform ist im Verlauf des Krieges mehr und mehr zur entscheidenden innerpolitischen Frage in Deutschland geworden. Ihre Lösung in nicht zu ferner Zeit ist eine dringende Kriegsnotwendigkeit, die bei längerer Dauer des Krieges nur dringender wird, weil jede belastende Wendung der Friedenspolitik, jeder Rückschlag in der auswärtigen Politik, jeder vermehrte Ernährungsnotstand in der Wahlrechtsbewegung agitatorisch ausgenutzt werden kann und ausgenutzt wird. Die Aussichten für die baldige Erledigung der Wahlreform sind, wie gesagt, zur Stunde nicht günstig, sie ruhen auf der Hoffnung, die Mittelparteien zu einer Verständigung mit der Regierung zu bringen. Die Stimmung im Lande wird über kurz oder lang die Bereitschaft zur Verständigung mehren. Man muß von der politischen Einsicht der Parteien hoffen, daß der Druck von außen her nicht schließlich ihrem Verständigungswillen den Wert und die Würde freier Entschliessung nimmt, daß die Wahlreform ein Werk des Preussischen Landtags, nicht ein Erfolg von Massenbewegungen wird, der sich in einem Beschlusse des demokratisch orientierten Reichstags auf Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten niederschlägt. Die Situation der verbündeten Regierungen einem solchen Beschluß gegenüber würde um so schwieriger sein, als die Sozialdemokratie auf ihm wie auf geschaffenen Recht fußen würde, bei erneuten Streikbewegungen auf ihn verweisen und die Bewegung in der Arbeiterschaft dadurch beleben könnte.

Neben der Wahlrechtsbewegung ist die Ernährungsfrage der stärkste Gärungsstoff in den Massen geblieben und muß es notwendig so lange bleiben, wie die Ernährungsschwierigkeiten anhalten. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Ernährungsfragen bisher eine starke allgemeine Verstimmung gerade in der Arbeiterschaft hervorgebracht hätten. Die Arbeiterschaft weiß letzten Endes zu gut, daß die Nahrungsmittelknappheit eine Folge des von England geleiteten Wirtschaftskrieges ist, daß seitens der Behörden das Möglichste geschieht, die Sorgen nicht zur Not werden zu lassen, daß die Vertretungen der Arbeiterschaft an der Ordnung der Ernährungswirtschaft beteiligt sind und die Gleichmäßigkeit der Verteilung nach menschlicher Möglichkeit angestrebt wird. Es kommt hinzu, daß die Aufklärung der breiten Massen in den Ernährungsfragen sehr frühzeitig eingesetzt hat, so daß die elementaren Zusammenhänge zwischen Einfuhr und heimischer Produktion, Produktion und Konsum, menschlicher und tierischer Ernährung, Düngung und Ernteertrag allgemein bekannt geworden sind. Freilich drücken bei der langen Kriegsdauer die Ernährungschwierigkeiten zunehmend stärker und sind die Hauptursache der wachsenden Friedenssehnsucht in den breiten Massen. Man will dieser täglichen Sorge einmal ledig werden, will in die alten Lebensverhältnisse der Friedenszeit zurück. Die Friedenspolitik hat an den Ernährungsnotden der Masse ihre stärkste Stütze. Jedoch müßte es zur tatsächlichen

Not, zum unmittelbaren Hunger kommen, wenn durch die Ernährungsfragen die Massen in Bewegung gebracht werden sollten. Der Einfluß der Ernährungschwierigkeiten auf die allgemeine Volksstimmung ist vielmehr bisher so zu werten, daß sie weitverbreitet ein Gefühl des Unbehagens, des Mißmutes hervorgebracht haben, das jeder Erregung, jeder Aufreizung, die in politischer Absicht oder aus besonderen Anlässen erfolgt, zur Verfügung steht. Die Ernährungsfragen sind der Saat der Unzufriedenheit ein günstiger Boden, ohne selbst Ursache zu allgemeinen unzufriedenen Bewegungen zu sein. Die Ernährungsnotden haben ja auch in den verschiedenen Gegenden des Reiches stets unterschiedene und wechselnde Größe. Der deutsche Süden leidet kaum, ebenso das flache Land des preussischen Ostens und Nordens. In den Städten sind die Schwierigkeiten sehr verschieden groß und schwanken beständig. In unablässigen Schwierigkeiten stehen die Großstädte und Industriezentren. Hier sind die Ernährungsfragen auch eigentlich Zündstoff zur Unruhe. Das gilt ganz besonders von Berlin.

In der Berliner Arbeiterschaft spielen die Fragen der Ernährung eine ungleich größere Rolle als die der Politik. Daß sich in der Berliner Bevölkerung politischer Wille spontan in Unruhen und Arbeitseinstellungen Luft macht, ist sehr unwahrscheinlich. Aber es ist in Berlin leichter als in anderen Städten, größere Teile der aus Gründen der Ernährung unzufriedenen, ja aufgeregten Bevölkerung in politischer Absicht zu Unbesonnenheiten vorzutreiben. Berlin macht darin keine Ausnahme von anderen Millionenstädten. Nahrungsmittelnotden des hauptstädtischen Proletariats sind stets eine latente Gefahr für die Staatsordnung, sie treiben Unruhestiftern die zur Ruhestörung bereiten Massen in die Arme.

Es ist nicht zuzugeben, daß die Berliner Bevölkerung schlechter versorgt ist als die anderer Großstädte. Sie war aber vor dem Kriege bei durchgängig erträglichen Einnahmen durch die überreichen, vielfältigen Zufuhren, die Berlin als Weltstadt hatte, besonders billig und abwechslungsreich versorgt. Berlin war die Stadt der billigen Nahrungsmittel, mehr noch des billigen Ernährungslurus, von dem auch die Minderbemittelten nicht völlig ausgeschlossen waren. Da wird der Kontrast im Kriege natürlich nachhaltiger empfunden. Dazu kommt, daß die Berliner Bevölkerung die besseren Ernährungsmöglichkeiten, die den Wohlhabenden auch im Kriege verblieben sind, besonders deutlich vor Augen hat. Die an sich größere Zahl der Wohlhabenden hat sich in Berlin während des Krieges mehr als in anderen Großstädten durch neuen Reichtum vermehrt, der durch die Hemmungslosigkeit seiner Aufwendungen gerade für die Ernährung aufreizender wirkt als es je der alte Wohlstand getan hat. Da zudem in Berlin der unerlaubte Handel mit Nahrungsmitteln besonders lebhaft ist und die hohen geforderten und bezahlten Preise auch dem Proletariat bekannt sind, hat die Mißstimmung über die Ernährungsschwierigkeiten den Charakter sozialen Neides, so daß in Berlin die im Proletariat festgewurzelten Ideen des Klassenkampfes, wie sie die Sozialdemokratie vor dem Kriege vertrat und in der in Berlin herrschenden „Unabhängigen Sozialdemokratie“ unverändert

festgehalten hat, durch die Ernährungsfragen lebendig gehalten und verschärft werden.

Gleichwohl wäre auch aus dieser Stimmung eine Streikbewegung wie die der letzten Tage spontan nicht entstanden, zumal nicht mit den rein politischen Tendenzen, die die radikale Sozialdemokratie glauben machen möchte. Vielmehr hatte die „Unabhängige Sozialdemokratie“ erkannt, wie verhältnismäßig leicht es sein mußte, unter Anreizung und Ausnutzung der Berliner Stimmung eine Streikbewegung ins Leben zu rufen. Eine Streikbewegung, mit deren Hilfe man — wie die sofortige Einrichtung eines Arbeiterrates zeigte — glaubte, die Petersburger Vorgänge in Berlin wiederholen zu können. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Berliner Streik von Seiten der „Unabhängigen“ vorbereitet und eingeleitet worden ist. War die sozialdemokratische Mehrheit an den Vorbereitungen auch unbeteiligt, so hat sie doch Kenntnis gehabt. Nahm sie von Warnungen und Gegenwirkungen durch die Gewerkschaftsleitung Abstand, so geschah dies aus allen den erwähnten Gründen, die für die letzten Phasen der sozialdemokratischen Politik maßgebend gewesen sind. Es kam aber offenbar für die Mehrheit der Sozialdemokratie hinzu der Glaube, die Streikbewegung würde alsbald einen allgemeinen Umfang annehmen und auf so große Teile der Arbeiterschaft übergreifen, daß Gefahr für die Mehrheit im Verzuge war, die Führung der Arbeiterschaft vollends an die Minderheit zu verlieren. Dieser Glaube hat getäuscht dank der Besonnenheit des größten Teils der Arbeiterschaft in Berlin und vor allem in der Provinz. Die Streikbewegung hat sich als politisches Druckmittel unwirksam erwiesen, weil der Streik in sich versumpfte, ohne daß den Forderungen der mit den Streikenden verbundenen Vorstände beider sozialdemokratischer Parteien Gehör gegeben worden war. Die radikale Sozialdemokratie wird es bei dem ersten Versuch nicht bewenden lassen. Welche Konsequenzen die sozialdemokratische Mehrheit aus dem Mißlingen der Streikbewegung, für die sie selbst mit die Verantwortung übernommen hat, ziehen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Die Bestrebungen nach Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen haben durch den gemeinsamen politischen Mißerfolg rechts und links Raum gewonnen. Der Zusammenschluß könnte zur Zeit nur nach links erfolgen. Dann würde der Bruch zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, der Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie unabwendbar sein.

Eine solche Wendung der innerpolitischen Entwicklung wäre nichts weniger als günstig in einem Zeitpunkt des Krieges, der die letzte große Anspannung aller Kräfte der Front wie der Heimat erfordert. Die sozialdemokratische Mehrheit ist von den freien Gewerkschaften nicht zu trennen, und haben diese auch nicht unter allen Umständen mehr den Einfluß, Streiks, die von der radikalen Sozialdemokratie angezettelt werden, zu verhindern, so würden Arbeitseinstellungen, die die Gewerkschaften selber tragen, doch erheblich ernstere sein als es die Berliner Streikbewegung war. Befindet sich die gesamte Sozialdemokratie einmal in

der alten Opposition, so wird sie die Opposition auch auf die Kriegspolitik ausdehnen, und es ist nicht gesagt, daß sie es im Kampf nicht mit der Einleitung von Arbeitseinstellungen in großem Stil wenigstens versucht. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß auch solche Versuche fehlschlagen werden, daß letzten Endes doch ein großer Teil der Arbeiterschaft der Parteileitung die Gefolgschaft verweigert. Aber ohne empfindliche Störungen der industriellen Produktion kann es nicht abgehen. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung den Bruch mit der Sozialdemokratie auch dann nicht suchen wird, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien sich entweder zusammensinden oder einander nähern. Sozialdemokratische Forderungen, die die Erhaltung der Staatsordnung oder der unverminderten Kriegsbereitschaft bedrohen, werden unerfüllt bleiben, und es wird der Sozialdemokratie überlassen sein, daraus grundsätzliche folgerungen zu ziehen oder nicht. Berechtigte und erfüllbare Wünsche der Sozialdemokratie werden nach wie vor vorurteilslos erfüllt werden müssen, mag die Sozialdemokratie der Regierung grundsätzlich feindlich oder freundlich gegenüberstehen. Von dem beschrittenen Wege der innerpolitischen Reformen, von der loyalen Erfüllung der Wahlrechtsbotschaft wird sich die Regierung auch dann nicht abbringen lassen dürfen, wenn die Sozialdemokratie es nicht dankt. In den innerpolitischen Forderungen ruht die beste werbende Kraft bei den breiten Volksmassen. Die innerpolitischen Forderungen haben durch Jahrzehnte Arbeiterschaft und Sozialdemokratie verbunden. Ihre Erfüllung muß auch über die Köpfe der Sozialdemokratie hinweg das Band zwischen der Monarchie und der Arbeiterschaft bleiben. Die Krone wird ihren Zusagen, die nicht zuletzt der Sozialdemokratie galten, auch dann treu bleiben, wenn die Sozialdemokratie untreu wird.

*

Bolschewistische Propaganda der Russischen Botschaft in Deutschland im Jahre 1918.

Oberkommando in den Marken.

Berlin W 10, den 28. Mai 1918.

Sekt. P — Nr. 266 082/26 554.

Geheim.

Am 20. April 1918 sind die Mitglieder der hiesigen russischen diplomatischen Vertretung in Berlin eingetroffen und haben bald darauf mit den führenden Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Fühlung genommen, so daß schon an der Maifeier im Marmorsaal der russischen Botschaft am 1. Mai er. die Abgeordneten Cohn, Haase, Hofer und Mehring teilnehmen konnten und Haase dabei einen Trinkspruch auf die Internationale ausbringen durfte. Die Fühlungnahme mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschränkte sich aber nicht auf einen persönlichen Verkehr mit den vorgenannten deutschen Genossen, sondern ging rasch zu einem

ständigen geschäftlichen Verkehr namentlich mit Cohn und Haase über und zog auch den Reichstagsabgeordneten Bernstein in den Kreis um Joffe. Zu der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Richtung Scheidemann) sind von seiten der russischen Vertretung in Berlin noch keine Beziehungen angeknüpft worden; getreu der Überlieferung der Bolschewiki verhandeln sie freundschaftlich nur mit unabhängigen Genossen.

Neben dem Botschafter Joffe persönlich pflegt nach bisherigen Wahrnehmungen der Erste Sekretär Sagorski den Verkehr mit Cohn und Mehring, die beide bemüht sind, der russischen Botschaft einen hiesigen Genossen ihrer Richtung als Leiter eines literarischen Büros zu beschaffen, sich aber auf Breitscheid noch nicht einigen konnten. Außer Sagorski ist von dem Kanzleipersonal Marcel Rosenberg rührig am Werk, Fühlung mit der Presse der U. S. P. D. zu pflegen, während seine Kollegin Frau Markowsky mit Mitgliedern der hiesigen radikalen Jugendbewegung bekannt geworden ist. Auch Frau Liebknecht gehört bereits zum Kreis der Botschaft. Das Augenmerk von Joffe war ferner darauf gerichtet, den seit 6. April 1916 hier in militärischer Schutzhaft befindlichen unabhängigen Sozialisten Dr. Marchlewski, einen russischen Staatsangehörigen, als ökonomischen Beirat für die Botschaft zu gewinnen. Aus allen bisherigen Wahrnehmungen geht überdies hervor, daß rege offizielle und private Beziehungen der russischen Botschaft nicht nur zur Leitung der hiesigen U. S. P. D., sondern auch zu einzelnen Mitgliedern dieser internationalen Richtung, darunter zu hier wohnhaften Ausländern wie den Russen Freimann, Schöneberger Str. 23, Kaufmann und Schwarz, Droyfenstr. 3, dem Rumänen Saraga, Schweidnitzer Str. 4, bestehen. Wieweit damit gegen den Artikel II des Friedensvertrages mit Rußland verstoßen wird, entzieht sich noch diesseitiger Beurteilung. Es wird aber nicht ausbleiben, daß der bei der deutschen Regierung als bevollmächtigter Vertreter der russischen Republik eingeführte Botschafter und seine Begleitung oppositionellen Abgeordneten Material gegen diese Regierung liefern wird, zu dem Zweck, ihr Schwierigkeiten zu bereiten. Daß ein derartiges Vorgehen wie im Falle des ukrainischen Gesandten Sewrjuk mit der von jedem diplomatischen Vertreter eines fremden Staates billigerweise mindestens nach außen hin zu verlangenden Loyalität nicht in Einklang stehen würde, liegt auf der Hand und bedarf keiner Erörterung. Von hier aus sind daher Maßnahmen getroffen worden, um zu erfahren, ob von russischer Seite mit Führern hiesiger politischer Parteien innerpolitische oder militärische deutsche Angelegenheiten erörtert werden.

Von seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. Unterschrift.

An das Königliche Kriegsministerium, Berlin.

*

Oberkommando in den Marken. Berlin W 10, den 1. Juli 1918.
Sekt. P. Nr. 273 491/27 709.

Geheim.

In der hiesigen russischen Botschaft ist ein Rückwanderungsbüro für Russen eingerichtet worden, durch welches polnische Arbeiter in Beziehungen zu dieser Botschaft getreten sind, und wo namentlich mit den behördlichen Anordnungen in Widerspruch geratene und von der Polizei und den Militärbehörden gesuchte polnische Arbeiter Zuflucht und Unterstützung gefunden haben. Auch wird dort versucht, russisch-polnische Arbeiter nach den Ländern östlich der besetzten Gebiete weiterzuvermitteln. Das Nähere ist aus dem in Abschrift beigefügten Bericht der Kommandantur vom 24. Juni 1918 ersichtlich, dessen Anträge im Schlußsatz ich beitrete.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich weiter erneut darauf hinweisen, daß auch die Führer der U. S. P. D., namentlich die Reichstagsabgeordneten Bernstein, Cohn, Haase und Ledebour, mit der Botschaft in engster Fühlung stehen, daß Frau Dr. Breitscheid vom „Unabhängigen Sozialistischen Zeitungsdienst“ — einer Korrespondenz, die ich am 22. Juni 1918 wegen ihrer verhetzenden Tendenz verbieten mußte — in der Botschaft bereits tätig und ihr Gatte als Leiter eines literarischen Büros daselbst in Aussicht genommen ist, und daß sogar noch radikalere Genossen, wie Franz Mehring und Julian Borchardt von der Gruppe „Internationale“ und der „Spartakus“-Gruppe, mit Mitgliedern der Botschaft Verbindung haben. Solche dauernde Verknüpfung der radikalsten Elemente Deutschlands mit einer ausländischen Botschaft kann sicher nicht ohne unheilvolle Folgen bleiben, denn unter dem Einflusse der bolschewistischen Geschäftsträger werden diese deutschen Elemente des Umsturzes jetzt noch mehr als früher auch in Deutschland im Sinne des Bolschewismus zu arbeiten versuchen.

Wie sehr die deutschen Maßnahmen in den besetzten Gebieten Rußlands gegen den bolschewistischen Umsturz den Unwillen anonymer Heher aus den beteiligten Kreisen erregen, erhellt aus dem soeben in Berlin aufgetauchten und in einem Exemplar hier beigefügten Flugblatt „Weniger Brot, keine Rechte, neue Steuern!“. Auffallend daran ist das gute Papier und der gute Druck, und der Verdacht liegt nahe, daß die Druckschrift aus dem Auslande stammt und nach hier eingeschmuggelt ist. Wenn sich auch kaum erweisen lassen wird, daß die hiesige russische diplomatische Vertretung ihre Hand dabei im Spiele hat, so steht doch diese Agitation unter der deutschen Arbeiterschaft zweifellos mittelbar unter bolschewistischem Einflusse, der durch die enge persönliche Verbindung zwischen der hiesigen russischen Botschaft und den radikalen sozialistischen Gruppen Deutschlands erheblich gestärkt wird.

Ich halte diese Verbindung, wie sie sich hier in meinem Befehlsbereich entwickelt hat, für in hohem Maße staatsgefährlich und bitte, diesem den Umsturz in Deutschland fördernden Zusammenhalt der deutschen internationalen Sozialisten mit russischen Bolschewisten durch entsprechende Einwirkung auf die hiesige russische diplomatische Vertretung

entgegenzutreten, da meine bisherigen Maßnahmen nur ausreichen, um über ihre äußeren Beziehungen zu Führern hiesiger politischer Parteien unterrichtet zu sein.

Ich weise schließlich noch darauf hin, daß erst kürzlich das russische Generalkonsulat in Berlin für eine Schweizer Firma, die im dringenden Verdacht steht, für den feindlichen Nachrichtendienst tätig zu sein, einen Auftrag ausgeführt hat, ohne daß sich von hier aus nachprüfen ließ, welcher Art dieser Auftrag gewesen ist, und daß auch unsere zur Sicherung gegen den Verrat militärischer Geheimnisse oder zur Abwehr gegnerischer Spionage getroffenen Einrichtungen im Falle ungehinderten Verkehrs unserer revolutionären Elemente mit dem Gesandtschaftspersonal schweren, unsere ganze Spionageabwehr lahmlegenden Schaden leiden können, zumal da der hiesigen russischen Botschaft das Recht zusteht, Kurier über die Grenze zu senden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. v. Einsingen,
Generaloberst.

An das Kgl. Kriegsministerium, Berlin.

R a n d b e m e r k u n g.

Der Sache muß nun aber ein Ende gemacht werden. Die Sache ist sofort dem Herrn Reichskanzler (U. U.) zuzusenden, mit dem Ersuchen einzuschreiten.
gez. v. Stein.

*

Kriegsministerium.
Nr. 5011/18 geh. h.
Geheim.

den 25. Juli 1918.

In der Anlage wird Abschrift eines Berichtes des Oberkommandos in den Marken vom 1. Juli 1918 Sekt. P. Nr. 273 491/709 zur Kenntnisnahme ergebnis überfandt.

Es erscheint dringend notwendig, den staatsgefährlichen Machenschaften der russischen diplomatischen Vertretung sobald als möglich ein Ende zu bereiten und im Interesse der Sicherheit des Reichs Vorkehrungen zu treffen, die eine unter dem Schutze und zweifellos auch mit Unterstützung der russischen Botschaft bestehende Verbindung zwischen den revolutionären Elementen in Deutschland und den russischen Bolschewisten für die Folge verhindern.

Euer Ergebenheit darf ich die Weitere mit der Bitte anheimstellen, mich von dem dortseits Veranlassenen in Kenntnis setzen zu wollen.

gez. Unterschrift.

An den Herrn Reichskanzler,
Ausw. Amt.

*

Verschlechterung der Stimmung im Heere 1918.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. Juli 1918.
Ia Nr. 9191 geh. op.
Geheim.

Die zunehmende Zahl von unerlaubten Entfernungen, Feigheitsdelikten und Gehorsamsverweigerungen vor dem Feinde an der Westfront in Verbindung mit der milden Beurteilung, die solche Straftaten vielfach bei den Kriegsgerichten finden, bildet eine schwere Gefahr für die Disziplin und die Schlagfertigkeit des Heeres. Ihr nach Möglichkeit entgegenzuwirken, ist ein unabweisbares Bedürfnis der Kriegsnötwendigkeit. Dazu erscheint in erster Linie dringend geboten, daß alle Offiziere durch entsprechende Belehrung mit den gesetzlichen Bestimmungen so vertraut gemacht werden, daß sie wissen, welche Handhaben ihnen das Gesetz gibt, um den für den Gefechtszweck unbedingt erforderlichen Gehorsam zu erzwingen, und daß weiterhin die Gerichte die gesetzlich zulässigen strengen Strafen auch tatsächlich zur Anwendung bringen, um durch exemplarische Strafen, soweit notwendig auch Todesstrafe, abschreckend zu wirken. Sache der Gerichtsherrn wird es sein, als Richter für die erkennenden Gerichte nicht zu junge, möglichst front-erfahrene Offiziere zu berufen und die Vertreter der Anklage mit entsprechenden Weisungen für den Antrag in der Hauptverhandlung zu versehen. Ferner wird für nötig erachtet, den Gerichtsherrn zur unbedingten Pflicht zu machen, ehe sie Mannschaften, die wegen strafbarer Handlungen gedachter Art verurteilt sind, Strafaussetzung, bzw. Strafunterbrechung nach § 128, Ziffer Ia, M. St. V. I bewilligen, erst die Truppenbefehlshaber zu hören, ob eine Rückkehr des Verurteilten zur Truppe erwünscht und ohne Gefährdung der Disziplin angängig ist, und ob der Verurteilte nach seiner Persönlichkeit die Gewähr für Wohlverhalten in der Folgezeit bietet, ferner welche besonderen dienstlichen Gründe etwa für die Aussetzung der Vollstreckung vorliegen. Auf diese Weise hat es die Truppe in der Hand, disziplingefährdende, rückfallverdächtige Elemente von sich fernzuhalten, indem sie sich gegen die Rückkehr ausspricht, und wird die Zahl der Fälle von Strafausschub die im Interesse der Abschreckung nötige Beschränkung auf besonders milde liegende Fälle finden.

Die Strafverbüßung soll nach dem Erlasse des Generalquartiermeisters vom 11. November 1917 regelmäßig in einer Militärgefangenen-Kompagnie des besetzten Gebietes stattfinden. Zweckmäßig wäre es, wenn bei Verurteilungen wegen der in Rede stehenden Straftaten die Gerichtsherrn nur in besonders zwingenden Ausnahmefällen die Überweisung der Verurteilten zur Strafverbüßung an ein heimisches Festungsgefängnis anordneten.

Es wird gebeten, durch einen allgemeinen Erlaß an die Gerichte der Westfront die Gerichtsherrn mit entsprechenden Anweisungen versehen zu wollen. Notwendig erscheint auch eine Belehrung der Gerichte

darüber, daß in Fällen, in denen Leute kurz vor dem Einrücken in die Bereitstellung zum Angriff sich eigenmächtig entfernen, allermeist Feigheit als Beweggrund festzustellen ist, so daß Bestrafung aus §§ 84, evtl. 86, mindestens aber aus § 87 Mil. St. G. B. erfolgen kann; daß ferner, wenn eine unerlaubte Entfernung vor dem Feinde unter den vorgedachten Umständen vor den Augen und gegen den Befehl eines Vorgesetzten erfolgt, regelmäßig ein Fall „äußerster Not und dringendster Gefahr“ im Sinne des § 124 Mil. St. G. B. gegeben ist, der den Vorgesetzten zur Erzwingung des Gehorsams zum Waffengebrauch berechtigt. Zumeist sind auch bei solchen Gehorsamsverweigerungen vor dem Feinde die weiteren Tatbestandsmerkmale des § 95 Abs. 1 und 2 Mil. St. G. B. vorhanden, so daß sich die Tat als ein Verbrechen darstellt, das mit dem Tode geahndet werden kann.

Da schnelles Eingreifen dringend erforderlich ist, wird um möglichst beschleunigten Erlaß der Weisungen gebeten. Armeeoberkriegsgerichtsrat Dr. Selle vom Generalquartiermeister ist angewiesen, Euerer Exzellenz persönlich darüber Vortrag zu halten.

Bezüglich der für das Besatzungsheer zu treffenden Maßnahmen darf ich das weitere Euerer Exzellenz anheimstellen.

gez. Ludendorff.

An das Kgl. Kriegsministerium, Berlin.

*

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 16. August 1918.
Ia Nr. 9845 geh. op.

Durch Offizier geschrieben!

1. Bei einer Unterredung, die ich heute mit den Kommandeuren zweier kampferprobter Divisionen hatte, wurde von diesen zur Sprache gebracht, daß die verschiedenen Amnestieerlasse teilweise bedenkliche Folgeerscheinungen für die Truppe gezeitigt hätten. Es sei keine Einzelerrscheinung, daß bestrafte Leute durch diese Erlasse der Abbüßung ihrer Strafen entgingen, und daß sie sich neuer strafbarer Handlungen schuldig machten, um sich dem Dienste vor dem Feinde mit dem Hintergedanken zu entziehen, daß erneuter Amnestieerlaß sie von der Strafe befreit. Es soll auch durchaus keine Seltenheit sein, daß Leute die schwersten Vergehen begehen in der sicheren Erwartung, daß ein am Ende des Krieges zu erwartender Amnestieerlaß sie der Bestrafung entzieht. Euer Exzellenz bitte ich, diesem Gesichtspunkt eintretendenfalls Rechnung tragen und bei der zur Zeit leider stellenweise eingerissenen Disziplinlosigkeit sich gegen neue Amnestieerlasse aussprechen zu wollen. Gleichzeitig bitte ich Euer Exzellenz auch, in gleichem Sinne auf die bundesstaatlichen Regierungen einzuwirken.

2. Ferner ist mir berichtet worden, daß Angehörige im Felde bestrafte Soldaten, selbst wenn die Strafen wegen entehrenden Verhaltens vor dem Feinde verhängt sind, diese nicht als etwas Schmachvolles

ansehen, sondern als etwas aus den Verhältnissen des Krieges Gegebenes betrachten und beschönigen. Auch hiergegen mit allen zulässigen Mitteln bei den Ersatztruppenteilen, in der Presse und bei sonstigen besonderen Gelegenheiten hinzuwirken, darf ich Euer Exzellenz anheimstellen. Beim Feldheer wird in gleichem Sinne von mir alles weitere veranlaßt werden.

3. Durch Erlaß des Kriegsministeriums Nr. 1101/7. 18 wird bekanntgegeben, daß für eine Reihe von Vergehen an Stelle der bisherigen Mindeststrafen von 14 Tagen strengen Arrest eine solche von 14 Tagen mittleren Arrestes tritt. Außerdem soll die Wirkung dieses Gesetzes auch auf die vor seinem Inkrafttreten nicht verbüßten Strafen ausgedehnt werden. Ob dieses Gesetz bereits herausgegeben ist, ist mir nicht bekannt.

Ich kann aber nach Anhören mehrerer Armeeführer nur Verwahrung gegen Inkrafttreten dieses Gesetzes wie gegen jede Milderung im Strafgebrauch einlegen, denn beides entspricht nicht mehr den wahren Interessen des Feldheeres. Aus der Armee kommt immer lauter der Ruf nach Wiedereinführung der Strafe des Anbindens bei Feigheits- und sonstigen schweren Vergehen, die leider jetzt recht häufig an der Tagesordnung sind.

Dieser Wunsch ist um so berechtigter, da trotz aller Hinweise, trotz des vom Kriegsministerium unter 22. Juli 1918 Nr. 7385/18 C 4 herausgegebenen Erlasses unsere Gerichte nach wie vor zu einer solchen milden Handhabung der Gesetze geneigt sind, die dem vielfach tatsächlich vorhandenen Grad von Disziplinlosigkeit nicht entspricht. Der Schaden, der durch eine solche nicht zu verstehende Rechtspflege entsteht, ist nicht wiedergutzumachen.

Ich kann deshalb im Interesse der Armee nur erneut bitten, daß auch vom Kriegsministerium jedem Versuche weiterer Milderung der gesetzlich zulässigen Strafen — woher er auch kommen mag — mit allem Ernst entgegengewirkt wird, und auch die Militärgerichte auf strengste Handhabung der Gesetze immer wieder hingewiesen werden.

gez. v. Hindenburg.

An den Kgl. General der Artillerie, Staats- und Kriegsminister Herrn v. Stein, Exzellenz.
Abschrift an Militärkabinett, alle Heeresgruppen, Oberbefehlshaber Ost.

*

Die Revolution.

Telegramm.
Ia 11 399 geh. op.

10. November 1918.

1. Damit trotz der dem Vaterlande durch den Bolschewismus drohenden Gefahr des Bürgerkrieges das Heer in Festigkeit und Ordnung in die Heimat zurückgeführt werden kann, sind alle Offiziere und

Mannschaften moralisch verpflichtet, alle mit Recht bestehenden Gewissensbedenken bezüglich des Seiner Majestät dem Kaiser und König geleisteten Fahneidees zurückzustellen und unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr.

Aus demselben Grunde habe ich mich entschlossen, auf meinem Posten zu verharren und gemäß der mir mündlich gewordenen Weisung Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Oberbefehl über das deutsche Feldheer übernommen.

2. Nachdem die Bewegung zur Bildung von Soldatenräten in das Feldheer bereits eingedrungen ist und m. E. durch Widerstand nicht mehr aufgehalten werden kann, ist es notwendig, diese Bewegung in die Hand der Offiziere zu bekommen.

Zu diesem Zweck sind bei allen Kompagnien, Batterien, Eskadrons pp. Vertrauensräte zu bilden. Unter Aufhebung der hierüber ergangenen Verfügung der O. H. L. vom 10. November 18 O I/S Nr. 1 führe ich hierzu aus:

Es wird sich empfehlen, die Vertrauensräte aus der freien Wahl von Offizieren und Mannschaften hervorgehen zu lassen und die Anzahl ihrer Mitglieder je nach den Verhältnissen in dem betreffenden Truppenteil zu bestimmen. Die Vertrauensräte sind zweckmäßig in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur engsten Mitarbeit von den Truppenbefehlshabern heranzuziehen, damit die Ordnung im Heere aufrechterhalten wird. Die Führung der Truppen muß dabei jedoch fest in der Hand der Kommandobehörden bleiben.

In diesem Sinne ist auf die Mannschaften einzuwirken und ist ihnen klarzumachen, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo die aller-schwierigsten Bewegungen des Heeres zum Schlusse des Krieges noch gefordert werden, die Rückführung der Armee nur gewährleistet ist, wenn diese Bewegungen in strengster Ordnung und Manneszucht zur Ausführung gelangen.

3. Es kann bekanntgegeben werden, daß die O. H. L. mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.

4. O. H. L. hat den Reichskanzler gebeten, daß seitens der Regierung für das Feldheer die Beibehaltung der Rangabzeichen verfügt wird.

Inzwischen muß es im Einzelfalle dem Taktgefühl des Offiziers überlassen bleiben, derart zu handeln, daß Ausschreitungen der Mannschaften vermieden werden.

gez. v. Hindenburg.

An alle Heeresgruppen und U. O. Ks.

*

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., 16. November 1918.
Ia Nr. 11 506 geh. op.

Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe.

Aus der revolutionären Bewegung ist ein Vollzugsausschuß des U.- u. S.-Rates entstanden. Dieser hat — ähnlich wie der Reichstag bei parlamentarischem System — die jetzige Regierung mit Leitung der Geschäfte beauftragt. Die Regierung wendet sich an die Landesbehörden, die jedoch fast ausschließlich ihre Macht an mehr oder weniger radikale U.- u. S.-Räte abgegeben haben. Diese Räte sind zum großen Teil ihren Aufgaben nicht gewachsen. Die O. H. L. hat deshalb bei der Regierung beantragt, daß für das Feldheer nur die alten Behörden Geltung haben, den U.- u. S.-Räten nur eine beratende Stelle hierbei einzuräumen ist. Die Gründe für diesen Antrag sind rein militärischer Natur. Geordnetes, geschlossenes Zurückführen des Heeres erscheint ausgeschlossen, wenn die Heimatbehörden nicht auf der Höhe der Leistungsfähigkeit stehen.

Ob die Regierung in der Lage sein wird, die alten Behörden wieder einzusetzen, ist fraglich, sie hat zunächst keinen Machtfaktor hinter sich. Das zurückkehrende Feldheer wird deshalb vielfach über, neben oder an Stelle der alten Behörden arbeitende U.- u. S.-Räte finden. Es ist trotzdem grundsätzlich mit der alten Behörde zu verhandeln, es ist deren Sache, sich mit ihrem eigenen U.- u. S.-Rat sodann abzufinden. Wo die alte Behörde nicht mehr vorgefunden wird und die Art der Arbeit des U.- u. S.-Rates das geordnete Zurückführen des Heeres gefährdet, ist es geboten, die Tätigkeit der betreffenden Behörde selbst in die Hand zu nehmen. Reibungslose Durchführung ist in diesem Falle nur dann möglich, wenn die S.-Räte der Truppe im Auftrage und dauernden Einvernehmen mit den Kommandobehörden eingreifen, dem ortseingesessenen Rat seine Unzulänglichkeit klarmachen und erst nach erfolgreicher Einwirkung des S.-Rates der Truppe der Offizier an die Arbeit geht.

Das Feldheer, zunächst von der revolutionären Bewegung unberührt, ist jetzt bereits dem Einfluß der heimischen S.-Räte stark ausgesetzt, auch Agenten aus der Heimat tragen politische Ideen in die Truppe. Die heimischen S.-Räte sind zum Teil erheblich radikaler als die Regierung, die einigende Macht fehlt zur Zeit noch, die Agenten an der Front sind fast ausschließlich nicht Entsandte der gegenwärtigen Regierung, sondern Entsandte von Hezern, die erneute Unruhe ins Land tragen wollen, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen und das Land in einen Zustand von Raub, Mord und Plünderungen zu bringen. Wo dies nicht offen ausgesprochen wird, ist doch die Aufforderung zur Zuchtlosigkeit, zum eigenmächtigen Verlassen der Verbände in seiner Wirkung nichts anderes.

Sollte das Feldheer dieser Beeinflussung nicht in großen Teilen erliegen, so dürfte es nicht unvorbereitet diesen Einflüssen preisgegeben werden. Eine Schutzimpfung war erforderlich, S.-Räte als Beschwerde-

instanz, als beratendes Organ wurden deshalb dem Heere gegeben, um es gegen die radikalen Strömungen widerstandsfähig zu machen. Der Verkehr mit heimischen S.-Räten, das schroffe Abweisen von entsandten radikalen Elementen aus der Heimat wird reibungsloser durch den S.-Rat der Truppe vollzogen, als durch den Offizier. Der Mann des S.-Rates der Truppe, der vier Jahr im Kampf gestanden hat, gedenke hierbei, daß er es meist mit Drückebergern zu tun hat, die nun das große Wort führen.

Nach allen Erfahrungen wohnt den S.-Räten der Truppe ein weiterer Vorteil inne. Der Offizier, besonders der junge, hat nicht mehr in allen Fragen die restlose Befehlsgewalt über den Mann. Gerade im Punkt des Ordnunghaltens, des Sichfügens dem gemeinsamen Interesse bei der Rückwärtsbewegung des Heeres ist es dem Offizier vielfach nicht mehr geglückt, den Mann bei der Truppe zurückzuhalten. Verständige, wohlgesinnte Leute des S.-Rates der Truppe dagegen haben es erreicht, den Mann zur Pflichterfüllung zu befehlen. Der S.-Rat der Truppe ist somit vielfach eine Vertrauensstelle geworden, die durch Beeinflussung des Mannes dem Offizier seine volle Befehlsgewalt zurückgewonnen hat.

Mit Tatsachen dieser Art muß man sich abfinden.

Die S.-Räte der Truppe sind deshalb nicht zu entbehren, um das geschlossene, geordnete Zurückführen des Feldheeres und die Demobilisierung sicherzustellen. Sie allein werden auch in der Lage sein, dem Mann klarzumachen, daß trotz des politischen Umschwunges das Kleid des Soldaten, so wie es ist, mit allen seinen Abzeichen ein Ehrenkleid ist und immer bleibt, wie die Staatsform auch sei.

Es kann und muß also durch die S.-Räte ein weitgehender Einfluß auf die Truppe gewonnen werden, der in erster Linie nur einen militärischen Gesichtspunkt im Auge hat. Das Heer, das sich mehr als 4 Jahre so wundervoll geschlagen hat, muß nun zum Schluß noch als ein stolzer geschlossener Körper im Lande einrücken, dankwürdig begrüßt von der dankbaren Bevölkerung der Heimat.

Mit Erreichen dieses Zieles ist zugleich ein weiterer Erfolg gegeben. Die O. H. L. hat sich mit dem Feldheer im Interesse der Ordnung, unabhängig von eigener politischer Überzeugung, rückhaltlos der gegenwärtigen Regierung unter Eberts Führung zur Verfügung gestellt. Die Macht dieser Regierung ist noch nicht unbedingt konsolidiert, noch herrschen kleine Sonderrepubliken radikaler Richtung mitunter da und dort im Lande. Noch wühlen Gewissenlose, um diese Regierung zu stürzen und das Land in einen Zustand des Mordens und Plünderns zu jagen, wie wir's in Rußland mitangesehen haben.

Die neue Regierung braucht einen Machtfaktor, auf den sie sich stützen kann, der ihr gegen alle Treibereien das erforderliche Prestige verleiht. Nur ein geschlossen, wohlgeordnet zurückmarschierendes Feldheer kann der gegenwärtigen Regierung die Macht und das Ansehen geben, um vor Putschern von Terroristen sicher zu sein.

So gewinnt das geschlossene Zurückführen des Feldheeres eine Bedeutung, die weit über das Militärische hinausgeht, es bewahrt uns vor schweren Erschütterungen.

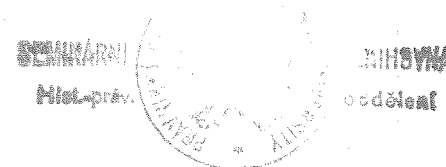
Der segensreiche Einfluß, den die S.-Räte der Truppe in dieser Richtung auszuüben vermögen, liegt hiermit auf der Hand. Sie haben es der Truppe klarzumachen, was die Ordnung vom Heere gerade jetzt in diesem Augenblick für die Zukunft des Landes bedeutet.

Sollte es in absehbarer Zeit radikalen Elementen glücken, die jetzige Regierung zu verdrängen, so kann wohl darauf gerechnet werden, daß die in solchem Sinne beeinflusste Truppe aus sich heraus ohne Anregung ihrer Führer ihrer Gesinnung in Wort und Tat offen Ausdruck gibt.

Vorstehende Weisung gibt die Richtlinie. In der Beeinflussung der S.-Räte und der Truppe ist vom politischen Gesichtspunkt nicht zu sprechen. Das Ziel muß unmittelbar durch Betonung der Notwendigkeit des Aufrechterhaltens der Ordnung betont werden.

gez. Unterschrift.

*



Vom gleichen Verfasser ist erschienen:

Der Große Krieg 1914—1918

Kurzgefaßte Darstellung auf Grund der
amtlichen Quellen des Reichsarchivs von
Major a. D. Erich Otto Volkmann
Mitglied des Reichsarchivs

304 Seiten Oktav mit einem Urkunden-
anhang und zwei großen Karten
in mehrfarbigem Steindruck.
In Ganzleinenband M. 12. —

*

Ein ausgezeichnetes, knapp und klar geschriebenes Buch,
das in allgemeinverständlicher Weise die großen Linien
des Krieges mit sicherer Hand zeichnet und alle
entscheidenden Einzelheiten beiseiteläßt. Es ist aber
keineswegs trocken, sondern anregend und lebendig
geschrieben. Das Buch wendet sich somit auch an
den weiten Kreis der Gebildeten, die sich über die
Entstehung der Führereinstellungen unterrichten
wollen. Es kann als das beste zusammenfassende
Werk über den Weltkrieg bezeichnet werden.

Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61